



universität
wien

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

Erdöl und Ethnizität im Niger-Delta.
Zu Genese und Wandel eines Konfliktes

Verfasser

Mag. Paul Beitzer

angestrebter akademischer Grad

Magister (Mag.)

Wien, 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt: Individuelles Diplomstudium Internationale Entwicklung

Betreuerin: Dr. Ingeborg Grau

CROSSROADS

Jacqueline Onyejiaka

We stand at the crossroads today
Spectators to uncertain freedom
 We have been silent,
But we shall be silent no longer
 We have been mules,
But we shall be mules no longer
 You smiled your pasty smile
 While you plotted our plunder
But today before the whole world
 We shall come forward as heirs
And claim what is rightfully ours -
 The land of our fathers.

Danksagung

Ein großer Dank gilt meiner Diplomarbeitsbetreuerin Frau Dr. Grau die mich beim Verfassen der Diplomarbeit tatkräftig unterstützte. Besonders danken möchte ich meinen Eltern Paul und Margarete, die mich während meines gesamten Studiums bestmöglich unterstützten, ebenso meiner Schwester Hannah, die mir bei der Korrektur der Diplomarbeit zur Seite stand.

Für erhellende und kontroverse Diskussion, die mir beim Schreiben neue Perspektiven auf das Thema eröffneten, möchte ich mich bei meinen Freunden Christopher, Martin und Peter bedanken.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	1
1.1. „Ressourcen-Fluch“.....	2
1.2. <i>New Scramble for Africa</i> : geopolitischer Hintergrund der Krise im Niger Delta.....	3
1.3. Ethnizität und Militarisierung: Forschungsfragen und Thesen.....	6
1.4. Verwendete Literatur.....	8
1.5. Struktur der Diplomarbeit.....	8
2. Theoretische Verortung.....	12
2.1. Soziale Bewegungen.....	12
2.1.1. Strukturelle Ansätze.....	14
2.1.2. Sozial-konstruktivistische Ansätze.....	16
2.1.3. Die Notwendigkeit einer Synthese.....	19
2.1.4. Soziale Bewegungen in Afrika.....	21
2.2. Ethnizität: die soziale Organisation kultureller Differenz.....	26
2.2.1. Konstruktivistisches Ethnizitäts-Konzept.....	27
2.2.2. Kritische Perspektive auf zentrale Begriffe.....	29
2.2.3. Ethnizität im afrikanischen Kontext.....	31
2.2.3.1. Die Erfindung von „Stämmen“.....	32
2.2.3.2. <i>Politischer Tribalismus</i> und <i>moralische Ethnizität</i>	35
2.2.3.3. <i>Primärer Patriotismus</i> - Ethnizität im postkolonialen Kontext.....	37
3. Koloniales Erbe, Unabhängigkeit und Militärdiktatur: historischer Kontext des Konfliktes.....	41
4. Akteure und Situationsanalyse.....	52
4.1. Demographie des Niger-Deltas.....	52
4.2. Vom gewaltfreien Protest zum militanten Widerstand.....	55
4.3. Analyse der Konfliktparteien.....	57
5. Protest- und Widerstandsformen im Niger Delta: Zur Transformation des Konfliktes.....	63
5.1. Das <i>Movement for the Survival of the Ogoni People</i> (MOSOP).....	63
5.1.1. Die <i>Ogoni Bill of Rights</i> - Autonomie, soziale Gerechtigkeit und Reparation.....	66
5.1.2. Die Internationalisierung und Zunahme der Proteste als Auslöser der Gewalt?.....	71
5.2. Ursachen und Folgen der Militarisierung im Niger-DELta ab 1999.....	78
5.2.1. Politischer Widerstand oder krimineller Bereicherung.....	80

5.2.2. Demokratisierung als Auslöser für die Eskalation des Konfliktes?.....	83
5.2.2.1. Rückkehr zu alten Gewohnheiten? Nationaler Kontext der Militarisierung.....	85
5.2.2.2. Militarisierung im Niger-Delta im Kontext der Präsidentschaftswahlen 2003 und 2007.....	93
5.2.3. Staat im Staat? Die Rolle internationaler Akteure im Niger-Delta.....	99
6. Zur Relevanz der Ethnizität im Niger-Delta-Konflikt.....	104
6.1. Wiederbelebung ethnischer Politik im Nigeria der IV. Republik.....	104
6.2. Ethnizität im Niger-Delta.....	112
6.2.1. Mobilisierung durch die Konstruktion gemeinsamer Identitäten.....	114
6.2.2. Wandel von Hierarchien im Niger Delta: Zum wachsenden Einfluss der jungen Generation.....	121
6.2.3. Ethno-politische Konflikte: Warri-Krise und die Entstehung des <i>Movement for the Emancipation of the Niger Delta</i> (MEND).....	129
7. Conclusio.....	138
8. Quellenverzeichnis.....	148
9. Appendix.....	156
9.1. Abbildungen.....	156
9.2. Abstract (deutsch).....	158
9.3. Abstract (englisch).....	160
9.4. Curriculum Vitae.....	162

Abkürzungsverzeichnis

AG	-	Action Group
CD	-	Community Development
EBA	-	Egbesu Boys of Africa
FNDIC	-	Federated Niger Delta Ijaw Communities
GMoU	-	General Memorandum of Understanding
HRW	-	Human Rights Watch
INC	-	Ijaw National Congress
IYC	-	Ijaw Youth Council
JTF	-	Joint Task Force
LUA	-	Land Use Act
MEND	-	Movement for the Emancipation of the Niger Delta
MOSOP	-	Movement for the Survival of the Ogoni People
NYCOP	-	National Youth Council of Ogoni People
NPRC	-	National Political Reforms Conference
NCNC	-	National Council of Nigeria and the Cameroons National Council of Nigerian Citizens
NDPVF	-	Niger Delta People's Volunteer Force
NDV	-	Niger Delta Vigilante
NNPC	-	Nigerian National Petroleum Company
NPC	-	Northern Peoples Congress
OBR	-	Ogoni Bill of Rights
PA	-	Petroleum Act
PDP	-	People's Democratic Party
SAP	-	Strukturanpassungsprogramme
SNC	-	Sovereign National Conference
SPDC	-	Shell Petroleum Development Company
UNPO	-	Unrepresented Nations and Peoples Organization

1. Einleitung

Voller Entsetzen über die erniedrigende Armut meines Volkes, das auf einem reichen Land lebt, voller Sorge über seine politische Marginalisierung und wirtschaftliche Strangulierung, voller Empörung über die Zerstörung seines Landes, seines höchsten Erbes, bestrebt, sein Recht auf Leben und anständige Lebensbedingungen zu bewahren, und entschlossen, dieses Land als Ganzes in ein gerechtes und faires demokratisches System zu überführen, das jeden einzelnen und jede ethnische Gruppe schützt und uns allen einen Rechtsanspruch auf menschliche Zivilisation gibt, habe ich meine geistigen und materiellen Mittel, ja, mein Leben, einer Sache geweiht, an die ich uneingeschränkt glaube und von der ich mich weder durch Erpressung noch durch Einschüchterung abbringen lasse [...] Ich wage die Vorhersage, daß die Entscheidung in der Frage des Nigerdeltas bald kommen wird [...] ob die friedlichen Methoden, die ich vorgezogen habe, beibehalten werden, hängt von der Entscheidung des Unterdrückers ab und von den Signalen, die er der wartenden Öffentlichkeit gibt [...] ich [rufe] das Volk der Ogoni, die Völker des Nigerdeltas und die unterdrückten Minderheiten Nigerias auf jetzt aufzustehen und furchtlos und friedlich für ihre Rechte zu kämpfen. (Saro-Wiwa 1996: 254ff).

Als der nigerianische Schriftsteller und Menschenrechtsaktivist Ken Saro-Wiwa am 10. November 1995 diese Rede hielt, stand er kurz vor seiner Hinrichtung durch die nigerianische Militärdiktatur unter General Sani Abacha, die kurzzeitig eine weltweite Welle der Empörung auslöste. Saro-Wiwa setzte sich als einer der Gründer des *Movement for the Survival of the Ogoni People* (MOSOP) seit Beginn der 1990er Jahre für die Probleme seiner im Niger-Delta lebenden indigenen Minderheit ein, deren Lebensgrundlagen durch die Erdölförderung in Gefahr geraten waren.¹ Aufgrund der rücksichtslosen Ölförderung durch transnationale Ölkonzerne und deren Partnern in der nigerianischen Zentralregierung fand nicht nur eine massive Umweltverschmutzung im ganzen Niger-Delta statt, sondern gleichzeitig eine politische, ökonomische und soziale Marginalisierung, welche die zahlreichen ethnischen Gruppen im gesamten Niger-Delta bis heute vor existentielle Probleme stellt.

Saro-Wiwas Einschätzung, dass die Antwort des Unterdrückers den weiteren Verlauf der Situation in der Region bestimmen würde, erwies sich als richtig. So wählte die nigerianische Regierung nicht den von ihm propagierten Weg der Gewaltlosigkeit und Diplomatie, sondern den der autoritären und gewaltvollen Repression, den die Menschen im Niger-Delta nach Ken Saro-Wiwas Hinrichtung 1995 mit voller Härte zu spüren bekamen. In Folge der militärischen Unterdrückung des Aufstandes der Ogoni und anderer ethnischer Minderheiten organisierten sich in der gesamten Region Protestbewegungen, die für die Rechte der Menschen im Niger-Delta eintreten und die Regierung und die Ölkonzerne auch durch Gewaltanwendung dazu

¹ Der Begriff der Minderheit sollte beim Lesen dieser Arbeit nicht nur in quantitativer Dimension verstanden werden, vielmehr handelt es sich um „soziale Gruppen, denen nicht alle gesellschaftlichen Positionen offenstehen [...]. Sie sind Teil einer Mehrheitsgesellschaft [...] besitzen ein eigenes Werte- und Normensystem, ein Wir-Gefühl, eine integrierte Struktur mit Status- und Rollensystem, auf Dauer und Regelmäßigkeit angelegte Interaktion und eine genügend große Anzahl Mitglieder, um ihre kulturelle Eigenarten pflegen und tradieren zu können.“ (Osswald 2004: 401).

auffordern, die schlechten Lebensbedingungen der lokalen Bevölkerung zu verbessern. Seit dem Beginn des Konfliktes rund um die Erdölförderung kam es zu einer steigenden Gewaltintensität auf Seiten aller Akteure, was nicht nur die Lebensumstände im Niger-Delta erschwert, sondern auch den Ölexport drastisch einschränkt, welcher die Haupteinnahmequelle des nigerianischen Staates darstellt.² Als der Mineralölkonzern Shell-BP im Jahr 1956 in der Region Oloibiri im Niger-Delta die ersten erfolgreichen Ölbohrungen durchführte, befand sich das Land noch unter britischer Kolonialherrschaft und als im Februar 1958 die ersten Fässer Rohöl von Port Harcourt aus exportiert wurden, waren die Fördermengen noch sehr gering.³ In den darauf folgenden Dekaden wandelte sich der westafrikanische Staat zum größten Ölproduzenten in der Region. Die nigerianische Zentralregierung kann gegenwärtig Einnahmen von mehr als 1,5 Milliarden US-Dollar pro Woche aus dem Ölgeschäft erwirtschaften (vgl. Watts 2010: 36).

1.1. „Ressourcen-Fluch“

Paradoxerweise gelingt es dem nigerianischen Staat nicht, die Einnahmen aus dem Ölgeschäft für die Verbesserung der Lebensbedingungen seiner Bürgerinnen und Bürger einzusetzen. Diesem Phänomen sieht sich jedoch nicht nur der nigerianische Staat ausgesetzt. Viele der sogenannten *Entwicklungsländer* mit reichen Ölvorkommen sind mit einer ähnlichen Problematik konfrontiert, die in den Wirtschaftswissenschaften unter dem Begriff *Fluch des Öls* bekannt ist: „‘Oil’s curse, as understood here, is the triple conjuncture in petro-states of stagnating social development and poverty; high conflict, often violent; and a tendency towards authoritarian regimes.“ (Reyna/Behrends 2011: 6). Ökonomen bezeichnen diese ambivalente Entwicklung als „Ressourcen-Fluch“, der anhand theoretischer Erklärungsmodelle wie der sogenannten *Dutch Disease* erklärt wird.⁴ Vertreter der Weltbank, allen voran

² Die Einnahmen aus der Erdölindustrie machen 85 Prozent der Staatseinnahmen und 95 Prozent der Exporterlöse aus. Nigeria ist dementsprechend auf das Erdöl angewiesen. Obwohl das Land der eigentliche Eigentümer der Ölvorkommen ist, entwickelte sich eine enorme Abhängigkeit von den transnationalen Ölkonzernen, die das nötige technologische Fachwissen mitbringen und somit die Ölproduktion in Nigeria dominieren (vgl. Obi 2009c: 473).

³ Die Verwendung der Firmenbezeichnung Shell, die im weiteren Verlauf der Diplomarbeit beibehalten wird, ist auch in der journalistischen Berichterstattung und wissenschaftlichen Literatur weit verbreitet. Doch Shell ist mit einer Vielzahl an Firmen in Nigeria aktiv, darunter die *Shell Petroleum Development Company* (SPDC), die *Shell Nigeria Exploration and Production Company*, die *Shell Nigeria Oil Products Limited* und die *Shell Nigeria Gas Limited* (vgl. Kisser 2013: 153).

⁴ Die *Dutch Disease* bezeichnet eine makroökonomische Lage in der sich das betroffene Land in einer tiefen Rezession mit hoher Arbeitslosigkeit und hohem Staatsdefizit befindet, wie es in den Niederlanden zu Beginn der 80er Jahre der Fall war (vgl. Nohlen 2002: 202). Ausgelöst wird dieses Phänomen durch den verstärkten Export bestimmter Güter, häufig von Rohstoffen, und der damit einhergehenden Erhöhung der Wechselkurse (vgl. Auty 1995: 287).

Paul Collier, machen hingegen die Geldgier der politischen Eliten und diverser Rebellen-
gruppen für die Konflikte in den betroffenen Ländern verantwortlich (vgl. Reyna/Behrends:
6f).

Diese ökonomischen Mainstream-Erklärungsansätze eignen sich jedoch kaum für eine
zielführende Analyse bestehender Probleme im Kontext der Ölförderung in Afrika. Einerseits
widmen sie den komplexen politischen Verhältnissen vor Ort zu wenig Beachtung, anderer-
seits nehmen sie kaum Rücksicht auf die internationalen Rahmenbedingungen, welche den
Konflikten in den rohstoffreichen Ländern Westafrikas zugrunde liegen. Darauf aufbauend
begeht die Annahme des „Ressourcen-Fluchs“ den Fehler, dem Faktor der Gewalt im Kontext
der aktuellen Konflikte zu viel Bedeutung beizumessen. Dies führt zu einer Vereinfachung der
komplexen Verhältnisse, welche diese Konflikte hervorrufen. Selbst wenn der Fokus der
Forschung auf intensiv ausgetragenen Auseinandersetzungen um knappe Ressourcen liegt,
sollte sich die zentrale Fragestellung darauf konzentrieren, wie diese Knappheit produziert
und wie eine oftmals ungerechte Verteilung der Ressourcen legitimiert und vertuscht wird.
Hinzu kommt, dass sich ökonomische Erklärungsansätze oftmals lediglich auf politische
Eliten, militante Gruppierungen und schwache staatliche Strukturen als die wesentlichen
Akteure konzentrieren. Den externen, inter- und transnationalen Akteuren, darunter zum
Beispiel privaten Sicherheitsfirmen, Söldneragenturen, internationalen Konzernen und
Staaten wird wenig Bedeutung beigemessen. Diese verborgenen, intransparenten und im
geheimen agierenden Interessensgruppen lassen ihre Konfliktbeteiligungen in der Öffentlich-
keit oftmals als marginal erscheinen, ihr Einfluss sollte jedoch keinesfalls unterschätzt werden
(vgl. Obi 2009b: 198ff), denn: „Oil alone cannot cause conflict. It is transformed through
market, social and power relations [...] By the time it features in conflict, it would have
entered other spheres as energy, profit and power.” (ebd. : 200)

1.2. *New Scramble for Africa*: geopolitischer Hintergrund der Krise im Niger-Delta

Mit dem Auftauchen neuer wirtschaftlicher Interessen auf dem afrikanischen Kontinent,
verkörpert vor allem durch China und Indien, stellt sich die Frage, ob diese neuen
wirtschaftlichen Möglichkeiten, jenseits der Machtsphäre alter Kolonialmächte, einen
positiven Einfluss auf die Lebensbedingungen der Menschen in den betroffenen Ländern
haben werden. Diese sich verändernden politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen
auf dem afrikanischen Kontinent sind unter der Bezeichnung des neuen *Scramble for Africa*

(vgl. Southall 2009) bekannt. Dieser unterscheidet sich zwar vom ersten *Scramble* während der Periode der *ersten Kolonialisierung*⁵ des afrikanischen Kontinents durch die europäischen Großmächte des 19. und 20. Jahrhunderts, jedoch zeigen sich hinsichtlich der ökonomischen Ausbeutung Afrikas im 21. Jahrhundert auch Kontinuitäten zwischen beiden Prozessen.

In der ersten Phase der Kolonisierung konkurrierten die jungen europäischen Nationalstaaten im ausgehenden 19. Jahrhundert nicht nur um die Expansion ihres Territoriums in Afrika (und dem Rest der Welt), sondern auch um die Rohstoffe der neu kolonisierten Gebiete sowie um die Erschließung neuer Absatzmärkte für die jungen, wachsenden Industrien in den *Mutterländern*. Dieser erste *Scramble*, dessen Rahmenbedingungen im Zuge der Berliner Konferenz 1884/85 festgelegt wurden, lässt sich einerseits durch die Logik des Kapitalismus und andererseits auch durch die Logik der politischen Expansion der erfolgreichsten europäischen Nationalstaaten der damaligen Zeit erklären (vgl. Southall 2009: 2f).⁶ Neben den weitreichenden Folgen dieser Prozesse auf das politische, soziale und kulturelle Leben der afrikanischen Gesellschaften hatte die erste Phase des Kolonialismus auch nachhaltige ökonomische Auswirkungen. Diese zeigen sich in der ungleichen Integration Afrikas in die Weltwirtschaft, in deren Rahmen die afrikanischen Ökonomien auf die Rolle des Rohstoffexporteurs reduziert und somit in starke Abhängigkeitsbeziehungen gebracht wurden. Diese Umstände änderten sich auch nicht nach der formalen Unabhängigkeit, welche die meisten afrikanischen Staaten seit der Mitte des 20. Jahrhunderts erlangten.⁷

⁵ Diese Phase des Kolonialismus umschreibt die Periode des so genannten Hochimperialismus, rund um die Zeit des Ersten Weltkriegs. Einerseits strebten die Kolonialmächte nach neuem Territorium für europäische SiedlerInnen, andererseits stand die Sicherung von politischen und wirtschaftlichen Interessen im Mittelpunkt der kolonialen Expansion. Die quantitative Zunahme von potentiellen SiedlerInnen aus Europa ging Hand in Hand mit der Errichtung von so genannten Beherrschungs- oder Ausbeutungskolonien. Oberstes Ziel der Kolonialmächte war die politische Kontrolle über die eroberten Territorien, mit der Absicht, die Gebiete wirtschaftlich profitabel zu machen (vgl. Sonderegger 2011: 246).

⁶ Die Berliner Afrika Konferenz, an der 13 europäische Staaten und die USA teilnahmen, wird oftmals als Treffen der Kolonialmächte bezeichnet, in deren Rahmen der afrikanische Kontinent in unterschiedliche Territorien eingeteilt wurde. Für Henning Melber (2011) zielten diese arbiträr wirkenden Grenzziehungen jedoch nicht primär auf eine Fixierung territorialer/materiellerer Grenzen, sondern auf die Instandhaltung des Freihandels. War doch vor allem die „weitere Sicherung transnationaler kommerzieller Interessen [...] das Antriebsmoment für das Berliner Treffen der Kolonialmächte.“ (Melber 2011: 31). Neben der *Kongo-Frage*, standen auch der freie Schiffsverkehr auf den Flüssen Niger und Kongo sowie ein Ausgleich der Interessen Englands, Frankreichs und Deutschlands auf dem Programm der Konferenz. Die koloniale Inbesitznahme gründete aber auch nach der Konferenz auf militärischer Expansion und diplomatischen Agieren und war keinesfalls vorbestimmt. Das Ziel die Freihandelsinteressen zu sichern, scheiterte gar aufgrund der vielerorts entstehenden Protektorate und der Zunahme von Siedlungskolonien, deren Verwaltung oftmals gegen den Willen des Mutterlandes entschied (vgl. Essomba 2004: 83; Melber 2011: 31f).

⁷ Für eine genaue Auflistung aller Staaten siehe Sonderegger (2011: 240).

Dieser Status Quo ist bis heute vielerorts gegeben und auch die oftmals als ökonomisch integrierend charakterisierte Globalisierung hat darauf wenig Einfluss. Vielmehr sollte das Maß der Integration des afrikanischen Kontinentes in die globalisierte Weltwirtschaft nicht überbewertet werden. Wenn man der Beobachtung folgt, dass Afrika heute in geringerem Maße globalisiert ist, als vor dem Beginn der Kolonialzeit im 19. Jahrhundert, bedeutet dies, dass die Kontinuität unterschiedlicher kolonialer Herrschaftsmuster im Afrika des 20. Jahrhunderts zu einer andauernden Marginalisierung des Kontinents innerhalb des kapitalistischen Weltsystems führte. Sonderegger, Grau und Englert (2011: 9f) sprechen für das 20. und 21. Jahrhundert in Anlehnung an Cooper (2005) gar von einer *De-Globalisierung*: [W]eil seit der Kolonialzeit weit mehr (Zerstörung) und Entflechtung etablierter Beziehungsnetze geschehen ist als Intensivierung und Erweiterung von Verflechtungen. Das Kapital geht nur an bestimmte Orte, viele Regionen Afrikas lässt es links liegen“ (Sonderegger/ Grau/Englert 2011: 9).

Diese bestimmten Orte sind der bevorzugte Schauplatz des *New Scramble for Africa*, welcher sich in den vergangenen Jahren in unterschiedlichsten medialen und akademischen Diskursen als Begriff etabliert hat und Regionen mit profitversprechenden Rohstoffvorkommen in den wirtschaftlichen Fokus alter und neuer Wirtschaftsmächte rückte. Im Kern bezeichnet der *New Scramble* das Wettrennen der wirtschaftlicher Großmächte, allen voran der USA und Europas aber auch der neuen Akteure aus den so genannten BRIC-Staaten,⁸ um den Zugang zu den natürlichen Ressourcen des afrikanischen Kontinents. In der Darstellung europäischer und nordamerikanischer Medien stehen jedoch in der Regel nicht die Folgen dieses Wettrennens für die Menschen in den betroffenen Regionen im Mittelpunkt des Interesses, sondern die aufstrebenden Industrienationen China und Indien, welche die etablierten Interessensgruppen zusehends herausfordern. Dieser Wettbewerb um den Zugang zu den natürlichen Reichtümern Afrikas ist vor dem Hintergrund der zunehmenden Bedeutung der Ressourcen-Knappheit für die Aufrechterhaltung des stetigen Wachstums zu interpretieren und somit ist er auch eine Folge des Kapitalismus. Nach dem Ende des Kalten Krieges vollzogen Länder wie China nicht nur einen rasanten wirtschaftlichen Aufstieg, sondern entwickelten auch eine eigene Außenpolitik, welche wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht an politische Sanktionen und Auflagen bindet. Der wichtigste Aspekt des *New Scramble* ist, ähnlich dem des ersten, die

⁸ Bei den so genannten BRIC-Staaten handelt es sich um die wirtschaftlich prosperierenden Staaten Brasilien, Russland, Indien und China.

systematische Ausbeutung der reichlich vorhandenen Rohstoffe Afrikas. Dabei handelt es sich zum Beispiel um seltene Mineralien wie Uran, Platin oder Kobalt, Fischvorräte und Tropenhölzer. Hinzu kommen auch der Wettbewerb um den Zugang zu Märkten und Handelsbeziehungen oder auch Rüstungsgeschäfte. Die wichtigsten Ressourcen sind jedoch Erdöl und Erdgas. Die Gewährleistung der Grundversorgung mit diesen Rohstoffen ist für die wirtschaftlichen Großmächte der Gegenwart von zentraler strategischer Bedeutung, ist doch gerade Öl der Treibstoff der kapitalistischen Entwicklung (vgl. Southall 2009: 10ff).

Dabei ist vor allem der Golf von Guinea in den Fokus der Wirtschaftsmächte und großen Ölkonzerne gerückt (wobei Europa und die USA nach wie vor die dominierenden Akteure sind), versprechen die großen Öl- und Gasvorkommen in der Region doch eine gewisse Versorgungssicherheit und Profite. Die aktuelle Situation in Ländern wie Nigeria, dem größten Ölproduzent in Westafrika, sollte laut Cyril I. Obi (2009b) jedoch nicht auf die Annahme reduziert werden, dass der *New Scramble* im Wesentlichen eine neue Wettbewerbssituation darstellt. Er spricht von einem „nexus between increasing energy dependency in the advanced market economies and emerging industrial powers; a tight global oil market; and the representation of West Africa as an oil gulf, an alternative to the volatile Middle East, critical to global energy security in a post 9/11 world.“ (Obi 2009b: 190). Für die USA, die bereits heute zehn Prozent ihres Ölverbrauches durch Importe aus Westafrika abdecken, hat die Region eine besondere strategische Bedeutung:

A core consideration underpinning the US quest for stable oil supplies in West Africa its concern for the security of US energy interests [...] This brings to the fore the close connection between West African oil and the US-led war on terror. Evidence to support such concerns has been found in the escalating violence in the Niger Delta Region where the abduction of expatriate oil workers and attacks on oil pipelines by militias seeking a greater say over the distribution of oil rents for local development have disrupted the flow of oil and contributed to sharp spikes in global oil prices.” (Obi 2009b: 195)

1.3. Ethnizität und Militarisierung: Forschungsfragen und Thesen

Mein Forschungsinteresse liegt auf dem Wandel des Konfliktes seit dem Beginn der 1990er Jahre, wobei sich die Auseinandersetzung von pazifistischen Austragungsformen distanzierte und immer gewaltvoller wurde. Im Gegensatz zu indigenen Bewegungen wie dem *Movement for the Survival of the Ogoni People* (MOSOP) unter Ken Saro-Wiwa, welche friedliche Protestformen gegen die Ausbeutung ihres Lebensraums durch die Regierung und Ölkonzerne propagierten, wählten später formierte Gruppen wie das *Movement for the Emancipation of*

the Niger Delta (MEND) (vgl. Bøås 2011) immer gewaltvollere Formen des Protests. Diese Entwicklung führt mich zur ersten Forschungsfrage der Diplomarbeit:

Wodurch kam es seit den 1990er Jahren im Niger-Delta zur Transformation von eher gewaltlosen Protestformen von Gruppierungen wie dem MOSOP hin zum militärischen Widerstand von Bewegungen wie dem MEND? Dabei gehe ich von der These aus, dass die klassische „resource war“ Perspektive, welche lediglich ökonomische Motive für Gewalt in den Vordergrund rückt, die historischen und strukturellen Konfliktursachen ausblendet und Missstände und horizontale Ungleichheiten in nahezu allen Lebensbereichen für weite Teile der BewohnerInnen des Niger-Deltas als eigentliche Ursachen des Konfliktes ausblendet. Die Beweggründe militanter Bewegungen, wie dem MEND, sind nicht auf ökonomische Gier oder organisiertes Kriminalität zurückzuführen. Vielmehr gründen sie auf einer langjährigen politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Marginalisierung durch den Staat und die Erdölkonzerne, was durch eine Betrachtung des historischen Entstehungskontextes der sozialen Bewegungen des Niger-Deltas hervorgeht. Zweitens argumentiere ich, dass die Militarisierung und Gewaltintensität des Konfliktes im Niger-Delta seit dem Übergangsprozess zur IV. Republik stark zugenommen hat, da keine Neustrukturierung des föderalistischen Systems und der zentralisierten Machtverhältnisse im Zuge des Demokratisierungsprozesses stattfanden.

Darüber hinaus stelle ich die Frage nach der Rolle von Ethnizität im Rahmen des Konfliktes. Der besondere Fokus liegt dabei auf militanten Bewegungen und auf der Annahme, dass Ethnizität innerhalb der unterschiedlichen Protestbewegungen einem stetigen Wandel unterliegt, was mich zu folgenden Fragestellung führte: **Wodurch kommt es im Niger-Delta zu einer sich stetig verändernden Bedeutung der Ethnizität im Konflikt? Kommt es dabei zu einer sich wandelnden Teilhabe ethnischer Gruppen in den verschiedenen Widerstandsbewegungen?** Der These folgend, dass Ethnizität einen historisch entstandenen konstruktiven Charakter aufweist (Berman 1998; Ranger 1994), gehe ich davon aus, dass es im Kontext des Konfliktes im Niger-Delta zu einer stetigen (Neu-) Ausverhandlung von Ethnizität in einem dynamischen, alle Konfliktparteien involvierenden Prozess kommt. Ethnizität sollte keinesfalls als statisch und nicht veränderbar wahrgenommen werden. In Anlehnung an Berman (2004: 19) sehe ich die Ursachen für diese (Neu-)Ausverhandlung von Ethnizität im Konflikt des Niger-Deltas als einen (oftmals auch gewaltsamen) Prozess, der

durch das störende Eindringen der kapitalistischen Moderne und des bürokratischen Nationalstaates in afrikanische Gesellschaften geprägt wird.

1.4. Verwendete Literatur

Aufgrund der angespannten Sicherheitslage im Niger-Delta waren ein Feldforschungsaufenthalt in der Region nicht möglich. Die Erkenntnisse der Diplomarbeit beruhen daher auf vor allem auf Sekundärliteratur (u.a. Obi/Rustad Hg. 2011; Watts 2004; 2007; 2011). Hinzu kommen zwei Forschungsberichte (Agbu 2004; Obi 2001) des Nordiska Afrikainstitutet der schwedischen Universität Uppsala, die interessante Einblicke in die Thematik beinhalten. Neben der Fachliteratur dienen auch einige Berichte internationaler Organisationen (UNDP 2006; UNEP 2011) und NGOs (HRW 1999; HRW 2003) als Quellen. Hinzu kommen noch einige veröffentlichte Interviews (Saro-Wiwa 1998a; 1998b) und Zeitungsartikel nigerianischer Zeitungen, was die Sicht auf die Situation im Niger-Delta erweitert. Folgendes Kapitel gibt einen ersten Einblick in die theoretischen Grundlagen und den Aufbau der Arbeit.

1.5. Struktur der Diplomarbeit

Die ersten Kapitel der Diplomarbeit beinhalten die theoretische Verortung der Arbeit, welche sich vor allem auf die Themen der sozialen Bewegungen (Kap. 2.1.) und der Ethnizität (Kap. 2.2.) konzentriert. Einführend gibt ein Überblick der existierenden theoretischen Ansätze des gesellschaftlichen Phänomens der (neuen) sozialen Bewegungen mögliche Analyseraster vor (Kap. 2.1. und 2.3.) Der zweite Teil des Kapitels (Kap. 2.1.4.) verfolgt das Ziel, die Thematik der *neuen sozialen Bewegungen* in einem spezifischen afrikanischen Kontext darzustellen. Dabei orientiert sich der Text an einem erweiterten Begriffsverständnis der Thematik wie es auch von Brandes und Engels (2011) postuliert wird.

Beginnend mit einer *klassischen Definition* des Ethnizitätsbegriffes in Kapitel 2.2.1. (Barth 1998a), erläutert der weitere Text zwei kritische Positionen (Brubaker 2002; Cooper 2005), die auf mögliche Probleme bei der Analyse von Ethnizität aufmerksam machen und Hilfestellung bieten (Kap. 2.2.2.) Anschließend widmet sich das Kapitel 2.2.3. der Bedeutung von Ethnizität für die Nationalstaaten im afrikanischen Kontext. Diesbezügliche jüngere Überlegungen betonen den konstruktiven Charakter von Ethnizität und die daraus

resultierende Bedeutung für die kolonialen und postkolonialen Staaten in Afrika (Berman 2004; Ranger 1983; Ranger 1994).

Da die heutige Konfliktsituation ihren Ausgangspunkt bereits in der Phase der kolonialen Herrschaft und in der Geschichte des jungen unabhängigen Nigeria hat, ist eine historische Betrachtung dieser Zeit für das Vorhaben der Diplomarbeit notwendig (Kap. 3). Der Analyse der Auswirkungen britischer Kolonialpolitik auf die Menschen in der Region folgt ein Querschnitt durch die Geschichte des postkolonialen Nigeria. Hier ist der Bürgerkrieg von 1967-1970, auch als Biafra-Krieg bekannt, von besonderer Bedeutung. Das Augenmerk liegt in diesem Kapitel auf den Auswirkungen dieser historischen Prozesse auf die ethnischen Minderheiten im Niger-Delta, deren gegenwärtige Lage auch durch die politische, wirtschaftliche und kulturelle Dynamik seit der Kolonialzeit bestimmt ist.

Bevor ich mich der Argumentation meiner Thesen widme, soll eine Situations- und Akteursanalyse (Kap. 4) einen Einblick in die aktuelle Lage im Niger-Delta vermitteln. Die Darstellung der Demographie der Region (Kap. 4.1.) verdeutlicht die prekäre Situation, in der sich die Menschen dort befinden. Nach einem kurzen Überblick der Ereignisse seit den 1990er Jahren (Kap. 4.2.) beleuchtet das Kapitel die unterschiedlichen Konfliktparteien und geht auch auf die geopolitischen Rahmenbedingungen in der Region ein (Kap. 4.3.). Hierbei argumentiere ich, dass eine umfassende Analyse der Probleme im Niger-Delta die Annahmen klassischer Ansätze wie dem „Ressourcen-Fluch“ kritisch hinterfragen sollte und neben den internen Konfliktakteuren auch die externen Akteure und deren Einflüsse auf den Konflikt berücksichtigen sollte.

Der thematische Kern der Arbeit ist in den folgenden Kapiteln zu finden. Aufbauend auf der Analyse der Demographie, der Geschichte und der Konfliktparteien des Niger-Deltas, widmet sich der erste Teil den sozialen Bewegungen aus dem Niger-Delta. Eine Analyse des MOSOP (Kap. 5.1. und 5.1.1.) gibt einen ersten Einblick in die Mobilisierungsstrukturen der sozialen Bewegungen, welche sich kultureller und historischer Symbolik bedienen und somit eine *Identität des Widerstandes* entstehen lassen. Anhand der Forderungen des MOSOP offenbaren sich die tiefgreifenden Ursachen der Probleme der ethnischen Gruppen des Niger-Deltas. Ein besonderer Aspekt der Ogoni stellt die Internationalisierung ihres Protestes dar (Kap. 5.1.2.), welcher jedoch auch mit der Militarisierung der Region und der Eskalation des Konfliktes einherging, worunter auch spätere Bewegungen wie das *Ijaw Youth Council* (IYC) litten.

Die Analyse der Ursachen und Folgen der Militarisierung (Kap. 5.2.), die erhebliche Schäden an Mensch, Natur und Wirtschaft verursacht, dient der Beantwortung der ersten Forschungsfrage. Aufgrund der enormen Vielfalt der Akteursgruppen wird anhand einer Kategorisierung der militanten Widerstandsbewegungen (Kap. 5.2.1.) versucht, die komplexen Verhältnisse im Niger-Delta etwas transparenter darzustellen. Die Demokratisierung Nigerias ab dem Jahr 1999 ist auf vielfache Weise für die steigende Militarisierung des Konfliktes verantwortlich (Kap. 5.2.2.). Dabei beleuchtet der Text diese Entwicklung auf drei verschiedenen Ebenen, die alle zur Intensivierung des Konfliktes beitragen. Eine Betrachtung der politischen Landschaft auf nationaler Ebene offenbart schwerwiegende Fehler der Verantwortlichen im Umgang mit den Protestbewegungen im Niger-Delta (Kap. 5.2.2.1.). Durch die Analyse der regionalen Machtpolitik in der *Ölhauptstadt* Port Harcourt zeigen sich die weitreichenden Verbindungen zwischen den politischen Eliten und Teilen der Widerstandsbewegungen (Kap. 5.2.2.2.). Die internationalen Akteure der Ölkonzerne und ihr Einfluss auf die Militarisierung bilden den Abschluss dieses Kapitels (Kap. 5.2.3.).

Das letzte Kapitel der Diplomarbeit widmet sich dem Einfluss der Ethnizität auf den Konflikt im Niger-Delta (Kap. 6). Da die ethnisierte Politik im Nigeria der IV. Republik stark an Bedeutung gewonnen hat, beschäftigt sich der erste Teil des Kapitels mit der politischen Entwicklung Nigerias nach 1999 und dem Regierungsstil des Präsidenten Obasanjos, der nicht immer adäquat auf die angespannte Situation im Niger-Delta reagierte (Kap. 6.1). Des Weiteren verdeutlichen verschiedene landesweit kontrovers geführte Diskussionen die innere Heterogenität der unterschiedlichen ethnischen Gruppen des Landes, eine Erkenntnis, die auch für die anschließende Analyse der Ethnizität im Niger-Delta bedeutsam ist. Ausgehend von einigen wesentlichen Erkenntnissen, die dem Bedeutungszuwachs der ethnisch begründeten Politik im Niger-Delta zu Grunde liegen, verdeutlicht der Text anhand von drei Beispiele den dynamischen Charakter der Ethnizität und ihren Einfluss auf die Intensivierung des Konfliktes zwischen den ethnischen Gruppen und der Regierung.

Das erste Beispiel behandelt die Bedeutung von kulturellen Praktiken und Symbolen, vor allem auch im Kontext afrikanischer Religionen, und deren Einfluss auf die Entstehung einer spezifischen Identität der sozialen Bewegungen, die sich in Opposition zur Regierung und den Ölkonzernen konstituiert (Kap. 6.2.1).

Der zweite Teil gibt Auskunft über die sich wandelnden gesellschaftlichen Hierarchien, in deren Kontext die gesellschaftlichen Machtverhältnisse der ethnischen Gruppen des Niger-Deltas eine grundlegende Veränderung zu Gunsten der jungen Generationen durchlaufen, die eine tragende Rolle im Widerstand gegen die Regierung und die Ölkonzerne einnimmt (Kap. 6.2.2.). Zusammen mit den Jugendlichen nahmen auch verschiedene Frauenorganisationen eine wichtige Rolle für die Popularisierung der sozialen Bewegungen im Niger-Delta ein. Sie organisierten Massenkundgebungen, trieben die Öffentlichkeitsarbeit mit den NGOs voran und gründeten Büros in Nordamerika, etablierten medizinische Ersthilfe in Krisensituationen und riskierten bei Demonstrationen und Protestaktionen ihr Leben (vgl. Obi 2001: 76, 79). Der Protest der Frauen des Niger-Deltas ist dabei Ausdruck einer *doppelten Exklusion*, in diesem Sinne meint Oluwaniyi (2011: 150): „Women in the Niger Delta struggle simultaneously against the state-oil partnership as well as oppressive gender relations.“ Trotz prinzipiell friedlicher Protestformen, reagiert der Staat mit brutaler Repression und trotz einiger Erfolge der Frauen, führen diese einen Kampf der Gleichberechtigung innerhalb eines Kampfes der ethnischen Gruppen des Niger-Deltas gegen ihre Marginalisierung (vgl. Oluwaniyi 2011: 161f). Ist im weiteren Verlauf der Arbeit von sozialen Bewegungen und Protesten die Rede, sollte die zentrale Rolle, die die Frauen für den Widerstand im Niger-Deltas einnehmen, mitgedacht werden.

Das abschließende Beispiel nimmt sich der Problematik der sogenannten *ethnischen Konflikte* im Niger-Delta an und plädiert für eine historisch begründete Analyse der Problematik, anhand der *Warri Krise* im Bundesstaat Delta. Darüber hinaus offenbaren sich hierbei die gesellschaftlichen Aufgaben, welche die Widerstandsbewegungen im Kontext der Demokratisierung Stück für Stück übernahmen (Kap. 6.2.3.).

Das Schlusswort der Diplomarbeit (Kap. 7) fasst die gewonnenen Erkenntnisse zusammen und unternimmt einen kurzen Ausblick auf mögliche Handlungsperspektiven zur Konfliktlösung.

2. Theoretische Verortung

Spätestens seit den in allen Medien euphorisch als *Arabischer Frühling* bezeichneten Revolutionsbewegungen, die unter anderem Tunesien, Libyen und Ägypten zu Beginn des Jahres 2011 erfassten, ist die Thematik der sozialen Bewegungen in Afrika auch in den europäischen Medien präsent. Doch die Darstellungen dieser Proteste als politische Bewegungen konzentriert sich in den meisten Fällen lediglich auf Nordafrika, was nicht nur zu einer Subregionalisierung des Kontinents beiträgt, sondern auch den Blick auf soziale und politische Bewegungen und deren inhärentes Veränderungspotential südlich der Sahara außer Acht lässt (vgl. Brandes/Engels 2011: 1). Mir ist es ein Anliegen, die Situation im Niger-Delta aus dem Blickwinkel der sozialen Bewegungen zu analysieren, um das Veränderungspotential das den Protestbewegungen innewohnt, die Art und Weise ihrer Mobilisierung bzw. Entstehung und nicht zuletzt ihre Forderungen und Ziele offenzulegen. Das zweite theoretische Standbein bildet die Thematik der Ethnizität. Dabei geht es nicht nur um die theoretische Frage, welche Rolle Ethnizität in den politischen Entwicklungen einnimmt, sondern auch darum, welche Bedeutung ihr innerhalb von sozialen Bewegungen zukommt.

2.1. Soziale Bewegungen

Das Phänomen des gesellschaftlichen Protests in seinen mannigfachen Ausführungen beschäftigt die Sozialwissenschaften schon seit dem späten 19. Jahrhundert. So interpretierte der französische Psychologe Gustave Le Bon Proteste als ein von der Norm abweichendes irrationales Verhalten, für das er die starken gesellschaftlichen Umwälzungen in Europa gegen Ende des 19. Jahrhunderts verantwortlich machte. In dieser historischen Phase der gesellschaftlichen Veränderungen kam es für Le Bon zu einer Überlagerung alter und neuer Einstellungen. Das Ergebnis dieses Prozesses war für ihn Chaos und Anarchie. Le Bons Werk bildete die theoretische Grundlage für die ersten Ansätze, die sich mit dem Phänomen der sozialen Bewegungen beschäftigten (vgl. van Stekelenburg/Klandermans 2009: 18).

Unter diesen *klassischen* Ansätzen die sich mit sozialen Bewegungen auseinandersetzten, befinden sich einige mittlerweile stark in die Kritik geratene Theorien (vgl. Smith/Fetner 2007: 14), darunter die *collective behaviour theory*, die *mass society theory* und Ansätze der *relative deprivation*. Diese erklären gesellschaftliche Proteste und soziale Bewegungen anhand kausaler Kettenreaktionen. An deren Anfang stehen strukturelle Belastungen in der

Gesellschaft, zum Beispiel ausgelöst durch Industrialisierung und Urbanisierung, welche zu Spannungen, extremem Verhalten und Protesten führen. VertreterInnen der klassischen Ansätze sehen Missstände, Unzufriedenheit, Anomien und Klassenkonflikte als Auslöser von Protesten, welche durch entfremdete, frustrierte, marginalisierte Bevölkerungsgruppen angestoßen werden. Dabei zeichnen sich die Protestformen gegen ökonomische Krisen, ungleiche Verteilung oder Verletzung von Grundrechten durch Spontanität, Irrationalität und Gewalt aus. In dieser negativen Bewertung sozialer Bewegungen zeigt sich auch der Einfluss Le Bons, der eben diese Attribute als dominierend bewertete.

Als es in den 1960er Jahren zu einem regelrechten Boom sozialer Bewegungen in Europa und Nordamerika kam (wie etwa durch die Frauenbewegung, die 68er- oder die *Black-Power*-Bewegung), hatte dies auch Auswirkungen auf die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem gesellschaftlichen Phänomen des Massenprotestes. Im Gegensatz zu den früheren Ansätzen herrschte dabei eine positive Wahrnehmung sozialer Bewegungen, die nun als wesentlicher Bestandteil des politischen Wandels, ja, sogar als wesentliches Element demokratischer Staaten, und nicht als Bedrohung der normativen Ordnung gesehen wurden (vgl. van Stekelenburg/Klandermans 2009: 17-23).

In vielen dieser Theorien, welche in den USA und Europa entstanden, nimmt der Nationalstaat aufgrund seiner zentralen Rolle für die Verteilung von Ressourcen und Kapazitäten eine zentrale Rolle in der Analyse sozialer Bewegungen ein. Dies zeigt sich auch an geläufigen Definitionen des Begriffes, wie sie zum Beispiel im Umfeld der strukturellen Ansätze formuliert werden: „A social movement is a collective, organized, sustained, and noninstitutional challenge to authorities, powerholders, or culture beliefs and practices“ (Goodwin/Jasper 2003: 3), im Hinblick auf die TeilnehmerInnen ist ein „social movement [...] a set of opinions and beliefs in a population which represents preferences for changing some elements of the social structure and/or reward distribution of society.“ (McCarthy/Zald 2003: 172) Die folgende Darstellung gibt einen kurzen Überblick der vielfältigen Theorieentwicklung über soziale Bewegungen, welche in den 1960er ihren Ausgangspunkt nahm.

2.1.1. Strukturelle Ansätze

Ausgehend von den USA fand im Bereich der strukturellen Ansätze eine Umorientierung hinsichtlich der Entstehungsursachen sozialer Bewegungen statt: „[S]tructural approaches shifted attention from deprivation to the availability of resources, political opportunities and mobilizing structures to explain the rise of social movements“. (van Stekelenburg/Klandermans 2009: 23) Innerhalb dieser Theoriebildung entstanden zwei unterschiedliche Ansätze, die nicht nur eine unterschiedliche Herangehensweise aufweisen, sondern auch teilweise gegensätzliche Perspektiven vertreten.

Zum einen thematisierte eine Vielzahl von Arbeiten die Strukturen der Mobilisierung und deren Rolle für die Entstehung von Bewegungen, worunter McCarty (1996: 141) folgendes versteht:

By mobilizing structures I mean those agreed upon ways of engaging in collective action which include particular ‘tactical repertoires,’ particular ‘social movement organizational’ forms, and modular social movement repertoires.’ I also mean to include the range of everyday life micromobilization structural social locations that are not aimed primarily at movement mobilization, but where mobilization may be generated: these include family units, friendship networks, voluntary associations, work units, and elements of the state structure itself.

Die Analyse und Interpretation dieser Strukturen brachte zwei unterschiedliche Ansätze hervor, wovon die so genannte *resource mobilization* Theorie die größte Popularität erlangte. Folgend der Annahme, dass Benachteiligung und Missstände nicht die primäre Grundlage, sondern lediglich einen Teilaspekt für die Entstehung sozialer Bewegungen darstellen, wird hier untersucht, welche Ressourcen für die Entstehung mobilisiert werden müssen:

The resource mobilization approach emphasizes both societal support and constraint of social movement phenomena. It examines the variety of resources that must be mobilized, the linkages of social movements to other groups, the dependence of movements upon external support for success, and the tactics used by authorities to control or incorporate movements. (McCarthy/Zald 1977:1213)

Der Terminus Ressource bezieht sich hier nicht nur auf materielle Aspekte wie Arbeit, Einkommen und Vermögen, sondern auch auf abstraktere Ressourcen wie etwa Autorität, Führungsqualitäten, moralische Verpflichtungen und Vertrauen. Der Protest von Menschen, die sich in sozialen Bewegungen zusammenschließen, wird auf die Möglichkeit zurückgeführt, dass diese durch die Mobilisierung von Ressourcen in der Lage sind, politische Prozesse in Gang zu setzen und somit soziale Veränderungen zu bewirken. Die Protestformen zeichnen sich dabei durch ein hohes Maß an Organisation und kollektiven Handlungen aus, ihre Aktionsformen durch Rationalität. Soziale Bewegungen werden im Kontext der *resource*

mobilization durch eine emische Sichtweise erklärt (vgl. van Stekelenburg/Klandermans 2009: 24f).

Im Gegensatz zum gerade geschilderten Ansatz, konzentrieren sich die *political process theories* auf die externen Einflussfaktoren, wie das politische und institutionelle Umfeld sozialer Bewegungen, das ständigen Veränderungen unterworfen ist. Die Wandlung politischer Strukturen ist für VertreterInnen dieses Ansatzes der Auslöser für die Entstehung und den Zerfall sozialer Bewegungen, wobei die *political process theories* soziale Bewegungen als politisches und weniger als psychologisches Phänomen wahrnehmen. Zusammengefasst gehen die *political process theories* davon aus, dass die Entstehung und auch der Niedergang sozialer Bewegungen auf die Öffnung bzw. Schließung politischer Möglichkeiten zurückzuführen ist.⁹ Die Mitglieder werden dabei als rational und geschickt wahrgenommen, was sich etwa daran zeigt, dass sie Lobby-Arbeit betreiben, Koalitionen mit politischen Eliten eingehen und sich stark am politischen System orientieren (vgl. van Stekelenburg/Klandermans 2009: 25-29). Strukturelle Betrachtungsweisen weisen also die Annahme zurück, dass lediglich Missstände und bestimmte ideologische Einstellungen die Entstehung sozialer Bewegungen prägen, da diese für VertreterInnen dieses Ansatzes in jeder Gesellschaft existent sind. Vielmehr nimmt die Frage einen großen Stellenwert ein, warum sich Menschen in sozialen Bewegungen organisieren.

Die bereits erwähnte Annahme des Antagonismus zwischen sozialen Bewegungen und Nationalstaaten führt jedoch zu einer Ausblendung globaler Zusammenhänge, welche die Entstehung und den Verlauf sozialer Bewegungen ebenfalls prägen, in diesem Sinne meinen Smith und Fetner (2007: 15):

We emphasize a global perspective in our discussion of the structural approaches to social movements, because we find it increasingly difficult to ignore the ways that national states are

⁹ Das Konzept der *politischen Möglichkeiten* geht davon aus, dass Gruppen, trotz ihres Verlangens nach Veränderungen und eines gewissen Grads an Organisation, befürchten, dass ihre Proteste nicht gehört oder schlimmsten Falls unterdrückt werden. Der Ausdruck von Protest dieser Gruppen in Form von Bewegungen formiert sich erst dann, wenn ein Zugang zu bestimmten politischen Autoritäten vorhanden und ein abnehmendes Repressions-Potential zu erkennen ist. Weitere positive Einflussfaktoren auf die Entstehung sozialer Bewegungen sind gespaltene Eliten und die Unterstützung bestimmter Machthaber für die Anliegen der Protestierenden. Diese Veränderungen im politischen Umfeld reduzieren die Risiken für die TeilnehmerInnen von Protesten und vergrößern ihren politischen Einfluss. Das Konzept der *politischen Möglichkeiten* sieht die Existenz oder die Vermehrung der genannten Bedienungen als Voraussetzung für die Entstehung sozialer Bewegungen. Darüber hinaus ermöglichen sie eine Einflussnahme auf bestehende Gesetze und öffentliche Grundsätze. Falls diese *politischen Möglichkeiten* nicht durch sich verändernde politische Strukturen zustande kommen, ist es für die protestierende Gruppe unter gewissen Risiken möglich, sich diese Möglichkeiten selbst zu schaffen (vgl. Goodwin/Jasper 2003: 38). Die grundlegende Prämisse geht also davon aus, dass soziale bzw. revolutionäre Bewegungen durch eine Reihe von politischen Einschränkungen und Möglichkeiten gestaltet werden, welche in ihrem jeweiligen nationalen Kontext einzigartig sind (vgl. McAdam/McCarthy/Zald 1996: 3).

embedded within broader sets of relationships to other states and to global institutions. If the modern state was the key to the emerge of what we know as social movements, then we must consider how global integration is affecting the character of the national state, as well as social movements' attempts to influence it.

Folgt man dieser Forderungen nach einer Umorientierung existierender struktureller Ansätze hin zu einer Sichtweise, die auch globale politische Prozesse und Veränderungen einbezieht, ergeben sich einige Ansatzpunkte, die im Hinblick auf diese Arbeit interessant erscheinen und den strukturellen Ansatz erweitern.

Um den Einfluss der *politischen Möglichkeiten* auf die Dynamik sozialer Bewegungen zu erfassen, sei es laut Smith und Fetner notwendig, die transnationalen Einflüsse auf soziale Konflikte in die Analyse aufzunehmen. Denn auch die nationale Politik und deren Institutionen werden durch globale Kräfte und Institutionen verändert. Lässt man diese Perspektive außer Acht, sei es kaum möglich, den politischen Kontext zu erfassen, in dem soziale Bewegungen agieren: „Analysts should seek a more complete understanding of the important relationships between national and global level economic, cultural and political processes.“ (Smith/Fetner 2007: 43). Darüber hinaus sei zu beobachten, dass politische Möglichkeiten auf nationaler Ebene zunehmend durch zwischenstaatliche Institutionen bestimmt werden. Dadurch stellt sich für die Autorinnen die Frage, welchen Einfluss transnationale politische Prozesse auf die Dynamik und die *politischen Möglichkeiten* sozialer Bewegungen ausüben. Im Hinblick auf die Mobilisierungs-Strukturen sozialer Bewegungen hat vor allem die rasche technische Entwicklung weitreichende politische und soziale Veränderungen bewirkt. Diese zeigen sich etwa an der vorangeschrittenen Integration weiter Bevölkerungsteile in globale Produktions- und Wertschöpfungsketten und der daraus resultierenden Annäherung der Organisationsformen, sowie an der damit einhergehenden Intensivierung der weltweiten Vernetzung unterschiedlichster Bewegungen und Organisationen (vgl. Smith/Fetner 2007:43ff).

2.1.2. Sozial-konstruktivistische Ansätze

Parallel zu den strukturellen Theorien Nordamerikas entstand in Europa der sozial-konstruktivistische Ansatz. Aufgrund der gesellschaftlichen Veränderungen in Europa, das sich in Richtung einer post-industriellen Gesellschaft entwickelte, erlangte das Konzept der *neuen sozialen Bewegungen* an Bedeutung. Im Gegensatz zu den *alten* sozialen Bewegungen, die vor allem die Klassenwidersprüche in der kapitalistisch-industriellen Gesellschaft kritisierten,

adressierten die *neuen Bewegungen* weniger Fragen der politischen Teilhabe und der gerechten Verteilung: „the movement of the postindustrial society addresses cultural issues on [...] the ‘level of historicity‘ or the self-producing capacity of society [...] cultural orientations such as the meta-narrative of ‘progress‘ have become open to challenge.“ (Salman/Assies 2007: 222). Diese neuen Bewegungen wurden von der Generation der Nachkriegszeit verkörpert, deren materielle Bedürfnisse weitgehend befriedigt waren. Dies führte zur Entstehung eines post-materiellen Weltbildes, in dessen Rahmen eher Selbstverwirklichung und Eigenverantwortung im Mittelpunkt standen. Diese Einstellung verlief zu Beginn der 1970er Jahre konträr zum politischen und sozialen System, das stark materialistisch geprägt war, was vielerorts zu gesellschaftlichen Spannungen führte.

VertreterInnen des *New Social Movements*-Ansatzes gehen davon aus, dass die Modernisierung zwei wesentliche Zielgruppen hervorbringe. Dabei handle es sich erstens um Gruppen, die durch eine Marginalisierung innerhalb der industriellen Modernisierung außen vor bleiben, wovon vor allem Frauen, Kinder und ältere Menschen betroffen sind. Zweitens würden Gruppen entstehen, die aufgrund der Modernisierung spezifische Verletzungen ihrer Rechte erfahren. Die theoretische Grundlage dieser Ansätze basiert auf einer sozialkonstruktivistischen Perspektive, die soziale Veränderungen durch einen Wandel der (kollektiven) Identität, Lebensweise und Kultur erklärt. Die Auseinandersetzung mit diesen Phänomenen fand Mitte der 1980er Jahre auch in den USA statt, wo die strukturellen Theorien ihren alleinigen Erklärungsanspruch aufgeben mussten. Dabei dreht sich die sozialkonstruktivistische Sichtweise um die Frage, wie protestierende Individuen und Gruppen ihr sozio-politisches Umfeld und ihre materiellen Verhältnisse wahrnehmen und bewerten. Die Konstruktion und Bedeutung von Identität wurde dabei oftmals besonders hervorgehoben (vgl. van Stekelenburg/Klandermans 2009: 29f).

In diesem Zusammenhang wurden die strukturellen Ansätze durch VertreterInnen der Sozialpsychologie für deren verallgemeinernde Sichtweise kritisiert: „Unless all individuals who are in the same structural position display identical behavior, a shared position can never provide sufficient explanation of individual behavior, and even if people do display identical behavior the motivational background and the accompanying emotions may still be different.“ (van Stekelenburg/Klandermans 2007: 158). Kurz gesagt steht hier die Frage im Mittelpunkt, warum Menschen, die sich in derselben Situation befinden, unterschiedlich darauf reagieren.

Dabei spielen Emotionen eine wichtige Rolle, die aber im Gegensatz zu den klassischen Ansätzen nicht als pathologisch, sondern als normal und allgegenwärtig angesehen werden.

Innerhalb der sozial-konstruktivistischen Ansätze existieren unterschiedliche Herangehensweisen, die verschiedene Analyseschwerpunkte festlegen. Ein Ansatz legt den Fokus auf die Bedeutung und Sinnhaftigkeit, die Menschen ihrem Umfeld zusprechen. Diese Wahrnehmungen sind nicht starr, sondern empfänglich für verschiedene Interpretationen, was ihnen eine wichtige Rolle in der Konstruktion von Sinn und Bedeutung zukommen lässt. Daraus folgt, dass die Teilnahme an sozialen Bewegungen nicht nur auf strukturelle Spannungen, die (Nicht)Verfügbarkeit materieller Ressourcen oder die Existenz politischer Möglichkeiten zurückzuführen ist. Es kommt auch darauf an, wie diese Variablen von den Menschen konstruiert und festgelegt werden und in welchem Maß dies Einfluss auf die Mobilisierung und die Ziele sozialer Bewegungen ausübt. Soziale Bewegungen spielen in der Verbreitung dieser konstruierten Ideen und Werte eine wichtige Rolle: „Through processes such as consensus mobilization or framing, activists seek to disseminate their definition of a situation to the public at large.“ (van Stekelenburg/Klandermans 2009: 31). Das sogenannte *Framing* nimmt in der Analyse sozialer Bewegungen einen wichtigen Platz ein. Um möglichst viele Menschen für ihre Anliegen zu gewinnen und bereits Aktive weiterhin an sich zu binden, erarbeiteten soziale Bewegungen einen bestimmten Rahmen (*Frame*), in dem sie ihre Inhalte präsentieren. Idealerweise decken sich diese Themen mit den Problemen, Wünschen und Werten der potentiellen Mitglieder. Die Frames können dabei vielfältige Formen annehmen. Sie reichen von ausdrucksstarken Symbolen, Slogans oder Schlagwörtern bis hin zu Schuldzuweisungen (vgl. Goodwin/Jasper 2003: 52).

Ein weiterer sozial-konstruktivistischer Ansatz konzentriert sich auf die soziale Identität der Mitglieder sozialer Bewegungen. Diese spielt eine wichtige Rolle für das Selbstverständnis von Individuen, welches sich aus der Mitgliedschaft in einer bzw. mehreren Gruppen und den damit assoziierten Werten und Emotionen ableitet. Die soziale Identität lässt also Menschen als Mitglieder einer Bewegung denken und handeln. Dabei stellt sich vor dem Hintergrund der multiplen Identitäten die Frage, warum manche Identitäten eine zentrale Rolle in der Mobilisierung sozialer Bewegungen einnehmen und andere nicht. Für van Stekelenburg und Klandermans haben Konflikte bzw. Rivalitäten zwischen Gruppen einen starken Einfluss auf die individuelle Wahl der Gruppenzugehörigkeit. Die Identifikation mit den Mitgliedern einer

Bewegung, welche unter ähnlichen Missständen leiden, dieselben Ziele verfolgen und ein gemeinsames Wertesystem teilen, ist entscheidend und trägt zur Entstehung einer kollektiven Identität bei. Emotionen nehmen in diesem Prozess ebenfalls eine wichtige Rolle ein, auch wenn über deren Einfluss bisher wenige Forschungsarbeiten verfasst wurden. Fest steht, dass sie alle Ebenen der Teilhabe an sozialen Bewegungen durchdringen und als Beschleuniger und Verstärker agieren, die bestimmte Prozesse antreiben, an deren Anfang oftmals ein Gefühl der Unzufriedenheit steht (vgl. van Stekelenburg/Klandermans 2009: 31ff).

Die sozial-konstruktivistischen Ansätze gehen also von folgender Sichtweise auf soziale Bewegungen und deren Mitglieder aus: „protestors live in a perceived reality and that threats and opportunities are socially constructed and/or framed by social movements and other social and political actors. Group identification plays a key role in what protestors think, feel and do and protesting is as rational or irrational as all social behavior.“ (van Stekelenburg/Klandermans 2009: 34). Trotz ihrer disziplinären Vielfalt lassen sich hier vier grundlegende Themengebiete erkennen: die Konstruktion von Bedeutung, Identität, Emotionen und Motivation und deren Relevanz für soziale Bewegungen.

2.1.3. Die Notwendigkeit einer Synthese

Mit Blick auf die Situation im Niger-Delta ist meiner Meinung nach eine Festlegung auf eine bestimmte theoretische Sichtweise für diese Diplomarbeit nicht zielführend. Gerade im *Zeitalter der Globalisierung*, in dem es nicht nur zu stetigen Veränderungen der Organisationsstrukturen und Mobilität durch neue Technologien, sondern auch zu einer Transnationalisierung ökonomischer und politischer Prozesse und daraus resultierendem raschen sozialen Wandel kommt, erscheint es notwendig, ein umfassenderes Vorgehen zu verfolgen, welches die unterschiedlichen theoretischen Sichtweisen zusammenführt.

Dieses Synthese spiegelt sich auch in jüngeren Publikationen wieder, die soziale Bewegungen zum Thema haben (Ellis/van Kessel 2009a; Klandermans/Roggeband 2007; McAdam/McCarthy/Zald 1996; Snow/Soule/Kriesi 2007) und sich von einer interdisziplinär orientierten Analyse neue Erkenntnisse erwarten. Dieses Vorhaben zeigt sich auch an einem neueren Begriffsverständnis, welches sich nicht nur auf wenige Aspekte, wie etwa den Gegensatz zwischen Bewegung und Staat, konzentriert. Snow, Soule und Kriesi (vgl. 2007: 6) plädieren für eine Erweiterung des Konzeptes der sozialen Bewegungen, um deren

vielfältigen Formen gerecht zu werden, ohne jedoch scheinbar ähnliche soziale Phänomene aufgrund oberflächlicher Ähnlichkeiten vorschnell unter dem Begriff zu subsumieren. Darauf aufbauend formulieren die AutorInnen eine neue Konzeptualisierung des Terminus:

[S]ocial Movements can be thought of as collectivities acting with some degree of organization and continuity outside of institutional or organizational channels for the purpose of challenging or defending extant authority, whether it is institutionally or culturally based, in the group organization, society, culture, or world order of which they are part. (Snow/Soule/Kriesi 2007: 11)

Um Antworten auf die Frage nach den Ursprüngen von sozialen Bewegungen und ihren Zielen zu erhalten, sollte eine inklusive Vorgehensweise angewendet werden, welche die unterschiedlichen disziplinären Sichtweisen vereint. Van Stekelenburg und Klandermans (2009: 37-42) haben aus diesem Grund ein systematisches Analyseraster entwickelt, das diesem Anspruch Rechnung trägt und meiner Analyse der verschiedenen Bewegungen im Niger-Delta Anwendung findet. Das Modell verbindet die Mikroebene der protestierenden Individuen mit der Mesoebene der sozialen Bewegungen und der Makroebene nationaler politischer Systeme und überstaatlicher Prozesse und gibt somit Einblick in die Entstehung der *contextualized contestation* sozialer Bewegungen. Für die Autorin und den Autor gründen Konflikte im afrikanischen Kontext vielerorts in materieller Armut, Ressourcen-Knappheit, ökologischem Zerfall und Ungleichheit. So genannte *ethnische Konflikte* sind für sie einerseits auf historische und auch gegenwärtige internationale Prozesse, andererseits auf lokale Spannungen und den Einfluss ungleicher soziopolitischer Systeme zurückzuführen.

Auf der supranationalen Ebene haben politische und wirtschaftliche Prozesse der Liberalisierung starken Einfluss auf die Entstehung neuer sozialer Bewegungen. Soziopolitische Veränderungen werden zum Beispiel durch Vorgaben der Geberländer, durch den Druck von internationalen Organisationen und durch den Demokratie-Diskurs der Menschenrechte ausgelöst bzw. beeinflusst. Darüber hinaus kam es in den vergangenen Jahrzehnten zu einer Zunahme der Migration und einem Wachstum der afrikanischen Diaspora, welche oftmals eine Rolle in der Wissensproduktion und Finanzierung sozialer Bewegungen einnimmt (vgl. Ellis/van Kessel 2009: 8f).

Aus den *political process theories* stammt die Prämisse, dass das Wesen des politischen Systems den Handlungsrahmen der sozialen Bewegungen vorgibt: „The political opportunity structure, the openness of the political system for challengers, the access points available for people to defend their interests and express their opinions and the temporal political

configurations have all been identified as determinants of the incidence and type of protest in democratic polities.“ (van Stekelenburg/Klandermans 2009: 39)¹⁰

Die Mobilisierung sozialer Bewegungen bedient sich laut den AutorInnen des Prinzips von *Angebot und Nachfrage*. Die Nachfrage bezieht sich auf das einer Gesellschaft inhärente Protestpotential.¹¹ Der Einfluss von (supra)nationalen Prozessen auf die Protestinhalte ist ebenfalls von Interesse, auch wenn dieser in existierenden Arbeiten bisher wenig Beachtung findet. Die Angebotsseite gibt Auskunft über die Diversität und den Einfluss, den sozialen Bewegungen auf ihre Gesellschaft haben. Die Art und Weise der Mobilisierung zeigt sich nun an der Verbindung zwischen Angebot und Nachfrage, welche durch neue Kommunikations- und Informationstechnologien in den vergangenen Jahren eine starke Veränderung erfahren hat. Zusammengefasst dreht es sich im Kontext der Mobilisierung um folgende Fragen: „Who participates in protest? What are their socio-demographic characteristics? Are they the elite or ordinary people? Why are they protesting (i.e. on which issues)? What forms of protest are being employed (i.e. demonstrations, sit-ins, lobbying, riots)? How are they mobilized?“ (van Stekelenburg/Klandermans 2009: 42).

Für die Analyse des Konflikts im Niger-Delta dient dieses Modell als Orientierungshilfe, um ein möglichst umfassendes Bild von der aktuellen Situation zu erhalten und die unterschiedlichsten Aspekte der Bewegungsforschung zu berücksichtigen.

2.1.4. Soziale Bewegungen in Afrika

Die bisher vorgestellten strukturellen und sozial-konstruktivistischen Überlegungen und die daraus resultierenden Theorien stützen ihre Erkenntnisse lediglich auf empirische Forschungen aus dem europäischen, nord- und südamerikanischen Raum. Daher stellt sich die Frage, ob diese Ansätze überhaupt auf spezifische Fallbeispiele im afrikanischen Raum anwendbar sind (vgl. Macamo 2011: 47-52). In den Afrikawissenschaften blieb die Beschäftigung mit gesellschaftlichen Veränderungen aus Perspektive der sozialen Bewegungen bisher weitgehend unbeachtet (vgl. Brandes/Engels 2011: 1). Eine erste

¹⁰ Dabei ist im afrikanischen Kontext oftmals von so genannten *failed states* die Rede. Bisherige Forschungsarbeiten gehen jedoch kaum auf die „unbeherrschten politischen Räume“ innerhalb dieser Staaten ein und übersehen somit deren Rolle innerhalb von Konflikten und ihren möglichen Einfluss auf die *contextualized contestation* (vgl. van Stekelenburg/Klandermans 2009: 39).

¹¹ In afrikanischen Gesellschaften wird das Verlangen nach Protest für van Stekelenburg und Klandermans (2009: 40) den Grad an Missständen bestimmt, welche unter anderem auf wirtschaftliche, materielle, soziale und gesundheitliche Probleme zurückzuführen sind.

Annäherung an die Thematik der sozialen Bewegungen in Afrika erfolgte in dem Sammelband *African Studies in Social Movements and Democracy* (Mamdani/Wamba-dia-Wamba 1995). Die AutorInnen grenzen sich hier bewusst von der europäisch/amerikanisch dominierten Theoriebildung ab:

The result was a broad perspective on social movements as the crystallization of group activity autonomous of the state, without succumbing to the variety of distinctions which have almost reached the status of a fad amongst an array of social movement theorists around the globe: whether between 'class' and 'community', or elite and popular, or political and social, or organized and unorganized initiative. (Mamdani 1995b: 7)

Dieses hier kritisierte kategorische Denken zeigt sich auch im Kontext der *neuen sozialen Bewegungen*, die seit den 1990er Jahren die Theoriebildung dominieren. Habib und Opoku-Mensah (vgl. 2009: 47f) sehen dieses Denken in Dichotomien sehr kritisch. Denn in akademischen Kreisen verbreitete sich die Meinung, der Drehpunkt der Mobilisierung sozialer Bewegungen hätte sich von der Sphäre der Produktion zur Sphäre des Konsums verlagert, wodurch die so genannten *Identity Movements* die materiell motivierten Bewegungen abgelöst hätten. Diese Sichtweise mit ihrem Fokus auf die postindustrielle Gesellschaft ist für Habib und Opoku zu vereinfachend, da materielle Aspekte weiterhin eine relevante Rolle einnehmen. Ellis und Van Kessel (vgl. 2009: 15) weisen darauf hin, dass diese chronologische Abfolge des Übergangs von der Arbeiterklasse zum Mittelstand im afrikanischen Kontext wenig Sinn macht, da soziale Bewegungen immer in einem breiteren gesellschaftlichen Kontext integriert waren. Eine vielschichtige und differenzierte Sicht auf soziale Bewegungen in Afrika ist deshalb notwendig.

Die relativ späte Auseinandersetzung mit der Thematik durch die Afrikawissenschaften ist auch auf das einflussreiche Konzept der *Zivilgesellschaft* zurückzuführen, das vor allem unter nordamerikanischen AfrikanistInnen weite Verbreitung erfuhr. Mamdani (1995a; 1995b: 3-5) kritisiert dieses Konzept aufgrund seiner eurozentristischen Tendenzen, welche die moderne Zivilgesellschaft in einer Dichotomie zur *traditionellen* und fragmentierten afrikanischen Gesellschaft darstelle und somit lediglich den unilinearen Evolutionismus der Modernisierungstheorien reproduziere. Engels und Brandes (vgl. 2011: 6-10) sehen die Konzeption

der Zivilgesellschaft in den Afrikawissenschaften ebenfalls kritisch.¹² Darüber hinaus bietet die *Bewegungs-Perspektive* für sie folgenden Vorteil für die Forschung in afrikanischen Kontexten:

„[A] social movement approach can go beyond the common civil society approach in order to underline the critical or – possibly – emancipatory stance social actors take towards dominant political actors. It reveals how they demand more democratic participation in the formation of societal activities and state policies or take them into their own hands. (Brandes/Engels 2011: 9f)

Durch die kritische Auseinandersetzung mit dem Konzept der Zivilgesellschaft wuchs auch das Interesse an der Beschäftigung mit sozialen Bewegungen in Afrika (Ellis/van Kessel 2009b; Engels/Brandes Hg. 2011). Für Ellis und van Kessel hat es wenig Sinn, die bereits existierenden theoretischen Ansätze auf afrikanische Fallbeispiele anzuwenden. Vielmehr plädieren sie für eine pragmatische Herangehensweise, welche sich gegebenenfalls an bestehenden Theorien orientiert, sie aber nicht zwingend anwendet. Dabei werfen sie die Frage auf, ob theoretische Arbeiten über soziale Bewegungen auf dem afrikanischen Kontinent allgemein gültige Schlussfolgerungen und Vergleiche mit anderen Bewegungen, zum Beispiel aus Südamerika, ermöglichen würden; oder ob afrikanische Bewegungen aufgrund ihrer spezifischen Eigenschaften kaum mit den bestehenden Ansätzen der Bewegungsforschung, mit ihrem thematischen Fokus auf Europa und Amerika, erklärbar sein. Ihrer Auffassung nach werden afrikanische Bewegungen stark durch externe Faktoren beeinflusst. Dabei kann es sich um die Diaspora des jeweiligen Landes, internationale Organisationen, NGOs und Staaten oder bestimmte Diskurse (z.B. Menschenrechte oder Kapitalismuskritik) handeln (vgl. Ellis/van Kessel 2009).

Brandes und Engels (2011: 5) negieren diesen Einfluss, den *westliche* Akteure, Werte und Ideen ausüben, nicht. Sie weisen jedoch darauf hin, dass afrikanische Bewegungen diese externen Einflüsse nicht zwingend aufnehmen und durch ihre Aktionsformen und Inhalte an die Öffentlichkeit tragen. Ist dies der Fall, werden diese Akteursgruppen von einem außer-afrikanischen Standpunkt oftmals nicht als soziale Bewegungen wahrgenommen. Soziale Bewegungen sollten aus diesem Grund nicht eindimensional gesehen werden. Denn sie

¹² So meinen Engels und Brandes (2011: 9): „[W]e want to distinguish our approach to the actors under study from the currently predominating discourse of civil society as a service provider or as a resource of state legitimacy. As opposed to the predominant meaning that the term has gained over the last twenty years, we want to turn the analytical focus back on the actors. We feel that with the ongoing focus on the integration of civil society actors into the projected good governance structures, a broader perspective on their political demands, organizational structures, modes of mobilization, ‘collective identities’ or ‘non-institutionalized tactics’ has been lost.“

gestalten sich nicht nur passiv durch externe *Einflüsse* aus dem *Westen* und der Diaspora, sondern durch eine Interaktion, welche die Beziehungen zwischen den sozialen Bewegungen und den externen Einflüssen prägt.

Der Versuch einer Typologie afrikanischer sozialer Bewegungen wurde durch Habib und Opoku (2009: 49-55) vorgenommen. Die Autoren beziehen sich für ihre Einteilung primär auf das Fallbeispiel Südafrika, das wohl am ausführlichsten dokumentierte Fallbeispiel im afrikanischen Raum. Die Anwendbarkeit der Typologie ist jedoch nicht auf Südafrika beschränkt. Sie unterscheiden:

- soziale Bewegungen, die existierende Verteilungsfragen und die damit verbundene Regierungspolitik (z.B. Privatisierungsprozesse) kritisieren. Ihre Entstehung ist auf die Abwesenheit elementarer Grundbedürfnisse, wie z.B. Wasser, Strom und Gesundheitsversorgung und die Aberkennung von bürgerlichen Grundrechten zurückzuführen;
- soziale Bewegungen, die sich gegen *Land Grabbing* und damit verbundene Besitzansprüche von Landbesitzern, Banken oder Regierungen richten. Gewerkschaften spielen hier ebenfalls eine wichtige Rolle, wenn es um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im öffentlichen und privaten Rahmen geht. Ihre einstige gesellschaftliche Dominanz müssen die Gewerkschaften heute mit anderen politischen Akteursgruppen teilen. Ein Beispiel hierfür sind auch die in der Ölindustrie beschäftigten Arbeiter im Niger-Delta, die sich nicht nur energisch für höhere Löhne, sondern auch für eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung der Region eingesetzt haben;
- AktivistInnen, die sich in sozialen Bewegungen für den Schutz der Umwelt engagieren und die wirtschaftlichen Kooperationen zwischen dem Staat und transnationalen Konzernen kritisieren.
- Organisationen, die sich gegen soziale Ungleichheit richten (z.B. gegenüber Flüchtlingen, sexuellen Minderheiten, Frauen, HIV/AIDS-PatientInnen, etc.) und deren Existenz vor allem auf politische Strukturreformen zurückzuführen sind;
- Als letzten Typus nennen Habib und Opoku-Mensah Bewegungen, die sich gegen multilaterale Organisationen und transnationale Konzerne richten und dabei global mit anderen Protestbewegungen vernetzt sind.

Die Autoren fassen das Ergebnis ihrer Typologie folgendermaßen zusammen:

In summary, social movement mobilization in Africa and South Africa is a product of, and response to, a concrete context of deprivation, rights denial and injustice. The continent's social-

movement landscape is incredibly heterogeneous but for analytical purpose it is possible to categorize African movements as follows: Anti-Corporate; Globalization/Economic Justice; Democracy and Transparency; Environmental; HIV/AIDS; and Woman and Youth. (Habib/Opoku-Mensah 2009: 55)

Diese angesprochene Heterogenität zeigt sich auch am Grad der Bereitschaft zur Kooperation sozialer Bewegungen mit internationalen Organisationen (IWF, Weltbank, etc...) und Regierungen. Diese reicht von Zurückhaltung (Südafrika) und Kooperation (v.a. auch in Teilen Westafrikas) bis hin zu strikter Ablehnung und Bekämpfung, was sich deutlich an der Radikalisierung und Militarisierung der verschiedenen Bewegungen im Niger-Delta zeigt. Die obige Einteilung verdeutlicht darüber hinaus auch, dass Verteilungsfragen im afrikanischen Kontext nach wie vor von Bedeutung sind und zusammen mit Identitätsfragen maßgeblich zur Entstehung sozialer Bewegung beitragen (vgl. Habib/Opoku-Mensah 2009: 56).

Eine Typologie, die sich abseits bekannter Erklärungsmodelle verortet, ist bei Elísio Macamo (2011) zu finden. Er sieht im Phänomen der Gesellschaftskritik¹³ einen geeigneteren Zugang zur Erforschung und Analyse von Streitfragen und Konflikten, als die theoretische Prämissen der sozialen Bewegungen bieten: „Unlike the notion of social movements, which packages contestation into a normative frame of reference that lends normative and teleological legitimacy to protest, social criticism does not pass judgement on the societal relevance of contestation.“ (Macamo 2011: 54). Eine Betrachtung der Gesellschaftskritik, die jeder Streitfrage zugrunde liegt, offenbart die individuelle Positionierung in Relation zur sozialen Ordnung und deutet die Möglichkeit an, dass diese Positionierungen unterschiedliche Vorstellungen beinhalten, wenn es um die Frage der gesellschaftlichen Organisation und sozialen Gerechtigkeit geht.

Anhand dieser Überlegungen, auf die hier nicht in voller Länge eingegangen werden kann (vgl. Macamo 2011: 52ff), sieht Macamo drei grundlegende Arten von Gesellschaftskritik und Streitfragen. Erstens, den so genannten *upheaval type*, der gewalttätige, organisierte Protestformen beinhaltet, welche auf die Veränderung bestehender Verhältnisse abzielen; zweitens, friedlich organisierte, als *reform type* charakterisierte Protestformen, die klare Forderungen äußern, ohne dabei die wesentlichen Strukturen der sozialen Ordnung in Frage zu stellen; drittens, den *anomic type*, eine Kombination aus spontanen und gewalttätigen

¹³ Der Begriff der Gesellschaftskritik beschreibt hier: „the different positions which individuals articulate and express in a moral debate. Such positions reflect different understandings and interpretations of social order and the place which different individuals should have in it.“ (Macamo 2011: 54)

Handlungen als Ausdruck von bestimmten Forderungen oder aus Gründen der Ablehnung bestimmter politischer Entscheidungen. Diese drei Arten sind abhängig von der Form und Struktur ihrer Artikulation (vgl. Macamo 2011: 55ff).

Bei einer Analyse von Konflikten und gesellschaftlichen Protesten auf dem afrikanischen Kontinent und speziell im Niger-Delta sollten die bereits formulierten Kritikpunkte am analytischen Rahmen der sozialen Bewegungen im Hinterkopf behalten werden. In diesem Sinne meint Macamo (2011: 65):

The inability apparently evidenced by the notion of social movement to account for local political processes can be corrected if contestation is articulated with social criticism. The idea here is that moral debate is constitutive of politics. Therefore, an understanding of basic political processes in Africa might do well to focus on such constitutive factors and concern itself less with notions that commit analysis to macro factors less relevant to local politics. The study of protest in Africa might benefit from the analytical freedom to refrain from considering every form of contestation to be political.

2.2. Ethnizität: die soziale Organisation kultureller Differenz

Wie sich zeigte, sieht die Bewegungsforschung in der Konstruktion von kollektiven Identitäten einen wichtigen Aspekt für die Mobilisierung und Entstehung sozialer Bewegungen (vgl. Cooper 2005: 65). Da diese Entstehung kollektiver Identitäten in der Regel auch durch Ethnizität beeinflusst wird, gehen die folgenden Seiten näher auf diese vielschichtige Thematik ein. Bis heute konnten sich die unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen nicht auf eine allgemein akzeptierte Definition des Begriffes einigen, der kurz formuliert das Beziehungsgefüge zwischen zwei oder mehreren Gruppen bezeichnet, die der Auffassung sind, sich kulturell voneinander zu unterscheiden (vgl. Gingrich 2001: 102).

Es existiert eine Vielzahl von unterschiedlichen Theorien, die sich im Wesentlichen in drei unterschiedliche Herangehensweisen einteilen lassen.¹⁴ Im Kern beschäftigen sich alle mit der Erklärung sozialer und politischer Umbrüche, der Entstehung bzw. dem Wandel von Identitäten, so genannten *ethnischen Konflikten* und der Relevanz von ethnischen Gruppen für die Entstehung moderner Nationalstaaten.¹⁵ Kurz und prägnant formuliert, lassen sich die drei Ansätze wie folgt charakterisieren:

¹⁴ Eine Übersicht der Wissenschaftsgeschichte zum Ethnizitätsbegriffes, findet sich zum Beispiel bei John Hutchinson und Anthony D. Smith (Hg. 1996)

¹⁵ Im weiteren Verlauf der Arbeit findet der Begriff des ethno-politischen Konfliktes Verwendung, denn „das Ethnische daran [dem Konflikt] ist häufig nur die kostengünstigste und die höhere Wirksamkeit versprechende Form der Konfliktmodalität. Man spricht daher besser von ethno-politischen oder - im Fall von secessionistischen Bewegungen - von ethnoregionalistischen Konflikten.“ (Tetzlaff 2004: 159).

There are three competing approaches to the understanding of ethnicity. They could be roughly categorized as primordialist, instrumentalist and constructivist. Roughly speaking, primordialist theories assert that ethnic identification is on deep, 'primordial' attachments to a group or culture; instrumentalist approaches treat ethnicity as a political instrument exploited by leaders and others in pragmatic pursuit of their own interests; and constructivist approaches emphasize the contingency and fluidity of ethnic identity, treating it as something which is made in specific social and historical contexts, rather than (as in primordialist arguments) treating it as 'given'. (Sokolovskii/Tishkov 2004: 190).

Dabei erscheint mir vor allem die konstruktivistische Sichtweise auf Ethnizität für das Vorgehen der Diplomarbeit geeignet, die folgend anhand Fredrik Barths *Ethnic Groups and Boundaries* (1998) näher erläutert wird. Dabei gehe ich auch auf Perspektiven ein, die sich kritisch mit den Begriffen der ethnischen Gruppe (Brubaker 2002) und der Identität (Cooper 2005) auseinandersetzen.

2.2.1. Konstruktivistisches Ethnizitäts-Konzept

Barths Ethnizitätsverständnis, das er in der Einleitung (1998b: 9-38) des Sammelbandes „Ethnic groups and boundaries: the social organization of cultural difference“ darlegt, gilt als ein Schlüsseltext der konstruktivistischen Ansätze. Ethnische Gruppen gestalten sich für Barth durch Prozesse der Zuschreibung und der Identifikation durch die Gruppenmitglieder selbst. Diese Eigenschaft trägt zur Organisation der Interaktion zwischen verschiedenen Gruppen bei und wird von ihnen als deren primäres Merkmal gesehen, welche andere Charakteristiken bestimmt.

Das klassische Verständnis des Begriffes der ethnischen Gruppe birgt für Barth die Problematik eines unzureichenden Verständnisses, da es ein vorgefasstes Bild von den Faktoren vermittelt, welche die Entstehung, die Struktur und die Funktionen ethnischer Gruppen beeinflussen.¹⁶ Barth negiert die Annahme, dass die Aufrechterhaltung von ethnischen Grenzen (*boundaries*) auf (geographische) Isolation zurückzuführen sei, welche spezifische Merkmale (z.B. *race*, Sprache, kulturelle Unterschiede, etc.) hervorbringe und dabei einen eher undurchlässigen und starren Charakter aufweisen. Darüber hinaus ist die Existenz einer *gemeinsamen Kultur* einer ethnischen Gruppe für Barth wichtig, sie wird aber oftmals falsch interpretiert: „much can be gained by regarding this very important feature as

¹⁶ Das Begriffsverständnis, auf das sich Barth bezieht, geht davon aus, dass sich ethnische Gruppen biologisch selbst erhalten. Sie teilen grundlegende kulturelle Werte, die sich in der Einheit kultureller Formen zeigen, und ein gemeinsames Feld der Interaktion und Kommunikation. Hinzu kommt die Identifikation mit der Gruppe durch deren Mitglieder, welche auch durch Außenstehende erkannt wird (vgl. Naroll, et al. 1964).

an implication or result, rather than a primary and definitional characteristic of ethnic group organization.“ (Barth 1998a: 11).

Im Kontext der Ethnizität nimmt die Identität, welche durch die Interaktion von internen und externen Zuschreibungen gestaltet wird, eine zentrale Rolle ein. Die verbreitetste Konnotation von Identität lautet nach Cooper (2005: 64) wie folgt: „identity is often opposed to interest in an effort to highlight and conceptualize non-instrumental modes of social and political action. With a slightly different analytical emphasis, it is used to underscore the manner in which action - individual or collective - may be governed by particularistic self-understandings rather than by putatively universal self-interest.“¹⁷ In diesem Zusammenhang ist die ethnische Grenzziehung von besonderer Relevanz. Denn für Barth definiert sie die ethnische Gruppe und nicht die kulturellen Phänomene, die sie beinhaltet. Anders ausgedrückt basiert die individuelle Identifikation mit einer ethnischen Gruppe nicht auf deren Inhalt, sondern auf deren Funktion (vgl. Taibl 2009: 150). Dabei beziehe sich die Grenze primär auf soziale Phänomene und weniger auf geographische Eingrenzungen und nehme so starken Einfluss auf die jeweilige Gruppe und ihre soziale Lebenswelt. Dabei beinhalte sie komplizierte Organisationsformen von Verhalten, sozialen Beziehungen und Zuschreibungen. Die (gegenseitige) Identifikation einer Person als Mitglied einer spezifischen ethnischen Gruppe setze gemeinsame Kriterien für die Bewertung und Beurteilung voraus. In diesem Prozess zwischen unterschiedlichen Individuen bzw. Gruppen existiere die Möglichkeit der Diversifikation und Ausweitung sozialer Beziehungen, was alle unterschiedlichen Handlungsräume betreffen könne. Diese Zuschreibungen könnten auch eine Dichotomisierung und somit das Attribut der Fremdheit Anderer und eines *Wir-Gefühls* bewirken. Diese Gegensätze zeigten sich nicht nur an unterschiedlichen gesellschaftlichen Normen und Werten, sondern auch an einer eventuellen Einschränkung der Zusammenarbeit auf Gebieten, die eigentlich im Interessensgebiet beider Gruppen liegen würden. Darauf aufbauend formuliert Barth die Aufrechterhaltung der *Grenzen* wie folgt:

This makes it possible to understand one final form of boundary maintenance whereby cultural units and boundaries persist. Entailed in ethnic boundary maintenance are also situations of social contact between persons of different cultures: ethnic groups only persist as significant units if they imply marked difference in behaviour, i.e. persisting cultural differences. (Barth 1998a: 15f)

¹⁷ Darüber hinaus existieren unterschiedliche Begriffsverständnisse in unterschiedlichen akademischen Disziplinen, ein guter Überblick findet sich bei Cooper (2005: 64-67).

Zum einen sieht Barth Ethnizität als einen fortdauernden Prozess der Zuschreibungen, in dem Personen durch ihre Identität (v.a. beeinflusst durch Herkunft und Hintergrund) klassifiziert werden. Zum anderen stellt sie eine Form der sozialen Organisation dar, welche durch die besagten „inter-group boundaries mechanisms“ (Sokolovskii/Tishkov 2004: 192) aufrecht erhalten wird. Dabei sind weniger die kulturellen Eigenschaften von Bedeutung, als der manipulative Charakter von Identitäten und ihre situative Beschaffenheit. Dieses Begriffsverständnis betont die vom spezifischen Kontext abhängige Beschaffenheit von Ethnizität, was auch die politischen Dimensionen, wie z.B. die politische Mobilisierung von Gruppen, mit einschließt. Im Rahmen der interpretativen Wende in den Sozial- und Geisteswissenschaften kam es in der Postmoderne zu einer verstärkten Auseinandersetzung mit Themen der Identität und deren gesellschaftlichen Grenzen im Hinblick auf Ethnizität. Dabei blieb auch Barths Ethnizitätskonzept nicht von Kritik verschont, denn die Verwendung von Begriffen wie Gruppe, Kategorie oder auch Grenze würden immer noch zu der Annahme von fixen Identitäten führen (vgl. Sokolovskii/Tishkov 2004: 192).

2.2.2. Kritische Perspektive auf zentrale Begriffe

Ein weiterer Kritikpunkt, der nicht nur auf das konstruktivistische Ethnizitätskonzept, sondern auf die Sozial- und Geisteswissenschaften im Allgemeinen abzielt, bezieht sich auf die unreflektierte Verwendung des Gruppenbegriffes (*groupism*). So argumentiert Rogers Brubaker (2002: 164):

This is what I call groupism: the tendency to take discrete, sharply differentiated, internally homogenous and externally bounded groups as a basic constituents of social life, chief protagonists of social conflicts, and fundamental units of social analysis. In the domain of ethnicity, nationalism and race, I mean by ‘groupism’ the tendency to treat ethnic groups, nations and races as substantial entities to which interests and agency can be attributed.

Politische, öffentliche, mediale und auch akademische Diskurse adaptieren dieses simplifizierende Denken und interpretieren Konflikte oftmals als Auseinandersetzungen zwischen ethnischen Gruppen (bzw. Nationen) und ordnen sie somit der Kategorie des ethnischen Konfliktes zu, ohne den konstruktiven Charakter ethnischer Gruppen zu beachten. Diese vereinfachende, auch alltäglich gebräuchliche Assoziation, dass ethnische Konflikte zwischen ethnischen Gruppen ausgefochten werden, sollte laut Brubaker kritisch hinterfragt werden (vgl. Brubaker 2002: 165f).

Für ihn sind die Hauptakteure *ethnischer Konflikte* nicht die ethnischen Gruppen, sondern unterschiedlichste Organisationen. Bei diesen Organisationen kann es sich um Staaten und deren Institutionen (z.B. Ministerien und Exekutiv-Organen), paramilitärische Organisationen, politische Parteien, soziale Bewegungen, Medien oder religiöse Institutionen handeln. Diese Akteursgruppen werden fälschlicherweise mit ethnischen Gruppen gleichgesetzt, was jedoch nicht der Realität gerecht wird. Denn diese Organisationen (und intern vor allem die machthabenden Führungspersönlichkeiten) stellen vielmehr eigenständige Akteure dar, die ihre materiellen und kommunikativen Ressourcen einsetzen, um bestimmte Aktionen durchzuführen, die sie als Konflikt-Protagonisten sichtbar macht. Gemeinsame Interessen, Werte, Normen und Identität sowie ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl, die eigentlich mit ethnischen Gruppen assoziiert werden, sind für Brubaker (2002: 171f) viel mehr Charakteristika besagter Organisationen und weniger von ethnischen Gruppen.

Wenn ethnische Konflikte nicht zwischen ethnischen Gruppen, sondern zwischen Institutionen (Organisationen) ausgetragen werden, stellt sich die Frage, warum bestimmten Konflikten das Adjektiv *ethnisch* vorangestellt wird. Brubaker (2002: 173) gibt darauf folgende Antwort:

The answer cannot be found in the intrinsic properties of behavior. The ‘ethnic’ quality of ‘ethnic violence’, for example, is not intrinsic to violent conduct itself; it is attributed to instances of violent behavior by perpetrators, victims, politicians, officials, journalists, researchers, relief workers or others. Such act of framing and narrative encoding do not simply interpret the violence, they constitute it as ethnic.

An dieser Stelle treffen wir erneut auf das Konzept des *Framing*, das auch in Brubakers Überlegungen Anwendung findet. Das aus der sozialen Bewegungsforschung entlehene Konzept nimmt im Konstruktionsprozess der Gruppenhaftigkeit (*groupness*) eine zentrale Rolle ein. Die Gruppenhaftigkeit bezeichnet hierbei einen Konstruktionsprozess einer von Innen- und Außen-stehenden wahrgenommenen Gruppe, wobei der Fokus Brubakers auf unterschiedlichen Stufen des Zusammenhalts liegt. Die Kohäsion und Solidarität innerhalb der Gruppe ist dabei nicht starr, sondern dynamisch und durch bestimmte Ereignisse und Aktionen veränderbar. Die Diskussion und Verhandlung eröffnet dabei einen Raum, in dem die Mitglieder die besagten Phänomene gegebenenfalls auch gewaltsam neu justieren (vgl. Brubaker 2002: 173f; Taibl 2009: 153). Für Brubaker sollten nicht nur die Begriffe der Gruppe und des ethnischen Konflikts, sondern auch das Konzept der Ethnizität selbst kritisch hinterfragt werden. So sollte Ethnizität, ebenso wie *Rasse* und *Nation*, als etwas

prozesshaftes, dynamisches und sozial Konstruiertes verstanden werden: „They are not things in the world, but perspectives on the world.“ (Brubaker 2002: 174f)

Da die Identität von ethnischen Gruppen bzw. Organisationen eine zentrale Rolle im Kontext der Ethnizität einnimmt, erscheint es mir notwendig, einen kritischen Blick auf die Thematik zu werfen. Für Frederick Cooper (2005: 70-77) stellt die dominante konstruktivistische Sichtweise, welche Identität als konstruiert, fluid und vielfältig interpretiert ein Problem dar, wenn es darum geht, die *harten*, durch Essentialismus geprägten Behauptungen im Zuge der so genannten *Identitätenpolitik* zu erfassen. Aus diesem Grund schlägt Cooper die Verwendung von weniger ambivalenten Begriffen vor, um gesellschaftliche Phänomene zu erkennen, die unter dem Begriff der Identität subsumiert werden. Dazu gehören Begrifflichkeiten wie Identifikation, Kategorisierung, Selbstverständnis, soziale Lage, Gemeinsamkeiten, Verbundenheit und Gruppen-Zusammengehörigkeit, wie sie teilweise auch von Brubaker verwendet werden. Der Unterschied zwischen dem sogenannten *weichen* und *harten* Identitätsverständnissen verdeutlicht nicht nur die dem Begriff inhärente Ambivalenz, sondern ist auch im Rahmen dieser Arbeit von Bedeutung. Gerade im Kontext der sogenannten *Identitätenpolitik* spielt der harte Identitätsbegriff eine tragende Rolle, dem jedoch einige problematische Prämissen zu Grunde liegen. So spricht er allen Menschen eine bestimmte Identität zu und auch ganze Gruppen besitzen demnach eine spezifische Identität, wobei dies den Mitgliedern nicht zwingend bewusst sein muss. Darüber hinaus gehen harte Konzepte von Identität davon aus, dass Gruppen eine starke Homogenität und Verbundenheit aufweisen: „They imply high degrees of groupness, an identity or sameness between group members, a sharp distinctiveness from nonmembers, a clear boundary between inside and outside.“ (Cooper 2005: 68) Für die Bearbeitung der Forschungsfrage erscheint es mir daher nützlich, die alternativen analytischen Begriffe Coopers im Hinterkopf zu behalten, um zu zeigen, dass sich Ethnizität (und somit auch die Identität der ethnischen Gruppen im Niger-Delta) im Niger-Delta-Konflikt keineswegs homogen und unveränderlich gestaltet.

2.2.3. Ethnizität im afrikanischen Kontext

Wenn JournalistInnen der Print- und TV-Medien über Konflikte auf dem afrikanischen Kontinent berichten, fällt oftmals der bereits problematisierte Begriff des *ethnischen Konflikts*, in dessen Rahmen sich einander konkurrierende *Stämme* gegenüber stehen würden. In der damit verbundenen Darstellung der so genannten *Entwicklungskrise*, unter der viele

afrikanische Länder seit ihrer Unabhängigkeit laborierten, spielte die Vielfalt ethnischer Gruppen eine tragende Rolle: „Ethnicity thus lies, it is held, at the root of Africa's development crisis.“ (Bates 2000: 131) Dieses Credo erlangte im Kontext des *staatlichen Zerfalls* von Ländern wie Somalia oder der Demokratischen Republik Kongo viel Zuspruch, genauso wie die Annahme, die Existenz der besagten *Stämme* würde den Weg zum modernen demokratischen Nationalstaat blockieren, da sie ein zu überwindendes Relikt der vorkolonialen Zeit seien (vgl. Eckert 2011: 42).

2.2.3.1. Die Erfindung von „Stämmen“

Bei näherer Betrachtung der (post)kolonialen Geschichte Afrikas wird jedoch deutlich, dass diese Prämissen eine Fehlinterpretation der historischen und gegenwärtigen Entwicklungen darstellen, welche den Blick auf die eigentlichen Ursachen der problematischen Situation vieler afrikanischer Staaten versperrt. So wies der Historiker John Iliffe (1979) bereits Ende der 1970er Jahre auf den konstruierten bzw. erfundenen Charakter der Konzeption des „Stammes“ durch die Kolonialmächte hin, die damit das Ziel verfolgten, die eigenen Machtstrukturen in den Kolonien zu festigen und auszubauen: „The notion of the tribe lay at the heart of indirect rule in Tanganyika [...] administrators believed that every African belonged to a tribe, just as every European belonged to a nation [...] They had the power and and they created the political geography.“ (Iliffe 1979: 323f) Die Errichtung der indirekten Herrschaft gründete darin, dass die Kolonialmächte ihr Vorhaben der Etablierung eines bürokratischen Territorialstaates auf dem afrikanischen Kontinent nach europäischem Vorbild nicht umsetzen konnten.

Denn der Erfolg dieses Vorhabens, Staaten nach europäischen Vorbild aufzubauen, blieb lediglich ein Wunschdenken der Kolonialmächte. Neben den komplexen politischen Herrschaftsformen der afrikanischen Gesellschaften, welche andere Organisationsstrukturen aufwiesen als die europäischen Bürokratien, scheiterte der Versuch, feste territoriale Grenzen zu etablieren aufgrund eines anderen Verständnisses von Grenzen seitens der afrikanischen Gesellschaften, sowie der Mobilität der ländlichen Bevölkerung. Hinzu kamen die enormen Verwaltungskosten und die Tatsache, dass die europäischen Eroberer, trotz der technischen Überlegenheit, Protest und Widerstand immer nur punktuell und keinesfalls im gesamten Kolonialgebiet unterdrücken konnten (vgl. Eckert 2011: 40f).

Aus diesem Grund sahen sich die Kolonialmächte gezwungen, intermediäre bzw. willkürlich-despotische Herrschaftsformen anzuwenden. Das auf diese Weise entstandene koloniale indirekte Herrschaftssystem nach dem Prinzip des *divide et imperia* vermittelte den Eindruck, seine Legitimität durch den Bezug auf vorkoloniale Traditionen, Rechtssysteme und Bräuche zu erlangen.¹⁸ Dieser Prozess der Erfindung von Traditionen führte neben der Konstruktion von *Stämmen* zwecks politischer Kontrolle, auch zu weiteren kulturellen und wirtschaftlichen Verschiebungen in afrikanischen vorkolonialen Gesellschaften. So kam es im Rahmen der Kooperation zwischen Kolonialbeamten und potentiellen lokalen Autoritäten zum Beispiel zur Bevorzugung von bestimmten Sprachen und Religionen, was oftmals nicht der gesellschaftlichen Realität entsprach. So wurde die Auswahl der Chiefs im damaligen Tanganyika (heute Tanzania) anhand bestimmter Kriterien (z.B. Swahili-Kenntnisse) getroffen, was bisherige politische und religiöse Autoritätspersonen übergang und unter anderem Köche oder Bedienstete der Europäer zu einheimischen Autoritäten machte (vgl. Eckert 2011: 45ff).

Dass die damaligen Machtverhältnisse auf den Status quo der kolonialen Situation und auf die Zusammenarbeit zwischen (neuen) afrikanischen Eliten und kolonialen Verwaltungsbeamten gründeten, wurde ausgeblendet. Durch die Konstruktion oder Erfindung von *Stämmen* sollten eindeutige Verwaltungsbezirke entstehen, um somit die bürokratische Verwaltung effizienter zu gestalten, was auch Einfluss auf das Leben der AfrikanerInnen hatte: „Die vielfältig organisierten Gruppierungen, die im vorkolonialen Afrika unterhalb und außerhalb der Staatsgebilde existiert hatten, wurden allesamt umgedeutet in ‚tribale‘ Einheiten, bzw. ‚Stämme‘, die man ihrerseits nach dem heimischen Muster des Nationalstaates als Sprach-, Kultur-, Abstammungs- und politische Gemeinschaften mit abgegrenzten Territorien interpretierte.“ (Eckert 2011: 45) Auf diese Weise wurden afrikanische Gesellschaften aufgrund *ethnischer* Identitäten kategorisiert, was die Erfindung und Verstärkung tribaler Grenzziehungen zur Folge hatte. Im Kontext der indirekten Herrschaft kam es zu einer Hervorhebung lokaler, auf kleine Räume beschränkten Identitäten, den *Stämmen*, welche dann innerhalb der neu festgelegten „Stammesgebiete“ fixiert wurden (vgl. Eckert 2011: 47f).

¹⁸ Jürgen Osterhammel charakterisiert diese Herrschaftsform als „eine Politik des Ausspielens von Volksgruppen oder ‚Stämmen‘ gegeneinander [...] die manchmal den nachkolonialen Staaten ein schweres Erbe ethnischer Entzweiung hinterließ. Der Zersplitterung der Macht an der Basis des politischen Systems entsprach ihrer Konzentration an der Spitze. Der koloniale Staat kannte de facto keine Trennung von Exekutive und Legislative und keineswegs eine unabhängige Justiz.“ (Osterhammel 1995: 64)

Diese Konzeption der *Erfindung von Traditionen* erlangte vor allem durch Eric Hobsbawn und Terence Ranger (Hg. 1983) große Popularität, und hatte in der Folge auch starken Einfluss auf die Afrikawissenschaften. Hobsbawn differenziert zwischen Traditionen, Bräuchen (welche näher am Alltag der Menschen sind) und Konventionen. Unter einer *invented tradition* versteht er folgendes: „‘Invented tradition‘ is taken to mean a set of practices, normally governed by overtly or tacitly accepted rules and of a ritual or symbolic nature, which seeks to inculcate certain values and norms of behavior by repetition, which automatically implies continuity with the past.” (Hobsbawn 1983: 1). Des Weiteren spricht er Traditionen drei wesentliche Aufgaben zu. Zum einen eine kohäsive Funktion welche den Zusammenhalt der Institutionen einer Gesellschaft stärkt. Zweitens eine legitimierende und drittens eine sozialisierende Funktion für die Gesellschaft. Ranger (1983) kam in seinem afrikaspezifischen Beitrag zu dem Schluss, dass diese Erfindung von Tradition während der Kolonialzeit bis heute auf die Kultur der herrschenden Eliten nachwirke. Ein weiteres mehrdeutiges Erbe dieser Zeit sah Ranger in der Vergegenständlichung von afrikanischen Traditionen durch Kolonialbeamte, Missionare, die Ältesten und so genannte *progressive Traditionalisten* (vgl. Ranger 1983: 261f).¹⁹

Eine gute Dekade später greift Ranger (1994) selbst berechnete Kritikpunkte an dem Konzept der *invented traditions* in seinem Beitrag von 1983 auf, in dessen Rahmen er das vorkoloniale Afrika durch Pluralismus, Flexibilität und multiple Identitäten, das koloniale Afrika durch fixe „Stammes-Identitäten“ und starre Gender- und Generationenrollen charakterisiert hatte. Dabei räumt er ein, dass seine Überlegungen eine simplifizierende und dichotome Sichtweise auf die koloniale Situation vermittelten, welche den Einfluss der Kolonialmächte auf die afrikanischen Gesellschaften überbewertete. Darüber hinaus habe er Traditionen essentialisiert und die Tatsache übersehen, dass vorkoloniale Traditionen genauso wie ethnische Identitäten sich stetig veränderten (vgl. Ranger 1994: 8-20; Eckert 2011: 41).

Diese Kritik bezieht sich auch auf den Begriff der *Erfindung* selbst, der aus mehreren Gründen einer Revision bedürfe. So suggeriere er die Vorstellung eines einseitigen Prozesses, ausgehend vom Erfinder (hier den Kolonialbeamten oder Missionaren), der zu wenig Raum für den prozesshaften Charakter der Identitäts- und Institutionsbildung im kolonialen Kontext

¹⁹ Bei den „progressiven Traditionalisten“ handelt es sich um „westlich“ gebildete Afrikaner die einen Verwaltungsposten im kolonialen System innehatten und in der Regel der einheimischen Elite angehörten, bzw. oftmals in gewisser Form in einem Verwandtschaftsverhältnis mit den „Chiefs“ standen (vgl. Iliffe 1979: 328f).

lässt und die afrikanischen AkteurInnen als passive Gruppe darstelle: „So the word ‘invention‘ gets in the way of a fully historical treatment of colonial hegemony and of a fully historical treatment of African participation and initiative in innovating custom.“ (Ranger 1994: 24) Aus diesem Grund favorisiert Ranger in Anlehnung an Benedict Anderson (Anderson 2006 [1983]) den Begriff der Imagination, denn „customary law and ethnicity and religion and language were imagined by many different people and over a long time“ (Ranger 1994: 24).

Es macht also wenig Sinn, aktuelle Probleme afrikanischer Gesellschaften durch die scheinbare Konkurrenz zwischen *unmodernen Stämmen* zu erklären, welche einer Modernisierung im Weg stehen würden. Denn Ethnizität und auch das mit ihr verbundene Klassenbewusstsein sind oftmals umstrittene und auch gewalttätige Reaktionen afrikanischer Gesellschaften auf das störende Eindringen der kapitalistischen Modernität und des bürokratischen Staatswesens während und nach der Kolonialzeit (vgl. Berman 2004: 19). Die aus diesem Imaginationsprozess hervorgegangen ethnischen Gruppen spielen eine zentrale Rolle in der Entwicklung politischer Systeme in der kolonialen und postkolonialen Ära.

2.2.3.2. Politischer Tribalismus und moralische Ethnizität

Für die Autoren Berman, Eyoh und Kymlicka (2004) wird die Entwicklung von Ethnizität in Afrika der vergangenen hundert Jahre durch eine Dialektik der Expansion und Differenzierung geprägt. Dabei sind die sozialen Kräfte, welche ethnische Identitäten gestalten und verändern, grundlegend materieller Natur, wobei interne und externe Aspekte dieses Prozesses existieren. Die interne Dimension, auch als die *moralische Ethnizität* bezeichnet, beinhaltet Beziehungen innerhalb einer ethnischen Gruppe, die einen „contested process of defining cultural identity, communal membership and leadership“ (Berman/Eyoh/Kymlicka 2004: 4) darstellen, der eine Verbindung zwischen dem Individuum und der ethnischen Gruppe herstellt. Hierbei handelt es sich nicht um eine atavistische oder irrationale Bindung, basierend auf Verwandtschaft/Freundschaft oder Abstammung/Heimat, sondern um ein komplexes Beziehungsgefüge, in dem es um soziale Verantwortung, Zuständigkeiten und Rechte innerhalb der Gruppe geht und das als Absicherungsmechanismus innerhalb der

Gruppe fungiert.²⁰ Die Autoren sprechen hier von einem konservativen Autoritarismus, in dessen Kontext sich Eliten und Untergruppen in einem kontinuierlichen Vorgang der Anfechtung von Bedeutungen der Gruppenzugehörigkeit befinden und somit ihre zugeteilten Verantwortlichkeiten für die Gesellschaft neu verhandeln. Die externe Dimension thematisiert die Beziehung zwischen einer ethnischen Gruppe und dem Staat bzw. zwischen mehreren ethnischen Gruppen. In diesem Verhältnis, auch bekannt als *politischer Tribalismus*, geht es im Kern um den oftmals konfrontativen Wettbewerb um materielle Ressourcen, die durch die Kontrolle des Staatsapparates zugänglich werden und vielerorts zu einem starken materiellen Gefälle innerhalb der Gesellschaft führen (vgl. Berman/Eyoh/Kymlicka 2004: 4f).

Das Zusammenspiel zwischen moralischer Ethnizität und politischem Tribalismus führt zu einem vielschichtigen Prozess der Bestimmung von ethnischen Gruppen und Identitäten, in dessen Rahmen es um die Frage geht, wer welcher Gemeinschaft angehört und welcher Zugang zu Ressourcen mit dieser Zugehörigkeit verbunden ist. Den Kern dieser Politik sehen Berman, Dickson und Kymlicka (2004: 5) wie folgt: „At the heart of ethnic politics is the use of historical and cultural resources of past and present in a struggle for control of the future and definition of the terms of social change.“ Eine wenigstens teilweise Partizipation an Politik und Wirtschaft konnten die BewohnerInnen der Kolonien nur durch die Zugehörigkeit zu einer *imaginierten* ethnischen Gruppe erlangen. Innerhalb dieser Gruppen agierten sogenannte Patrone (z.B. die durch die Kolonialmacht benannten Chiefs) als dominante politische Akteure, die einen Zugang zu den Institutionen und Ressourcen des Staates innehatten, der als primäre Quelle von ökonomischer und politischer Macht agierte. Die auf diese Art und Weise entstandenen Patron-Klientel-Netzwerke brachten eine Generation opportunistischer und materiell orientierter Politiker hervor, deren Führungsanspruch durch die Verteilung von materiellen Begünstigungen aufrechterhalten wurde, welche durch Gegenleistungen der Klientel (z.B. politische Unterstützung in Form von Stimmen) verteilt wurden, was in den Politikwissenschaften auch als Neo-Patrimonialismus bezeichnet wird (vgl. Berman/Eyoh/Dickson 2004: 5f).

²⁰ Dabei sollte nicht der Fehler begangen werden die moralische Ethnizität zu romantisieren. Bei diesen Beziehungsgefüge handelt es sich keinesfalls um ein egalitäres System, sondern v.a. um eine „culture of personal accountability“ (Berman/Eyoh/Kymlicka 2004: 4), welche wenig Rücksicht auf ökonomisch schlechter gestellte Gruppenmitglieder nimmt und wenig Platz für Konzepte einer universellen und gleichberechtigten Mitgliedschaft einräumt (vgl. ebd.).

Patrimonialismus steht dabei in enger Verbindung zur personalisierten Herrschaft, in deren Rahmen sich die Macht auf ein einziges Individuum konzentriert, welches Legitimität durch ein Patronagesystem generiert. So werden politische bzw. administrative Posten und materielle Ressourcen an Freunde, Verwandte und Klienten verteilt, welche im Gegenzug ihre Loyalität zusichern. Die einzelnen Klienten etablieren ebenfalls ein eigenes Patronage-Netzwerk, was schließlich eine vertikalen Verbindung zwischen weiten Teilen der Gesellschaft herstellt (vgl. Thomson 2000: 107-112). Thomson charakterisiert dieses politische System wie folgt: „It is a mutually beneficial association between the powerful and the weak. A patron extends public office (a salary and access to the state), security (something akin to the freedom from arbitrary violence), and resources (such as wells, roads and medical centres) to his or her clients. In return, the client offers support and deference that helps legitimise the patron's elevated position. In this respect, clientelism is a form of political contract.“ (Thomson 2000: 111)

Diese zunehmende Materialisierung der Beziehungen zwischen Patronen und Klienten verschärfte die internen Konflikte bezüglich der Verpflichtungen und Reziprozität politischer Führung im Rahmen der moralischen Ethnizität und reduzierte den politischen Tribalismus auf einen unmoralischen Wettbewerb um die Ressourcen des Staates. Ethnische Gruppen resultierten somit aus den partikularen Beziehungen mit den Institutionen des Kolonialstaates. Dadurch entstand eine Verbindung zwischen Kolonialstaat und Gesellschaft, welche dem Individuum eher die Rolle eines Subjektes bzw. Klienten einräumte, als die eines Staatsbürgers - und Unterstützung durch den Staat immer von Gegenleistungen abhängig machte (vgl. Berman/Eyoh/Kymlicka 2004: 7f).

2.3.3.3. *Primärer Patriotismus* - Ethnizität im postkolonialen Kontext

Die postkolonialen Staatengründungen seit Ende der 1950er Jahre wurden vielerorts von dieser ethnisch bestimmten Politik der Patronage überlagert, was dazu führte, dass sich das System in den neuen nationalen Institutionen und Parteien reproduzierte. In vielen Ländern setzte sich somit auch in der postkolonialen Ära die Distanzierung zwischen Staat und Gesellschaft fort. Da die Menschen nicht auf die Hilfe des Staates hoffen konnten (bzw. können), schließen sie sich in unterschiedlichen Organisationsformen zusammen, um ihr Überleben abseits staatlicher Strukturen und Institutionen zu sichern, wobei hier die eigene ethnische Gruppe eine wichtige Rolle spielt (vgl. Eckert 2011: 54). Für Berman, Eyoh und

Kymlicka (2004: 9) findet jedoch ein - wenn auch langsamer - Wandel dieses Verhältnisses zwischen Staat und Gesellschaft statt, in dem die ethnische Zugehörigkeit aber nach wie vor eine Rolle spielt: „Yet many Africans do have at least an incipient sense of attachment to national institutions, and a desire to see them work for the benefit of all citizens, so long as this does not threaten the basic survival, cultural identity or economic well-being of their own group.“

Ethnizität spielt in afrikanischen Gesellschaften der Gegenwart also nach wie vor eine wichtige Rolle. Nach der in den 1990er Jahren einsetzenden *Welle der Demokratisierung* ist in vielen afrikanischen Staaten ein Anstieg des politischen Tribalismus und innerstaatlicher Konflikte zu beobachten. Durch die Rückkehr zu einem Mehrparteiensystem, und den damit verbundenen Wettbewerb zwischen den Parteien, kam es in den letzten beiden Jahrzehnten zu einer Intensivierung der so genannten Politik des *primären Patriotismus*.²¹ Dabei treten machthabende politische Eliten und oppositionelle Gruppen in einen verstärkten Wettbewerb um die Macht im Staat und um seine Ressourcen und appellieren dabei auch an die ethnische Identität der potentiellen Wählerschaft. Für Eckert (2011: 55) wurde der „Rückgriff auf ethnische Identität zu einer nützlichen Strategie, nützlicher oft als der Verweis auf Klasse und Religion, um Vorteile für die eigene Gruppe einzufordern“.

Die vor allem in urbanen Zentren anzutreffenden Oppositionsbewegungen entwickelten sich in Konsequenz zu Parteien mit festen ethnischen Wählergruppen und der politische Wettbewerb orientiert sich somit verstärkt entlang regionaler Linien. Die Ausprägung, die Intensität und die Rückwirkung dieser Entwicklung auf die Gesellschaft hängt dabei vom demographischen Kontext des Landes ab, doch „the fount of ethnic competition remains the weaving of communal cleavages into the fabric of state power and uneven regional processes of economic transformation from which these cleavages derive their material content.“ (Berman/Eyoh/Kymlicka 2004: 9)

²¹ Im Zuge der Rückkehr zum Mehrparteiensystem erfuhren das „Autochthone“ sowie Fragen der Zugehörigkeit eine neue Relevanz, welche die politischen und öffentlichen Diskurse in vielen afrikanischen Ländern bestimmten: „Now that elections have real meaning again, the fear of being outvoted by ‘strangers’ - whatever their origins or the precise definition of their otherness - has evoked a obsession with roots and origins.“ (Geschiera/Gugler 1998: 313) In diesem neuen politischen Feld nehmen elitäre Vereine eine zentrale Rolle ein, welche vielerorts von den Regierungen dabei unterstützt werden, eine Verbindung zur Bevölkerung herzustellen. Fragen der Herkunft wurden somit ein zunehmend wichtiger Faktor in der Politik, was auch bedeutet, dass den ländlichen Regionen (aus denen auch die Mehrheit der StadtbewohnerInnen stammt) eine größere politische Bedeutung zukommt (vgl. Geschiera/Gugler 1998: 313ff).

Die nach wie vor wirksamen Klientelismus-Netzwerke ließen in der Folge ein hierarchisches System entstehen, welches bestimmten ethno-regionalen Eliten und Gruppen den Zugang zur politischen Macht des Staates ermöglicht und gleichzeitig andere davon ausschließt, was auch im Falle Nigerias zu beobachten ist. Eine weitere Folge des *primären Patriotismus* ist die Zunahme von Konkurrenz um politische Führung zwischen Eliten innerhalb ethnischer Gruppen, was den heterogenen Charakter ethnischer Gemeinschaften verdeutlicht. Durch die Öffnung des politischen Systems und den verstärkten Wettbewerb im Rahmen der moralischen Ethnizität wird die lokale und regionale politische Unterstützung für die politischen Akteure immer bedeutsamer, was die ländliche Wählerschaft immer wichtiger werden lässt. Dabei orientiert sich die politische Einstellung der Wahlkreise in den ruralen Regionen nach wie vor an kulturellen Unterschieden, die sowohl ethnisch als auch religiös bestimmt werden. Dieser Umstand verleitet die politischen Eliten oftmals zur Manipulation von *Verwandtschaftsideologien* und kommunalen Identitäten, mit dem Ziel, lokale bzw. regionale Machtpositionen zu erlangen. Berman, Dickson und Kymlicka (2004) sehen dabei im Wesentlichen zwei unterschiedliche Formen dieser Praxis.

Zum einen handle es sich um eine übertriebene Betonung der Unterschiede zwischen Einheimischen/Indigenen und Fremden/Migranten, um die Rechte und Ansprüche der Gemeinschaft zu verteidigen, welche scheinbar durch die Eliten, die *sons of soil*, verkörpert werden. Zweitens beziehen sich die elitären Akteure auf immer engere Definitionen von Verwandtschaft, um ihren Machtanspruch in einer bestimmten Gruppe zu begründen. Diese Gegenüberstellung und Betonung von *autochthon* und *fremd* bilde nicht nur das Kernprinzip der Bestimmung lokaler und regionaler Führungsansprüche, sondern führe auch zu einem Politikverständnis, in dem der Kampf um Überlegenheit zwischen ethnischen Gemeinschaften und Verwandtschaftsgruppen im Zentrum stehe (vgl. Berman/Eyoh/Kymlicka 2004: 9ff).

Trotz dieser wichtigen Rolle der politischen Eliten im Kontext der Ethnizität sollte deren Einfluss aber nicht überbewertet werden. Denn am *Imaginationsprozess* von Ethnizität und Kultur sind nicht nur sie beteiligt und die Bevölkerung sollte nicht auf die Rolle des passiven Opfers reduziert werden. Trotz des konstruierten Charakters und der vielerorts praktizierten Instrumentalisierung von Ethnizität sollte man sich immer vor Augen halten, dass Ethnizität (fast) immer ein metaphorisches Verwandtschaftsgefüge darstellt. Diese sinnbildliche Beziehung nehme in vielen afrikanischen Gesellschaften eine zentrale Rolle in der Sicherung

der Grundbedürfnisse und dem Zusammenhalt ein und strukturiere darüber hinaus ihre politische Identität: „It is, thus, the durability of kinship as the most fundamental unit of social trust [...] that ultimately grounds the vitality of ethnicity as the idiom of political identity and competition in post-colonial Africa.“ (Berman/Eyoh/Kymlicka 2004: 11)

3. Koloniales Erbe, Unabhängigkeit & Militärdiktatur: historischer Kontext des Konfliktes

Die Ursprünge des Konfliktes im Niger-Delta reichen Jahrhunderte zurück und basieren im Kern nicht in der Ölförderung, sondern vielmehr in der erzwungenen Integration der Region in das kapitalistische System, die im Sklavenhandel des späten 15. Jahrhunderts ihren Ausgangspunkt nahm und immenses lokales Konfliktpotential mit sich brachte. Die Briten ersetzten den Sklavenhandel durch den Palmölhandel und bestehende politische Systeme durch den Kolonial- bzw. Nationalstaat, dessen Konstitution ein wesentlicher Aspekt der heutigen Probleme des Niger-Deltas ist (vgl. Ifedi/Anyu 2011).²² Aus diesem Grund erscheint eine Betrachtung der politischen Entwicklung Nigerias und speziell des Niger-Deltas erforderlich, welche darüber hinaus einen ersten Eindruck von der großen Relevanz der Ethnizität für Nigeria vermittelt.

Durch die Etablierung der indirekten Herrschaft entstand auch in Nigeria ein politisches System, in dem die neu geschaffenen Machtverhältnisse wenig Rücksicht auf die bestehenden gesellschaftlichen Strukturen und die ethnische Vielfalt in der Region nahmen (vgl. Schicho 2001: 77). Vor der Ankunft der europäischen Eroberer existierten in der Region zahlreiche Stadtstaaten und Königreiche, die zwar wirtschaftliche, diplomatische und auch kriegerische Beziehungen unterhielten, ihre Autonomie aber weitgehend aufrechterhielten. Die heute existierenden zahlreichen ethnischen Minderheiten im Niger-Delta, bzw. in ganz Nigeria, sind das Resultat ihrer Subsumtion in die kolonialen Herrschaftsstrukturen, und der Schnittmenge von Ethnizität und Klasse, die im Zuge der Machtverhältnisse des kolonialen Kapitalismus hervorgebracht wurde (vgl. Falola/Heaton 2008: 150ff; Obi 2001: 16).

Die Etablierung der indirekten Herrschaft durch die britische Kolonialmacht gestaltete sich dabei sehr unterschiedlich. Im islamisch geprägten Norden fand eine rasche Integration der politisch-religiösen Eliten, der Emire, statt, die in Absprache mit den Briten auch das angrenzende Gebiet des *Middle Belt* kontrollierten (vgl. Grau 2011: 159f). In den

²² Als die Briten Mitte des 19. Jahrhunderts vermehrt an den Küstenregionen des heutigen Nigeria aktiv wurden, dauerte es nicht lange bis sie 1861 den Handelsplatz Lagos unter ihre Kontrolle bringen konnten, was wohl den Ausgangspunkt der kolonialen Eroberung Nigerias darstellt. Parallel zur wirtschaftlichen Erschließung der Region durch europäische Handelsunternehmen und der daraus resultierenden Verdrängung florierender einheimischer Gewerbe, dehnten die Briten ihr Herrschaftsgebiet weiter aus. Nach der Etablierung der beiden Protektorate Süd- und Nord-Nigeria im Jahr 1900 und der Zerstörung Benins im Jahr 1897, akzeptierten auch die Yoruba, geschwächt durch die von den Briten provozierten inneren Konflikte, die Fremdherrschaft der Europäer. Lediglich die im Osten lebenden Igbo lehnten sich weiterhin gewaltsam gegen die Briten auf, doch auch sie mussten sich im Jahr 1918 dem militärischen Druck der Europäer beugen (vgl. Falola/Heaton 2008: xiv, 116f; Schicho 2001: 76f).

südwestlichen Regionen, in denen der politische Einfluss des Islams gering war, passten sich die bestehenden und neuen Eliten an das System der indirekten Herrschaft an, während sich die Situation im Südosten weitaus komplizierter gestaltete. Vor allem in der Igbo-sprachigen Bevölkerung im Südosten stieß die personalisierte Herrschaft auf Ablehnung. So argumentieren Adigwe und Grau (2007: 84):

The leaders who were appointed by the British to administer the colonial laws were in most cases not accepted by the population and did not have the support of their religious affiliations as they did in the North. This led to some form of identity crisis and loss of authenticity. And since these leaders had been imposed on the people, they had to cling to the colonial power as their sole source of authority.

Konträr zur Durchsetzung der indirekten Herrschaft im Norden, entstanden im Süden zwei parallele Systeme politischer Autorität. Auf der einen Seite so genannte „native authorities“, die ihre politische Position aufgrund traditioneller Autorität erlangten, auf der anderen Seite eine gut ausgebildete Elite, die in den Missionsschulen eine Bildung im „westlichen Stil“ erhielt und nicht in das koloniale System integriert war. (vgl. Adigwe/Grau 2007:84f; Grau 2011: 160f). Da die koloniale Fremdherrschaft immer auch ökonomische Ausbeutung und gesellschaftliche Veränderungen mit sich brachte, entstanden bereits in den 1930er Jahren erste antikoloniale Widerstandsorganisationen (vgl. Falola/Heaton 2008: 134f). Dabei spielte die besagte neue Elite aus dem Umfeld der Missionsschulen eine tragende Rolle, die ausgehend vom Süden Nigerias ein panafrikanisches Bewusstsein entwickelte und die Fremdherrschaft der Europäer sobald als möglich beenden wollte.

Ende der 1930er Jahre setzte sich diese neue Generation junger gebildeter Nigerianer an die Spitze der antikolonialen Bewegung. Das von Lagos aus agierende, im Jahr 1934 gegründete *Lagos Youth Movement*, das 1938 in *Nigeria Youth Movement* unbenannt wurde, war die stärkste und einflussreichste nationalistische Bewegung Nigerias und auch die erste pan-nigerianische Organisation in der Geschichte des Landes: „The movement was pan-Nigerian in the sense that its explicit aim was to unite across ethnic boundaries in order to create a common voice with which to confront the colonial government.“ (Falola/Heaton 2008: 141).²³ Die nationalistisch orientierte Organisation forderte eine erhöhte Partizipation von Einheimischen in der Verwaltung, eine Verbesserung der Arbeitslöhne und -bedingungen sowie

²³ Der Jugendbegriff ist in afrikanischen Gesellschaften nicht nur vom biologischen Alter abhängig, sondern umfasst Personen, die einen niedrigen Status in der Gesellschaft inne haben und somit in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis stehen. Darüber hinaus führen Gruppierungen oder Organisationen mit „progressiven“ Absichten oftmals den Begriff im Namen. Die Verwendung des Terminus sollte daher immer im jeweiligen Kontext gesehen werden (vgl. Englert 2011: 175), was für den weiteren Verlauf der Arbeit von zentraler Bedeutung ist.

eine Erhöhung der vom Volk gewählten politischen Repräsentanten ein. Das Wachstum nationalistischer Bewegungen wurde begleitet und verstärkt von der Weltwirtschaftskrise, die auch bei der nigerianischen Bevölkerung ihre Spuren hinterließ. Hinzu kamen die Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs, welche den nationalistischen Kräften zusätzlichen Auftrieb verlieh.

Im Gegensatz zu dem *Kalifat von Sokoto* im Norden, das sich, trotz interner Meinungsverschiedenheiten auf den „Islam als einigendes Band“ (Grau 2011: 162) stützen konnte, sahen sich die politischen Eliten des Südens gezwungen, ihre politische Autorität durch eine Identitätsstiftung auf Basis von Ethnizität zu legitimieren. Denn aufgrund der religiösen Heterogenität abseits des Nordens fehlte den politischen Führungspersonlichkeiten die Möglichkeit, sich auf Religion als einigenden Faktor zu stützen (vgl. Grau 2011: 162).

Um den nationalistischen Stimmen entgegenzuwirken, entschied sich die britische Kolonialverwaltung nach dem Zweiten Weltkrieg dazu, Nigeria einerseits mit einem Zehn-Jahres-Plan zu modernisieren (jedoch nur mit geringem Erfolg) und andererseits erste Schritte in Richtung einer internen Selbstverwaltung der Kolonie einzuleiten. Als Antwort auf den immer lauter werdenden Ruf nach Selbstbestimmung verabschiedete die britische Regierung in der Periode 1945 bis 1954 insgesamt drei neue Verfassungen, die in Kreisen nigerianischer Politiker jedoch stark kritisiert wurden.²⁴ Die Verfassungen brachten das Land zwar näher in Richtung politischer Selbstverwaltung, doch sie verschärften auch die Konkurrenz regionaler Identitäten im politischen System und generierten zahlreiche Minderheiten in den neuen Regionen: „the division of Nigeria into three (unequal) administrative regions by the British (through the Richards constitution) roughly coincided with the ‘territory’ of the three ethnic majorities [...] thus providing a tripod for polarising Nigerians along lines of ethnicity.“ (Obi 2001: 17) Die besagte Dreiteilung Nigerias durch die *Richards Constitution* im Jahr 1946 brachte die von den Yoruba dominierte Westregion, die von den Igbo beherrschte Ostregion und die Nordregion unter politischer Kontrolle der Hausa/Fulani hervor. In der Folge entstand ein politischer Wettbewerb auf zwei Ebenen. Erstens zwischen den ethnischen Mehrheiten

²⁴ Die nationalistischen Gruppen kritisierten das arrogante Vorgehen der Engländer, die den Verfassungstext ohne afrikanische Beteiligung verfassten. Daraus resultierte auch die Unzufriedenheit mit dem Legislativrat, dessen Mitglieder lediglich von Lagos, Calabar und den einheimischen Verwaltern (die in der Regel eng in das koloniale System eingebunden waren) bestimmt werden konnten. Der spätere Präsident Nnamdi Azikiwe kritisierte auch die Dreiteilung des Landes in Regionen. Er sprach sich für die Schaffung von acht Regionen aus, um den Belangen der zahlreichen Minderheiten gerecht zu werden (vgl. Falola/Heaton 2008: 149f).

und zweitens zwischen den ethnischen Minder- und Mehrheiten (vgl. Falola/Heaton 2008: 137-149; Obi 2001: 17f).

Mit der Verabschiedung der *MacPherson*-Verfassung im Jahr 1951 wurden die gesetzlichen Voraussetzungen für die nationale Einheit Nigerias und dem daraus resultierenden Vielvölkerstaat geschaffen. Neben der Entscheidung ein föderales System zu etablieren, sollten auch erste öffentliche Wahlen abgehalten werden. Im deren Vorfeld spielten auf ethnischer Identität basierende Kulturvereine eine zentrale Rolle, die als Kern der Wahlkampfmaschinerie agierten und sich bald in politische Parteien verwandelten. Als die Stimmen ausgezählt waren, gingen die Parteien der drei großen ethnischen Gruppen als Wahlsieger in ihrer jeweiligen Region hervor,²⁵ die Parteien der ethnischen Minderheiten hatten keine Chance: „The minorities were marginalised in the regions, both in terms of participation in the structures of governance, distribution of public and elective officers, and access to resources and services.“ (Obi 2001: 18)

Die Dritte im Jahr 1954 in Kraft tretende *Lyttleton*-Verfassung stellte die legislative Grundlage der 1960 erlangten Unabhängigkeit Nigerias dar. Veränderungen gegenüber den früheren Gesetzestexten bezogen sich vor allem auf die interne Selbstverwaltung in den einzelnen Regionen, die Einteilung in eine West-, Ost- und Nordregion hatte weiterhin bestand. Die Hauptstadt Lagos wurde direkt der Zentralregierung unterstellt (vgl. Falola/Heaton 2008: 153f). Der ehemals progressive Charakter der antikolonialen/nationalistischen Bewegungen, die eine pan-nigerianische Gesellschaft angestrebt hatten, wich einer Ausrichtung entlang regional-ethnischer Linien. Demzufolge orientierten sich die Parteien nicht an ideologischen Fragen der zukünftigen Entwicklung Nigerias, sondern an der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe bzw. Region. Dabei ging es vor allem um die „Macht in einer Region und um die Vormacht dieser Region im Staat“ (Schicho 2001: 80). Die zahlreichen Minoritäten im Land konnten der regionalen Dominanz der drei großen Parteien nur wenig entgegensetzen und ihre eigenen Interessen kaum verteidigen. In der Folge „begann ein Prozess der nationalen Desintegration, der angesichts von über 400 Sprachen, einer noch größeren Anzahl historischer Identitäten und neuer separatistischer Konzepte, die sich aus dem Wunsch nach Kontrolle wichtiger Ressourcen - vor allem Erdölvorkommen -

²⁵ Dabei handelt es sich um das *National Council of Nigeria and the Cameroons* in der Ostregion, die neu gegründete *Action Group* im Westen und den *Northern Peoples Congress* in der Nordregion.

herleiten, bis heute kein Ende genommen hat.“ (Schicho 2001: 82) Im Jahr 1959 wurden die letzten Wahlen vor der Unabhängigkeit Nigerias am 1. Oktober 1960 abgehalten.²⁶ Der junge Staat war aber nach wie vor politisch und gesellschaftlich tief gespalten und die politischen Verhältnisse ließen kaum die Entstehung einer nationalen Identität zu. Falola und Heaton (2008: 159) bezeichnen das unabhängige Nigeria daher auch als einen „state without a nation.“ In den folgenden Jahren erlebte Nigeria eine turbulente Zeit. Es entbrannte ein erbitterter Konkurrenzkampf zwischen den Parteien „der das aufgezwungene System der Westminsterdemokratie und der Parteienpluralität gründlich ad absurdum führte“ (Schicho 2001: 84) und das polit-ökonomische Konkurrenzdenken der 1950er Jahre intensivierte.

Die ethnischen Minderheiten im Niger-Delta (und auch im restlichen Nigeria), waren aufgrund dieses politischen Systems von politischen Entscheidungen und wirtschaftlichen Verdienstmöglichkeiten weitgehend ausgeschlossen. Einflussnahme auf nationaler Ebene konnten sie nur durch Bündnisse mit den Oppositionsparteien der jeweiligen Regionen ausüben, um ihrer Marginalisierung somit entgegenzuwirken.²⁷ Das starke Ungleichgewicht zwischen den Majoritäten und Minoritäten zeigte sich am deutlichsten in der wirtschaftlichen Sphäre, bei der Verteilung von Überschüssen aus der landwirtschaftlichen Produktion: „The dominant principle of revenue allocation at this time was derivation, which allocated the bulk of revenues accruing to government to the regions from which they derived.“ (Obi 2001: 20). Durch diese ungleiche Verteilung gerieten die wirtschaftlichen Grundlagen der *Cash Crop*-Produktion in den einzelnen Regionen in Bedrängnis und als die Weltmarktpreise für *Cash Crops* fielen, rückte das Ende der 50er Jahre entdeckte Erdöl im Süden Nigerias zusehends in den Fokus der politischen Eliten: „Now the regional basis of accumulation had shifted from the regions (West-cocoa, North-groundnuts, hides and skin, and East-palm produce) to the Niger delta-petroleum.“ (Obi 2001: 21)

²⁶ Der NPC und das NCNC konnten im Norden und im Osten sichere Mehrheiten für sich gewinnen, das Wahlergebnis im Westen fiel enger aus, die AG konnte jedoch eine knappe Mehrheit erlangen. Da keine der großen Parteien die alleinige Regierung stellen konnte, bildete sich eine Koalition aus NCNC und NPC. Erster Premierminister des nun unabhängigen Nigerias wurde Tafawa Balewa aus der NPC, Azikiwe aus der NCNC wurde der erste Generalgouverneur und nach der Ernennung Nigerias zur Republik erster Präsident, der hauptsächlich eine repräsentative Funktion ausübte und wenig politische Macht innehatte (vgl. Schicho 2001: 82).

²⁷ Ein Resultat dieser Allianzen war z.B. die Entstehung der Mid-West-Region im August 1963. Die Etablierung dieser Region für die ethnischen Minderheiten der Westregion, resultierte aus der Koalition der NPC-NCNC Koalition, welche die Oppositionspartei AG des Westen auf föderaler Ebene schwächen wollte (vgl. Obi 2001: 20).

Das politische Klima der ersten Republik war geprägt von einem korrupten System, der Raffgier der Eliten und Manipulationsversuchen. Die gefälschte Volkszählung im Jahr 1962 offenbarte das unmoralische Handeln politischer Kreise, doch waren es vor allem die Ereignisse im Vorfeld der Bundeswahlen 1964, welche die Krise des jungen Staates verdeutlichten. Aufgrund von Einschüchterungsversuchen und Manipulation von Wählerlisten im Vorfeld der Bundeswahlen riefen AG und NCNC (Mittlerweile umbenannt in *National Council of Nigerian Citizens*) zum Boykott der Wahlen in der West- und Ostregion auf. Aus der im Jahr darauf abgehaltenen Nachwahl – die NCNC und AG in ihren Regionen wie erwartet gewannen – resultierte eine Regierung, bestehend aus allen Parteien. Nach einer kurzen Ruhephase eskalierte die Situation bei den Parlamentswahlen in der Westregion im Herbst 1965, in der die Regierungspartei massiven Wahlbetrug beging. In der Folge kam es zu heftigen Protesten auf den Straßen und gewaltsamen Auseinandersetzungen in der Westregion, was letztendlich das Ende der Ersten Republik einleitete (vgl. Falola/Heaton 2008: 158-172; Saro-Wiwa 1989: 20-24; Schicho 2001: 82-86).

Das Militär wollte diese chaotischen politischen Verhältnisse der Ersten Republik nicht länger tolerieren. So machte zu Beginn des Jahres 1966 eine kleine Gruppe junger Offiziere von sich Reden, als sie am 15. Januar einen Staatsstreich vollzog und zahlreiche politische Führungspersonlichkeiten exekutierte bzw. inhaftierte. Unter den Opfern befanden sich der Premierminister der Nordregion Ahmadou Bello, der Premierminister der Westregion Chief Moshood Akintola, der Premierminister der Föderation Tafawa Balewa und zahlreiche hohe Militärs des Nordens. Die jungen Offiziere begründeten ihr rigoroses Vorgehen mit dem Ziel, dem Tribalismus und der grassierenden Korruption der Ersten Republik ein Ende zu setzen. Für Falola und Heaton (2008: 172) bleibt die Intention der Putschisten jedoch unklar:

Despite the many high-profile murders carried out by the five majors, the coup was not an success. In fact, it remained unclear what, if any, plan the coup leaders had to govern the country once civilian leadership had been removed [...] The country was thrown into yet another major political crisis.

Das entstandene Machtvakuum besetzte kurz darauf der kommandierende Offizier der Armee Major General John Aguiyi-Ironsi, der sich darum bemühte, das entstandene Chaos zu ordnen. Die Gruppe der radikalen Offiziere ergab sich der neuen Militärregierung erst, nachdem ihr Straffreiheit für die zahlreichen politischen Morde zugesichert wurde. Um die Situation wieder unter Kontrolle zu bringen, gründete Aguiyi-Ironsi einen *Obersten Revolutionsrat der Armee*, bestehend aus ranghohen Militärs. Der Rat beauftragte drei

Militärgouverneure mit der Verwaltung der einzelnen Regionen. Die Ereignisse wurden in der breiten Bevölkerung positiv wahrgenommen, sorgten sie doch wieder für eine Beruhigung der angespannten Lage. Mit der Machtübernahme Aguiyi-Ironsi kam es jedoch auch zu einer Veränderung der Machtkonstellationen zu Gunsten der Ostregion, da er zahlreiche Igbo in hohe militärische Ämter beförderte. Dieser Schritt sorgte im Norden für Unmut und Aguiyi-Ironsi wurde vorgeworfen, lediglich die Interessen seiner eigenen ethnischen Gruppe, den Igbo, zu vertreten. Die Situation verschärfte sich nochmals, als Aguiyi-Ironsi, hingegen seines Versprechens, eine schnelle Rückkehr zur zivilen Regierung anzustreben, am 24. Mai 1966 via Radio das Ende des nigerianischen Föderalismus verkündete, der durch eine zentralistische Verwaltung ersetzt wurde. Vor allem die politischen Eliten des Nordens interpretierten den Putsch und die damit verbundenen politischen Reformen als Versuch der christlichen Igbo, den zunehmenden Einfluss des muslimischen Nordens im Land einzudämmen. Diese Wut und Enttäuschung über die Politik Aguiyi-Ironsi führte im Norden zu „Demonstrationen gegen den ‚Igbo-Imperialismus‘ und [zu] tätliche[n] Angriffen auf Leute aus der Ostregion“ (Schicho 2001: 86).

Die Ereignisse rund um den Putsch verdeutlichen auch die sich abzeichnende Relevanz der Religion, die „im politischen Diskurs ab den 1970er Jahren zu einem zunehmend wichtige[n] Faktor“ (Grau 2011: 163) wurde. Auch die Ijo, eine ethnische Minderheit aus der Ostregion, betrachteten die politische Entwicklung mit Sorge. Aufgrund der jahrelangen Benachteiligung, die sie und andere Gruppen in der Region erfahren hatten, sowie aus Furcht vor dem Verlust der Kontrolle der Ölvorkommen, versuchte die *Niger Delta Volunteer Force* durch die sogenannte *Twelve Day Revolution* eine unabhängige Niger-Delta-Republik zu etablieren. Unter der Führung von Isaac Adaka Boro, Sam Owonaro und Nottingham Dick griff die Widerstandsgruppe im Februar 1966 einige öffentliche Einrichtungen im heutigen Bundesstaat Bayelsa an. Der Versuch, politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erlangen, scheiterte jedoch nach kurzer Zeit. Boro und seine Gefolgsleute wurden von den Föderationstruppen besiegt und im darauf folgenden Prozess zum Tode verurteilt. Bevor das Urteil jedoch vollstreckt werden konnte, kam es zu einem erneuten Putsch diesmal gegen die Militärregierung. Die Ermordung Aguiyi-Ironsi, war wohl eine Reaktion politischer Interessensgruppen aus dem Norden, um die sich abzeichnende Vormachtstellung der Igbo zu unterbinden. Parallel zu den politischen Umwälzungen im Machtzentrum kam es im Norden

zu Pogromen gegen die Igbo-Bevölkerung, was einen landesweiten Rückkehrstrom in die Ostregion bewirkte (vgl. Falola/Heaton 2008: 172-175; Obi 2001: 22; Schicho 2001: 86f).

Der neue Oberst der Militärregierung Yakubu Gowon revidierte die umstrittene Staatsreform, eine umfassende Verhandlung der Verfassung blieb jedoch weitgehend aus. Gleichzeitig nahmen die Pogrome im Norden aber auch im Osten zu.²⁸ Durch die Rückkehr von fast zwei Millionen Igbo waren die Beziehungen zwischen der Ostregion und dem übrigen Nigeria weitgehend abgebrochen. Am 27. Mai 1967 verkündete Gowon eine neue Einteilung des Landes in zwölf Regionen. Durch die Schaffung der beiden neuen Bundesstaaten Rivers und South-Eastern verloren die Igbos des Ostens nicht nur den Zugang zum Meer, sondern auch die kürzlich entdeckten Erdölvorkommen. Daraufhin verkündete der Militärgouverneur des Ostens Emeka Ojukwu am 30. Mai die Unabhängigkeit der Ostregion unter dem Namen Biafra. Die Militärregierung sah in der Sezession Biafras anfangs keine große Bedrohung: „The FGM [Federal Military Government] initially considered the war a ‘police action’ that would not take long to settle.“ (Falola/Heaton 2008: 175) Dies änderte sich erst durch die Eroberung des *Mid-Western-State* durch die Armee Biafras, woraufhin die nigerianische Armee die Sezessionisten erst aus dem besetzten Gebiet zurückdrängte und schließlich mit der Belagerung Biafras begann. Das Vorgehen der Zentralregierung gründete auf den Befürchtungen des Verlusts der Einheit Nigerias und der Ölreserven in der Region. Darin liegen wohl auch die Ursachen für das engagierte Vorgehen der Zentralregierung, welche Biafra den Zugang zum Meer abschnitt und somit die Versorgung der Region erschwerte. Den größten Schaden hatte die Zivilbevölkerung zu tragen, die großes Leid erdulden musste, wohingegen sich die politischen und wirtschaftlichen Eliten auf Kosten der Menschen bereicherten, so meint etwa Schicho (2001: 88): „Während die Bevölkerung die unglaubliche Härte und Last des Krieges sowie der Blockade ertragen musste, profitierten zahlreiche Politiker und Geschäftsleute von diesem Krieg. Die durch Igbo kontrollierte Verwaltung und Polizei unterdrückte ethnische Minderheiten. Der internationale Waffenhandel machte Geschäfte auf beiden Seiten“. Als sich die Niederlage Biafras abzeichnete und die Truppen der Zentralregierung Biafra Ende 1969/Anfang 1970 wieder in Besitz nahmen, flüchtete Ojukwu an die Côte d’Ivoire. Sein Nachfolger Major General Phillip Effiong verkündete daraufhin am 15. Januar 1970 die Kapitulation Biafras und somit das Ende des nigerianischen

²⁸ Insgesamt ist allein für den Zeitraum Mai bis September 1966 von 80- bis 100.000 Opfern auszugehen (vgl. Schicho 2001: 87)

Bürgerkriegs, den über eine Millionen Menschen mit ihrem Leben bezahlten (vgl. Falola/Heaton 2008: 175-180; Schicho 2001: 87ff).

Nach dem Ende des Krieges sahen sich die ethnischen Minderheiten des Niger-Deltas mit dem Problem konfrontiert, dass sie trotz der Existenz der beiden neuen Bundesstaaten weder einen exklusiven Zugang zu den Ölvorkommen noch eine größere Einflussnahme im politischen System für sich in Anspruch nehmen konnten. Denn die Zentralregierung, welche die Abspaltung Biafras verhinderte, setzte weiterhin auf die Zentralisierung der politischen und ökonomischen Machtverhältnisse (vgl. Obi 2001: 22f). Die kleinen ethnischen Minderheiten können daher wohl auch als Verlierer des Bürgerkrieges bezeichnet werden. Ken Saro-Wiwa, der selbst als Soldat der nigerianischen Truppen am Krieg teilnahm, unterstreicht diese Erkenntnis in seinem biographischen Roman *On a Darkling Plain* (1989) und kritisiert auch die Aufarbeitung des Bürgerkriegs in der nigerianischen Gesellschaft:

Most Nigerian works on the war, both fictional and otherwise, have been produced by Ibos and have been concerned mainly with their suffering in the war. They have tended to support the argument so eloquently put before the world by biafran propaganda that the Ibos were and are the oppressed of Nigeria. My account shows this to be far from the truth; the world and posterity have to know that the real victims of that war were the Eastern minorities who were in a no-win situation. They are the oppressed in Nigeria. (Saro-Wiwa 1989: 10f)

Wie dieser Querschnitt durch die nigerianische Geschichte zeigt, ist die momentane prekäre Situation der ethnischen Gruppen im Niger-Delta das Ergebnis der Kolonialzeit sowie der turbulenten politischen Periode im ersten Jahrzehnt nach der Unabhängigkeit. Auch nach Ende des Bürgerkriegs blieb eine demokratische Zivilregierung in weiter Ferne und die weitere Entwicklung Nigerias war geprägt durch eine un stabile politische Phase, in der sich die Militärdiktatoren rasch ablösten. Eine erneute Zivilregierung im Nigeria der zweiten Republik der 1980er Jahre scheiterte und die politische Macht fiel bald zurück in die Hände des Militärs. Die Rückkehr zu einer demokratischen Zivilregierung im Jahr 1999 war ein langwieriger Prozess, der die Menschen in Nigeria auf eine harte Probe stellte.

Gowons Militärregierung blieb auch nach dem Krieg im Amt. Auf eine kurze Phase des wirtschaftlichen Booms Anfang der 70er Jahre, von dem jedoch primär die politischen und wirtschaftlichen Eliten profitierten, folgte im Juli 1975 ein erneuter Putsch. Der neue Machthaber Murtala Mohammed, ein Muslim aus dem Norden, leitete nicht nur die Gründung sieben neuer Bundesstaaten ein, sondern betrieb auch eine progressive Politik zur Aufklärung von Korruption und Versagen der staatlichen Institutionen. Mohammed machte sich somit viele Feinde im alten Establishment; ein Putschversuch, der ihn das Leben kostete, scheiterte

jedoch. An Mohammeds Stelle trat der ranghöchste General Olusegun Obasanjo, ein Christ aus dem Südwesten, der den Reformkurs seines Vorgängers fortsetzte. Im Rahmen der Verhandlungen zur neuen Verfassung, die nach Vorbild der USA den Regionalismus Nigerias überwinden sollte, traten erstmals weitreichende Interessenkonflikte zwischen muslimischen und christlichen Politikern zutage. Im Kern ging es um die Forderung des Nordens, die Scharia, die in muslimisch geprägten Staaten bereits in zivilrechtlichen Fällen angewandt wurde, auf das Strafrecht auszudehnen. Hinzu kam, dass sich die Vertreter des Nordens für die Gründung eines Scharia-Bundesgerichtshofs einsetzten. Unter der christlichen Delegation stießen die Forderungen aus dem Norden auf heftige Ablehnung, was eine zunehmende Solidarisierung innerhalb des christlichen Lagers und eine Blockierung der Wünsche aus dem Norden mit sich brachte. Die Verhandlungen um die neue Verfassung drohten in der Folge zu scheitern, doch Obasanjo gelang es, einen Kompromiss durchzusetzen, in dessen Rahmen der Bundesgerichtshof islamische Rechtsgelehrte in seiner Urteilsfindung einbeziehen sollte (vgl. Adigwe/Grau 2007-94; Grau 2011: 165).

Die neue Verfassung nach dem Vorbild der USA stellte eine Überwindung des Regionalismus in Aussicht. Mit der Re-Legalisierung politischer Parteien im Jahr 1977, die zahlreiche bekannte politische Persönlichkeiten zurück auf den Plan rief, wurde die Rückkehr zur Zivilregierung eingeleitet, die Nigeria im Oktober 1979 aus der Krise führen sollte. Doch die politischen Akteure hatten wenig aus den Fehlern der ersten Republik gelernt und Korruption und Nepotismus fassten schnell Fuß im politischen System. Als die Auswirkungen der Ölkrise die Wirtschaft Nigerias arg in Mitleidenschaft zog, wurde die Situation im Land wieder zusehends instabil. Als es bei den Bundeswahlen im August 1983 zu Wahlmanipulationen und anschließenden Protesten unter der Bevölkerung kam, bereitete das Militär der Zweiten Republik zum Jahreswechsel ein Ende. Im Zuge der Militärherrschaft gelang es einem gewissen Ibrahim Babangida im August 1985 die Macht zu ergreifen. Auf internationaler Ebene wurde Babangida durchweg positiv wahrgenommen, intern erlebte Nigeria jedoch eine regelrechte Schreckensherrschaft „in der Korruption, Unterdrückung und politische Unruhen bislang unerreichte Dimensionen erhielten.“ (Schicho 2001: 96). Die Bevölkerung litt zusehends unter dem neuen Regime, wirtschaftlich gesehen laborierte Nigeria unter den Strukturanpassungsprogrammen (SAPs) der 1980er Jahre. Die von Babangida in Aussicht gestellte Demokratisierung, die mit den Präsidentschaftswahlen 1993 vollzogen werden sollte, erwies sich als Farce. Als sich der Wahlsieg des Kandidaten Moshood Abiolas abzeichnete,

annulierte Babangida das Wahlergebnis und beendete somit den Demokratisierungsprozess. Die Dritte Republik ging somit zu Ende, bevor sie richtig begonnen hatte. In der Folge wuchs der politische Druck auf Babangida stark an, was schließlich seinen Rücktritt zur Folge hatte. Babangidas Nachfolger Sani Abacha regierte noch brutaler als sein Vorgänger. Gewalt, Verfolgung und Exekutionen politischer Widersacher waren keine Seltenheit. Es dauerte noch bis April 1999 bis auf Grundlage einer neuen Verfassung die Vierte Republik ausgerufen wurde und neue Wahlen eine zivile Regierung hervorbrachten. Erster Präsident der Vierten Republik wurde Olusegun Obasanjo, inzwischen Zivilist, der mit seiner Partei *People's Democratic Party* (PDP) die Wahlen gewann (vgl. Schicho 2001: 89-101).

Die aus dem Bürgerkrieg hervorgegangene Zentralisierung der Öleinnahmen zu Gunsten der Militärregierung (vgl. Kisser 2013), welche die Kontrolle über die Produktion und Profite schrittweise nahezu vollständig übernahm, wurde im Lauf der Zeit unter der Herrschaft des Militärs intensiviert. Diese Machtverlagerung von der lokalen zur nationalen Ebene mündete in einem verstärkten Ungleichgewicht in wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bereichen, was vor allem die ethnischen Minderheiten im Niger-Delta deutlich zu spüren bekamen. In Rahmen des *politischen Tribalismus* (vgl. Berman/Eyoh/Kymlicka 2004: 4f) schienen ihre Chancen einer angemessenen Beteiligung an den prinzipiell reichlich vorhandenen Einnahmen aus dem Ölgeschäft nicht besonders gut. Die historische Entwicklung Nigerias seit dem Beginn der Kolonialzeit hatte zu einer starken Ungleichheit geführt, was sich vor allem auch an der kaum vorhandenen Infrastruktur des Niger-Delta zeigt. Diese Marginalisierung ist auch ein wesentlicher Faktor für die heutigen Protestbewegungen im Niger-Delta.

4. Akteurs- und Situationsanalyse

Die Ursprünge des heutigen Konflikts liegen in den komplexen gesellschaftlichen Verhältnissen der Vergangenheit zu suchen, die auch Ausdruck der Ethnizität in der nigerianischen Gesellschaft sind. Der aktuelle überaus problematische Status quo des Niger-Deltas, der sich bei der demographischen Betrachtung der Region offenbart, ist nicht nur das Ergebnis politischer Ungleichheiten, sondern auch Ausgangspunkt des Protestes der ethnischen Minderheiten. Deren Entstehungskontext wird an dieser Stelle kurz skizziert, dabei dienen einige Protest- und Widerstandsbewegungen als Beispiel. Im Rahmen der Analyse der Konfliktparteien fließt erstmals die Perspektive der sozialen Bewegungen mit ein. Die Struktur der Analyse geht davon aus, dass Mainstream-Ansätze des „Ressourcen-Fluchs“ kritisch zu hinterfragen sind, da sie der Rolle von externen Akteuren in so genannten „Ressourcen-Konflikten“ keine Bedeutung beimessen.

4.1. Demographie des Niger-Deltas

Die Region des Niger-Deltas liegt im Süden Nigerias (siehe Abbildung 1. im Anhang) und erstreckt sich in Form einer küstennahen Ebene über ein Gebiet von 75.000 km² entlang des Flusses Niger. Das Areal ist das größte Feuchtgebiet auf dem afrikanischen Kontinent und besitzt eine enorme Biodiversität, welche durch die Förderung des Erdöls zunehmend bedroht wird. Aus ökologischer Sicht lassen sich von der Küste landeinwärts vier unterschiedliche Vegetationszonen ausmachen: Die küstennahe, sandige Zone, ein Mangroven-Sumpfgebiet, ein Sumpfgebiet mit Frischwasser-Vorkommen und eher im Inneren des Landes eine Zone mit flachem Regenwald. Auf administrativer Ebene ist das Delta auf neun Bundesstaaten²⁹ und 185 Lokalregierungen verteilt. Dabei handelt es sich um Abia, Akwa-Ibom, Cross River, Imo, Ondo, Edo sowie um Bayelsa, Delta und Rivers, denen im Kontext der Erdölforderung eine besondere Bedeutung zukommt. Zusammen beheimaten die Bundesstaaten circa 31 Millionen Menschen, wobei die Bevölkerung vor allem aus ethnischen Minderheiten besteht (vgl. Obi/Rustad 2011a: 3f; UNDP 2006: 19f).

Ein spezieller *Human Development Report* für das Niger-Delta, verfasst vom Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen, nennt fünf große linguistische Gruppen, die in der Region

²⁹ Nigeria besitzt insgesamt 36 Bundesstaaten und eine Gesamtbevölkerung von etwa 152 Millionen EinwohnerInnen.

leben: Ijoid, Edoid, Delta-Cross, Yoruba und Igbo. Alle diese linguistischen Gruppen lassen sich wiederum in eine Vielzahl von kleineren Untergruppen aufteilen. Die größte Gruppe stellt Ijoid dar, welche auch die längste Siedlungsgeschichte in der Region und eine Vielzahl von Untergruppen aufweist. Die auch als Ijo (Ijaw) bekannte Volksgruppe siedelt fast im gesamten Bundesstaat Bayelsa, aber auch in Rivers, Akwa Ibom, Delta, Edo und Ondo. Zu Edoid zählen unter anderem die Isoko und Urhobo aus Delta, die Edo aus dem Bundesstaat Edo, die Engenni und Apie-Atissa aus Bayelsa sowie die Degena aus Rivers. Unter der Gruppe Delta-Cross werden unter anderem die Ogoni, Ogba, Abua, Odual und Obolo/Andoni aus Rivers und die Ibibio, Oron und Ibeno aus Akwa Ibom zusammengefasst. Bei den Yoruba handelt es sich um eine der größten und einflussreichsten ethnischen Gruppen in Nigeria, ihre Präsenz im Niger-Delta ist jedoch eher gering. Die Itsekiri siedeln in Delta und die Ilaje und Ikale sind im Grenzgebieten von Ondo zu finden. Zu den Igbo zählen unter anderem die Ikwerre, Ndoni, Egbema, Ogba und Ekpeye, die alle in Rivers vorzufinden sind und die Ukawani aus Delta (UNDP 2006: 21f).

Die Vegetationszone des Regenwaldes bietet die besten Siedlungsbedingungen, die zwei größten Städte Port Harcourt und Warri liegen jedoch im Grenzgebiet zwischen Regenwald und Sumpf. Insgesamt dominieren kleine Siedlungsformen mit unter 1.000 EinwohnerInnen, von den schätzungsweise 13.329 Siedlungen weisen 94 Prozent weniger als 5.000 BewohnerInnen auf. Dies bedeutet auch, dass lediglich ein Prozent (98 Städte) der Siedlungen urbanen Räumen bzw. Großstädten entsprechen. Betrug die Bevölkerung 1991 noch 20 Millionen Menschen, gehen Schätzungen für das Jahr 2020 bereits von 45,7 Millionen EinwohnerInnen aus. Die gegenwärtigen 31 Millionen weisen ein sehr junges Alter auf. 62,1 Prozent der Menschen im Niger-Delta sind unter 30 Jahre, 35,8 Prozent sind zwischen 30 und 69 Jahren. Davon sind 46 Prozent weiblichen und 54 männlichen Geschlechts. Die durchschnittliche Lebenserwartung liegt nach Daten aus dem Jahr 2000 bei circa 46,8 Jahren, wobei der Wert durch die Auswirkungen von HIV/AIDS und die wirtschaftliche Deprivation inzwischen circa 43 Jahre betragen könnte. Die Kindersterblichkeit ist bei einer Geburtenrate von 45,8/1.000 in gesamt Nigeria sehr hoch, jedes fünfte Kind stirbt bevor es das fünfte Lebensjahr erreicht hat.

Der schlechte Zustand der Infrastruktur im Niger-Delta stellt ein weitreichendes Problem für die Menschen in der Region dar. Vielerorts ist kaum ein Zugang zu sauberem Trinkwasser

vorhanden, Statistiken gehen davon aus, dass 20 bis 24 Prozent der ländlichen Bevölkerung und 45 bis 50 Prozent der Stadtbevölkerung keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben. Der Transport auf dem Wasserweg ist aufgrund des schlechten Zustandes der Straßen weit verbreitet, was auch die Mobilität der Menschen einschränkt. Auch ein Elektrizitätsnetz ist vielerorts nicht vorhanden, nur 34 Prozent der Menschen haben Elektrizität. Als primäre Energiequelle dienen Brennholz und Petroleum. Auf dem Bildungssektor sind ähnlich unzureichende Entwicklungen auszumachen. So können zwar 80 Prozent der Kinder eine Grundschule besuchen, die gesamte Kapazität von 2189 Grund- und 545 Sekundarschulen für 31 Millionen Menschen ist jedoch sehr gering. Das Gesundheitswesen wird von den BewohnerInnen als eine der wesentlichsten Bereiche für Verbesserungen angesehen, denn viele haben keinen Zugang zur medizinischen Grundversorgung und die wenigen existierenden Einrichtungen sind in einem schlechten Zustand. So hat z.B. ein Krankenhaus ein Einzugsgebiet von 583 km², auf das 131.174 Menschen kommen (vgl. UNDP 2006: 22-25).

Aufgrund der teilweise sumpfigen Beschaffenheit des Landes und der zunehmend instabilen Ökologie existiert in der Region seit Langem eine Landknappheit. Die BewohnerInnen des Deltas bestreiten ihren Lebensunterhalt v.a. durch Landwirtschaft, Fischerei, Kleinhandel und Handwerk, wobei diese Tätigkeiten eng mit der Subsistenzökonomie der einzelnen ethnischen Gruppen vernetzt sind (vgl. Obi/Rustad 2011a: 3). Die besondere Relevanz des Niger Deltas auf nationaler und internationaler Ebene gründet auf der Erdölproduktion in der Region: „The Niger Delta is a vast oil basin [...]; it possesses a massive oil infrastructure consisting of 606 fields, 5.284 wells, 7.000 kilometres of pipelines, ten export terminals, 275 flow stations, ten gas plants, four refineries and a massive liquefied natural gas (LNG) sector.“ (Watts 2007: 639). Die Einnahmen aus der Erdölindustrie machen über 80 Prozent der Staatseinnahmen und 90 Prozent der Exporterlöse aus, der nigerianische Staat ist dementsprechend enorm abhängig von der Erdölproduktion und den Ölpreisen des Weltmarktes. Hierbei ist darauf hinzuweisen, dass über 95 Prozent des produzierten Öls durch große transnationale Konzerne, darunter z.B. Shell, Chevron, Exxon Mobile, Total und Agip, gefördert werden. Diese Faktoren machen den nigerianischen Staat eher zu einem Öllieferanten für die großen Konzerne, der auf das technische Know-How seiner Partner angewiesen ist, als zu einem eigenständigen Ölproduzenten (vgl. Obi/Rustad 2011a: 4).

4.2. Vom gewaltfreien Protest zum militanten Widerstand im Niger-Delta

Sieht man von den ersten Widerstandsbewegungen im Niger-Delta der 1950er und 60er Jahre ab, nimmt der jüngere Widerstand seinen Anfang in den 1990er Jahren. In der öffentlichen Wahrnehmung waren es vor allem die Ogoni, eine kleine ethnische Gruppe mit circa 500.000 Angehörigen, die sich gegen die Ausbeutung ihrer Lebenswelt stellten. Das von ihnen gegründete *Movement for the Survival of the Ogoni People* (MOSOP) protestierte gegen die von Shell praktizierte Ölförderung und die Politik des Militärregimes (vgl. Obi/Rustad 2011a: 5ff; Saro-Wiwa 1992; 1996).

Durch die Veröffentlichung der *Ogoni Bill of Rights* (vgl. Saro-Wiwa 1996: 81-85) formulierten die Ogoni mit ihrem intellektuellen Anführer Ken Saro-Wiwa den Anspruch nach mehr politischer Selbstbestimmung und ökonomischer Partizipation. Dabei verstand es Saro-Wiwa die Forderungen seines Volkes erfolgreich mit dem Rechtsdiskurs indigener Minderheiten und mit Umweltrechten zu verbinden. Dies führte zusammen mit einer internationalen Informations- und Solidarisierungskampagne zur Entstehung einer globalen Öffentlichkeit für die Probleme der ethnischen Minderheiten im Niger-Delta und löste dadurch eine Welle des gewaltlosen Widerstandes in der Region aus. Durch diese aussichtsreiche Strategie der Ogoni wuchs der Druck auf Shell und auch auf die Zentralregierung Nigerias, welche jedoch nicht den Dialog suchte, sondern mit Gewalt antwortete: „What followed was a systematic repression of Ogoni protest, including military raids on Ogoni villages and the arrest of suspected MOSOP cadres and sympathisers.“ (Obi/Rustad 2011a: 8). Unter den Inhaftierten war auch Ken Saro-Wiwa, der zusammen mit acht weiteren MOSOP-Mitgliedern verhaftet (die Gruppe wurde auch unter dem Namen *Ogoni Nine* bekannt) und schließlich am 10. November 1995 im Gefängnis in Port Harcourt exekutiert wurde. Im Zuge der Hinrichtung der *Ogoni Nine* kam es zu einer „wafe of state terror“ (ebd.) seitens der Regierung unter Sani Abacha mit dem Ziel, den Widerstand der Ogoni zu brechen.

Eine weitere ethnische Gruppe, die sich gegen die Ausbeutung und Zerstörung ihrer Umwelt wehrt, sind die Ijo (Ijaw), die größte ethnische Gruppe des Niger Deltas, der schätzungsweise 14 Millionen Menschen angehören (vgl. Watts 2011: 77). Im Jahr 1991 gründeten sie den *Ijaw National Congress* (INC), um für ihre politischen Interessen einzutreten und Problemlösungen zu erarbeiten. Dabei vertritt der Kongress eine gewaltfreie Strategie und verfolgt entgegen seiner zahlreichen Vorgängerorganisationen (z.B. *Ijaw Peoples League*, *Ijaw People's*

Association oder *Ijaw State Union*) das Ziel, eine pan-Ijaw-Agenda zu etablieren. Darüber hinaus ist der INC auch Mitglied der pan-ethnischen Organisation *Ethnic Nationalities of the Niger Delta* (ENND), und setzt sich somit auch für die Schaffung einer pan-Niger-Delta-Identität ein, welche die verschiedenen ethnischen Gruppen näher zusammenbringen soll. Da die Ijo die größte Gruppe im Niger-Delta darstellen, nehmen sie auch eine zentrale Rolle in der Lösung des Konfliktes ein. Bereits in der Vergangenheit suchte die Organisation den Dialog mit der Regierung und den Ölkonzernen und nahm in zahlreichen Konflikten eine vermittelnde Rolle ein. Das Ende der 1990er Jahre gegründete *Ijaw Youth Council* (IYC) unterscheidet sich von dem eher konservativ und moderat orientierten INC in seinen Protestformen, die auch militante Protestformen beinhalten. Durch die Veröffentlichung der so genannten *Kaiama Declaration* folgte das IYC dem Vorbild des MOSOP, was auch eine ähnliche Welle der Gewalt seitens des Militärs zur Folge hatte (vgl. Ibaba 2011; Ukiwo 2011: 23).

Die seit der Mitte der 1990er Jahre vollzogene Wende vom gewaltfreien Protest hin zum militanten Widerstand ist ein komplexer Prozess, der im weiteren Verlauf der Arbeit in seinen Details erläutert wird. Die eskalierende Gewalt gegen Teile der Zivilbevölkerung seitens der Regierung stellt dabei wohl einen wichtigen Faktor dar. Die gewaltvollen Protest- und Widerstandsformen, in denen vor allem die junge Generation eine zentrale Rolle spielt, wurden in den folgenden Jahren zahlreicher und in ihrer Entstehungsgeschichte zunehmend komplexer, was den nigerianischen Staat weitgehend überfordert. So meint etwa Watts (2011: 58f): „The fact is that since the late 1990s, the oil fields of the Niger Delta generally have been more or less ungovernable [...] the Nigerian oil fields have in effect, become home to a full-blown insurgency.“ Militante Organisationen verüben seitdem Angriffe auf Produktionsstätten der Ölkonzerne, um die Fördermengen und Einnahmen von Staat und Wirtschaft zu dezimieren und somit ihren Forderungen nach Ressourcenkontrolle und Selbstbestimmung mehr Nachdruck zu verleihen. Seit Dezember 2005 steht das *Movement for the Emancipation of the Niger Delta* (MEND) an der Spitze dieser Bewegungen, welches nach eigenen Angaben einen Zusammenschluss aller relevanten militanter Organisationen der Region darstellt. Neben den Angriffen auf die Infrastruktur der Ölindustrie ist auch ein sprunghafter Anstieg von Entführungen zu verzeichnen, mit dem Ziel, Lösegeld zu erpressen und die Freilassung inhaftierter Mitglieder zu erreichen. Ein weiteres Problem, stellt das illegale Anzapfen von Erdölleitungen, das so genannte „oil bunkering“ dar, das den Widerstandsbewegungen als

Geldquelle dient. Die weitreichende Unfähigkeit der Regierung, mit Organisationen wie MEND umzugehen, führte im Jahr 2009 zu einem Amnestieangebot des nigerianischen Präsidenten Umaro Yar'Adua an die militanten Gruppierungen. Obwohl einige Anführer und ihnen unterstellte Rebellen Gruppen von dem Angebot Gebrauch machten, was die Intensität der Gewalt minderte, gibt es immer noch Teile des MEND, die ihren Forderungen durch Gewalt Nachdruck verleihen und ihren Kampf nicht aufgegeben haben (vgl. Bøås 2011; Watts 2011: 57-62, 72-89).

4.3. Analyse der Konfliktparteien

Zunächst gehe ich auf einige Punkte ein, die mir im Vorfeld der Analyse der Konfliktparteien wichtig erscheinen. So zeichnet die Berichterstattung *westlicher* Medien in der Regel ein Bild der innerstaatlichen Konflikte jenseits der Sahara, das die Motive von rebellierenden Gruppen auf die Gier nach Reichtum und der persönlichen Bereicherung reduziert. Morten Bøås und Kevin C. Dunn (2007: 10) weisen wie folgt auf dieses Problem hin: „Out of Africa therefore come horror stories about red-eyed drugged monsters in the form of young men who seemingly kill without purpose or remorse. Greed and hatred seem their sole motivation.“

Dieser einseitige Erklärungsansatz wird wohl kaum der komplexen Realität gerecht, welche für die Entstehung von Konflikten wie dem im Niger-Delta verantwortlich sind. Mainstream-Ansätze, vor allem aus der Ökonomie (vgl. Berdal/Malone Hg. 2000; Collier/Hoeffler 2004), gehen davon aus, dass es sich bei innerstaatlichen Konflikten auf dem afrikanischen Kontinent um so genannte neue *Ressourcenkonflikte* handelt, in deren Kontext nicht die Verhandlung politischer Probleme, sondern die ökonomische Bereicherung der Konfliktparteien im Mittelpunkt steht.³⁰ Die sich verändernden globalen Wirtschaftsverhältnisse werden hier als Hauptgrund für die heutigen Auseinandersetzungen gesehen. Generell ist hier vom bereits erwähnten „Ressourcen-Fluch“ die Rede, welcher als Auslöser von Konflikten agiert.³¹ Um die Transformation von Konflikten und die sich wandelnde Rolle von

³⁰ Per Definition entstehen *Ressourcenkonflikte* „wenn friedliche Allokationsmechanismen zur Regulierung der Konkurrenz um knappe Ressourcen versagt haben und die Konfliktparteien danach streben, die Konkurrenz für sich zu entscheiden.“ (Mildner/Richter/Lauster 2011: 13)

³¹ In einer Studie des *Deutschen Instituts für internationale Politik und Sicherheit*, wird der Begriff des „Ressourcen-Fluchs“ wie folgt definiert: „Neben Ressourcenknappheit kann auch Ressourcenreichtum zu Konflikten führen [...] Ressourcenvorkommen und -einnahmen wecken Begehrlichkeiten bei staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, die versuchen, ihren Anteil an den ökonomischen Renten zu erhöhen [...] Häufig ist in diesem Kontext von durch ‚greed‘ [...] motivierten Konflikten die Rede. Besonders anfällig hierfür sind Staaten mit schwachen Institutionen und schlechter Regierungsführung.“ (Mildner/Richter/Lauster 2011: 14).

rebellierenden Gruppierungen in ihrer Ganzheit zu erfassen, ist jedoch notwendig, neben den zweifelsohne wichtigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch die politischen, kulturellen und historischen Umstände zu berücksichtigen (vgl. Bøås/Dunn 2007: 10ff). Letztere wurden bereits thematisiert, wobei sich zeigte, dass der Konflikt im Niger-Delta eng mit der kolonialen Geschichte des Landes verbunden ist. Die politischen und kulturellen Faktoren werden in den folgenden Kapiteln näher behandelt.

Vor dem Hintergrund der Akteursanalyse gilt es, einen wesentlichen Argumentationsfehler des „Ressourcen-Fluchs“ aufzugreifen, welcher sich vor allem im Kontext des Niger-Deltas als unzureichend erweist. Vor allem Erdöl scheint für die VertreterInnen des „Ressourcen-Fluchs“ oder „Gier-Ansatzes“ ein Paradebeispiel für ihr Erklärungsmodell zu liefern. So sieht z.B. der Weltbankökonom Paul Collier einen direkten Zusammenhang zwischen der Abhängigkeit eines Staates von den Erdöleinnahmen und der Genese von Konflikten: „It [Erdöl] permits, indeed encourages, extortion and looting through resource predation [...] It is the feasibility of predation that determines the risk of conflict. Rebels predate through secession. For Collier the risks are greater from resource dependency than from ethnic or religious diversity.“ (Watts 2004:52).

Diese oberflächliche Analyse richtet ihren Fokus auf die ökonomischen Aspekte des Konfliktes, ignoriert aber die Rolle der internationalen Akteure und Interessensgruppen. Diese nehmen jedoch eine zentrale Rolle in der Entstehungsgeschichte und dem Verlauf der Auseinandersetzung im Niger-Delta ein; und auch die Auswirkungen der Integration der ölproduzierenden Regionen in die kapitalistischen Produktionsstrukturen bleibt außer Acht (vgl. Obi 2009b: 198-200; Watts 2004: 52f). Vor diesem Hintergrund sind die Akteursgruppen und die Ursachen des Konfliktes im Niger-Delta auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene zu suchen (vgl. Ukiwo 2011: 24).

Bei den Akteuren auf regionaler Ebene handelt es sich um die zahlreichen Gruppen der ethnischen Minderheiten, die sich gegen die soziale, politische und ökonomische Marginalisierung durch den Staat zu Wehr setzen. Dabei verfolgen diese Gruppen das politische Ziel einer größeren Beteiligung an den Erdöleinnahmen und einer Verbesserung ihrer Lebensgrundlagen. Watts beschreibt diese Organisationsformen auch als „local petro-nationalism - the process by which the ethnic minorities of the delta became ‘oil minorities’ with a political project for resource control.“ (Watts 2011: 68). Ein Beispiel hierfür sind die

Ijo, die größte ethnische Gruppen im Delta. Spätestens seit der gewaltvollen Unterdrückung der Ogoni in den 1990er Jahren, verstärken sich nationalistische Bemühungen der Ijo (die sich bereits seit dem frühen 20. Jahrhundert für ihre politische Selbstbestimmung engagieren). Dabei übernahmen vor allem die jüngeren Generationen die Kontrolle. Im Jahr 1998 gründete sich das IYC und verbreitete seine Ziele durch die Veröffentlichung der *Kaiama Deklaration*. Dies führte in der ganzen Region zu einer verstärkten Mobilisierung in der lokalen Bevölkerung und zu einer Zunahme von direkt gegen den Staat und die Konzerne gerichteten Protestformen (vgl.Obi/Rustad 2011a: 8; Watts 2011: 68).

Die militanten Widerstandsgruppen agieren ebenfalls auf der regionalen Ebene und - wie bereits erwähnt - sind ihre Motive nicht ausschließlich ökonomischer Natur. Ihre Existenz ist nicht als Reaktion auf die Ölindustrie und Politik zu verstehen, sondern als ihr Produkt, was im weiteren Verlauf der Arbeit deutlich wird. Gegenwärtig agieren zahlreiche militante Gruppen im Niger-Delta, darunter die *Niger Delta Vigilante* (NDV) unter Führung von Ateke Tom, Asari Dokubos *Niger Delta People's Volunteer Force* (NDPVF) und das MEND. In den vergangenen Jahren zeichnete sich mancherorts auch ein Konkurrenzkampf zwischen unterschiedlichen militanten Gruppierungen ab, z.B. zwischen der NDV und der NDPVF, die beide aus dem Umfeld der Ijo stammen (vgl.Watts 2011: 58, 69).

Auf nationaler Ebene sind es der nigerianische Staat³² und die ihm unterstellten Institutionen, die aktiv in den Konflikt eingreifen. Dabei kommt der starren Haltung der politischen Eliten gegenüber den ethnischen Minderheiten und der damit verbundenen gewaltsamen Unterdrückung eine wichtige Rolle in der Transformation des Konfliktes zu. So fühlten sich die radikal-militanten Kräfte des Niger-Deltas in ihrer Ablehnung des gewaltlosen Widerstands bestätigt. Der nigerianische Staat weist vier wesentliche institutionelle Charakteristika auf, die im Kontext des Konfliktes von Bedeutung sind und die große fiskalische Bedeutung der Region unterstreichen: Erstens ein gesetzlich verankertes Monopol der Rohstoffausbeutung, zweitens eine verstaatlichte Ölgesellschaft, die durch *Joint Ventures* mit den Ölkonzernen agiert, drittens einen Sicherheitsapparat, der auch mit privaten Sicherheitsfirmen zusammenarbeitet, um die Ölindustrie in der Region zu sichern, was oftmals mit intensiver Gewaltanwendung auch gegen die Zivilbevölkerung einhergeht und

³² Handelte es sich in der Vergangenheit vor allem um Militärregierungen, sind seit dem Übergang zur Vierten Republik vor allem die regierende *People's Democratic Party* (PDP), die *Alliance for Democracy* (AD) und die *All Nigeria People's Party* (ANPP) in den Konflikt involviert.

viertens existieren staatliche Verteilungsmechanismen der Einkünfte aus der Ölindustrie. Die Verteilungsfrage stellt einen zentralen Konfliktpunkt dar und wurde über die Jahre immer wieder neu verhandelt (vgl. Ukiwo 2011: 20-22; Watts 2011: 66).

Auf der internationalen Ebene existieren eine Vielzahl von Akteursgruppen und Einflussfaktoren, die von außen kommend einen großen Einfluss auf die Dynamik des Konfliktes im Niger-Delta ausüben. Allen voran sind es hier natürlich die transnationalen Ölkonzerne, die durch ihr ambivalentes Engagement den gegenwärtigen Konflikt in seiner jetzigen Form erst ermöglichten. Seit den zunehmenden Protesten durch die Menschen im Niger-Delta führen die Konzerne vermehrt Modernisierungsprojekte und Workshops im Niger-Delta durch und sind somit einerseits am Entwicklungsprozess in der Region beteiligt (vgl. Idemudia 2011). Andererseits sind die Konzerne aufgrund ihrer engen Kooperation mit den staatlichen Akteuren und aufgrund ihres Einflusses, den sie auf bestimmte lokale Bevölkerungsgruppen ausüben, maßgeblich mitverantwortlich für die Intensivierung der Gewalt. Watts (2011: 69) beschreibt diese widersprüchlichen Praktiken der Ölkonzerne folgendermaßen:

[I]n their funding of youth groups as local security forces, in their willingness to use military and security forces against protesters and militants alike, and in their corrupt practices of distributing rents [...] to local elites in the name of community development - contributed to an environment in which violence and conflict was in effect encouraged and facilitated.

Auf der anderen Seite stehen zahlreiche transnationale Interessenverbände (wie z.B. *Greenpeace* oder *Human Rights Watch*), welche auf die von den Erdölkonzernen verursachten Schäden an Mensch und Natur aufmerksam machen und auch lokale NGOs in ihrer Arbeit gegen die Ölindustrie und die Politik der Regierung unterstützen. Hinzu kommen die multilateralen Entwicklungsorganisationen (z.B. der *Internationale Währungsfond* und die *Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung*) sowie internationale Kapitalgesellschaften, die maßgeblich am Ausbau des Energie- und Ölsektors im Niger-Delta beteiligt sind (vgl. Watts 2011: 67).

Wie bereits in der Einleitung angesprochen, sind diese Aktivitäten internationaler Akteure und Staaten vor dem Hintergrund des *New Scramble for Africa* und des von den USA angeführten *War on Terror* zu interpretieren. Einerseits ist der Golf von Guinea ein wichtiger Bestandteil der amerikanischen Strategie zur Energiesicherheit, so decken die USA gegenwärtig circa zehn Prozent ihres Ölbedarfs aus Westafrika - und Prognosen gehen davon aus, dass der Anteil afrikanischen Öls im Jahr 2020 bereits 25 Prozent des gesamten US-amerikanischen Imports ausmachen wird (vgl. Obi 2009b: 193). Andererseits sehen die USA und auch die

Europäische Union die Gefahr, dass militante Widerstandsbewegungen wie z.B. MEND nicht nur die Versorgungssicherheit gefährden, sondern auch die Sicherheit der Anlagen und des Personals. Darüber hinaus verstärkte die politische Instabilität Nigerias, die auch aus dem Konflikt im Niger-Delta resultiert, bei den USA und der EU die Befürchtungen, dass Nigeria als Nährboden und Schlupfwinkel für terroristische Organisationen dienen könnte.³³ Wie Obi bemerkt, steht der Konflikt im Niger-Delta somit auch im Zusammenhang mit dem von den USA angeführten globalen Krieg gegen den Terrorismus: „Oil is thus writ large in West Africa’s place in the post-9/11 global security architecture [...] Through a series of strategic partnerships and military assistance programmes, the US has integrated African states into its global counter-terrorist agenda.“ (2009b: 195).

Bøås und Dunn (2007: 18-21) sind der Ansicht, dass diese geopolitische Zusammenarbeit und die Zugeständnisse an die US-amerikanische Regierung den afrikanischen Eliten neue Möglichkeiten eröffnen würden innerstaatliche Konflikte zu bestreiten, was sich etwa anhand von Kooperationen im militärischen Bereich offenbare.³⁴ Die beiden Autoren führen einige afrikanische Politiker, wie den ugandischen Präsident Yoweri Museveni, als Beispiel an, die sich in ihrem Kampf gegen Oppositionelle und Rebellengruppen bereits auf die Rhetorik des *Krieges gegen den Terrorismus* berufen. Dadurch würde auch gewaltsames Vorgehen gegen politische Gegner legitimiert, was sich etwa an der Verhaftung des ugandischen Oppositionspolitikers Kizza Besigye zeigt, der mit Verweis auf die Antiterrorbestimmungen im Kontext des 11. Septembers inhaftiert wurde. Darüber hinaus bewirken diese Veränderungen auch eine Rückkehr zu geopolitischen Praktiken aus der Zeit des Kalten Krieges. Denn die afrikanischen Alliierten der USA werden trotz ihrer innenpolitischen Verfehlungen unterstützt. Im Gegensatz zu der Blockkonstellation der Nachkriegszeit, als sowohl Regierungen als auch Widerstandsbewegungen von den geopolitischen Verhältnissen profitieren konnten, eröffnen sich diese neuen Möglichkeiten lediglich für die afrikanischen Regierungen. Widerstandsgruppen wie das MEND, die in der *westlichen* Analyse des Konfliktes ja als wesentlicher Teil des Problems betrachtet werden, sehen sich durch diese Zusammenarbeit im Kontext des Antiterrorismus zunehmend in die Enge getrieben. Diese

³³ Die islamistische Gruppierung Boko Haram, die im Norden Nigerias aktiv ist, trägt maßgeblich zur Entwicklung dieser Befürchtungen bei.

³⁴ Dies zeigt sich z.B. an der Einführung des US-amerikanischen Regionalkommandos AFRICOM im Jahr 2008, welches die US-Interessen am Golf von Guinea schützen soll (vgl. Obi 2009b). Ein weiteres Beispiel aus dem europäischen Raum liefert der Besuch der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel in Angola, Kenia und Nigeria im Juli 2011. Wie Spiegel Online berichtete, stellte die Kanzlerin Angola die Lieferung moderner Patrouillenschiffe in Aussicht, damit das Land seine Küstenwache modernisieren kann (vgl. Fischer 2011: 2011).

blinde Unterstützung teilweise repressiver Regierungen ist auch auf den wachsenden Einfluss Chinas zurückzuführen. Dabei zeichnet sich das Risiko ab, dass eine neue globale Machtkonstellation mit einer Blockbildung USA gegen China entstehen könnte (vgl. Bøås/Dunn 2007: 18-21).

Wie sich zeigte, ist der Konflikt im Niger-Delta sehr komplex, weil eine Vielzahl von Akteuren und Interessengruppen involviert sind. Michael Watts spricht hierbei auch von einem „oil complex“ (Watts 2011: 66), der unter dem Einfluss der neoliberalen Wirtschaftsordnung fragile und gewalttätige Räume erzeugt, die durch eine auf dem Prinzip der Enteignung basierende Akkumulation hervorgebracht werden. Er sieht dieses Beziehungsgefüge des *Ölkomplexes* wie folgt:

The oil complex is a vast forcing house - a sort of incubation chamber - of primitive accumulation, repeating the original sin of robbery. It operates as if through a chain of enclosures, violent economies that dispossess at a variety of levels and through a raft of modalities. The rise of the resource control movement over the last fifteen years the rise of the so called oil minorities [...] and the attendant mix of ethno-nationalism and insurgent politics across the Delta are reactions to [...] against imperial oil. (Watts 2011: 67)

Bereits diese erste kurze Analyse der gegenwärtigen Krise im Niger-Delta gibt Einblick in den Entstehungskontext der sozialen Bewegungen wie dem MOSOP oder dem IYC. Diese sind das Ergebnis der strukturellen Probleme in der Region, die sich in der schlechten Infrastruktur, den mangelnden ökonomischen Perspektiven und der politischen Unterordnung bemerkbar machen. Ihre Entstehung ist somit auf die politischen Rahmenbedingungen zurückzuführen, die nicht nur auf einer regionalen und nationalen Ebene Einfluss ausüben, sondern auch eine internationale Komponente aufweisen. Nach dieser eher strukturellen Betrachtungsweise steht im folgenden Kapitel eine konstruktivistisch orientierte im Mittelpunkt, welche Auskunft über die ideologischen Grundlagen und die damit verbundene Identitätskonstruktion des MOSOP gibt.

5. Protest- und Widerstandsformen im Niger-Delta: Zur Transformation des Konfliktes

Wie bereits angedeutet ist seit Beginn der 1990er Jahre eine Veränderung der Protest- und Widerstandsformen im Niger-Delta zu beobachten. Im folgenden Kapitel werde ich der Frage nachgehen, welche Faktoren diese Transformation vom eher gewaltlosen Protest hin zum gewaltvollen Widerstand ausgelöst haben.

Anhand der Akteursanalyse zeigte sich bereits deutlich, dass die klassische Perspektive des *Ressourcenkonfliktes*, die lediglich ökonomische Motive für Gewalt in den Vordergrund rückt, die historischen und strukturellen Ursachen des Konfliktes ausblendet. Sie übersieht die Missstände und horizontalen Ungleichheiten, welche nahezu alle Lebensbereiche der Menschen im Niger-Delta erfasst haben und in diesem Kapitel als die eigentlichen Auslöser der Auseinandersetzung zwischen den ethnischen Minderheiten, der Regierung und den transnationalen Ölkonzernen interpretiert werden. Vor dem Hintergrund der eskalierenden Situation in der Region folge ich der Annahme, dass die Militarisierung und Gewaltintensität des Konfliktes im Niger-Delta seit dem Übergangsprozess zur IV. Republik stark zugenommen hat, da keine Neustrukturierung des föderalistischen Systems und der zentralisierten Machtverhältnisse im Zuge des Demokratisierungsprozesses stattfanden.

Wissenschaftliche Auseinandersetzungen mit dem Konflikt im Niger-Delta datieren den Ausgangspunkt der steigenden Gewalt mit dem Aufstieg des bereits erwähnten MOSOP im Jahr 1990 (vgl. Ukeje 2011: 88f). Die Ogoni waren auch die erste ethnische Gruppierung aus dem Delta, die ihre Probleme durch eine weltweite Informationskampagne einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machte, was einen nicht zu unterschätzenden Faktor der Gewaltintensivierung darstellt (vgl. Obi 2001: 87f). Das nächste Kapitel geht daher näher auf den Entstehungskontext des MOSOP ein und analysiert dessen Forderungen und Handlungsformen aus Perspektive der sozialen Bewegungen.

5.1. Das *Movement for the Survival of the Ogoni People* (MOSOP)

Der Entstehungskontext der jüngeren Auseinandersetzungen im Niger-Delta geht auf die andauernde wirtschaftliche Krise Nigerias in den 1980er Jahren und die damit einhergehende wirtschaftliche Marginalisierung weiter Teile der Bevölkerung zurück. In diesem Sinne stellt Ukeje fest (2011: 85):

Invariably, conflict began to brew and escalate during the during the 1990s, against the backdrop of past failed promises, growing marginalization and frustration that reliance on non-bellucose community-based actions to draw attention to their plight had yielded little, if any, positive result. The groundswell of new community- and grass-roots-based protests began to grow during the late 1980s, exacerbated by the biting effects of the IMF/World Bank-imposed Structural Adjustment Programme.

Die aktuellen Widerstands- und Protestformen sind also auch in einem internationalen Kontext zu sehen, was sich am Beispiel des MOSOP erkennen lässt.

Die Ogoni, eine kleine ethnische Gruppe der circa 500.000 Menschen angehören, die im Bundesstaat Rivers beheimatet sind, begannen Anfang des Jahres 1990 ihren Protest gegen das autoritäre Militärregime von General Sani Abacha. Eine sozial-konstruktivistische Analyse der Bewegung ermöglicht nicht nur einen Einblick in ihre Entstehung, sondern offenbart auch die Ursachen des Protestes. Der Autor, Geschäftsmann und Menschenrechtsaktivist Ken Saro-Wiwa nahm eine zentrale Rolle im MOSOP ein. Er veröffentlichte eine Vielzahl von Schriften, die auf das Schicksal der Ogoni aufmerksam machten. In seinem Buch *Genocide in Nigeria: The Ogoni Tragedy* (Saro-Wiwa 1992) gibt er Einblick in das Selbstverständnis und die Legitimationsgrundlage des MOSOP. Dieses Buch bietet nicht nur einen guten Einblick in das *Framing* der Bewegung, sondern verdeutlicht auch die Relevanz der ethnischen Identität für die Bewegung.

Saro-Wiwa präsentierte mit der Veröffentlichung von *Genocide in Nigera* eine Ethnographie der Ogoni, in deren Rahmen er die Geschichte der ethnischen Gruppe chronologisch aufarbeitet. Die Ursprünge der Ogoni im Niger-Delta reichen dabei zurück bis zu den sechs Ogoni-Königreichen im 15. Jahrhundert, was Saro-Wiwa durch die Rezeption historischer, geographischer und anthropologischer Forschungen untermauert. Anhand dieser historischen Eigenständigkeit der Ogoni in der Region, die erst mit der kolonialen Herrschaft der Briten im Jahr 1914 ein Ende fand, begründet Saro-Wiwa den Anspruch des MOSOP auf Autonomie innerhalb der nigerianischen Föderation und auf das Recht der Nutzung des Landes, welches die Ogoni in der Vergangenheit auch militärisch verteidigten. Darüber hinaus diene das Land den Ogoni zur Sicherung der Lebensgrundlagen, so betrieben sie Landwirtschaft und nutzten die angrenzenden Gewässer zum Fischfang. Auch im Glauben der Ogoni nimmt es eine zentrale Rolle ein: „the connection to the land is also defined in spiritual and ritualistic terms, where earth, soil and water are considered sacred possessions [...] By linking land and environment to traditional sources, Saro-Wiwa strengthens the legitimacy of the Ogoni for self-determination.“ (McLaren 2000: 19)

Die Ogoni beriefen sich für ihren Protest auf die spezifischen Charakteristika ihres Volkes und den daraus resultierenden Anspruch auf Eigenständigkeit und das Recht auf Nutzung des von ihnen seit Jahrhunderten genutzten Landes (was auch die Einkünfte aus den Erdöleinnahmen einschließt). Dem MOSOP gelang es durch diesen Appell an ihre Gefolgsleute, eine breite Unterstützungsbasis zu schaffen, welche auf der grassroots-Ebene aufbaute. Die Protestbewegungen der 1990er Jahre unterschieden sich somit von denen der 1950er und 60er Jahre, da sie nicht lediglich von einer kleinen Oberschicht getragen wurden, sondern von einer breiten Bevölkerungsschicht.

Für Obi (vgl. 2001: 70) ist diese Vorgehensweise exemplarisch für die vielerorts im Niger-Delta entstehenden Bewegungen in den 1990er Jahren. Die Hervorhebung historischer und ethnischer Symbole, spezifischer kultureller Mythen und Eigenschaften ermöglichte es den häufig aus elitären Kreisen stammenden Führungspersonlichkeiten der Bewegungen, eine neue gemeinsame ethnische Identität zu etablieren, welche die lang andauernde Unterdrückung ablehnte und soziale Gerechtigkeit einforderte. Dabei wurden zum Beispiel die Konflikte der Vergangenheit (etwa mit der britischen Kolonialherrschaft oder mit den autoritären Regimes nach der Unabhängigkeit), die Märtyrer der Selbstbestimmung oder auch die von Ken Saro-Wiwa betonte sakrale Verbindung zwischen Mensch und Natur wieder hervorgehoben und in den Diskurs des Widerstandes und Nationalismus der ethnischen Minderheiten im Niger-Delta integriert.

Wie sich zeigte, generiert das MOSOP Unterstützung bei den Ogoni durch die Hervorhebung gemeinsamer historischer und kultureller Spezifika sowie durch die geteilte Erfahrung, sich in einer ausweglosen und stark benachteiligten Situation zu befinden. Durch die Veröffentlichung der *Ogoni Bill of Rights* (OBR) formulierte das MOSOP seine Ziele und präsentierte sie im Jahr 1990 der nigerianischen Militärregierung (vgl. Olayode 2011: 76). Im folgenden Kapitel werden die zentralen Punkte der Deklaration erläutert, die ich als exemplarisch für die Ursachen des Konfliktes und auch als äquivalent zu den Forderungen der anderen Bewegungen im Niger-Delta sehe.³⁵

³⁵ Natürlich gibt es auch Unterschiede zwischen den Bewegungen, die hier keineswegs negiert werden sollen. Gegebenenfalls werde ich auf die Differenzen eingehen, doch die allgemeinen Ursachen des Konfliktes lassen sich anhand der in der OBR formulierten Forderungen gut nachzeichnen. Neben den OBR existieren zahlreiche ähnliche Deklaration ethnischer Minderheiten aus dem Niger-Delta: die „*Charter of Demands des Movement for the Payment of Reparations to Ogbia*“, die „*Ogba Charter*“, die *Isoko Youth Charter*, die *Resolutions of the Urhobo Economic Summit*, das *Communiqué of the Itsekiri Patriots General Conference* und die *Aklaka Declaration of the Egbi people* (vgl. Obi 2001: 74).

5.1.1. Die *Ogoni Bill of Rights* - Autonomie, soziale Gerechtigkeit und Reparation

Die ersten sechs Artikel des Dokuments thematisieren die bereits behandelte historische Komponente des Protestes. So betont das MOSOP die historische Eigenständigkeit der Ogoni bis zur Kolonialzeit und kritisiert die erzwungene Integration in den nigerianischen Nationalstaat (vgl. MOSOP 1990: 4). Ab Artikel sieben steht das Erdöl im Mittelpunkt der Deklaration, die Formulierung lautet dabei wie folgt:

7. That oil was struck and produced in commercial quantities on our land in 1958 at K. Dere (Bomu oilfield).
8. That oil has been mined on our land since 1958 to this day [...] by the Shell Petroleum Company (Nigeria) Limited.
9. That in over 30 years of oil mining, the Ogoni nationality have provided the Nigerian nation with a total revenue estimated at over 40 billion Naira (N40 billion) or 30 billion dollars.
10. That in return for the above contribution, the Ogoni people have received NOTHING. (MOSOP 1990: 4f)

Die Frage der Verteilung der Einnahmen aus der Ölindustrie ist eine wesentliche Ursache des gegenwärtigen Konfliktes. Das Problem der ungleichen Distribution ist gesetzlich in der Verfassung Nigerias verankert und stellt ein Ausbeutungsinstrument der Reichtümer des Niger-Deltas zu Gunsten des Zentralstaates dar. In diesem Kontext sind zwei Gesetze von besonderer Bedeutung, die noch aus der Zeit der Militärdiktatur stammen und bis heute einen zentralen Streitpunkt darstellen. Der so genannte *Petroleum Act* (PA) aus dem Jahr 1969, verabschiedet von General Gowons Militärregierung vor dem Hintergrund des Biafra-Konfliktes, übertrug die gesamte Kontrolle des Erdöls auf die Ebene der Zentralregierung, was parallel zur Reduzierung der Gewinnanteile für die ethnischen Minderheiten vollzogen wurde. Dies verstärkte die Unzufriedenheit der ethnischen Minderheiten im Niger Delta und intensivierte die Bereitschaft des Widerstandes, an dessen Anfang die Frage der Ressourcen-Kontrolle steht: „At its heart [des Widerstandes] is the strong feeling among ethnic/oil minorities in the Niger Delta that the non-oil-producing ethnic majority groups that dominate the federal government also control the oil wealth, while they who produce the oil suffer (unjustly) from neglect, exploitation and pollution.“ (Obi/Rustad 2011a: 6). Vor dem Bürgerkrieg betrug der Anteil der Erdöl-Einnahmen für die ethnischen Minderheiten noch 50 Prozent, Mitte der 1990er Jahre war er auf niedrige drei Prozent gesunken, seit der Rückkehr zur Zivilregierung im Jahr 1999 wurde der Anteil wieder auf 13 Prozent angehoben. Parallel zum Wachstum der Ölindustrie nahm auch die wirtschaftliche Marginalisierung der ethnischen Minderheiten im Delta stark zu. Zum einen handelte es sich bei der Ölförderung um eine „enclave industry par excellence“ (Ukiwo 2011: 20), was sich darin äußerte, dass den

lokalen BewohnerInnen die Möglichkeit genommen wurde, ihren Lebensunterhalt in der Ölindustrie zu verdienen.³⁶ Andererseits schränkte die Präsenz des Öls die Möglichkeiten eine landwirtschaftliche Subsistenzwirtschaft zu betreiben, aufgrund der Umweltbelastungen stark ein. Die ethnischen Gruppen des Niger-Deltas fühlten sich daher als Verlierer des föderalen Systems: während die *Petro-Dollars* in Modernisierungsprojekte in ganz Nigeria investiert wurden, ging das Niger-Delta meist leer aus (vgl. Ukiwo 2011: 20f). Mit dem PA wurde somit auch ein Entsolidarisierung-Prozess in Gang gesetzt der bis heute anhält und eine wesentliche Ursache des Konfliktes darstellt.

Das zweite Gesetz ist der so genannte *Land Use Act* (LUA) aus dem Jahr 1979, in dessen Rahmen die Streitfrage des Landrechtes starken Auftrieb erfuhr. So stellte die Regierung das gesamte Territorium Nigerias unter die direkte Kontrolle des Zentralstaates, was es ihr ermöglichte, im nationalen Interesse über die Landnutzungsrechte im Niger-Delta zu entscheiden und der lokalen Bevölkerung langsam aber sicher ihre Lebensgrundlage zu entziehen. Neben der mangelnden Beteiligung an den Einnahmen aus der Erdölindustrie wurde den ethnischen Gruppen im Delta somit auch die Kontrolle über ihr eigenes Land entzogen, welches eine hohe kulturelle Bedeutung für die Menschen einnimmt. Hierbei treffen auch unterschiedliche Wahrnehmungen der Rechtmäßigkeit im Kontext des Landbesitzes aufeinander, wobei sich das indigene Gewohnheitsrecht stark von den Praktiken der Regierung und der Ölindustrie unterscheidet (vgl. Emeseh 2011: 59f).³⁷

In Artikel 11 und 17 verweist das MOSOP auf den unzureichenden Zustand der Infrastruktur in der Region und die generelle Benachteiligung der Ogoni innerhalb des politischen Systems:

11. That today, the Ogoni people have:

- (i) No representation whatsoever in ALL institutions of the Federal Government of Nigeria;
- (ii) No pipe-borne water;
- (iii) No electricity;
- (iv) No job opportunities for the citizens in Federal, State, public sector or private sector companies;

³⁶ „Over 85 percent of the region’s working population have no connection with the oil and gas industry, with low-wage/low-productivity informal enterprises as its primary source of livelihood.“ (Ahonsi 2011: 29). Diese Einstellungspraktiken der Ölfirmen (im Falle der Ogoni handelt es sich dabei um Shell) wird auch in Artikel 14 der OBR kritisiert (vgl. MOSOP 1990: 5).

³⁷ Dabei existiert jedoch kein Konsens, ob die Menschen im Niger-Delta überhaupt als indigene Bevölkerung bezeichnet werden können. Engobo Emeseh bejaht diesen Vergleich: „[T]here are definitely similarities shared between both groups in terms of their relationship with the lands in their territories and the common experience of imposition of ‘alien’ legal principles or understandings of property rights. Both groups recognize collective ownership of land [...] Their relationship with the land is also much more intricate, the land and its resources being the main source of subsistence, as well as being closely linked to identity, culture and spiritual issues“ (Emeseh 2011: 59)

- (v) No social or economic project of the Federal Government. [...]
17. That the Ogoni people lack education, health and other social facilities. (MOSOP 1990: 5).

Anhand dieser Auflistung zeigt sich die Benachteiligung der ethnischen Minderheiten im Niger-Delta sehr deutlich, die auf dem gesetzlich festgeschriebenen Verteilungsmechanismen beruht. Aufgrund dieser Marginalisierung sehen die Ogoni auch die Existenz ihrer Kultur als solches in großer Gefahr, was sie in den Artikeln 12 und 13 zum Ausdruck bringen. Von zentraler Bedeutung, auch für den internationalen Erfolg des MOSOP, ist die Kritik an der Kooperation zwischen der Regierung und der *Shell Petroleum Company of Nigeria* und den daraus resultierenden Umweltverschmutzungen:

15. That the search for oil has caused severe land and food shortages in Ogoni one of the most densely populated areas of Africa [...]
16. That neglectful environmental pollution laws and substandard inspection techniques of the Federal authorities have led to the complete degradation of the Ogoni environment, turning our homeland into an ecological disaster. (MOSOP 1990: 5)

Das ganze Ausmaß der Umweltzerstörung in Ogoniland offenbart eine Studie des *United Nations Environmental Programme* aus dem Jahr 2011, die eine starke Belastung und Beschädigung des Ökosystems feststellte. Die Böden und das Trinkwasser sind stark kontaminiert, die Mangrovenwälder und die landwirtschaftlichen Nutzflächen sind stark beschädigt und auch die Fischbestände sind stark dezimiert bzw. in sauberes Gewässer abgewandert. Dies hat auch weitreichende Folgen für die Gesundheit der ansässigen Bevölkerung. Durch Messungen wurden Benzol-Werte im Trinkwasser festgestellt, welche die Standards der Weltgesundheitsorganisation um das 900fache übersteigen. Die Lebenserwartung im Niger-Delta liegt unter 50 Jahren, was darauf schließen lässt, dass die meisten Menschen bereits ein Leben lang unter den Folgen der Ölförderung leiden. Schätzungen zu Folge würde die Dekontaminierung der Ogoni-Region 25-30 Jahre in Anspruch nehmen (vgl. UNEP 2011: 9-12).

Die von den Ogoni angeprangerten Zustände erschwerten nicht nur das Überleben in einer immer feindhafter wirkenden Umwelt, sie sind auch Ausdruck eines wesentlichen Problems im Kontext des Konfliktes im Niger-Delta: dem mangelnden Zugang zur Rechtsstaatlichkeit, also der potentiellen Gleichheit vor Gericht, unabhängig von Alter, Geschlecht, Religion, ethnischer Zugehörigkeit oder gesellschaftlichem Status, sowie der Möglichkeit in einem offenen und fairen Gerichtsverfahren für seine Belange einzutreten (vgl. Emeseh 2011: 56f). Für Engobo Emeseh ist die mangelnde Rechtsstaatlichkeit eine zentrale Komponente des Konflikts: „the crisis is rooted in the failure of the state to provide effective access to justice

through the legal or justice system to address the legitimate grievances of the people in the region.“ (Emeseh 2011: 69)

Ist dieser gerechte Zugang zu gesetzgebenden Institutionen nicht gegeben, eröffnet sich für die politischen Machthaber die Möglichkeit, Maßnahmen gegen die ethnische Minderheiten des jeweiligen Landes zu ergreifen. Im Falle Nigerias ist jedoch nicht primär der Zugang zur Rechtsstaatlichkeit das Problem, sondern der normative Inhalt der Gesetze selbst, ebenso wie verfahrenstechnische und finanzielle Hindernisse für die in der Regel mittellose Bevölkerung des Niger-Deltas. Der PA und der LUA sind deutliche Beispiele für diese Praxis und dienen den politischen Eliten als Legitimationsgrundlage für die Ausbeutung der Rohstoffe auf den Gebieten der ethnischen Gruppen im Delta. Ein weiteres Beispiel für die legislativen Verfehlungen der Regierung lässt sich im Kontext der enormen Umweltbelastungen ausmachen, die im Zuge der Ölförderung die Lebensgrundlagen der lokalen Bevölkerung gefährden (vgl. Emeseh 2011: 59ff).

So befindet sich die Infrastruktur der Ölindustrie in einem schlechten Zustand. Ein Bericht der Vereinten Nationen spricht von einer unbekannten Anzahl an Pipeline-Lecks, das UNDP geht davon aus, dass alleine im Zeitraum von 1976 bis 2001 drei Millionen Barrel Rohöl (etwa 352 Millionen Liter Öl) aus circa 6800 Leckagen in das Ökosystem gelangten. Expertenschätzungen zufolge traten in den vergangenen 50 Jahren zwischen neun und 13 Millionen Barrel aus. Neben dem austretenden Öl stellt das Abfackeln von Erdgas (*Gas-Flaring*) ein weiteres Problem für die Umwelt dar, denn in Nigeria werden schätzungsweise 75 Prozent des austretenden Gases verbrannt.³⁸ Neben den Giftstoffen, die in die Natur und in das Grundwasser gelangen, wurden die Süßwassergewässer durch die Kanalisierung vieler Wasserwege versalzen, was zusätzlich die Wasserversorgung gefährdet (vgl. UNDP 2009: 75ff).

Die Zentralregierung hat bis heute keine wirksamen Gesetze und Regulierungen erarbeitet, welche den Produktionsprozess der Ölindustrie kontrollieren und gegebenenfalls sanktionieren, um somit gegen die Umweltverschmutzungen vorzugehen. Die Regierung hat zwar bereits im Jahr 1979 versucht, durch die Gründung einer Behörde die ökologischen Probleme in der Region zu lösen, dieses Vorhaben wurde jedoch bisher kaum erfolgreich realisiert. Dies

³⁸ Dabei handelt es sich um die Verbrennung von Gasen in den Erdölraffinerien, die während der Förderung des Öls austreten. Falls die Gase nicht anderweitig verwendet werden (z.B. zur Energiegewinnung) werden sie direkt verbrannt, was negative Folgen für die Umwelt (globale Erwärmung) zur Folge hat.

zeigt sich etwa auch daran, dass das Gas-Flaring trotz eines gesetzlichen Verbots im Jahr 1984 bis heute im großen Stil praktiziert wird. Im Gegensatz dazu wurden Gesetze, welche die Interessen der Ölkonzerne schützten, innerhalb kurzer Zeit in der Verfassung verankert. Auch die jüngeren Versuche, wie etwa die Gründung der *National Oil Spill Detection and Response Agency*, konnten bei dem Vorhaben, regulative Gesetze für die Industrie zu schaffen, keinen positiven Beitrag leisten. KritikerInnen werfen der Regierung mangelnden Willen vor, überhaupt etwas gegen das Problem unternehmen zu wollen. Die zivile Bevölkerung zeigt hingegen eine größere Bereitschaft, die transnationalen Konzerne gerichtlich zur Verantwortung zu ziehen. Das Vorhaben, Entschädigungen einzuklagen und Veränderungsprozesse loszutreten, ist jedoch durch den mangelnden *access to justice* für die Menschen im Niger-Delta nur sehr schwer umzusetzen (vgl. Watts 2011:49ff). In der Mehrheit der Gerichtsverhandlungen konnten die KlägerInnen keine Erfolge erzielen, was nicht nur an den ungleichen Kräfteverhältnissen (Finanzen, ungleiches rechtliches und fachliches Wissen, etc.) sondern auch an den Gesetzen selbst liegt: „[T]he existing laws are aimed at ensuring easy access to the oil wealth for both the government and the oil companies.“ (Emeseh 2011: 63). Die nigerianische Regierung hat hinsichtlich der Umweltbelastungen den schwerwiegenden Fehler begangen, keinen regulativen Rahmen zu erarbeiten, welcher den betroffenen Menschen einen Zugang zur Rechtsstaatlichkeit ermöglicht (vgl. Emeseh 2011: 61ff.).

Aufgrund der weitreichenden Benachteiligung, welche die Ogoni innerhalb des nigerianischen Staates erfahren, fordert das MOSOP Autonomie innerhalb des politischen Systems:

NOW, therefore, while reaffirming our wish to remain a part of the Federal Republic of Nigeria, we make a demand upon the Republic as follows:

That the Ogoni people be granted POLITICAL AUTONOMY to participate in the affairs of the Republic as a distinct and separate unit by whatever name called, provided that this Autonomy guarantees the following:

- (i) Political control of Ogoni affairs by Ogoni people;
 - (ii) The right to control and use of a fair proportion of OGONI economic resources for the Ogoni development;
 - (iii) Adequate and direct representation as of right in all Nigerian national institutions;
 - (iv) The use and development of Ogoni language in all Nigerian territory;
 - (v) The full development of Ogoni culture;
 - (vi) The right to religious freedom; and
 - (vii) The right to protect the OGONI environment and ecology from further degradation.
- (MOSOP 1990: 6).

Die OBR bewirkte im ersten Jahr nach ihrer Veröffentlichung jedoch keine nennenswerten Verbesserung für die Situation der Ogoni. In einem Appendix der Deklaration aus dem Jahr

1991 wiederholt das MOSOP nochmals seine Forderungen und wirft den kritisierten Akteuren vor, die politische und wirtschaftliche Marginalisierung der Ogoni weiterhin aufrecht zu halten und nichts gegen die Umweltzerstörung zu unternehmen. Schließlich entschied sich das MOSOP, eine weltweite Unterstützungsbasis durch die Zusammenarbeit mit internationalen Institutionen und NGOs aufzubauen, um die Regierung endlich zum Handeln zu zwingen:

[W]e hereby authorize the Movement for the Survival of the Ogoni People [...] to make representation, for as long as the injustices continue, to the United Nations Commission on Human Rights, The Commonwealth Secretariat, the African Commission on Human Rights, the European Community and all international bodies which have a role to play in the preservation or our nationality. (MOSOP 1990: 6f)

5.1.2. Die Internationalisierung und Zunahme der Proteste als Auslöser der Gewalt?

Im Hinblick auf die Fragestellung des Kapitels ist das MOSOP von besonderer Bedeutung, da es zunächst einen prinzipiell friedlichen Protest propagierte, was sich im Laufe der Zeit änderte. Im folgenden Kapitel argumentiere ich, dass ein Zusammenhang zwischen der Gewaltintensivierung und den Protest- und Aktionsformen des MOSOP in den frühen 1990er Jahren existiert.

Eine strukturelle Betrachtung des MOSOP zeigt, dass die Bewegung sehr stark von Ken Saro-Wiwa geprägt wurde. Durch seine Erfolge als Schriftsteller und Geschäftsmann ermöglichte er dem MOSOP nicht nur eine gewisse materielle Grundlage, sondern auch eine intellektuelle Repräsentation im In- und Ausland, zum Beispiel durch die Veröffentlichung seines Buches *Genocide in Nigeria* (1992). Bei der Betrachtung seiner Biographie zeigt sich jedoch, dass er in der Vergangenheit selbst Teil des autoritären Regimes war und als erfolgreicher Geschäftsmann auch von den Ausbeutungsstrukturen im Land profitierte (vgl. Lock 2000: 12). In einem Interview aus dem Jahr 1993 spricht Saro-Wiwa über die Herausforderungen, eine Massenbewegung wie das MOSOP in der Gesellschaft der Ogoni zu etablieren. Folgendes Zitat gibt Auskunft über die Ressourcen, welche das MOSOP für ihren Protest mobilisierte:

It costs a lot of money, even organizing the protest itself; not to talk of the publicity and psychological work that went ahead of it which has been like five years work on my part and on the part of the leaders of Ogoni. So basically, the philosophical underpinnings are available in the books I have written. (Saro-Wiwa 1998b: 346f)

Da die Mobilisierung der eigenen Bevölkerung und die Veröffentlichung der OBR keine großen Veränderungen seitens der Regierung und Konzerne bewirkt hatten, begann das MOSOP unter Anleitung Saro-Wiwas mit der Internationalisierung ihres Protestes. Die

Entscheidung diesen Schritt zu wagen, begründet Obi (vgl. 2001: 88) mit dem stärker werdenden Bewusstsein und den gestiegenen Möglichkeiten der Organisation, welche auf den gemeinsamen Erfahrungen der Menschen beruhten. Dabei wurden sich die Ogoni bewusst, dass die Probleme in ihrer Heimat eng mit den globalen Geschehnissen in Verbindung stehen. Persönlichkeiten wie Ken Saro-Wiwa, mit ihrem Wunsch den Gang der Geschichte zu verändern, spielen als Repräsentanten einer jungen Generation der Eliten, ebenfalls eine wichtige Rolle für die Bewegungen des Niger-Deltas. Die Ausweitung des Protestes ist somit auch als Reaktion auf die Kapitalakkumulation der transnationalen Konzerne im globalen Wirtschaftssystem zu sehen. Das MOSOP gab den Ogoni seit langer Zeit wieder die Möglichkeit, selbst in Entscheidungsprozesse einzugreifen und auch mächtige, weltweit agierende Wirtschaftsakteure wie Shell herauszufordern: „The Ogoni people re-discovered their power. Mass support, popular leadership and mobilisation were the key to the MOSOP revolution.“ (Obi 2001: 89)³⁹

Die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf nationaler und internationaler Ebene waren ausschlaggebend für die Entstehung der Bewegung. Die Strategie der Ogoni hatte im Kern zwei zentrale *Angriffsziele* ihres Protestes ausgemacht: den nigerianischen Militärstaat und dessen Kooperationspartner Shell, die beide als Hauptverantwortliche für die Probleme in Ogoniland gesehen wurden. Die ersten Versuche des MOSOP, Verbindungen zu internationalen NGOs wie *Greenpeace* oder *Amnesty International* herzustellen, blieben noch erfolglos. Im Jahr 1992 gelang es Ken Saro-Wiwa, Kontakte zur Organisation der nicht-repräsentierten Nationen und Völker der UN (UNPO), mit Sitz in Den Haag und NGOs, darunter *Greenpeace* und *Amnesty International*, zu knüpfen (vgl. Lock 2000: 6; Obi 2001: 89; Olayode 2011: 76f).

Zu Beginn des Jahres 1993, das von der UN zum *Jahr der Indigenen Völker* ausgerufen worden war, organisierte das MOSOP am 4. Januar eine Kundgebung, an der 300.000 Ogoni teilnehmen. Das Ereignis wurde von einem großen internationalen Medienaufgebot begleitet. Das MOSOP hatte somit internationale Aufmerksamkeit für ihr Anliegen gewinnen können, was der Bewegung zusätzlichen Auftrieb verlieh, so meinte Ken-Saro Wiwa in einem Interview:

³⁹ Neben groß angelegten Demonstrationen gegen Shell und die Regierung und die Inhaftierung von AktivistInnen, wurden z.B. auch Finanzierungsmechanismen wie der *One Naira Survival Fund* und der *Ogoni Relief and Rehabilitation Fund* eingerichtet. Somit konnte das MOSOP nicht nur finanzielle Ressourcen mobilisieren, sondern den Opfern der staatlichen Repression Hilfestellungen bieten (vgl. Obi 2001: 89).

The rallies finally took place before the whole world. The protest is against the insensitivity of successive Nigerian governments [...] So, the Ogoni people staged a mass rally and the exciting thing about was that men, women and children even the disabled, came out to say no. Against the instruction of the government, against the security people, they took a stand for the outside world to know and to see what they have been saying in words now demonstrated in action. (Saro-Wiwa 1998b: 344)

Durch die Kontakte zum UNPO und anderen Organisationen, die das MOSOP durch regelmäßige Reisen nach Europa in die USA vertiefte, entwickelte die Bewegung eine gewisse Erfahrung im Umgang mit den Medien und Organisationen, was die Präsenz des Niger-Deltas in der weltweiten Berichterstattung verstärkte. Ebenfalls 1993 bot sich Saro-Wiwa erstmals die Möglichkeit, vor einer internationalen Delegation der Arbeitsgruppe für die *Rechte der Indigenen Völker* der UN eine Rede zu halten. Saro-Wiwa nutzte die Möglichkeit für eine fundamentale Kritik an der nigerianischen Militärregierung und an Shell, die er für den drohenden Genozid an seinem Volk verantwortlich machte. Darüber hinaus stellte er auch eine Verbindung mit den SAP des *Internationalen Währungsfonds* und der Weltbank her. Denn aufgrund der strengen Auflagen der Schuldentilgung für die nigerianische Regierung, so Saro-Wiwa, verstärkte sich die ökonomische Ausbeutung von Mensch und Umwelt im Niger-Delta durch den Staat und seine Kooperationspartner.

Neben diesen Kooperation zwischen dem MOSOP und den verschiedenen Menschenrechts- und Umweltschutzorganisationen sowie der UNPO spielten die Medien eine wichtige Rolle in der Proteststrategie. Die Veröffentlichung von Dokumentation wie *The Heat of the Moment*, *The Drilling Fields* und *Delta Force*, die von großen TV-Sendern ausgestrahlt wurden, lieferten dem weltweiten Publikum Bilder aus dem Niger-Delta, die das gesamte Ausmaß der von Shell verursachten ökologischen Katastrophe und die politische Repressionen gegen die Ogoni offenbarte. Hinzu kamen vom MOSOP organisierte Vortragsreihen, Seminare und Veranstaltungen welche die Menschen im Niger-Delta mobilisierten. Innerhalb kürzester Zeit gelang es dem MOSOP, eine breite Unterstützungsbasis im internationalen NGO-Sektor zu etablieren und Ken Saro Wiwa wurde für sein Engagement mit unterschiedlichen Auszeichnungen geehrt.⁴⁰

⁴⁰ Saro Wiwa ist nicht nur Träger des alternativen Nobelpreises, sondern wurde nach seinem Tod auch für den Friedensnobelpreis nominiert. Das MOSOP wurde unter anderem von *Human Rights Watch Africa*, *FIAN International*, *Article 19*, *Inter Rights*, *the Body Shop*, *Friends of the Earth*, *Sierra Club*, *Rain Forest Action Network*, *Project Underground*, *Delta*, *Trocaire*, *World Council of Churches*, *Book Aid International* und dem *Netherlands Committee of the International Union for the Conservation of Nature* unterstützt (vgl. Obi 2001: 91).

Die diversen NGOs unterstützen das MOSOP nicht nur auf der internationalen Bühne, sondern dokumentierten auch die regionale Situation während Exkursionen im Niger-Delta. Die daraus hervorgegangenen Berichte, welche die Vorwürfe der Ogoni und die immensen Schäden an der Umwelt bestätigten, verstärkten den Druck auf Shell und die Regierung. Das Schicksal der Ogoni wurde auch in großen internationalen Printmedien thematisiert, die über die problematische menschenrechtliche Situation und die Umweltzerstörungen im Niger-Delta berichteten (vgl. Lock 2000: 4ff; Obi 2001: 90ff). Diese Strategie ermöglichte es dem MOSOP, eine erfolgreiche internationale Unterstützungsbasis zu schaffen. So meint auch Obi (2001: 91): „This as it were, completed the connecting of the local cause to the global movement, globalising the Ogoni cause, and localising global struggles in Ogoni.“

Der Protest der Ogoni beschränkte sich dabei laut ihren Prinzipien auf gewaltlose Formen des Protests (vgl. MOSOP 1990: 8). Ken-Saro-Wiwa begründete diese Entscheidung wie folgt: „Violence is not the answer to a fascist government. We must continue a non-violent struggle. It is very expensive to do that, it is hard. But it is the only way that our way can proceed. There is no other way.“ (Saro-Wiwa 1998a: 341).⁴¹ Die Regierung und auch Shell schlugen jedoch einen anderen Weg ein, um die Situation unter Kontrolle zu bringen. So reagierte die nigerianische Regierung mit der Militarisierung der Region durch die Entsendung großer Einheiten an Streitkräften in die betroffenen Gebiete. Denn die Agenda der Ogoni warf nicht nur ein schlechtes Licht auf die Regierung und ihren Kooperationspartner Shell, sondern hinterfragte auch das Projekt des nigerianischen Nationalstaat als solches. Es war ebenfalls im Jahr 1993, als Shell seine Produktion in Ogoniland aufgrund von Massendemonstrationen nahe der Förderanlagen bis heute einstellen musste. Diese potentielle Bedrohung der Ölförderung in Ogoniland verstärkte bei der Regierung auch die Bereitschaft, gewaltsam gegen die Proteste vorzugehen, um die Einnahmen aus dem Ölgeschäft nicht zu gefährden. Denn der nigerianische Staat war abhängig von den Einnahmen aus dem Niger-Delta. Die Fördermenge Shells machte allein 51 Prozent der gesamten Ölproduktion des Lands aus. In Folge der Internationalisierung der Proteste durch das MOSOP wuchs auch der Druck der Ölkonzerne auf die Regierung. In diesem Sinne stellt Obi fest (2001: 90):

The image of MOSOP ‘escaping’ from the clutches of the Nigerian state opened up the authorities at Abuja to accusations of inefficiency by the oil multinationals, and made the state more desperate to demonstrate its relevance both as the legitimate authority and mediator

⁴¹ An dieser Stelle möchte ich darauf hinweisen, dass dieser Vorsatz des gewaltlosen Protestes nicht von allen Mitgliedern des MOSOP eingehalten wurde. So formierten sich auch militante Gruppen im Umkreis des MOSOP, worauf ich in Kapitel 6. näher eingehen werde.

(gatekeeper) between the world and the Ogoni. The way this was demonstrated through violent and cruel means only worsened matters and provided more evidence with which MOSOP empowered its appeals to the 'global'.

Diese besagten gewaltsamen Maßnahmen der Regierung führten zu Massenverhaftungen und im Laufe der Jahre auch zu hunderten Exekutionen politischer Gegner. Dabei stellte sich die *Rivers State Internal Security Task Force* (RSISTF) als besonders skrupelloses und brutales Exekutivorgan heraus, dass als Reaktion auf die Proteste der Ogoni gegründet wurde. Shell arbeitete bei diesen Vorgängen eng mit dem nigerianischen Militär zusammen, was soweit reichte, dass der Konzern Operationen der RSISTF mitfinanzierte, um seine Förderanlagen gegen die Demonstranten zu schützen. Vorwürfe in dieser Richtung weist der Konzern jedoch von sich (vgl. HRW 1999: 9ff).

Die Ermordung von einigen Chiefs der Ogoni am 21. Mai 1994 durch militante Anhänger des MOSOP (vgl. Orage 1998), eröffnete der Militärregierung die Möglichkeit, die Führungsriege der Bewegung, darunter auch Ken Saro-Wiwa, zu inhaftieren. Dies stellte in den Jahren 1993 und 1994 keine Seltenheit dar. So hatte das Abacha-Regime vor dem Hintergrund der zunehmenden Proteste im Niger-Delta Gesetzesänderungen vorgenommen, auf deren Grundlage jeglicher Widerstand unterdrückt werden konnte. Diese Gesetze ermöglichten es der Exekutive, potentielle Gegner des Staates zu inhaftieren, wenn diese die nationale Sicherheit und wirtschaftliche Aktivitäten gefährdeten oder scheinbar falsche Anschuldigungen gegen die Regierung vorbrachten. Darüber hinaus kam die de facto Außerkraftsetzung der unabhängigen Gerichtsbarkeit, was die Urteilsfindung in die Hände des Regimes übertrug (vgl. Akwei 1998: 35-37).

In der anschließenden Gerichtsverhandlung vor einem Militär-Sondertribunal im Februar 1995 wurde die mittlerweile als *Ogoni Nine* bekannte Gruppe zum Tode verurteilt. Die Vollstreckung des Urteils im November löste weltweit eine Welle der Empörung aus und die Kritik an der Regierung und deren Partner wurde darauf hin immer lauter. So äußerten immer mehr Organisationen und mittlerweile auch nationale Regierungen scharfe Kritik an den repressiven Maßnahmen der Militärregierung und der Ölfirmen. Diese internationale Kritik führte schließlich zum Abzug vieler *westlicher* Diplomaten aus Nigeria. Nach der Vollstreckung des Urteils setzten sich viele AktivistInnen des MOSOP in den Untergrund ab oder flüchteten ins Exil. Die geflohenen Mitglieder gründeten Niederlassungen in den USA, Großbritannien und Kanada, um ihren Widerstand weiterhin aufrecht zu erhalten. Das

MOSOP verlor jedoch in der Folge seine Rolle als Speerspitze des indigenen Widerstandes in der Region an andere Bewegungen, wie zum Beispiel an das *Ijaw Youth Council* (vgl. Obi 2001: 92). Die Ogoni nehmen jedoch eine Pionierrolle im Niger-Delta ein, so meint Olayode (2011: 77):

In spite of the brutal suppression of the Ogoni struggle by the military government, the activism of Ken Saro-Wiwa has had a profound impact on ethno-regional struggles and environmental campaign in Nigeria. [...] The most enduring legacy of MOSOP is the continuous struggle of the people of the Niger-Delta region, particularly the youth. Drawing inspiration largely from the Ogoni struggle, there have been proliferations of other/further? ethno-regional organizations and violent struggles in the Niger Delta.

Die zunehmende Militarisierung des Niger-Deltas nimmt also ihren Ausgangspunkt in der gewaltvollen Unterdrückung des MOSOP zu Beginn der 1990er Jahre (vgl. Ukeje 2011: 88f). Dabei spielt die hohe Relevanz des Erdöls für die nigerianische Regierung eine bedeutsame Rolle. Denn seit der Entdeckung der Ölvorkommen Ende der 1950er Jahre erarbeiteten sich die transnationalen Ölkonzerne und die jeweiligen Regierungen eine Vormachtstellung der Ressourcen-Ausbeutung und den damit verbundenen Verdienstmöglichkeiten innerhalb des politischen Systems. In diesem Machtgefüge nehmen die Ölkonzerne die dominierende Rolle ein. Da sie für über 80 Prozent der Ölförderung im Land verantwortlich sind, können sie eine große Hebelwirkung gegenüber den politischen Eliten ausüben, die auf die Einnahmen aus dem Niger-Delta angewiesen sind. Dies erklärt wohl auch die Bereitschaft seitens der Regierung, die Proteste der ethnischen Gruppen gewaltsam zu unterdrücken, was am Beispiel des MOSOP deutlich zu erkennen ist (vgl. Soremekun 2011: 101-103).

Ken Saro-Wiwa beschreibt diese *unheilige* Allianz zwischen der Regierung und den Ölkonzernen wie folgt: „[T]hey would rush to the Nigerian government [...] and convince the government that if you don't have this oil, the government will collapse. Please send your troops. That has always been the attitude of the oil companies. And all we saw was security operatives massing in Ogoniland.“ (Saro-Wiwa 1998b: 358) Die Militarisierung des Niger-Deltas und die zunehmende Gewaltintensität nahmen auch nach der Exekution der *Ogoni-Nine* und dem Niedergang des MOSOP kein Ende. Vielmehr lässt sich eine Zunahme der gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Regierung, Ölkonzernen und den ethnischen Gruppen im Niger-Delta beobachten.

Eine weitere Welle der Militarisierung des Niger-Deltas setzte Ende des Jahres 1998 ein, als sich eine Widerstandsbewegung mit Namen *Ijaw Youth Council* (IYC) formiert, eine radikale und militante Organisation aus dem Umfeld des *Ijaw National Council*. Dabei handelte es

sich vor allem um junge Ijo, welche die Positionen der älteren Generation als konservativ und gegenüber der nigerianischen Regierung als zu moderat empfanden. Das Ergebnis ihres Gründungstreffen in Kaiama, dem Geburtsort des Ijo Volkshelden Isaac Boro, war die Veröffentlichung der *Kaiama Declaration* am 11. Dezember 1998.⁴² Auf diese Herausforderung durch das IYC reagierte die Regierung mit der Verhängung des Ausnahmezustandes für das Niger-Delta und stationierte große Truppenkontingente in der Region. Protestierende Mitglieder des IYC wurden erschossen oder verhaftet, die betroffenen Gebiete mit Straßenblockaden gesperrt, um den Protest einzugrenzen (vgl. Agbu 2004: 31; Obi 2001: 77; Obi/Rustad 2011a: 8; Ukeje 2011: 89).

In ihren Aktionsformen ließ sich der IYC von Ken Saro-Wiwa inspirieren, doch auch das militante Vorgehen von Isaac Boros *Twelve Day Revolution*“ Mitte der 1960er Jahre diente als Vorbild. Darüber hinaus versuchte das IYC eine pan-Niger-Delta-Aktionsbasis zu schaffen um den Protest auf eine breitere Basis zu stellen. Da die Ijo die größte ethnische Gruppe der Region darstellen fiel es ihnen relativ leicht eine Unterstützungsbasis in der lokalen Bevölkerung aufzubauen. Ebenfalls von Bedeutung war der Zeitpunkt Ende des Jahres 1998, kurz vor dem Übergang zur Zivilregierung Nigerias. Mit dem Ende der Militärregierung wuchs bei den Menschen im Niger-Delta die Hoffnung, dass sich ihre Situation zum Besseren verändern könnte und dass der neue politische Raum zur Verbesserung ihrer Situation beitragen würde. Leider stellte sich dieser Wunsch als falsch heraus, denn im Zuge der Demokratisierung des politischen Systems kam es zu einem Anstieg von gewalttätigen Auseinandersetzungen und einer verstärkten Militarisierung im Niger-Delta bzw. in ganz Nigeria (vgl. Ukeje 2011: 85; Ukiwo 2011: 25).

Wie ich aufgezeigt habe, ist die zunehmende Gewalt und Militarisierung im Niger-Delta auf die hohe wirtschaftliche Bedeutung des Öls für die Regierung zurückzuführen. Die Forderungen der ethnischen Minderheiten und die Internationalisierung ihrer Proteste bedrohten die politischen Eliten in ihrer existentiellen Grundlage (Einnahmen aus der

⁴² Die wesentlichen Kritikpunkte an der Regierung und den Ölkonzernen ähnelten denen der OBR. Im Gegensatz zu den Forderungen des MOSOP ist die Kaiama Deklaration im Ton deutlich radikaler hinsichtlich der Forderungen an die Regierung und Ölkonzerne: „We demand the immediate withdrawal from Ijawland of all military forces of occupation and repression by the Nigerian state. Any oil company that employs the services of the armed forces of the Nigerian state to “protect” its operations will be viewed as an enemy of the Ijaw people. Family members of military personnel stationed in Ijawland should appeal to their people to leave the Ijaw area alone. Ijaw youths in all the communities in all Ijaw clans in the Niger Delta will take steps to implement these resolutions beginning from the 30th of December, as a step towards reclaiming the control of our lives. We, therefore, demand that all oil companies stop all exploration and exploitation activities in the Ijaw area.“ (Agbu 2004: 50)

Ölindustrie), was die Militarisierung des Deltas vielerorts in Gang setzte. Im folgenden Kapitel gebe ich Einblick in die Entwicklung des Konfliktes nach dem politischen Systemwechsel im Jahr 1999 und beleuchte das Phänomen aus verschiedenen Perspektiven, um der Vielschichtigkeit des Konfliktes Rechnung zu tragen.

5.2. Ursachen und Folgen der Militarisierung im Niger-Delta ab 1999

Die gewaltvolle Unterdrückung des MOSOP und des IYC stellten lediglich den Anfangspunkt der Militarisierung des Niger-Deltas dar. Durch die repressiven Maßnahmen der Militärregierung verfestigte sich in der Bevölkerung des Niger-Deltas die Erkenntnis, dass ein gewaltloser Protest geringe Aussichten auf Erfolg verspreche. Diese Einsicht, gepaart mit der Rückkehr zur Zivilregierung im Jahr 1999 unter Präsidenten Olusegun Obasanjo der *People's Democratic Party* und dem damit einhergehenden Wettbewerb um lokale Machtpositionen der politischen Eliten, führte zur Entstehung zahlreicher militanter Widerstandsbewegungen in der Region und zur Abkehr von der Idee des gewaltlosen Widerstandes: „In the decade that followed [the elections], protests and resistance assumed violent and insurgent proportions in spite of the presence of the Nigerian military. Youth activism emerged as the vanguard of a new phase of more intensive and extensive resistance actions and volatile demands in the late 1990s.“ (Ikelegbe 2011: 127) Diese neu entstandenen Milizen richteten sich in ihren Aktionen gegen die bereits thematisierte andauernde Marginalisierung ihrer ethnischen Gruppen sowie gegen das korrupte politische System und brachten somit auch ihre Unzufriedenheit über die verfehlten Chancen des politischen Wandels zum Ausdruck (vgl. Agbu 2004: 16).

Aus dem Umfeld der Ijo stammen eine Vielzahl dieser Bewegungen: Zum Beispiel das *Movement for the Survival of the Ijaw Ethnic Nationality* (MOSIEND) oder die *Federated Niger Delta Ijaw Communities* (NDRM). Weitere Bewegungen wie das *Egbema Youth Movement*, die *Membutu Boys* und das *Itsekiri Youth Movement* sind vor allem im westlichen Teil des Niger-Deltas aktiv, im Osten vor allem die *Bush Boys*, der *Niger Delta Vigilante Service* (NDVS) und die *Niger Delta People's Volunteer Force* (NDPVF). Kleinere bewaffnete Gruppierungen der Ijo sind unter anderem die *Ijaw Freedom Fighters*, die *Niger Delta Freedom Fighters*, die *Atangbata Youths*, die *Tombolo Boys* sowie die *Adaka Marine*. Bei den gegenwärtig aktivsten Widerstandsgruppen handelt es sich um das *Movement for the Emancipation of the Niger Delta* (MEND), die *Martyrs Brigade*, die *Coalition for Militant Action in the Niger Delta* (COMA), die *Iduwini Volunteer Force* (IVF) und das *Joint*

Revolutionary Council (JRC) (vgl. Ikelegbe 2011: 127f). Diese Aufzählung könnte noch fortgesetzt werden. Die enorme Anzahl der Widerstandsbewegungen verdeutlicht nicht nur die Reichweite der Probleme im Niger-Delta, sondern stellt auch ein Problem für eine Lösung des Konfliktes dar (vgl. Agbu 2004: 30). Aus diesem Grund erfolgt im nächsten Kapitel der Versuch einer Kategorisierung der militanten Gruppierungen im Niger-Delta, um einen ersten Überblick über die Situation in der Region zu erhalten.

Seitdem die Bereitschaft zum militanten Widerstand Ende der 1990er Jahre die Oberhand gewann, kam es zu zahlreichen Angriffen auf die Ölförderanlagen durch diverse Widerstandsgruppierungen an Land aber auch auf die Offshore Plattformen der Ölkonzerne. Im Zeitraum 2008 bis 2011 wurden circa 250 ausländische Fachkräfte der Ölkonzerne und über 1.000 nigerianische Arbeiter von militanten Gruppierungen entführt. Die Lösegeldeinnahmen dienen den Rebellen dabei als Einnahmequelle. Im Kontext der zunehmenden Gewalt kommt es auch zu zahlreichen Beschädigungen der Ölpipelines, die das Niger-Delta durchziehen. Im Zeitraum von 1999 bis 2004 haben sich die durch Vandalismus und Sabotage verursachten Leckagen von 497 auf 895 fast verdoppelt, was einen Schaden von 6,8 Milliarden US-Dollar verursachte. Die Kosten des Konfliktes nahmen in den vergangenen Jahren enorme Ausmaße an.⁴³ Die *Nigerian National Petroleum Company* geht für den Zeitraum 1998 bis 2003 von 400 Angriffen auf Ölförder-einrichtungen pro Jahr aus und alleine im Zeitraum von Januar bis September 2004 wurden 581 Übergriffe registriert. Die Verluste aus diesem Konflikt betragen für die Regierung pro Jahr circa eine Milliarde US-Dollar. Mit dem Auftauchen des MEND Ende des Jahres 2005 nahm die Intensität des Konfliktes weiter zu. Ein erklärtes Ziel des MEND ist die Einschränkung der gesamten Förderkapazitäten um ein Drittel. Durch 19 Angriffe alleine im ersten Halbjahr 2006 reduzierten sich die Einnahmen um 2,2 Milliarden Dollar bzw. um 32 Prozent der gesamten staatlichen Einnahmen aus dem Ölgeschäft. Für den Zeitraum 1999 bis 2005 musste die Regierung einen Verlust von 6,8 Milliarden US-Dollar hinnehmen, seit Januar 2006 handelt es sich um circa 9. Milliarden US-Dollar. Die Verantwortlichen reagierten auf diese empfindlichen Verluste wie so oft: mit militärischen Aktionen und rigorosem Vorgehen gegen die Widerstandsbewegungen in der Region. Gegenwärtig sind die Schäden an Mensch und Natur, aber auch die durch den Konflikt

⁴³ Die Strategien der Widerstandsgruppierungen gegen die Regierung und die Ölkonzerne sind dabei sehr vielfältig, nach Watts (2011: 60) zählen dazu: „demonstrations and blockades against oil facilities; occupations of flow stations and platforms; sabotage of pipelines; oil ‘bunkering’ or oil theft [...]; litigation against the companies; hostage taking; and a raft of organised and sometimes improvised strikes.“

verursachten Kosten, nochmals gestiegen. Zwischen 2008 und 2011 beliefen sich die Verluste auf 60 Millionen US-Dollar pro Tag bzw. 2,7 Milliarden US-Dollar pro Jahr. Schätzungen zufolge fordert der Konflikt im Niger-Delta jedes Jahr etwa 1000 Menschenleben (vgl. Watts 2011: 59f). Diese Eskalation der Situation rund um die Erdölförderung seit dem Ende der 1990er Jahre steht in den nächsten Kapiteln im Vordergrund. Michael Watts (2011: 61) beschreibt die komplizierte und unübersichtliche die Situation im Niger-Delta wie folgt:

The massive escalation of violence across the Delta oil fields is in fact complex and multi-faceted, encompassing attacks on oil installations and infrastructure. But also civil violence among and between oil producing communities and between and among militias and the state security forces is endemic [...] Ten years after the hanging of Ken Saro-Wiwa and the militarisation of the Ogoni oil fields, little had changed, and where it had it was for the worse.

5.2.1. Politischer Widerstand oder kriminelle Bereicherung?

Vor allem die Darstellungen staatlicher Akteure reduzieren die Aktivitäten der Widerstandsgruppierungen im Niger-Delta oftmals auf Aspekte der Kriminalität und Profitgier und übersehen somit die legitimen politischen Ziele der Widerstandsbewegungen (vgl. Bøås 2011: 119). Auf den folgenden Seiten wird eine Differenzierung der militanten Gruppierungen aus dem Niger-Delta dabei helfen, zwischen politisch motivierten und kriminellen Bewegungen und unterschiedlichen Formen der Gewaltanwendung zu unterscheiden.⁴⁴ Dabei orientiert sich die Kategorisierung im wesentlichen an Augustine Ikelegbes (2011) Differenzierung der unterschiedlichen Akteursgruppen im Niger Delta.

Ein grundlegendes Merkmal der unterschiedlichen Widerstandsbewegungen der ethnischen Minderheiten im Niger-Delta, ist ein hoher Anteil junger Mitglieder (vgl. Bøås 2007). Dabei werden oftmals Arbeitslosigkeit, fehlende Zukunftsperspektiven und Frustration der jungen Generation als Ursachen für den hohen Jugendanteil der Widerstandsbewegungen verantwortlich gemacht. Für Ikelegbe (2011: 126f.) setzen sich auch die Gruppierungen im

⁴⁴ Dabei ist es erst einmal wichtig, eine Konzeptualisierung des Gewaltbegriffes vorzunehmen, existieren doch unterschiedlichste Formen der Gewalt. Im Kontext des Niger-Deltas sind vor allem Formen der sozialen, populären, staatlichen und kriminellen Gewalt von Bedeutung. Soziale Gewalt ist ein Mittel der sozialen Konstruktion bzw. Dekonstruktion von Machtbeziehungen im Kontext gesellschaftlicher Ungleichheit, Exklusion und politischen Machtmissbrauchs. Populäre Gewalt (d.h. von bestimmten Teilen der Gesellschaft akzeptierte Gewalt) lässt sich der sozialen Gewalt zuordnen. Sie ist Ausdruck gesellschaftlicher Missstände und damit verbundener Forderungen. Die Legitimationsgrundlagen der Widerstandsbewegungen des Niger-Deltas sind hierfür ein treffendes Beispiel. Staatliche Gewalt ist die massive Unterdrückung bestimmter Bevölkerungsteile durch staatliche Exekutivorgane und wird oftmals durch die Bewahrung von Recht und Ordnung im Staat legitimiert. Dabei können jedoch auch nicht-staatliche Akteure, wie etwa Bürgerwehren involviert sein. Um einen Überblick der komplexen Verhältnisse im Niger-Delta zu bewahren und zwischen den unterschiedlichen Formen der Gewalt zu unterscheiden, sollten immer folgende Fragen im Mittelpunkt stehen: Was sind die Ziele der Gewaltanwendung? Wer ist dafür verantwortlich? Welche Interessen stehen dahinter? Ist ein gewisses Maß an Kontrolle der Gewaltanwendung zu erkennen (vgl. Ikelegbe 2011: 125f)?

Niger-Delta aus arbeitslosen und bildungsfernen Jugendlichen, in der Regel aus sozial und gesellschaftlich niedrig gestellten Gesellschaftsteilen, zusammen. Diese Annahme trifft jedoch nicht zwingend zu, denn wie Edlyne Anugwom (2011: 16) bemerkt, entstammen nicht wenige Mitglieder (und vor allem die Führungspersönlichkeiten) aus der städtischen Mittelklasse und absolvierten eine tertiäre Ausbildung. Der hohe Jugendanteil in den Milizen, bewaffneten Gruppen und *Kulten* im Niger-Delta, stellt für Ikelegbe eine Form der Selbstermächtigung für die Jugendlichen dar. Es eröffnen sich neue Möglichkeiten der Identitätsbildung und Anerkennung innerhalb der Gruppe und auch Möglichkeiten, der ökonomischen Marginalisierung zu entfliehen. Die starke Zunahme und Verbreitung von Schusswaffen ist dabei ebenfalls ein wichtiger Aspekt der zunehmenden Gewalt im Umfeld der rebellierenden Gruppen (vgl. Duquet 2011). Es sollte jedoch darauf hingewiesen werden, dass sich die junge Generation innerhalb der dominierenden Machtverhältnisse im Staat in untergeordneten Positionen befindet, was ihren Handlungsspielraum einschränkt und ihnen ein illusionäres Machtgefühl vermittelt. Wie bereits angedeutet, ist die große Anzahl der existierenden militanten Akteursgruppen ein Problem für die politischen Verantwortlichen. Die folgende Kategorisierung der militanten Gruppierungen soll nicht nur eine Unterscheidung zwischen politischer und krimineller Motivation ermöglichen, sie soll auch einen ersten Einblick in den Zusammenhang zwischen der politischen Öffnung Nigerias und der Zunahme von Gewalt im Niger-Delta geben. Ikelegbe (2011: 128ff) differenziert zwischen drei unterschiedlichen Typen gewaltbereiter Gruppen im Niger Delta: den sogenannten rebellischen Milizen, abweichenden Rebellen und kriminellen Banden/Gangs. Die Grenzen zwischen diesen Gruppen sind in der Praxis jedoch fließend. Der Nutzen dieser Einteilung ist daher eher analytischer Natur.

Erstere entstanden als Reaktion auf die ungerechte Ausbeutung der Ölvorkommen und die damit einhergehende Partnerschaft zwischen Staat und Ölkonzernen. Ideologisch und politisch sind sie vergleichbar mit Bewegungen wie dem MOSOP, auch wenn sich ihre Protestformen deutlich von den Strategien eines Ken Saro-Wiwa unterscheiden. Diese Organisationen können auf eine breite Unterstützungsbasis in der lokalen Bevölkerung zurückgreifen und erhalten in einzelnen Fällen auch Unterstützung aus der Diaspora. Darüber hinaus vernetzen sich die verschiedenen Gruppierungen und bilden Allianzen und

Koalitionen, wie z.B. das *Ijaw Youth Council*.⁴⁵ Darüber hinaus setzen die Milizen moderne Informationstechnologie ein und verstehen es auch, ihre politische Agenda auf einer internationalen Ebene zu präsentieren. Ihre militärischen Aktionen sind in der Regel dezentral organisiert und ihre militärische Bewaffnung ist auf einem hohen Niveau.

Die zweite Kategorie umfasst die sogenannten abweichenden Rebellengruppen, die oftmals Abspaltungen der politisch motivierten Milizen darstellen. Im organisatorischen Kern dieser Gruppierungen stehen oftmals starke Führungspersonlichkeiten, mit guten Beziehungen zu lokalen oder nationalen Machthabern aus Politik und Wirtschaft und/oder zu den Ölkonzernen. Ihre Organisationsformen sind dabei sehr unterschiedlich und beinhalten Milizen, so genannte *Cults* und kriminelle Banden. Ikelegbe sieht ihr Hauptmerkmal wie folgt: „The key characteristic of these groups is their immersion in a culture of violence as a mode of survival and accumulation, which causes them to swing from time to time between a popular and criminal agenda.“ (Ikelegbe 2011: 129). Dieser ständige Wechsel zwischen unterschiedlichen Formen der Gewaltanwendung erschwert eine klare Einordnung dieser Gruppierungen. Die Fluktuation ihrer Position zeigt sich auch an den unterschiedlichsten Kooperationspartnern der abweichenden Rebellen, die bereits in Kapitel 4.3. thematisiert wurden: „[T]hey are available to various sponsors to periodically intimidate opponents or neighbouring communities, fight security forces, act as enforces, or engage in political thuggery during elections, and participate in transnational criminal networks involved in the oil theft in Nigeria.“ (Ikelegbe 2011: 129).

Die dritte Kategorie bezieht sich auf kriminelle Gruppierungen, die oftmals mit den politisch motivierten Milizen in Verbindung gebracht werden. Die kriminellen Akteure unterscheiden sich jedoch bereits in ihren Organisationsformen stark von den Milizen, sind sie doch in sehr kleinen, lose operierenden Gruppen organisiert. Ihnen geht es nicht um die ideologischen und politischen Anliegen der verschiedenen ethnischen Minderheiten, sondern lediglich um finanzielle Profite. Durch *Oil-Bunkering*, Piraterie, Entführungen, bewaffnete Raubüberfälle und Erpressung von Regierung, Ölkonzernen sowie lokalen politischen Eliten prägen sie jedoch maßgeblich das Bild des Konfliktes.

⁴⁵ Die Aspekte der Unterstützung militanter Bewegungen durch die Bevölkerung und die dahinter liegenden Legitimationsgrundlagen sind Gegenstand von Kapitel 6.1.2. Die Kooperation der Widerstandsbewegungen ist Teil des Kapitels 5.2.2.

Im Rahmen dieser Einteilung gilt es jedoch darauf hinzuweisen, dass es oftmals schwer fällt, eine klare Unterscheidung zwischen den verschiedenen Gruppen zu treffen. Denn kriminelle Akteure und ihre Handlungen entstehen oftmals aus dem politischen Widerstand der militanten Gruppen. Die Frage, ob es sich bei den kriminellen Handlungen um ein legitimes Mittel des Widerstandes und somit um populäre Gewaltformen, oder um Selbstprofit krimineller Akteure handelt, ist ebenfalls umstritten, da die verschiedenen Konfliktakteure unterschiedliche Standpunkte vertreten (vgl. Ikelegbe 2011: 128). Es ist jedoch davon auszugehen, dass größere Bewegungen wie das MEND oder das NDVFP weniger in rein kriminell motivierte Aktionen involviert sind. Angriffe auf oder Besetzungen von Ölförderanlagen und Pipelines werden in der Regel von Allianzen unterschiedlicher Bewegungen realisiert und verfolgen das politische Ziel, die Fördermenge einzuschränken. Auch Angriffe auf Sicherheitskräfte und staatliche Einrichtungen werden von den Widerstandsgruppen genauso wie Entführungen öffentlich kommuniziert und als Propaganda- bzw. Druckmittel eingesetzt, um ihren politischen Forderungen im Kontext des Widerstandes der ethnischen Minderheiten im Niger-Delta Nachdruck zu verleihen. Es sind eher die kleinen Gruppierungen, welche sich um einzelne Personen formieren und außerhalb des direkten Einflusses der großen Bewegungen agieren, die für die rein kriminell motivierten Handlungen verantwortlich sind (vgl. Ikelegbe 2011: 130). Das größte Problem, das sich bei obiger Kategorisierung offenbart, ist das komplexe Beziehungsgefüge zwischen Politik, Wirtschaft und den diversen Gruppierungen im Niger-Delta: „[T]he steady descent from insurgency to criminality occasioned by factionalization, the differences between leaders or co-optation by the political elite or oil companies complicates the task of distinguishing genuine militants from opportunists and criminals.“ (Ikelegbe 2011: 128). Dieses vielschichtige Beziehungsgefüge ist vor dem Hintergrund der Demokratisierung im Jahr 1999 zu interpretieren, deren weitreichende Auswirkungen auf die Krise im Niger-Delta auf den folgenden Seiten behandelt wird.

5.2.2. Demokratisierung als Auslöser für die Eskalation des Konfliktes?

Mit den ersten demokratischen Wahlen im Jahr 1999, aus denen Olusegun Obasanjo als Präsident der neuen Regierungspartei *People's Democratic Party* hervorging (vgl. Falola/Heaton 2008: 235), wuchs bei den Menschen im Niger-Delta die Hoffnung, dass sich ihre Situation im positiven Sinne verändern könnte. Die Demokratisierung des Landes zog nicht

nur eine Intensivierung der Gewalt im Niger-Delta nach sich, sondern führte in ganz Nigeria zur vermehrten Entstehung militanter Gruppierungen, die das Gewaltmonopol des Staates herausforderten (vgl. Agbu 2004). In Anlehnung an Ukoha Ukiwo (vgl. 2011: 24), der die Faktoren der Konflikttransformation auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene lokalisiert, werden die folgenden Kapitel einen Einblick in diese drei Ebenen des Konfliktes und die Ursachen der zunehmenden Militarisierung und Gewalt geben.⁴⁶

Um die steigende Militarisierung und Gewalt im Niger-Delta nachvollziehen zu können, ist ein Blick in die Vergangenheit unabdingbar. Denn unter der jahrzehntelangen Militärherrschaft autoritärer Herrscher wie Muhammadu Buhari (1983-1985), Ibrahim Babangida (1985-1993) und Sani Abacha (1993-1998) litt das Land nicht nur unter despotischen Machtverhältnissen, sondern die nigerianische Gesellschaft durchlief auch eine stetige Militarisierung. In diesem Sinne meint Osita Agbu (2004: 36): „The result of course, was the arbitrariness and mediocrity were consciously and unconsciously celebrated and a gradual but steady militarisation of the Nigerian society continued until the successful elections of 1999“. Zu Zeiten der Militärregierung herrschte innerhalb der Zivilbevölkerung ein Klima der Angst vor der Willkür des zentralisierten Machtapparats. Die gewaltvollen Übergriffe der Armee auf die Zivilbevölkerung, die - wie etwa im Falle der Ogoni - ihre repressivste Seite offenbarten, führten in weiten Teilen der Bevölkerung zu einem großen Unsicherheitsgefühl und der Ablehnung des Staates. Durch die Jahre der Militärherrschaft etablierte sich eine regelrechte Kultur der Gewalt in der nigerianischen Gesellschaft, der sicherlich auch eine tragende Rolle bei der Militarisierung nach 1999 zukommt.

Für Agbu (2004) stelle das durch Babangida annullierte Wahlergebnis im Jahr 1993, die eigentlich die Abkehr von der Militärherrschaft markieren sollten, den Ausgangspunkt für die militanten Widerstandsformen dar: „I would argue that it was at this stage that something broke in the Nigerian's psyche or in their resolve for a better country [...] At this stage, groups began to organize for more sustained resistance [...], and did not have any compulsions about resorting to armed struggle if necessary.“ (Agbu 2004: 37). Ein weiterer Wendepunkt des Konfliktes ereignete sich im November 1999, als Soldaten das Dorf Odi im Bundesstaat Bayelsa überfielen und dem Erdboden gleichmachten. Dabei handelte es sich um einen

⁴⁶ Somit wird auch dem in Kapitel 2.1.3. thematisierten Analyse-Raster der „contextualized contestation“ Rechnung getragen, welches die Entstehung von sozialen Bewegungen auch von internationalen Einflussfaktoren abhängig macht.

Vergeltungsschlag des Militärs für die Ermordung von zwölf Polizisten durch in der Region ansässige Widerstandskämpfer. Durch diesen Angriff des Militärs, der unter einer demokratischen Regierung stattfand, verstärkte sich bei vielen Bewegungen des Deltas die Ansicht, dass lediglich militante Aktionen ein probates Mittel des Widerstandes darstellen würden, um den Forderungen der ethnischen Minderheiten im Niger-Delta Gehör zu verschaffen und die Allianz der Ausbeutung zwischen Staat und Ölkonzernen zu brechen. (vgl. Agbu 2004: 25; Ukiwo 2011: 24).

5.2.2.1. Rückkehr zu alten Gewohnheiten? Nationaler Kontext der Militarisierung

Beim nigerianischen Staat handelt es sich, wie ich aufgezeigt habe, um einen *Staat ohne Nation*, der im Kontext des Kolonialismus eine Vielzahl ethnischer Gruppen unter einem territorialen Staat zusammengefasst hatte und in Konkurrenz um die existierenden politischen und ökonomischen Ressourcen setzte. Ruben Eberlein (2006) weist darauf hin, dass es im Falle Nigerias daher wenig Sinn mache, von einer eindimensionalen, klar definierten Kategorie des Staates auszugehen: „Instead, it is pertinent to characterize the Nigerian State as one of many institutional expressions of social power relations, where hegemony, authority and sovereignty are fought over.“ (Eberlein 2006: 590) Die nun folgenden drei Kapitel veranschaulichen diese Mehrdimensionalität von Hegemonie, Autorität und Macht, die auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene in unterschiedlichster Art und Weise für die Militarisierung und steigende Gewaltintensität im Niger-Delta verantwortlich sind.

Nachdem die Militärs nach 25 Jahren die Herrschaft in die Hände der neuen Zivilregierung gelegt hatten, sah sich die junge Demokratie Nigerias bereits mit ernsthaften Problemen konfrontiert. Denn die neue Verfassung des Staates, die das Militär wenige Tage vor dem Machtwechsel präsentierte, besaß für große Teile der Bevölkerung keine Legitimität und wurde somit selbst zu einem wesentlichen Faktor der zunehmenden Gewalt. Mustapha (2009: 73) begründet dies wie folgt : „[T]he constitution did not establish a sufficiently robust mechanism for the reconciliation of conflicting interests. It was itself the immediate object of contestation as many interests continued to agitate for the convocation of a Sovereign National Conference.“ Die Demokratisierung bot nicht den Rahmen, friedliche und konstruktive Lösungsvorschläge für die gesellschaftlichen Probleme Nigerias zu erarbeiten. Vielmehr agierte sie als eine Art Ventil der Gewalt, welches lang unterdrückte Unzufriedenheit an die Oberfläche beförderte. Während in den nördlichen Bundesstaaten eine Kontroverse

über die Anwendung der Scharia auch jenseits zivilrechtlicher Fragen für Spannungen sorgte, blieb die Frage der Profitverteilung der Ölprofite im Niger-Delta nach wie vor ein elementarer Streitpunkt zwischen den ethnischen Gruppen aus dem Delta und der Regierung (vgl. Mustapha 2009: 74).

Im Rahmen der neuen Verfassung hielt die Regierung die beiden umstrittenen Gesetze des *Land Use Act* und des *Petroleum Act* aufrecht und sicherte sich somit die Kontrolle über die Einkünfte aus dem Erdölgeschäft. Einerseits wurde der Einnahmen-Anteil für die bundesstaatliche und lokalen Regierungen aus dem Niger-Delta im Zuge der Demokratisierung schrittweise auf 13 Prozent erhöht. Andererseits hatte die bloße Aufstockung der Geldmittel wenig positive Effekte zur Folge, da sie nicht zur Verbesserung der Lebensbedingungen im Niger-Delta eingesetzt wurden, sondern in den immer korrupter werdenden staatlichen Institutionen auf nationaler und regionaler Ebene versickerten. Vor dem Hintergrund des sich intensivierenden Konfliktes zwischen den Widerstandsgruppierungen aus dem Süden und den Regierungstruppen kam es im Jahr 2005 im Zuge der *National Political Reform Conference* zu Verhandlungen zwischen Vertretern des Norden und des Südens. Die Forderungen der Niger-Delta-Delegation, ihren Anteil aus den Einnahmen der Ölindustrie auf 25 Prozent zu erhöhen, wurde von den anderen Teilnehmern entschieden abgelehnt, woraufhin die Vertreter des Niger-Deltas die Konferenz aus Protest verließen. Es ist wohl nicht dem Zufall geschuldet, dass wenige Zeit später das MEND zum ersten Mal in Erscheinung trat, um mit Waffengewalt für eine Neustrukturierung der Verteilungsmechanismen zu kämpfen. Gerade in der Region des Niger-Deltas offenbarten sich trotz der Demokratisierung gewisse Parallelen zur Ära der Militärregierungen. Die Art und Weise der Regierungsführung auf nationaler und regionaler Ebene, charakterisiert durch Willkür, fehlendes Verantwortungsgefühl, Korruption und geringes Interesse am Wohlergehen der BürgerInnen, erinnert vielerorts an das staatliche Handeln zu Zeiten der Militärherrschaft (vgl. Mustapha 2009: 76ff; Obi/Rustad 2011a: 8f; Ukiwo 2011: 21).

Mustaphas (2009: 78ff) Einschätzung nach, sei diese Entwicklung auch auf den Regierungsstil von Obasanjos Präsidentschaft zurückzuführen. Unter seiner Führung hätte die Staatsmacht auf Konflikte vor allem mit Gewalt reagiert und friedliche Methoden der Konfliktlösung wären kaum zur Anwendung gekommen. Die dem Konflikt im Niger-Delta zugrunde liegenden politischen Probleme blieben somit nach wie vor unbeantwortet. Dabei

sei es vor allem die erste Amtszeit Obasanjos, die institutionelle Kontinuitäten zur Militärregierung vergangener Jahre aufgewiesen hätte. So argumentiert Mustapha (2009: 79f):

Obasanjo's first civilian term (1999-2003) was marked more by institutional continuities with the military past. Lacking an independent political base, he maneuvered between different political personalities and groupings that had come together under the PDP. He sought to secure his power by maintaining and manipulating the basic framework of institutions and rules left over from military rule - including the powerful Presidency, a non-existent or weakened legislature, the use of force to contain political challenges, and the use of bribery and clientage to buy support [...] Obasanjo did not shy away from using the concentrated powers of the presidency to his personal advantage as previous military rulers did before.

Laut Mustapha setzte sich Obasanjo nicht nur über die Judikative hinweg, sondern missbrauchte auch seine Kontrolle über die Staatsfinanzen und föderalen Regulierungsbehörden (inklusive der Polizei), um die Gouverneure der Bundesstaaten unter seine Kontrolle zu bringen. Trotz des Überganges zur demokratischen Regierungsform wäre die nigerianische Politik weiterhin geprägt durch einen undemokratischen Machtmissbrauch durch den Präsidenten, Klientelismus und Korruption. Grundsätzliche demokratische Prinzipien, wie etwa Rechtsstaatlichkeit, faire Gerichtsverfahren und Gewaltenteilung im Staat hätten unter der Personalisierung der Machtverhältnisse gelitten (vgl. Mustapha 2009: 80f). Diese Entwicklung offenbarte sich auch während der Wahlen im Jahr 2003 und 2007, die nicht nur von massivem Wahlbetrug, sondern auch von einer Welle der Gewalt begleitet wurden, worauf ich im nächsten Kapitel näher eingehen werde.

Mustaphas Kritik an Obasanjos Führungsstil und an der daraus resultierenden Politik mag berechtigt sein, der Vergleich mit den Gräueln der Militärdiktatur erscheint aufgrund der Repression und Härte der Regime Abachas und Babangidas nicht berechtigt. Denn Obasanjo bemühte sich während seiner Legislatur auch um eine Deeskalation der zahlreichen inneren Konflikte Nigerias und suchte auch in der Öffentlichkeit den Dialog mit seinen KritikerInnen. Falola und Heaton (2008: 235ff) bewerten Obasanjos Präsidentschaft daher nicht nur negativ, sondern verweisen auch auf Obasanjos politischen Verdienste, die jedoch von einer gewissen Ambivalenz geprägt sein. So führte seine Wirtschaftspolitik einerseits zum Abbau der nigerianischen Staatsschulden im Ausland und zu einem Wirtschaftswachstum, andererseits ging dieser Aufschwung an der großen Mehrheit der Bevölkerung vorbei, die bis heute in Armut lebt. Im Kampf gegen die grassierende Korruption, eines der Hauptanliegen Obasanjos, wurden ebenfalls erste Erfolge erzielt. So kam es während seiner Amtszeit zu Verhaftungen korrupter Politiker in hohen Ämtern, darunter auch ein gewisser Diepreye Alamieyeseigha, Gouverneur des Bundesstaat Bayelsa der im Jahr 2005 verhaftet und zu

einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Kritische Stimmen warfen dem Präsidenten jedoch vor, selbst von korrupten Praktiken gebrauch zu machen. Demnach fällt auch Falolas und Heatons (2008: 242) Bewertung von Obasanjos Amtszeit und seiner politischen Ziele ambivalent aus: „In some ways these efforts have been successful; in others they have not. Despite Obasanjo’s stated aims of bringing democracy and development to Africa, Nigerians continued to suffer [...] Obasanjo’s two terms as president have therefore led to very mixed reviews, and his final legacy is yet to be determined.“

Die Militarisierung des Konfliktes im Niger-Delta gründet jedoch nicht nur auf der unzureichend überarbeiteten Verfassung der Vierten Republik und den Verfehlungen der politischen Akteure. Für Charkes Ukeje (2011) liegen die Ursachen für diese Entwicklung bereits in den Folgen der Kolonialisierung auf die politischen Strukturen des unabhängigen Nigeria. So hatte der Staat nach der Unabhängigkeit die Regierungs- und Sicherheitsstrukturen des britischen Kolonialstaats übernommen, was dazu führte, dass die staatlichen Sicherheitsorgane vor allem dem Schutz der Interessen der herrschenden Eliten dienten. Hierbei offenbaren sich Parallelen zu den Sicherheitsinstitutionen des Kolonialstaates, welche lediglich den Machtinteressen der Politik und nicht der Sicherheit der Menschen dienten. Dies zeigte sich zum Beispiel in den 1990er Jahren an der Unterdrückung der Aufstände der Ogoni und der Ijo und der damit einhergehenden Stationierung großer Truppenkontingente im Delta. Die Militarisierung durch die Regierung beruht dabei auf der fehlgeleiteten Annahme, dass jegliche Form des Protestes im Niger-Delta als Versuch interpretiert wird, die Ölproduktion einzuschränken und die nationale Sicherheit zu gefährden. Diese Denkweise bestimmt offenbar die Handlungen der Regierenden sowie deren Wahrnehmung des Konfliktes und lässt dabei auch eher kleine Meinungsverschiedenheiten als potentielle Bedrohung erscheinen, was die staatliche Kontrolle über das Delta verstärkte: „Principally owing to its obsession with oil, and the persistent threat arising from violent threats to security and stability, the Nigerian state is increasingly and readily disposed to the most unusual securitization of virtually every aspect of society and politics in the oil region.“ (Ukeje 2011: 89). Hinzu kommt, dass die Regierung Probleme damit hat, zwischen kriminellen Handlungen und politisch motivierten Protestformen zu unterscheiden. Aufgrund dieser *Sekuritisierung* auch legitimer Proteste gehen militärische Aktionen oftmals mit übertriebener Gewaltanwendung einher und auch die unschuldige Zivilbevölkerung wird auf brutalste Art und Weise für die Verfehlungen einiger weniger Krimineller bestraft. Ein Beispiel hierfür ist der Angriff auf das Dorf Odi im Jahr

1999, das Berichten zu Folge selbst von einer gesuchten Gruppe Aufständischer monatelang belästigt worden war (vgl. Ukeje 2011: 86-89).

Da keine eindeutigen Richtlinien für das militärische Vorgehen existieren, schien das einzige Ziel der Sicherheitskräfte die uneingeschränkte Sicherung der Ölförderung und der damit verbundenen Infrastruktur. Die hohe Bedeutung des Erdöls für die nigerianische Regierung führte zum verstärkten Einsatz des Militärs in der Region. Vor allem in den ländlichen Regionen wurde die Polizei fast vollständig durch Militärs bzw. die speziell für das Niger-Delta ins Leben gerufene Joint Task Force (JTF) ersetzt, welche als Reaktion auf die Unruhen im Jahr 2003 von der Zentralregierung gegründet worden war. Die Spezialeinheit wurde in der Vergangenheit heftig für ihr willkürliches Vorgehen kritisiert, welches die Stabilität und den Frieden im Niger-Delta eher gefährde als sichere. Der nigerianische Staat, der eigentlich eine vermittelnde Rolle im Konflikt einnehmen sollte, wurde somit selbst ein zentraler Konfliktakteur, der die prekäre Situation in der Region durch überzogene Härte verstärkte. Ukeje (2011: 93) resümiert diese Problematik wie folgt:

The disposition of the state is more a reflection of the vacuity of power and legitimate authority that it is struggling at all costs to gain and retain. Rather than respond to the legitimate demands of the people, the state has adopted a 'carrot and stick policy', in which the 'stick' appears to be the preferred option. Hence the routine deployment of force by the state to contain opposition and exercise its authority is increasingly tenuous.

Nach den Zwischenfällen im Rahmen der Präsidentschaftswahlen im Jahr 2007 und den andauernden Aktivitäten der Widerstandsbewegungen im Niger-Delta schien sich die neue PDP-Regierung unter dem neu gewählten Präsidenten Umaru Yar'Adua darüber im Klaren, dass eine Lösung des Konfliktes nicht allein durch Waffengewalt herbeizuführen sei.⁴⁷ Unter der Leitung des damaligen Vizepräsidenten Goodluck Jonathan, der selbst aus dem Niger-Delta stammt, sollte es im Jahr 2008 zu ersten Gesprächen kommen, an denen alle relevanten Konfliktparteien teilnehmen sollten. Dabei sollte Ibrahim Gambari, ein früherer General des Abacha-Regimes, die Rolle des Chefvermittlers ausüben. Da sich Gambari einst für die Exekution der *Ogoni-Nine* eingesetzt hatte, lehnten die ethnischen Minderheiten seine Teilnahme an den Gesprächen ab, was schließlich zur Einstellung der Friedensgespräche führte. Das MEND wies die Idee eines Gipfeltreffens grundsätzlich zurück und machte seine

⁴⁷ Bereits im Vorfeld der Wahlen herrschte bei der Mehrheit der Bevölkerung Empörung über Obasanjos Kampagne für eine dritten (verfassungswidrige) Amtszeit, welche jedoch scheiterte. Die Wahlen selbst wurden von massivem Wahlbetrug und gewaltvollen Auseinandersetzungen überschattet. Internationale Wahlbeobachter-Missionen bezeichneten den Urnengang als undemokratisch, trotz der Untersuchung eines Wahl-Tribunals konnte die PDP die Wahl für sich entscheiden (vgl. Mustapha 2009: 88f)

Teilnahme von der Befreiung eines ranghohen Mitglieds abhängig (vgl. Obi/Rustad 2011b: 200f).

Aufgrund des Scheiterns der Gespräche wurde die Regierung für ihre mangelnde Sensibilität im Umgang mit den ethnischen Gruppen aus dem Niger-Delta kritisiert, was die Gründung des *Niger Delta Technical Committee* im September 2008 zur Folge hatte. Das Komitee, unter Vorsitz des Präsidenten des MOSOP Ledum Mitee, setzte sich aus 45 Teilnehmern zusammen, die fast alle aus dem Niger-Delta stammten. Durch die Analyse bisheriger Berichte über die Lage in der Region sollte es der Regierung Handlungsperspektiven für eine Lösung der Krise aufzeigen.⁴⁸ In seinem finalen Report betonte das Komitee die Notwendigkeit eines unverzüglichen Vorgehens und kritisierte darüber hinaus die bisherigen Regierungen, die früheren Empfehlungen keine Aufmerksamkeit geschenkt hatten und somit maßgeblich für die prekäre Situation verantwortlich waren. Die Vorschläge der Delegation aus dem Niger-Delta blieben weitgehend ungehört: „The important report emphasized the question of good governance and laid out a clean plan of action. But once more the report went unheeded.“ (Watts 2011: 73) Anstelle einer Lösungsstrategie für den Konflikt, welche den Vorschlägen des Komitees Rechnung trug, entschied sich die Regierung für die Gründung eines Ministeriums für das Niger-Delta. Dieser Schritt wurde von der Mehrheit der Menschen in der Region jedoch kritisiert, war das Budget der Institution doch sehr gering und der Standort in Abuja sehr weit vom Niger-Delta entfernt. Noch während die Regierung institutionelle Reformen für die Lösung des Konfliktes vorantrieb, koordinierte sie die JTF, die im Mai 2009 ein groß angelegtes Manöver im Niger-Delta durchführte, um die mittlerweile weitgehend verlorene Kontrolle über die Ölfelder zurückzugewinnen. Dabei konzentrierte sich das Militär auf die sogenannte „Warri-Achse“ im Westen des Deltas. Neben Angriffen auf Rebellenlager wurden auch zahlreiche zivile Dörfer bombardiert, was eine humanitäre Katastrophe in den betroffenen Gebieten zur Folge hatte. Durch die Aktion zerstörte das Militär zwar einige Camps, es wurden jedoch keine Anführer der Widerstandsbewegungen getötet oder verhaftet. (vgl. Obi/Rustad 2011b: 202f; Watts 2011: 73f).

⁴⁸ Die Empfehlungen beinhalteten unter anderem die folgenden Punkte: Erhöhung des Anteils der Einnahmen aus der Ölförderung auf kurzfristig 25 Prozent und langfristig auf 50 Prozent; Entwaffnung und Reintegration der militanten Widerstandskämpfer; Abhaltung eines offenen und fairen Prozesses für den MEND-Kommandeur Henry Okah; Verhandlungen über ein Amnestieprogramm für die Rebellen; Ausbau der Infrastruktur im Niger-Delta; Auszahlung ausstehender Entwicklungsgelder und Wiederinstandsetzung der Umwelt (vgl. Obi/Rustad 2011b: 202; Oluduro/Oluduro 2012: 50).

Da das militärische Vorgehen im Niger-Delta keine nennenswerten Erfolge erzielte, entschloss sich Präsident Yar'Adua, ein Amnestie-Programm ins Leben zu rufen. In einem Zeitraum von 60 Tagen (6. August bis 4. Oktober 2009) bot sich den Widerstandskämpfern die Möglichkeit der Straffreiheit. Neben der Entwaffnung der Milizen während der ersten Stufe der Amnestie, sollte in den Phasen zwei und drei eine Rehabilitierung und anschließende Reintegration der Milizen erfolgen. (vgl. Omadjohwoefe 2011: 258). Einige Rebellen nahmen das Angebot der Regierung an, doch weite Teile des MEND lehnten die Amnestie ab. Das MEND machte deutlich, dass es eine Amnestie nur dann akzeptieren würde, wenn die Regierung gefangene Milizen freilassen und die JTF aus dem Niger-Delta abziehen würde.⁴⁹ Laut offiziellen Angaben nahmen 15.000 Widerstandskämpfer die Möglichkeit des Amnestie-Angebots an und es wurden 2.700 Feuerwaffen und circa 290.000 Patronen Munition beschlagnahmt. Da jedoch keine Statistiken unabhängiger Beobachter existieren, können diese Angaben auch niedriger beziffert werden.

Der Erfolg des Amnestie-Programms wird von vielen Beobachtern bezweifelt, da die Regierung einerseits Frieden in der Region propagierte, andererseits aber die JTF mit zusätzlichen finanziellen Mitteln ausstattete, um gewaltsam gegen die Widerstandsbewegungen im Niger-Delta vorzugehen. Diese ambivalente Einstellung der Regierung gegenüber den Friedensbemühungen schuf von Anfang an ein Klima des Misstrauens zwischen Regierung und Rebellen, was einen zielführenden Dialog zwischen den Konfliktparteien erschwerte. Darüber hinaus kam es zu zahlreichen Unregelmäßigkeiten während des Ablaufs des Programms:

Some of these include the fact that about 80 percent of the budget had gone on payments of consultants and contractors, with 20 percent committed on rehabilitation of the ex militants [...] the continued detention of several militants; some of the training centers falling short of acceptable standards and operating with inadequate facilities. (Oluduro/Oluduro 2012: 52)

Der geringe Erfolg des Amnestie-Programms ist auch das Resultat seiner Entstehung. Denn die Regierung befolgte weder die Empfehlungen des technischen Komitees, noch fanden Gespräche zwischen den Konfliktparteien im Vorfeld der Amnestie statt. Vielmehr handelte es sich um ein im *top-down*-Verfahren konzipiertes Programm, das die Meinungen und Probleme der betroffenen Menschen aus dem Delta nicht beachtete. Somit verfehlte das Programm das Ziel einer friedlichen Lösung, da es nicht auf die Ursachen des Konfliktes einging. Vielmehr war die Regierung darauf bedacht, die gewaltvollen Auseinandersetzungen beizulegen und die

⁴⁹ Hierbei handelte es sich vor allem um die Freilassung von Henry Okah, einem Kommandanten des MEND.

Situation im Niger-Delta durch die eilig konzipierte Amnestie zu beruhigen. In diesem Sinne meinen Obi und Rustad (2011b: 205): „This was perhaps based on the view that the greatest threats to petro-business were the armed militias and the proliferation of weapons in the region, and that once militias were taken out of the equation, stability would return.“ Diese Vermutung der Regierung stellte sich als falsch heraus. Zwar konnte die Ölproduktion im Zuge der Amnestie gesteigert werden, das MEND tritt aber nach wie vor in Aktion, was sich an der Detonation zweier Autobomben in Warri, im Bundesstaat Delta im Oktober 2010, oder den Angriffen auf eine Pipeline des italienischen Konzerns Eni im Februar 2012 zeigte. Die Zahlen über die abgegebenen Waffen, die weit niedriger sind als die der Amnestie-Teilnehmer, weist darauf hin, dass immer noch zahlreiche Schusswaffen in der Region zirkulieren. Darüber hinaus steht der exklusive Charakter der Amnestie, welcher nur den Milizen, nicht aber der friedlichen Zivilbevölkerung eine Perspektive für die Zukunft bietet, einer nachhaltigen Lösung des Konfliktes im Weg. Und auch im Bereich des Umweltschutzes wurden noch keine nennenswerten Maßnahmen in die Wege geleitet, die den Menschen wieder die Möglichkeit eröffnen, durch Landwirtschaft und Fischerei ihren Lebensunterhalt zu bestreiten (vgl. Obi/Rustad 2011b: 204; Oluduro/Oluduro 2012: 52-54; Omadjohwoefe 2011: 255f; Watts 2011: 74).

Die Verfehlungen des Amnestie-Programms verdeutlichen, dass eine Beilegung des Konflikts eine umfassende Lösung der Probleme der Zivilbevölkerung im Niger-Delta voraussetzt und nicht nur durch die Bekämpfung der militanten Widerstandsbewegungen erfolgen kann:

[I]t can be contended that the grievances that led to the militancy, and later criminality in the Niger Delta region borders on the ecological damage and inequity in the distribution of economic and other social resources of the Nigerian state. In order to ensure relative peace in the Niger Delta region, all forms of distributive injustice, oppression, adverse effects of oil exploration, corruption, greed, and all other oil-related grievances, which the local inhabitants believed arose from the denials and abuse of their human rights by the Nigerian state, must be addressed. (Oluduro/Oluduro 2012: 56).

Die politische Entwicklung nach der Demokratisierung auf nationaler Ebene verdeutlicht die bedeutende Rolle, die der nigerianische Staat im Niger-Delta-Konflikt einnimmt. Fragen der Umverteilung und des Umweltschutzes blieben weitgehend unbeantwortet und der repressive Umgang der PDP-Regierung mit oppositionellen Gruppen intensivierte die Militarisierung des Niger-Deltas und das Ausmaß der Gewalt. Auf regionaler Ebene der einzelnen Bundesstaaten etablierten die Gouverneure ein verzweigtes Netzwerk der Patronage, welches sie für ihre Zwecke instrumentalisierten (vgl. Mustapha 2009: 83). Diese Problematik offenbart sich im nächsten Kapitel, welches die Praktiken der regionalen politischen Eliten offenlegt und

deren weitreichenden Einfluss auf die Militarisierung und Gewaltintensivierung im Niger-Delta aufzeigt.

5.2.2.2. Militarisierung im Niger-Delta im Kontext der Präsidentschaftswahlen 2003 und 2007

Die Intensivierung der Gewalt und die Zunahme der Militarisierung ist neben der Repression durch das Militär und die anhaltende Marginalisierung der BewohnerInnen der Region vor allem auf die komplexen Beziehungsgefüge zwischen den lokalen politischen Eliten des Deltas und den militanten Widerstandsgruppen zurückzuführen, die im Kontext der Demokratisierung und dem damit verbundenen politischen Wettbewerb entstanden (vgl. Ikelegbe 2011: 127).

Besonders im Vorfeld der Wahlen in den Jahren 2003 und 2007 offenbarten sich diese Verbindungen zwischen den politischen Eliten und militanten Gruppierungen, die in ganz Nigeria existieren, im Niger-Delta jedoch besonders ausgeprägt sind. Ein Beispiel hierfür sind die Ereignisse rund um die Wahlen 2003 in der Stadt Port Harcourt, der größten Stadt im Delta und Zentrum der Ölindustrie, im Bundesstaat Rivers. Der damalige Gouverneur Peter Odili, Mitglied der PDP, verfolgte eine Strategie der gewaltvollen Einschüchterung und Unterdrückung politischer Gegner, um sich den Wahlsieg zu sichern. Um dieses Vorhaben in die Tat umzusetzen, akquirierte er Asari Dokubo's NDPVF und Ateke Tom's NDV, die seinen Auftrag erfolgreich in Tat umsetzten: Odili gewann die manipulierten Wahlen mit 98 Prozent der Stimmen. Die Gouverneure und ihre weitreichenden politischen Netzwerke standen dabei im Zentrum eines komplexen politökonomischen Systems, das es den politischen Eliten ermöglichte, widerständige Kräfte und auch soziale Bewegungen durch Aussicht auf Selbstermächtigung (v.a. für die Jugendlichen) und den Appell an die ethnische Emanzipation temporär in ihren Machtapparat zu integrieren. Zum Beispiel erhielten Gruppierungen wie die NDPVF als Gegenleistung für ihre Dienste die Kontrolle über Gebiete, in denen sie „Oil-Bunkering“ praktizieren konnten. Die dadurch erzielten Einnahmen ermöglichten es den militanten Bewegungen, ihren Bedarf an Handfeuerwaffen decken. Darüber hinaus wurde das Abzapfen der Ölpipelines als legitimes Mittel zur Durchsetzung des Anspruches auf mehr Ressourcen-Kontrolle gesehen (vgl. Bøås 2011: 119f; Eberlein 2006: 584f; Ikelegbe 2011: 131).

Um ihre politische Machtbasis und die damit verbundenen ökonomischen Privilegien aus dem Ölgeschäft zu sichern, instrumentalisierten die politischen Eliten des Niger-Deltas seit dem Ende der 1990er Jahre auch verstärkt die sozialen Bewegungen der Region, die mit ihren Forderungen eine Bedrohung ihrer Interessen darstellten. Was auch Ruben Eberlein (2006: 586) festhält: „Established political entrepreneurs from the end of the 1990s succeeded in appropriating social movement’s discourse, mobilising capacity and organisational strength, in order to turn them into tools both of repression and legitimisation for a shadow governance network more independent from national factions.“ Ein Beispiel hierfür ist das IYC, das durch Kooptation hoher Mitglieder durch die politischen Führungspersonlichkeiten der beiden Bundesstaaten Bayelsa und Rivers unterlaufen wurde. Asari Dokubo, der im Jahr 2001 zum Präsidenten des IYC gewählt worden war, ist ein Beispiel für diese Kooptation, in deren Rahmen die Ijo-Bewegung eine grundlegende Veränderung erfuhr. Als sich das IYC Ende der 1990er Jahre formierte, handelte es sich um eine soziale Bewegung, die Themen der Ressourcenkontrolle und ethnischen Solidarität erfolgreich für die Mobilisierung der Bevölkerung aufgriff. Im Kontext der Wahlen im Jahr 2003 wandelte sich das IYC zu einer Art privaten Miliz der Verwaltung des Bundesstaates Rivers (vgl. Eberlein 2006: 586f).

Durch die Instrumentalisierung der Widerstandsgruppierungen, die im ideologischen Sinne eigentlich in Opposition zu den politischen Eliten standen, erhofften sich Politiker wie Odili die Kontrolle über die marginalisierte Bevölkerung im Niger-Delta aufrecht zu erhalten. Im Anschluss an die Wahlen begangen die Politiker jedoch einen schwerwiegenden Fehler: Sie leugneten nicht nur ihre Verbindungen zu Gruppierungen wie der NDPVF, sondern brachen auch im Vorfeld getroffene Versprechen (z.B. Bezahlung, verbesserte Job- und Bildungsmöglichkeiten). Die Reaktionen auf diesen Verrat fielen höchst unterschiedlich aus; auch hier bietet Port Harcourt ein tragisches Beispiel. Während die NDV und andere Gruppierungen ihr Schicksal in Kauf nahmen, fiel die Reaktion der NDPVF gegensätzlich aus. So stellten sich Asari Dokubo und seine Gefolgsleute gewaltvoll gegen ihre einstigen Patronen und rebellierten gegen ihre Verleumdung, was die Spannungen in Port Harcourt verstärkte: „Asari and the NDPVF were suddenly out of favor, and as they threatened to resume the violence of the election campaign, their former political sponsors responded by attempting a strategy of ‘divide and rule’ by encouraging Ateke Tom’s group, which had remained loyal, to subdue Asari’s men by force.“ (Bøås 2011: 120). In der Folge kam es in Port Harcourt und im Umland zu gewaltvollen Auseinandersetzungen, in denen sich die Anhänger der NDVPF und

der NDV auf den Straßen der Stadt bis aufs äußerste bekämpften, was auch zivile Opfer forderte. Diese tragischen Ereignisse sind ein Sinnbild für eine Entwicklung im Zeitraum 2003 bis 2007, die zu einer starken Verbreitung von Schusswaffen, Bandenkriminalität und Gewalt führte. Hinzu kam, dass sich viele der bestehenden Widerstandsgruppierungen des Deltas in kleinere Gruppierungen aufteilten und sich neue Allianzen formierten.

Dabei spielten auch die politischen Akteure eine tragende Rolle. So importierte die Regionalregierung in Rivers im Vorfeld der Wahlen nicht nur Handfeuerwaffen, sondern verteilte sie auch an ihre kleinen *Privatarmeen*. Nach dem Ende der Wahlen blieben die Waffen in der Regel in Besitz der verschiedenen Gruppierungen, die sich, enttäuscht von den gebrochenen Versprechungen der Politik, anderen Einnahmemöglichkeiten zuwendeten (vgl. Duquet 2011: 141f). In den Jahren nach den Wahlen von 2003 ist demzufolge eine starke Zunahme von Entführungen, *Oil-Bunkering* und Banküberfällen durch Widerstandsbewegungen aber auch durch opportunistische, kriminelle Gruppen zu verzeichnen. Durch diese Akkumulation von Ressourcen gelang es einigen Gruppierungen, sich weitreichenden Einfluss in ihren jeweiligen Regionen sichern.

Die Verbindung zwischen den politischen Eliten und den Bewegungen der ethnischen Minderheiten entstanden jedoch nicht nur im Kontext der Wahlmanipulationen 2003 und 2007, sondern reichen weiter zurück auf das gesellschaftliche Phänomen der Kulte (vgl. Bøås 2011: 120; Eberlein 2006: 589). Ähnlich den Bewegungen der ethnischen Minderheiten im Niger-Delta hatten sich die gegenwärtigen Kulte im Umfeld der Universitäten formierten aus Protest und Widerstand gegen die sozialen Ungerechtigkeiten in den 1990er Jahren.⁵⁰ Osaghae (2007: 21f) definiert das Phänomen wie folgt:

Cults are thus groups of individuals dedicated to providing security and economic opportunities for each other and their respective communities, subscribing to an oath of allegiance and secrecy and relying mostly on violent means to achieve their ends. Cult memberships, methods of operation, and initiation rites, which involve oaths of allegiance, remain secret. Unlike the NDPVF or MEND, once an individual joins a cult, they are in that cult for life, barring exceptional circumstances. Membership ranges from 20 to 3,000 persons. Some are pro-state or pro-government; some are anti-state, while others have no clear political objectives. At some stage, cults and gangs were taken over by criminal elements that used the gangs to sell drugs, rig elections and fight each other, among other activities.

Im Laufe der Zeit wandelten sich die Kulte zu gewalttätigen und komplexen kriminellen Vereinigungen, die vor allem im Süden Nigerias agieren. Ihre Mitgliedschaft konzentriert sich hauptsächlich auf das Umfeld der Universitäten, doch viele Kulte etablierten sogenannte

⁵⁰ Die ersten Kulte entstanden bereits in den 1950er Jahren an der Universität in Ibadan (vgl. Bøås 2011: 120).

Street Wings, mit dem Ziel, auch Mitglieder abseits der Universitäten zu rekrutierten. Laut Bøås (2011: 120) waren (bzw. sind) die heutigen politischen Eliten aufgrund ihrer Ausbildung an den Universitäten in der Regel Mitglied eines Kultes. Daher seien Verbindungen zu kriminellen Kräften aus bildungsfernen Schichten keine Neuheit für sie, sondern vielmehr die Fortführung der Kontakte ihrer Zeit an den Universitäten. Die Verbindungen zwischen den militanten Widerstandsgruppen und den Kulten seien dabei sehr eng, begannen doch viele Führungspersonlichkeiten der heutigen militanten Widerstandsgruppierungen, darunter auch Asari Dokubo, ihre *Karriere* als Handlanger des damaligen Nachwuchses der politischen und wirtschaftlichen Eliten Nigerias. Bei vielen Widerstandsbewegungen der ethnischen Minderheiten im Niger-Delta handle es sich um lose Zusammenschlüsse unterschiedlichster Kulte. So schlossen sich im Jahr 2003 viele Kulte entweder der NDPVF oder der NDV an, um ihre eigene Position zu stärken (z.B. durch den besseren Zugang zu Handfeuerwaffen aber auch durch Partizipation am *Oil-Bunkering*). Obwohl die Kulte ihre Namen und Machtstrukturen weitgehend beibehielten, fielen sie in der Folge doch verstärkt unter die Kontrolle der beiden größeren Widerstandsbewegungen. Während sich einige Gruppierungen aufgrund der Enttäuschung nach den Wahlen gegen ihre einstigen Auftraggeber auflehnten, war ein großer Teil dazu bereit, jederzeit seine Dienste anzubieten. Als Gegenleistung gewährten die politischen Eliten weitgehende Straffreiheit bei kriminellen Aktivitäten, solange ihre eigenen Interessen nicht gefährdet waren (vgl. Bøås 2011: 120f; Osaghae, et al. 2007: 20f).

Wie sich zeigte, kam es im Zuge der Demokratisierung Nigerias zu einer Zunahme der Militarisierung bestehender Widerstandsbewegungen und Kulten, die sich jedoch nicht ohne weiteres in das neopatrimoniale politische System der lokalen Eliten integrieren und somit kontrollieren lassen. Militante Bewegungen wie die NDPVF, welche einst die kriminellen Geschäfte der PDP übernahmen, rebellierte nun gegen das Regime. Die Politik verlor also weitgehend die Kontrolle über die gewaltvollen Kräfte, die sie einst unterstützte. Auch die Entstehung des MEND ist für Morten Bøås (2011: 121) eine Folge dieses Beziehungsgefüges, das im Zuge der Demokratisierung entstand:

The very same period and the events within it therefore also indirectly constitute the birth of MEND as the betrayal that many militia members and leaders felt, which events after the 2003 election exposed them to, led some - not obviously all - to develop political grievances against their former political sponsors, whom they saw as having refused to fulfill promises of money, employment and education.

Das MEND ist jedoch weniger eine kohäsive Kraft in der Region, sondern vielmehr ein Sammelbegriff für eine große Gruppe von Rebellen, Milizen und Banden, welche einen hohen Grad der Vernetzung aufweisen und somit schwer militärisch zu besiegen sind (vgl. Bøås 2011: 121).

Trotz der Abneigung, die viele Milizen aufgrund des Vertrauensbruch im Zuge der Ereignisse im Jahr 2003 hegten, wurden die Wahlen im Jahr 2007 ebenfalls von massiver Gewalt begleitet. Laut internationalen Wahlbeobachtern und nigerianischen NGOs fehlte den Wahlen, aus denen die PDP als Sieger hervorging, weithin jegliches Maß an Legitimität. So kam es landesweit zu Diebstählen von Wahlurnen, Einschüchterungen von WählerInnen und Fälschungen von Wahlergebnissen durch Milizen der PDP. Das Niger-Delta war dabei besonders von den Betrugsversuchen betroffen. Vor allem nach den Urnengängen im April fegte eine Welle der Gewalt durch das Niger-Delta und vor allem in Port Harcourt nahm der Konflikt enorme Ausmaße an. Ausgelöst durch einige Geiselnahmen von Angehörigen hoher Politiker kam es zu einer „orgy of gang violence [...] there was an eleven-day period of total mayhem in which gangs fought one another openly in the streets and randomly shot ordinary civilians.“ (Watts 2011: 55) Alleine im August 2007 forderten die Kämpfe zwischen 400 und 500 Opfer, was Port Harcourt in einen Zustand der Schockstarre versetzte. Auch diese Ereignisse stehen in engem Zusammenhang mit den Handlungen der lokalen politischen Elite der Region, stammte der neue Gouverneur Omehia doch aus dem direkten Umfeld seines Vorgängers Peter Odili. Die neue Rivers-Regierung beschuldigte das seit 2005 agierende MEND, für die heftigen Gewaltausbrüche verantwortlich zu sein. Doch war wohl weniger das MEND für die Gewalt verantwortlich, als die politische Elite des Niger-Deltas selbst, die die unterschiedlichen gewaltbereiten Gruppierungen nicht für ihre Dienste im Kontext der Wahlen bezahlt hatte und ihre Verbindungen zu den Kulturen und Banden vehement leugnete (vgl. Watts 2011: 56ff).⁵¹

Für Bøås (2011: 121f) ist der Wandel der Patronage-Beziehungen, welche durch die Entstehung des *Icelander* Kultes eine fundamentale Veränderung erfahren hätten, ein wesentlicher Faktor der hohen Gewaltintensität während den Wahlen im Jahr 2007. Die *Icelanders* spalteten sich im Jahr 2005 unter der Führung eines gewissen Soboma George von

⁵¹ Das MEND versprach im Vorfeld der Wahlen nicht nur auf Gewalt zu verzichten, sondern bot sich darüber hinaus auf freiwilliger Basis als Wahlbeobachter an, um einen fairen Ablauf der Wahlen zu unterstützen (vgl. Ukiwo 2007: 607).

Ateke Toms NDV ab und erlangten bald weitreichenden Einfluss in Rivers State. Innerhalb kürzester Zeit sei der Kult zum bevorzugten Kooperationspartner hoher PDP-Funktionäre und führender Politiker aufgestiegen, der einen Großteil der *dreckigen Arbeit* im Zuge der Wahlen im Jahr 2007 übernahm. Die *Icelanders* schienen sich ein regelrechtes Monopol auf Patronage und staatlich gesponserte Gewalt erarbeitet zu haben. Bøås berichtet, dass George sogar die Kontrolle über eine Tankstelle der nationalen Ölgesellschaft Nigerias übertragen worden sei, deren Gewinne direkt in seinen Besitz übergingen. Diese Monopolisierung der Patronage führe zur Entstehung eines Bündnisses der anderen Gruppierungen unter Führung von Ateke Tom, dem unter anderem die *Axemen*, die *Klansmen* und die *Bush Boys* angehörten. In der Folge griff das neu formierte Bündnis nicht nur die Mitglieder der *Icelanders* an, sondern auch ganze Gebiete, die in ihrer Einflussosphäre lagen, was zu den blutigen Auseinandersetzungen in Port Harcourt und in den umliegenden Gebieten im August 2007 führte hatte, die erst durch das Eingreifen des Militärs ein Ende fanden (vgl. Bøås 2011: 122). Das Militär konnte die Lage zwar vorerst beruhigen, die tiefliegenden Probleme der Menschen im Niger-Delta blieben aber weiterhin bestehen:

[T]he only thing this operation accomplished was to increase the bitter grievances of young men with militia connections who once more realized that after the dirty business of elections was completed the political and economic elite had little if any concern for them. The result was therefore not less sabotage, but renewed attacks on oil installations under the banner of MEND. (Bøås 2011: 122)

Viele der frühen militanten Bewegungen der späten 1990er Jahre, darunter zum Beispiel der NDV, die *Egbesu Boys of Africa* (EBA) und die NDPVF, waren vor allem politisch motiviert und führten den Kampf gegen die Ausbeutung und Marginalisierung durch die Regierung und die Ölkonzerne fort, der zu Beginn des Jahrzehnts seinen Anfang genommen hatte. Die Mehrheit der Mitglieder des MEND ist auch unter dieser Kategorie einzuordnen, denn trotz krimineller Handlungen durch Teile der Bewegung stehen die politischen Ziele im Vordergrund der Handlungen. Anhand der Ereignisse rund um die Wahlen 2003 und 2007 zeigte sich (vgl. Ikelegbe 2011: 130f), dass die Kooptation der Widerstandsbewegungen durch die politischen Eliten maßgeblich für die Zunahme der Militarisierung und Gewaltintensität verantwortlich ist .

5.2.3. Staat im Staat? Die Rolle internationaler Akteure im Niger-Delta

Der Einfluss internationaler Interessensgruppen und transnationaler Konzerne auf den Werdegang des Konfliktes im Niger-Delta wurde bereits in den Kapiteln 4.3. und 5.1.2. thematisiert. Auf den folgenden Seiten stehen noch einmal die transnationalen Ölkonzerne im Fokus. So genannte *Global Player* wie Shell, Chevron-Texaco, Agip oder Elf spielten eine nicht unwesentliche Rolle bei der Militarisierung und Intensivierung des Konfliktes im Niger-Delta seit den 1990er Jahren (vgl. Ukeje 2011: 93f).

Die unverkennbar katastrophalen Auswirkungen der Ölförderung auf die Umwelt durch eben diese Konzerne stellen bekanntermaßen einen entscheidenden Grund für die Proteste in der Region dar (vgl. Ebiede 2011: 140). Doch neben ihrer scheinbar geringen Bereitschaft, international übliche Standards der Exploitation auch in Nigeria einzuhalten, zeigen zahlreiche Berichte internationaler Menschenrechtsorganisation (vgl. Amnesty International 2009; HRW 1999), dass die Konzerne vielerorts starken Einfluss auf die staatlichen Handlungen gegenüber den Protestbewegungen ausüben und darüber hinaus bewaffnete Gruppierungen aus dem Delta für ihre Zwecke einsetzen, etwa zum Schutz ihrer Förderanlagen. Internationale Organisationen werfen den transnationalen Konzernen vor, dass ihr nicht menschenrechtskonformes Handeln einen weitreichenden Einfluss auf die Eskalation des Konfliktes seit den frühen 1990er Jahren mit sich gebracht habe.

Vor allem im Zuge der gewaltvollen Unterdrückung des Ogoni-Widerstandes wurde die zweifelhafte Rolle des Shell-Konzerns Gegenstand heftiger Kritik seitens nigerianischer und internationaler NGOs sowie einer breiten gesellschaftlichen Öffentlichkeit in den *westlichen* Staaten und auch in Nigeria selbst. Für Ukeje (2011: 94) scheint es daher nicht weiter verwunderlich, dass so gut wie jede Gemeinde im Niger-Delta gewisse Vorbehalte gegenüber den Ölkonzernen äußert. Wie sich in den letzten Jahren herausstellte, sind die Ablehnung und das Misstrauen gegenüber Shell durchaus berechtigt. So bezahlte der Konzern nicht nur das Militär, das den Aufstand der Ogoni unterdrückte, sondern bestach Medienberichten zufolge auch den Kommandanten der JTF, der daraufhin die Ermordung der vier Ogoni-Chiefs angeordnet habe, für die sich Ken Saro-Wiwa vor Gericht verantworten musste (vgl. This Day 2010; Leadership 2011). In der Folge der *Ogoni-Krise* nahm das Image der Ölkonzerne starken Schaden, die sich daraufhin bemühten, ihr Ansehen in der Öffentlichkeit durch die Unterstützung und Durchführung von Entwicklungsprojekten wieder zu verbessern und somit

auch die Ausbeutung der Ölvorkommen im Niger-Delta zu legitimieren und aufrecht zu erhalten (vgl. Eberlein 2006: 581; Zalik 2004: 402).

Erste Initiativen Mitte der 1990er Jahre, zum Beispiel durch die *Shell Petroleum Development Company* (SPDC), unter dem Credo der *Community Assistance* stießen bei der lokalen Bevölkerung auf wenig Zustimmung. Durch eine Neuorientierung hin zum so genannten *Community Development* (CD) verfolgte die SPDC das Ziel, sich eine „social license to operate“ (Zalik 2011: 198f) zu erarbeiten. Auf internationaler Ebene gelang es den Ölkonzernen seit den späten 1990er Jahren, durch Investitionen in die Entwicklung des Niger-Deltas ihr Ansehen schrittweise wieder herzustellen. Ein wesentlicher Aspekt dieser Strategie zielte darauf ab, von ihrer eigenen problematischen Rolle im Kontext des Konfliktes in der Region abzulenken und die internen Konflikte im Niger-Delta als die wahren Ursachen der Probleme darzustellen. In dem zunehmend gefährlichen Umfeld des Niger-Deltas seien die Ölkonzerne demnach lediglich externe Akteure, deren wirtschaftliches Engagement durch *terroristische Gruppierungen* zunehmend erschwert werde. Die Konzerne weisen somit auch ihre Mitverantwortung zurück und machen vor allem das *Oil-Bunkering* und andere illegale Handlungen für die andauernde Krise in der Region verantwortlich. Durch das CD verfolgen die Konzerne jedoch nicht primär die Interessen der lokalen Bevölkerung, sondern ihre eigenen ökonomischen Ziele, in Form der Aufrechterhaltung und Legitimation der Exploitation (vgl. Zalik 2004: 408ff). In diesem Sinne meint Anna Zalik (2011: 189):

[C]orporate interests that lay claims to ‘legitimacy’ in oil extraction establish mechanisms which break social relations between insurgent groups and communities, creating shared identification - as stakeholders - between communities affected by extraction and the oil companies themselves. This is in part promoted through the terms of the evolving GMoU.

Im Kontext des *General Memorandum of Understanding* (GMoU) verpflichten sich die Empfänger (die Gemeinden) von Entwicklungsprojekten, die Förderaktivitäten der Konzerne zu akzeptieren und zu unterstützen. Werden die Vereinbarungen gebrochen, was in der Regel mit der Einschränkung der Ölförderung einhergeht, verlieren die Gemeinden jeglichen Anspruch auf vereinbarte Entwicklungsmaßnahmen. Dieses Vorgehen führt vielerorts zu kollektiven Bestrafungen in Form abgebrochener Projekte und zur Zunahme gegenseitiger Überwachung in den Gemeinden des Niger-Deltas. Durch dieses Vorgehen der Ölkonzerne, in dem auch lokale NGOs eine tragende Rolle in der Implementierung von Projekten einnehmen, präsentieren sich die Ölkonzerne als Initiatoren nachhaltiger Entwicklung im Niger-Delta. Ihre Bemühungen auf diesem Gebiet setzen jedoch die Bereitschaft der lokalen

Bevölkerung voraus, die Ausbeutung der Ölfelder nicht zu gefährden. Auf diese Weise sichern die Konzerne nicht nur ihre wirtschaftlichen Interessen, sondern sie kriminalisieren auch legitime gewaltfreie Proteste (wie zum Beispiel Blockaden von Fördereinrichtungen) der lokalen Bevölkerung (vgl. Zalik 2004: 189ff).

Neben dieser Einflussnahme durch die transnationalen Konzerne übernehmen die globalen Akteure auch zusehends staatliche Aufgaben im Niger-Delta: „Shell remains the most visible manifestation of social control and regulation in the region that it otherwise bereft of basic services [...] As Niger Delta residents and social activists explain, ‘in the Niger Delta Shell is the state’.“ (Zalik 2004: 406) In zahlreichen Regionen und Gemeinden verkörpern die von den Ölkonzernen gesponserten MitarbeiterInnen von Entwicklungsorganisationen die „most important material foundations of power“ (Eberlein 2006: 583), was auch zur Privatisierung der Sicherheit bzw. Kontrolle des Niger-Deltas durch die Ölkonzerne seit dem Ende der 1990er Jahre geführt hat, was der Militarisierung und Gewaltintensität zusätzlich Auftrieb verlieh. Dabei lassen sich im Wesentlichen drei unterschiedliche Handlungsstrategien der Konzerne ausmachen, die zu dieser Entwicklung führten (vgl. Omeje 2006: 486-489).

Erstens die sogenannte *security communitization*, die im ganzen Niger-Delta praktiziert wird und im wesentlichen eine vertraglich fixierte Zusammenarbeit zwischen Ölkonzernen und vor allem jungen männlichen Mitgliedern der lokalen „Öl-Gemeinden“ beschreibt, die dem Schutz der Ölanlagen und dem reibungslosen Ablauf der Förderung dienen soll. Viele der Mitglieder dieser lokalen Bürgerwehren wurden aus dem Umfeld der militanten Widerstandsbewegungen rekrutiert, die ein beständiges Sicherheitsrisiko für die Ölkonzerne darstellten. Dadurch erhofften diese sich einen Rückgang der Angriffe auf ihre Förderanlagen und eine Steigerung der Produktivität, was sich in der Praxis ins Gegenteil verkehrte: „But this way of engaging with the local youths has in practice ostensibly compounded the security problems of both petrobusiness and the oil-bearing communities through increased gun violence, pipeline sabotage by disaffected and envious rival groups, communal and inter-group warfare and local terrorism.“ (Omeje 2006: 487). Das zweite Phänomen, die sogenannte *security privatization*, beschreibt die Zunahme privater Sicherheits- und Militärunternehmen. Diese bieten hochprofessionellen Schutz, der einerseits unbewaffnet, andererseits aber auch bewaffnet von den Ölkonzernen in Anspruch genommen wird, um ihre Interessen in der Region zu schützen. Bei der dritten Vorgehensweise handelt es sich um die

security corporation: „also known as corporate militarism, [it] refers to the increasing empowerment of some large business operations to operate their own security outfits or to considerably run (equip, fund and/or command) a detachment of the state's defence forces assigned to protect the corporation's personnel and property.“ (Omeje 2006: 488). Alle großen transnationalen Ölkonzerne beschäftigen Hundertschaften unbewaffneter Sicherheitskräfte, bekannt als *Spy Police*, um ihre Einrichtungen zu schützen. Diese Sicherheitskräfte werden mit Hilfe der staatlichen Polizei angeworben und ausgebildet und in ihrer täglichen Arbeit auch von bewaffneten Polizeibeamten unterstützt. Die Ölkonzerne bezahlen nicht nur die Löhne ihrer eigenen Sicherheitskräfte, sondern auch die der staatlichen Polizisten und der Militärs. Letztere werden, vor allem in Form von Marine und Küstenwache, von den Ölkonzernen in Anspruch genommen, um die am Wasser gelegenen Einrichtungen, die ein häufiges Angriffsziel der Widerstandsbewegungen darstellen, zu verteidigen. Falls nötig, stellen die Ölkonzerne Transport- und Logistikmöglichkeiten zu Verfügung. Kritische Beobachter berichten auch von Versuchen der Ölkonzerne, Waffen und Munition zu importieren. Darüber hinaus kam es seit der Unterdrückung der Ogoni immer wieder zu Einschüchterungsversuchen seitens der Konzerne, die protestierenden Gruppen deutlich machten, dass sie ein ähnliches Schicksal ereilen könnte wie Ken Saro-Wiwa und seine Mitstreiter (vgl. HRW 1999: 13ff).

Die Sicherheitsstrategie der Ölindustrie führte zu einem deutlichen Anstieg privater Sicherheitskräfte und Militärs, deren Einfluss und Bedeutung stetig zunimmt. Dabei ist es kein Zufall, dass ehemalige ranghohe Mitglieder der Polizei, Marine oder des Militärs, die eine tragende Rolle in der Militarisierung des Staates und der Zivilgesellschaft spielten, auch Schlüsselpositionen in den privaten Sicherheitsorganisationen einnehmen, die intransparente Beziehungen zu internationalen Sicherheitsfirmen und den Ölkonzernen unterhalten. Durch die ambivalenten Taktiken tragen die Konzerne maßgeblich zu einem gewaltvollen Klima in der Region bei. Dabei legitimieren sie ihre menschenrechtswidrigen und militanten Vorgehensweisen mit dem Hinweis auf das Versagen der staatlichen Institutionen, die nicht dazu in der Lage seien, die Interessen der Ölkonzerne zu schützen (vgl. Ukeje 2011: 95). Für Ikelegbe sind diese ambivalenten Strategien der Ölindustrie ein maßgeblicher Faktor der Militarisierung des Niger-Deltas und der Intensivierung des Konfliktes:

By deploying divide-and-rule tactics, and using military personnel to intimidate and molest innocent and defenceless communities, they fuel a culture of impunity and violence, which also fuels counter-attacks by militias and armed groups seeking to disrupt their oil production. By

also making the cash payments to some armed and youth groups, often through the award of 'surveillance contracts', oil MNCs have tended to accentuate deviant youth participation in conflict and violence as well as provide funds for arms purchases. (Ikelegbe 2011: 129).

Es liegt also auf der Hand, dass die Ursachen für die Verschärfung des Konflikts im Niger-Delta nicht nur auf regionaler und nationaler Ebene zu suchen sind. Es gilt auch die internationalen Akteure zu berücksichtigen, die durch ihr Eingreifen starken Einfluss auf die aktuelle Situation ausüben.

6. Zur Relevanz der Ethnizität im Niger-Delta-Konflikt

Wie sich im letzten Kapitel zeigte, liegen die Ursachen des Konflikts im Niger-Delta bereits in der Kolonialzeit und in der postkolonialen Entwicklung Nigerias. Die gewaltvolle Repression des MOSOP und darauf folgender Widerstandsbewegungen wie dem IYC markiert den Ausgangspunkt der Militarisierung des Niger-Delta-Konfliktes, welche durch die Rückkehr zur Demokratie im Jahr 1999 und die damit verbundene Öffnung des politischen Raumes auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene zusätzlich verstärkt wurde.

Im folgenden Kapitel steht nun die Relevanz und Rolle der Ethnizität für den Konflikt im Mittelpunkt des Interesses. Dabei gehe ich der Frage nach, wodurch es zu einer sich stetig verändernden Bedeutung der Ethnizität für den Konflikt im Niger-Delta kommt und ob sich eine wandelnde Teilhabe ethnischer Gruppen an verschiedenen Widerstandsformen erkennen lässt. Basierend auf der Erkenntnis, dass Ethnizität einen historisch entstandenen, konstruktiven Charakter aufweist, stelle ich die These auf, dass es im Kontext des Konflikts im Niger-Delta zu einer stetigen Verhandlung der Ethnizität in einem dynamischen, alle Konfliktparteien involvierenden Prozess kommt. Ethnizität sollte dabei nicht als statisches und unveränderbares Phänomen wahrgenommen werden, sondern wie Berman (2004: 19) es formuliert, als „linked, deeply contested and often violent responses in African society to the disruptive intrusions of capitalist modernity and the bureaucratic state.“

Diese gewaltvolle Antwort der ethnischen Gruppen im Niger-Delta manifestiert sich in den zahlreichen Widerstandsbewegungen, die sich einerseits gegen ihre Benachteiligung innerhalb des politischen Systems Nigerias richtet und andererseits gegen die Folgen der kapitalistischen Moderne, verkörpert durch die Präsenz der transnationalen Ölkonzerne. Um die Rolle der Ethnizität für die Situation im Niger-Delta zu bestimmen, ist es notwendig, auf die politische Entwicklung Nigerias seit der Demokratisierung einzugehen. Anschließend steht die Situation im Delta in Mittelpunkt des Interesses. Anhand einiger Beispiele wird die Relevanz der Ethnizität für den Widerstand der ethnischen Minderheiten sowie deren innere Heterogenität und Dynamik verdeutlicht.

6.1. Wiederbelebung ethnischer Politik im Nigeria der IV. Republik

Die Betrachtung der historischen Entwicklung Nigerias in Kapitel drei zeigt die Relevanz der Ethnizität für das junge unabhängige Nigeria, welche die unterschiedlichen ethnischen

Gruppen Nigerias in eine wettbewerbsähnliche Situation um den Zugang zu politischen und ökonomischen Ressourcen stellte. In diesem Beziehungsgefüge des *politischen Tribalismus* erfuhr vor allem die ethnischen Minderheiten im Niger-Delta eine starke Benachteiligung. Die sogenannte *Welle der Demokratisierung*, die das politische System vieler afrikanischer Länder zu Beginn der 1990er Jahre veränderte, führte vielerorts zu einem Revival ethnisierten Politik im Kontext der Rückkehr zum Mehrparteiensystem (vgl. Berman/Eyoh/Kymlicka 2004: 9ff). Diese Entwicklung ist auch im Falle Nigerias zu beobachten, so meint Mustapha (2004: 257):

Clearly the politics of identity has become a central feature of Nigerian democratization [...] Some suggest that democracy creates a 'vent' for the pent-up frustrations accumulated under 15 years of military rule. While there is some merit in this argument, it obscures, however, the fact that many of these violent conflicts predate the democratization process.

Da die besagten Ursprünge dieser Konflikte bereits thematisiert wurden, richtet sich der Blick in der Folge auf den Prozess der Demokratisierung und die damit einhergehenden Probleme auf nationaler Ebene, die auch im Zusammenhang mit der Situation im Niger-Delta stehen.

Bereits der gescheiterte Versuch der Rückkehr zur Zivilregierung im Rahmen der Dritten Republik unter General Babangida im Jahr 1993 verdeutlicht die politische Orientierung entlang ethnischer Zugehörigkeit. Das damalige Militärregime Babangidas wurde von den ethnischen Gruppen außerhalb des Nordens als eine Institution der Hausa-Fulani wahrgenommen, welche die politische Macht in ihren Händen zentralisierte. Als das Militärregime die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen annullierte und der Wahlsieger Mashood Abiola, ein Muslim aus dem Südwesten Nigerias, nicht das Amt des Präsidenten ausüben konnte, kam es in weiten Teilen der Bevölkerung zu Protesten. Kritische Stimmen warfen der Militärregierung des Nordens vor, die politischen und wirtschaftlichen Interessen der nördlichen Eliten zu schützen und eine Machtverlagerung in Richtung Süden zu verhindern (vgl. Falola 2004: 160; Mustapha 2004: 259).

In der anschließenden Demokratisierungs-Bewegung nahmen vor allem die Yoruba aus dem Westen Nigerias eine tragende Rolle ein, die damit auch eine Neustrukturierung der politischen Kräfteverhältnisse zu Gunsten des Südens anstrebten. Die von etablierten Yoruba-Politikern gegründete *Alliance for Democracy* (AD) engagierte sich in den 1990er Jahren gegen das Regime Abachas und berief sich dabei auch auf die Ethnizität als kohäsives Element, wie es bereits bei der *Action Group* in den 1970er Jahren der Fall gewesen war: „Once again [...] Yoruba ethnicity found expression in the formation of a political

party.“ (Falola 2004: 161). Anhand der Yoruba zeigt sich jedoch auch deutlich, dass ethnische Gruppen keinesfalls einen homogenen Charakter aufweisen. Denn neben der AD entstanden im Umfeld der Yoruba auch Bewegungen im In- und Ausland, die sich für eine weitreichende Autonomie der Yoruba-Region bzw. für eine Abspaltung vom nigerianischen Staat einsetzten, um die Marginalisierung durch den politisch dominanten Norden zu beenden. Darüber hinaus entstand auch der *Oodua People's Congress* (OPC), eine Organisation, die sich einst für die Vereinigung und Autonomie der Yoruba einsetzte. Aufgrund von internen Meinungsverschiedenheiten im Kontext des Übergangsprogramms zur Demokratie kam es unter Führung Ganiyu Adams zur Abspaltung eines militanten Flügels des OPC. Diese neu formierte Gruppe, die eine Anti-Regierungs-Position einnimmt und durch die Integration krimineller Gruppierungen als eine Art Bürgerwehr agiert, nimmt eine antagonistische Position gegenüber moderateren Gruppierungen der Yoruba ein (vgl. Falola 2004: 160ff).

Der Ausgang der Wahlen im Jahr 1999, die mit Olusegun Obasanjo einen Präsidenten hervorbrachten, der die größere Unterstützungsbasis der unterschiedlichen ethnischen Gruppen für sich in Anspruch nehmen konnte, untermauerte die ethnisch-regionale Orientierung der WählerInnen. Mustapha (2004: 259) sieht dies wie folgt : „In both 1993 and 1999, the Hausa-Fulani in the northwest and the Yoruba in the southwest tended to concentrate their votes for those parties and candidates closely associated with their restrictive hegemonic blocs.“ Im Rahmen des anschließenden Reformkurses Obasanjos fand eine weitreichende Umstrukturierung des Militärs statt, was zur Folge hatte, dass ranghohe Militärs, die im alten Regime hohe Posten bekleidet hatten, aus ihren Ämtern entfernt wurden, wovon vor allem der Norden betroffen war. Obasanjo entschied sich, die frei gewordenen Posten nach dem Leistungsprinzip zu besetzen, was dazu führte, dass neues Personal aus dem Norden, nicht aber aus dem Umfeld der Hausa-Fulani, nachrückte. Auch im öffentlichen Dienst, ersetzte er das bisherige Personal, welches sich fast vollständig aus den dominanten ethnischen Gruppen rekrutierte, vielerorts auch durch Angehörige der ethnischen Minderheiten. Hinzu kam Obasanjos Versprechen, die außer Kontrolle geratene Vetternwirtschaft und die ausufernde Korruption zu bekämpfen und das Rechtssystem fairer zu gestalten. In der nigerianischen Bevölkerung fielen die Reaktionen auf das Reformprogramm sehr unterschiedlich aus. Denn einerseits war Obasanjos Vorgehen nicht mit den anderen ethnischen Gruppen abgesprochen und zweitens interpretierte jede Gruppe die Reformen in Bezug auf ihre eigenen politischen und ökonomischen Interessen (vgl. Mustapha 2004: 260f).

Die politischen Eliten der Hausa-Fulani warfen Obasanjo vor, er würde den politischen Einfluss des Nordens untergraben und speziell die Interessen seiner eigenen ethnischen Gruppe fördern: „Obasanjo was accused of implementing a ‘hidden agenda‘ of his Yoruba ethnic group to take over political power [...] this disaffection gained hold on northern society as violent sectarian confrontations increased in occurrence“. (Mustapha 2004: 261f) Die Igbo im Osten Nigerias kritisierten ihre andauernde Marginalisierung im politischen System, die sie seit dem Ende des Bürgerkrieges erfahren hatten. Trotz der weitreichenden Wahlunterstützung der Igbo, die Obasanjo dabei half, in sein Amt gewählt zu werden, fühlten diese sich nach wie vor stark benachteiligt. Dies zeigte sich etwa an der Kritik der Kabinettszusammenstellung Obasanjos, in deren Rahmen die Igbo keine wichtigen Ministerposten innehatten und auch im Militär keine Machtpositionen einnahmen: „The Igbo bloc increasingly see the Obasanjo presidency as the prize ‘won‘ by the Yoruba bloc for their tenacity and courage in the face of the ‘Hausa-Fulani‘ military state.“ (Mustapha 2004: 163) Die Eliten der Yoruba, waren in ihrer Einstellung gegenüber Obasanjo gespalten. Auf der einen Seite unterstützten sie seine Kandidatur, aber andererseits gab es auch starke Kritik an seiner Politik. Vor allem die Verweigerung eine *Sovereign National Conference* (SNC) zu organisieren, stieß auf Ablehnung und Unverständnis unter den Yoruba. Darüber hinaus sahen sie den Norden nach wie vor in einer dominanten Machtposition und die starren Strukturen des Zentralstaates wurden von den Yoruba als Hindernis für die Verwirklichung ihrer politischen Ziele, vor allem der regionalen Autonomie, interpretiert. Die ethnischen Minderheiten im Middle Belt und im Niger-Delta erfuhren durch die Demokratisierung keine nennenswerte Verbesserung ihrer Lage. Ihr politischer Einfluss im föderalen System war nach wie vor stark beschränkt und ihre ökonomische Situation blieb prekär: „They remain victims of a long-running neglect in the distribution of facilities, appointments and resources.“ (Mustapha 2004: 264) Die ethnischen Minderheiten setzten sich ebenfalls für die Organisation einer SNC ein, ihre politischen Motive unterschieden sich jedoch von denen der Yoruba. Während sich das Engagement der ethnischen Gruppen des *Middle Belt* vor allem gegen die Dominanz des Nordens richtete, mobilisierte sich die politische Opposition im Niger-Delta aufgrund der Marginalisierung, die sie durch die Zentralregierung erfuhren (vgl. Mustapha 2004: 260-264).

Neben den weit verbreiteten Vorwürfen an Präsident Obasanjo, dass er lediglich die Interessen der Yoruba vertrete (vgl. Mustapha 2009: 74), sorgte eine landesweite Kontroverse im

Kontext der Einführung des *Scharia-Rechts* im nördlichen Bundesstaat Zamfara im Jahr 2000 für landesweite Unruhen. Dem Beispiel Zamfaras folgten elf weitere Bundesstaaten des Nordens. Dabei versprach sich vor allem die arme ländliche Bevölkerung einen Neuanfang, die unter den bisherigen politischen Führern stark gelitten hatte. Die Hoffnung der Bevölkerung, die politischen Eliten würden sich selbst an das von ihnen eingeführte *Scharia-Gesetz* halten, ihre Verpflichtungen gegenüber unterprivilegierten Mitmenschen einhalten und somit die schlechten Lebensumstände der breiten Bevölkerung verbessern, wurden jedoch enttäuscht. Die *Scharia-Krise* und die damit verbundene Ausweitung der islamischen Gesetzgebung brachte große Probleme mit sich. „Besonders betroffen von gewaltsamen Konflikten waren in den Bundesstaaten des Nordens die Städte Kaduna und Kano (Niger State). Aber auch Jos (Plateau State) wurde seither immer wieder von schweren Unruhen und Konflikten zwischen ChristInnen und MuslimInnen erschüttert.“ (Grau 2011: 169) Die größten Verlierer der *Scharia-Krise* war vor allem die unterprivilegierte, arme Bevölkerung. Ihre Frustration und Enttäuschung war groß als sie erkannte, dass die politischen und wirtschaftlichen Eliten einer Verurteilung nach der Scharia durch Bestechung entgehen konnten. Die Politiker des Nordens benutzten die landesweite Debatte vielmehr für die Mobilisierung politischer Unterstützung in der Bevölkerung des Nordens, indem sie die anfänglichen Hoffnungen, welche die Menschen in die Einführung der Scharia setzten, ausnutzte. Diese Politisierung der Religion bewirkte jedoch eine weitreichende Polarisierung entlang religiöser Orientierung und sorgte vielerorts für ethnisch-religiös motivierte Gewalt zwischen und innerhalb der ethnischen Gruppen (vgl. Adigwe/Grau 2007: 98ff; Grau 2011: 168ff; Mustapha 2009: 75f). Ein prominentes Beispiel hierfür ist die islamische Sekte *Boko Haram*, die im Norden Nigerias und auch im Middle Belt immer wieder für gewaltsame Unruhen sorgt.⁵² Dabei richtet sich die Gruppierung gegen den säkularen Staat und gegen westliche Einflüsse, aber auch gegen die besagte Politisierung der *Scharia-Krise* durch die nördlichen Eliten (vgl. Adesoji 2010: 98ff).

Auf den ersten Blick ist im Kontext von *Boko Haram* keine offensichtliche Verbindung zum Konflikt im Niger-Delta zu erkennen. Doch meines Erachtens scheint es durchaus plausibel, dass die terroristische Bedrohung durch *Boko Haram*, die wahrscheinlich auch mit anderen

⁵² Die weitläufig gebräuchliche Bezeichnung *Boko Haram* bedeutet in Hausa soviel Verbot (Sünde) westlicher Bildung (Einflüsse). Die Gruppe selbst lehnt diese Bezeichnung ab und nennt sich selbst *Jama'atu Ahlus-Sunnah Lidda'Awati Jihad* bzw. *Sunnitische Vereinigung für die Verbreitung des Glaubens und für Jihad* (vgl. HRW 2012: iii).

terroristischen Organisationen vernetzt ist (vgl. Adesoji 2010: 101), Einfluss auf die nigerianische und auch internationale Sicherheitsstrategie im Kontext Nigerias ausübt. Der Staatsmacht zuwider handelnde Gruppierungen werden somit schnell unter dem Begriff des Terrorismus subsumiert, wovon auch die Widerstandsbewegungen im Süden Nigerias betroffen sind (vgl. Obi 2009c: 478). Durch diese Diskreditierung der legitimen Proteste der ethnischen Minderheiten im Niger-Delta fällt es dem nigerianischen Staat leichter gegen die *Terroristen* vorzugehen. Hinzu kommt, dass eine internationale Unterstützung im militärischen Bereich gegen terroristische Organisationen eine breitete Unterstützungsbasis generiert, als die gewaltvolle Repression politische Protestbewegungen, welche die Ungerechtigkeiten des politischen Systems kritisieren.

Die gescheiterte Forderung der ethnischen Minderheiten des *Middle Belt* und des Niger-Deltas sowie der Yoruba im Westen Nigerias, die politischen Machtverhältnisse im Rahmen einer SNC neu zu verhandeln, verdeutlichen die nach wie vor existierenden Differenzen in Bezug auf die zukünftigen Gestaltung des politischen Systems Nigerias. Die wesentlichen Streitpunkte, die im Rahmen der SNC verhandelt werden sollten, lesen sich wie folgt:

Specific areas for attention are revenue allocation, residual powers for the states, separate state police forces, as well as the need for states to have their own constitutions. Though the argument is frequently fought out on the terrain of federal-state relations, at real issue is the demand that the federation be re-organized to take account of its ethnic composition. (Mustapha 2004: 267)

Die Gruppen des Nordens standen diesem Vorhaben sehr kritisch gegenüber. Einerseits liefen sie Gefahr, die Einnahmen aus der Ölindustrie zu verlieren und andererseits verfestigte sich in weiten Teilen der politischen und akademischen Eliten des Nordens die Befürchtung einer Sezession der Yoruba-Gebiete. Somit lässt sich auch Obasanjos zögerndes Verhalten erklären. Anstelle einer SNC organisierte er im Jahr 2005 die *National Political Reforms Conference* (NPRC), in deren Rahmen eine Neustrukturierung des politischen Systems im Kontext der Demokratisierung diskutiert werden sollte. Nach einigen Monaten scheiterten die Verhandlungen zwischen den unterschiedlichen Interessenvertretern der ethno-regionalen Blöcke, da vor allem in der Streitfrage der Ressourcen-Kontrolle über das Öl des Niger-Deltas keine Einigung erzielt werden konnte. Die Forderung der Delegation aus dem Niger-Delta, die Einnahmenverteilung von 13 auf 25 Prozent zu erhöhen, stieß bei den restlichen Konferenzteilnehmern auf Ablehnung, woraufhin die Niger-Delta-Delegation die Konferenz aus Protest verließ (vgl. Mustapha 2004: 266ff; 2009: 85f; Obi/Rustad 2011a: 8f). Ukoha

Ukiwo (2011: 23) sieht in diesen Ereignissen ein Zeichen für eine wachsende Solidarität zwischen den ethnischen Minderheiten des Niger-Deltas:

The defining moment of unprecedented unity among Niger Delta social forces was the decision of Niger-Delta delegates to walk out of the NPRC [...] The aftermath of the botched conference enhanced the profile of Delta elites as trusted representatives after the turbulent 1990s, which witnessed the decapitation and banishment of some chiefs.

Vor dem Hintergrund der gescheiterten NPRC gilt es festzuhalten, dass die ethnischen Minderheiten nach wie vor wenig Einfluss auf die nationale Politik ausüben und dass die dominanten politischen Blöcke des Landes an der Verfügungsgewalt über die Erdöleinnahmen festhalten, die ihre monetäre Machtgrundlage und somit ihre politische Kontrolle aufrechterhält. Ethnizität auf nationaler Ebene agiert somit als Mechanismus der Verteilung von ökonomischen Ressourcen und politischen Einfluss im Kontext des *politischen Tribalismus*.

Bevor sich der Text wieder dem Niger-Delta zuwendet, erscheint es mir wichtig, an dieser Stelle kurz auf die inner-ethnischen Konflikte Nigerias einzugehen. Neben dem soeben thematisierten inter-ethnischen Konfliktpotential nehmen auch Streitfragen innerhalb der unterschiedlichen ethnischen Gruppen Nigerias eine prägende Rolle ein. Der Anspruch politischer Eliten, eine Art monolithischen ethnischen Interessensblock zu vertreten, stellt sich in der nigerianischen Realität als falsch heraus. So brach in den nördlichen Bundesstaaten eine interne Diskussion aus, die sich um das Verhältnis des so genannten *Core North* zu den südlicher gelegenen Bundesstaaten des Middle Belts dreht. Politiker des Nordens machten auf diese Weise Politik gegen die Bestimmungen Obasanjos und für die Interessen der Bundesstaaten, die sie als den *Core North* bezeichnen. Dieses Vorgehen stieß auch auf starke Kritik, exemplarisch nachzulesen in einem Beitrag von Moses Adah, erschienen in der nigerianischen Tageszeitung Vanguard:

Talking about the North, even the most backward mind will find it difficult to understand what they mean. Are Benue, Kogi, Plateau, Adamawa and Kwara states no longer part of the North? May be they mean that Christians of the North are not northerners. Or probably that when it comes to appointments some states in the North are not to be considered as being in the North [...] How come that in times of political campaigns and elections, the North is promoted as one incongruous whole but when it comes to appointments, the same people tell us that some people are more Northern than the others? (Vanguard, 24 Juni 1999 zit. nach Mustapha 2004: 271).

In den Staaten des *Middle Belt* stieß diese Polarisierung einerseits auf Ablehnung, verfolgen doch viele politischen Bewegungen wie das *Middle Belt Forum* ihre eigenen politischen Ziele und argumentieren auch gegen eine Inklusion der Region in den sogenannten Norden. Auf der anderen Seite existieren Organisationen wie das *Middle Belt Youth Consensus Forum*, dessen

Mitglieder sich nach wie vor als Einwohner des Nordens definieren und auch im *wahren Norden* gibt es politische Schlüsselfiguren, die den Interessen des *Middle Belt* Beachtung schenken. Auch innerhalb des *Core North* wird die Konstruktion eines einheitlichen ethnischen Hausa-Fulani-Blockes unterschiedlich wahrgenommen. Vor allem jüngere JournalistInnen kritisieren Obasanjos Diskreditierung durch die politischen Eliten, welche sie als bloße Verfolgung der Eigeninteressen der elitären Gesellschaftsschichten des Nordens interpretieren. Eben diese Eliten, die in weiten Teilen der nigerianischen Geschichte die Politik des Landes dominierten, ignorierten während ihrer Herrschaft die Bedürfnisse der weitgehend armen Bevölkerung, auf deren Kosten sie sich und ihr direktes Umfeld bereicherten. Unter diesen Umständen erschien es der Mehrheit der nördlichen Bevölkerung paradox, dass diese politische Eliten nun behaupteten, sich für die Interessen und Bedürfnisse der einfachen BürgerInnen einzusetzen (vgl. Mustapha 2004: 271f).

Auch im Falle der Igbo und der Yoruba fanden ähnliche Diskussionen statt. Im Umfeld der Igbo drehte sich die Debatte um die Ursachen ihrer Marginalisierung innerhalb des nigerianischen Zentralstaates, während sich bei den Yoruba unterschiedliche Interessensgruppen heraus kristallisierten. Dabei handelt es sich um den so genannten *Yoruba Mainstream* aus dem Umfeld politischer Parteien wie der *Alliance for Democracy* und Organisationen wie dem *Oodua People's Congress*, der sich wiederum aus unterschiedlichen Interessensgruppen zusammensetzt. Auf der anderen Seite steht eine kleine Gruppe, die Obasanjos Regierungspartei PDP nahe steht, und sich für eine inklusive nationale Politik engagiert und im Gegensatz zum so genannten *Mainstream* nicht das Ziel einer SNC verfolgt (vgl. Mustapha 2004: 272f).

In den Regionen der ethnischen Minderheiten und vor allem im Niger-Delta existiert ebenfalls inner-ethnisches Konfliktpotential, das bereits in Kapitel 5.2.2.2. angeschnitten und im weiteren Verlauf der Arbeit näher behandelt wird. Dieser kurze Überblick der Streitfragen innerhalb der unterschiedlichen ethnischen Gruppen verdeutlicht klar deren innere Heterogenität. In Hinblick auf die internen Konflikte der *Identitäts-Konstruktionen* wie *Yoruba* oder *Igbo* macht es wenig Sinn, von homogenen Interessensblöcken auszugehen. Stattdessen existieren einander überlagernde Forderungen und Gegenforderungen, die im Rahmen der *moralischen Ethnizität* stetig verhandelt werden (vgl. Mustapha 2004: 273).

6.2. Ethnizität im Niger-Delta

Die besagte innere Heterogenität der ethnischen Gruppen, erkennbar an der *moralischen Ethnizität*, spielt auch im Kontext der sozialen Bewegungen des Niger-Deltas eine wichtige Rolle, was sich bei einer näheren Betrachtung der Widerstandsgruppierungen zeigt.

Innerhalb der ethnischen Minderheiten des Niger-Deltas kam es aufgrund der Struktur- anpassungsprogramme (SAP) in den 1980er Jahren zu grundsätzlichen Veränderungen hinsichtlich der Führung und der Verhandlung von politischen Zielen. Cyril Obi (vgl. 2001: 46f) sieht neben der Legitimitätskrise des autoritären nigerianischen Staates in den 1990er Jahren vor allem die ökonomischen Auswirkungen der SAP als mitverantwortlich für die Zunahme ethnisierte Politik in Nigeria und speziell im Niger-Delta. Für ihn kam es aufgrund der wirtschaftlichen Polarisierung innerhalb der nigerianischen Bevölkerung zu einer Überlagerung von Ethnizität und Klassenbewusstsein. Neben den immer größer werdenden Klassenunterschieden, die durch die wirtschaftlichen Reformen der SAP intensiviert wurden, nahmen die verschiedenen ethnischen Identitäten einen zunehmend kompetitiven und konfliktiven Charakter an. Kämpfe um Ressourcen, politische Macht und lokale Autonomie orientierten sich vermehrt an ethnischen, kommunalen und ethno-religiösen Faktoren. Diese Entwicklung erfasste ganz Nigeria, doch im Niger-Delta ist sie besonders ausgeprägt:

[I]t could be seen that ethnic identity politics in Nigeria under crisis and adjustment was soaked in rising ethnicity, tension, violence and conflict. This trend though found in all parts of Nigeria, was most concentrated and sustained in the volatile and oil-rich Niger-Delta [...] The frequency and intensity of conflict in the delta and the prominent profile of the state/oil multinationals versus the people dimension of the struggle captures the changing forms of ethnic identity politics [...]. (Obi 2001: 50f)

Wichtig hierbei ist die Erkenntnis, dass diese Auseinandersetzungen nicht nur eine regressive Entwicklung nach sich ziehen; in diesem Sinne meint Obi (2001: 46): „, I[t] was not in all instances that ethnic conflict amounted to a regressive process [...] In some instances, ethnic identity politics has been transformed through a process of renewal into a quest for social justice and local autonomy in ways that can promote a democratic project.“

Meines Erachtens spiegeln viele der sozialen Bewegungen des Niger-Deltas diese Entwicklung der Erneuerung wieder, richtet sich ihr Engagement doch gegen ihre mannigfache Marginalisierung und die Zerstörung ihrer Lebenswelt. Die Mobilisierung der BewohnerInnen des Niger-Deltas, basierend auf der Identifikation mit ihrer ethnischen Herkunft, wie sie etwa Ken Saro-Wiwa praktiziert hatte, fungiert dabei als Instrument,

welches die erfahrene Ausbeutung und Ausgrenzung als kohäsives Merkmal einsetzt, um damit die Ansprüche auf Selbstbestimmung zu unterstreichen. Die ethnische Identität bzw. die Ethnizität wirkt somit als eine Art Überlebensmechanismus und *Interessens-Marker*, der sich in Opposition zum nigerianischen Staat und den Ölkonzernen, aber auch gegen andere ethnische Gruppen des Niger-Deltas positioniert. Neben der zunehmenden Relevanz der *ethnischen Identitäten-Politik* für die politischen Eliten Nigerias in den 1990er Jahren fand auch in der Zivilbevölkerung ein Umdenken statt. Die Führung der politischen Eliten wurde nicht länger stillschweigend akzeptiert, zusehends hinterfragt, an ihrem Nutzen für die breite Bevölkerung gemessen und gegebenenfalls auch von alternativen Führungspersonlichkeiten herausgefordert. Somit kam es zu einer Neuverhandlung von sozialer Verantwortung, Zuständigkeiten und Rechten innerhalb der ethnischen Gruppen des Niger-Deltas. Auf diese Weise entstanden viele der sozialen Bewegungen der Region, die sich auf die gemeinsame ethnische Identität berufen, und in einem Prozess der *Revolution von Unten* die bestehenden politischen Strukturen herausfordern und neu verhandeln (vgl. Obi 2001: 49ff).

Ein passendes Beispiel für diese Entwicklung ist die Entstehung der OBR, welche auf allen Ebenen der Ogoni-Gesellschaft diskutiert und erarbeitet wurde und somit den Prozess *von Unten* in Gang setzte. Dieser Vorgang markiert eine klare Abkehr von der Arbeitsweise früherer Organisationen ethnischer Minderheiten, welche lediglich die Interessen kleiner elitärer Kreise vertreten hatten, die sich in der Regel um den Zugang zu Ressourcen im Kontext des neopatrimonialen Staates drehten. Um eine breite Anerkennung für die Ziele der Ressourcenkontrolle und der nationalen Eigenständigkeit zu generieren, unterzeichneten neben den Führungspersonlichkeiten des MOSOP alle fünf Oberhäupter der Ogoni-Königtümer (Babbe, Gokanna, Ken-Khana, Nyo-Khanna und Tai) die Deklaration. Um der Agenda des MOSOP sichtbaren Ausdruck zu verleihen, entwarf die Bewegung eine eigene Nationalflagge und -hymne (siehe Abbildung 3 im Anhang). Darüber hinaus verdeutlicht das MOSOP nicht nur die Erneuerung der *moralischen Ethnizität* innerhalb der Ogoni, sondern auch die Bedeutung der Konstruktion kollektiver indigener Symbole und Metaphern für die Mobilisierung innerhalb der Bewegung (vgl. Obi 2001: 71).⁵³

Nicht nur bei den Ogoni nimmt die ethnisierte Politik und die Betonung gemeinsamer kultureller Symbole und Praktiken eine wichtige Rolle für die Mobilisierung des Wider-

⁵³ Die Details dieses Prozesses wurden bereits in Kapitel 5.1. näher erläutert.

standes ein. Im Umfeld der Ijo, der größten ethnischen Gruppe im Niger-Delta, spielen traditionelle Glaubenssysteme hinsichtlich der Mobilisierung, Legitimierung und Kohäsion der Widerstandsbewegungen eine wichtige Rolle. Auf den folgenden Seiten dienen die Ijo als Beispiel für drei unterschiedliche Phänomene, welche den Einfluss und die Relevanz der Ethnizität für den Konflikt im Niger-Delta verdeutlichen.

Erstens lässt sich anhand des Einflusses, den afrikanische Gottheiten wie z.B. Egbesu und Ogele auf die Entstehung militanter Widerstandsgruppierungen ausüben, erkennen, dass sich viele Bewegungen für die Mobilisierung der Konstruktion einer bestimmten ethnischen Identität bedienen, die sich auf bestimmte kulturelle Praktiken und Wertsysteme beruft.

Zweitens geben die sich wandelnden Hierarchien innerhalb der unterschiedlichen Gruppen Auskunft über die Heterogenität der ethnischen Gruppen und die sich verändernden Motivationen, Legitimationsgrundlagen und Ziele der sozialen Bewegungen des Niger-Deltas. Kurz ausgedrückt offenbart sich somit die Neustrukturierung der *moralischen Ethnizität* und des *politischen Tribalismus* im Kontext des Konfliktes.

Drittens gehe ich näher auf die so genannten ethno-politischen Konflikte im Niger-Delta ein. Am Beispiel des Warri-Konfliktes werde ich aufzeigen, dass ethno-politische Konflikte bei einer genaueren Betrachtung nicht nur die involvierten Konfliktakteure sichtbar machen, sondern auch den realen Charakter der Auseinandersetzungen, deren Ursprünge nicht ethnischer Natur sind.

6.2.1. Mobilisierung durch die Konstruktion gemeinsamer Identitäten

Die theoretischen Überlegungen zu Anfang der Diplomarbeit zeigen, dass ethnische Identität die Entstehung sozialer Bewegungen beeinflusst und auch im Kontext der Ethnizität von zentraler Bedeutung ist. Wird Identität als ein kollektives Phänomen wahrgenommen, konstruiert sie eine grundlegende und aus ihr resultierende Gleichheit der Mitglieder innerhalb der jeweiligen Gruppe. Diese Gleichheit findet ihren Ausdruck in Solidarität, in gemeinsamer Gesinnung und Bewusstsein sowie in kollektiven Handlungen. Theoretische Ansätze, die sich mit neuen sozialen Bewegungen auseinandersetzen, sehen in der Identität das Produkt kollektiver politischer und sozialer Handlungsformen:

Understood as a product of social or political action, identity is invoked to highlight the processual, interactive development of the kind of collective self-understanding, solidarity, or groupness that can make collective action possible [...] identity is understood booth as a

contingent product of social or political action and as a ground or basis of further action.
(Cooper 2005: 65)

In Barths Ethnizitätskonzept (1998b) beinhaltet der Konstruktionsprozess von Identität komplexe Organisationsformen von Verhaltensweisen, sozialen Beziehungen und Zuschreibungen, wobei letztere die Entstehung von Dichotomien im Sinne eines *Wir* und eines *Anderen* zur Folge haben können. Diese theoretischen Annahmen lassen sich anhand des Einflusses nachvollziehen, den *traditionelle* Glaubensvorstellungen für den Widerstand der Ijo einnehmen. So berufen sich zahlreiche Widerstandsbewegungen der Ijo auf indigene Symbolik und afrikanische Glaubensformen, um kollektive Identitäten zu formen, Mitglieder zu mobilisieren, eine gemeinsame Handlungsgrundlage zu schaffen und ihre Aktionen bei der lokalen Bevölkerung zu legitimieren.

Die Wiederbelebung der pan-Ijo-Bewegung, die durch das Scheitern Isaac Boros ins Stocken geraten war, ging anfangs von den Mitgliedern des INC aus. Doch bald übernahm das IYC die Vorreiterrolle dieser Entwicklung. Obi (2001: 71) beschreibt dies folgendermaßen : „[T]he Ijaw Youth Council [...], have taken over the process at community level drawing on indigenous idioms to empower their struggle locally.“ Organisationen, die aus dem Umfeld des IYC stammen, unter anderem die *Niger Delta Vigilante Force*, das MEND oder die *Egbesu Boys of Africa* (EBA), sind dabei die Hauptakteure dieser Entwicklung (vgl. Obi 2001: 71f). Der Name der EBA gibt bereits Auskunft über die Art und Weise der Verwendung traditioneller kultureller Praktiken und Glaubensvorstellungen. Egbesu repräsentiert bei den Ijo den Gott des Krieges und der Gerechtigkeit, welcher bereits bei der Mobilisierung von Widerstand gegen die britische Kolonialmacht eine wichtige Rolle gespielt hatte (vgl. Anugwom 2011: 6). So erscheint es plausibel, dass sich die Milizen in ihrem Kampf gegen die Regierung und die Ölkonzerne auf dessen spirituelle Unterstützung berufen.⁵⁴ Vor dem Hintergrund der enormen Ungleichheit der kolonialen und postkolonialen Entwicklung des nigerianischen Nationalstaates und der andauernden Marginalisierung der ethnischen Gruppen des Niger-Deltas kam es zur Renaissance okkulten Praktiken und indigener Glaubensvorstellungen: „[T]heir perception of injustice and socio-political marginalization of themselves by the government may not only make the occult thrive but also facilitate its reinvention and the glorification of the gods and deities as the essence of justice, fair play and survival.“ (Anugwom 2011: 11). Am Beispiel der Ijo zeigt sich auch, dass religiöse Glaubens-

⁵⁴ Ähnlich wie bei den Ogoni sorgt dieser Bezug auf die gemeinsame Geschichte des Widerstandes gegen den Kolonialismus für eine Stärkung der Gruppenzugehörigkeit.

praktiken auf einem Synkretismus beruhen, in dessen Kontext afrikanische Religionen mit dem Christentum verschmelzen. Jedoch sind es vor allem die in der Regel jungen männlichen Mitglieder der unterschiedlichen Organisationen, die ihre Widerstandskraft durch die spirituelle Unterstützung der Gottheit Egbesu nähren.⁵⁵

In den traditionellen Religionen des Niger-Deltas, die auch als Animismus bezeichnet werden, besteht eine enge spirituelle Verbindung zwischen den Menschen und der Natur. Diese Verbindung wurde durch das Eingreifen der Ölindustrie in die Natur stark beeinträchtigt, da die Firmen nicht nur in heilige Gewässer eindringen, sondern auch totemistische Tiere wie Alligatoren, Leguane und Pythons getötet werden. Diese religiösen Grausamkeiten stellen neben der weitreichenden Benachteiligung der Bevölkerung einen nicht unwesentlichen Grund für den zunehmenden Widerstand der Jugend-Bewegungen dar, die sich ja verstärkt auf traditionelle afrikanische Religion beziehen (vgl. Anugwom 2011: 4).

Ein Grund für die zunehmende Bedeutung des Gottes Egbesu stellen vor allem die Initiationsriten dar, in deren Rahmen eine Akkulturation bzw. die Aufnahme neuer Mitglieder in die Gruppe sowie die Vermittlung von Rechten und Pflichten erfolgen. Ethnologische Arbeiten sehen in rituellen Handlungen nicht nur ein Mittel der sozialen Integration einzelner Individuen in eine Gruppe, sondern auch einen Weg, individuelle und kollektive Krisensituationen zu meistern (vgl. Förster 2004: 524f), was auch im Niger-Delta zu beobachten ist. Als Reaktion auf die physische Bedrohung des Militärs manifestierte sich bei den Widerstandsgruppierungen der Glaube, dass sie durch die Huldigung des Gottes Egbesu übernatürliche Fähigkeiten erlangen würden: dazu zählen zum Beispiel Unsichtbarkeit, kugelsichere Haut oder die Fähigkeit, beliebig lange ohne Sauerstoff unter Wasser überleben zu können. Die Tatsache des geringen Erfolges der staatlichen und privaten Sicherheitskräfte, Widerstandsgruppierungen wie die EBA zu bekämpfen, bekräftigt den Glauben an die Wirksamkeit der Rituale. Durch den gemeinsamen Glauben an Egbesu und die geteilten Erfahrungen bei der Initiation wird die Gruppenzugehörigkeit (im Sinne Brubakers 2002) und die Solidarität innerhalb der Bewegungen gestärkt. Aufgrund einer weitreichenden Geheimhaltung der religiösen Handlungen kommt es zu einer Mystifizierung des *Egbesu-Glaubens*, was den Initiierten den Anschein vermittelt, übernatürliche Fähigkeiten, Wissen

⁵⁵ Bei Frauen, Kindern und der älteren männlichen Bevölkerung dominiert vor allem das Christentum. Wenn man sich jedoch die Statistik vor Augen führt, dass 90 Prozent der Ijo laut eigener Angabe dem Christentum angehören, ist davon auszugehen, dass gegenwärtige Glaubenspraktiken im Niger-Delta auf einem weit verbreiteten Synkretismus beruhen.

und Weisheit zu besitzen. Je höher der Grad der Geheimhaltung und Mystifizierung ausfällt, desto mächtiger ist der Einfluss des Gottes Egbesu in der lokalen Vorstellung. Darüber hinaus dient die Geheimhaltung auch der Trennung zwischen der Welt der Okkulte und der Welt der Lebenden, die im Glaube der Ijo in Wechselwirkung zueinander stehen (vgl. Anugwom 2011: 13ff).

Afrikanische traditionelle Religionen (ATR) sind jedoch nicht nur für die Jugendlichen des Niger-Deltas von Bedeutung. Der Glaube an Egbesu ist in allen Altersgruppen und Gesellschaftsschichten der Ijo verbreitet und besitzt eine hohe gesellschaftliche Relevanz und Anerkennung. Die Verbindung zwischen den Milizen und Egbesu verleiht den Jugendlichen nicht nur scheinbar übernatürliche Fähigkeiten, sondern sie legitimiert auch deren Handlungen in weiten Teilen der Bevölkerung:

Therefore the alliance of the youth to the Egbesu deity can be explained by [...] the fact that such belief is seen as a route to acquiring broad-based community support for resistance or insurgence. It is only through this that they can claim or appropriate the support for the community. In other words, the supernatural endorsement of the gods or other spiritual beings generates a mandate approved by the community. (Anugwom 2011: 16)

Darüber hinaus agiert Egbesu als identitätsstiftendes Symbol für die Widerstandsbewegungen, das die Gruppenhaftigkeit der Mitglieder stärkt und in ihrer konträren Position gegenüber Staat und Ölindustrie vereint (vgl. Gore/Pratten 2003: 233). Diese Identitätskonstruktion bedient sich kohäsiver Mittel, um die Gruppenzugehörigkeit innerhalb der Bewegungen zu stärken und auch Außenstehenden eine Identifikation mit den Widerstandsbewegungen und deren Prinzipien und Zielen zu ermöglichen. Die spezifische kulturelle Bedeutung und Anerkennung des Gottes Egbesu quer durch alle Gesellschaftsschichten ist dabei ein wichtiger Bestandteil dieser Konstruktion. Ebenso relevant erscheint auch die Diskrepanz zwischen den Versprechen der sogenannten Moderne, wie z.B. Gleichheit und Wohlstand, und der Realität in Nigeria, in der nur eine kleine Elite eben diese Privilegien in Anspruch nehmen kann. Die Zunahme okkultur Praktiken und die Wiedererstarkung afrikanischer Religionen im Kontext des Widerstandes der ethnischen Gruppen im Niger-Delta wird von zahlreichen AutorInnen als Ergebnis dieses Spannungsverhältnisses zwischen dem Ideal der Moderne und dem Status quo im Niger-Delta gedeutet (vgl. Anugwom 2011: 17; Ifeka 2006: 721f).

Neben diesen Faktoren hat vor allem auch die historische Komponente Egbesus einen Einfluss auf die Identitätskonstruktion der Widerstandsbewegungen. So schreiben Gore und Pratten (2003: 233): „[I]t is in its claim to a precolonial trajectory that rights of ownership

over land and resources are defined in opposition to the colonial and subsequent nation state, and these provide a key context for situating counter-narratives to economic marginalization and environmental exploitation.“ Doch nicht nur der Verweis auf den antikolonialen Kampf der Ijo im 19. Jahrhundert hat eine kohäsive Wirkung, sondern auch die Verehrung von Märtyrern und Ikonen des Widerstandes im Niger-Delta. Im Umfeld der Ijo ist es vor allem Isaac Boro, der für seinen gescheiterten Versuch der Etablierung einer Niger-Delta Republik im Jahre 1966 und für sein Engagement an der Seite der Föderation im Bürgerkrieg Berühmtheit erlangt hatte, der von den Menschen verehrt wird. Die Ideale, für die er kämpfte, vor allem für die Befreiung der Ijo aus der Unterdrückung im nigerianischen Nationalstaat, die Gründung einer Ijo-Republik und die Rückgewinnung der Ressourcen-Kontrolle, erfuhren durch die junge Generation eine Wiederbelebung. Diese gemeinsame Erinnerung des Ijo-Widerstandes und -Nationalismus stellt für die Bewegungen ein wirksames Mittel der Mobilisierung weiter Teile der Bevölkerung dar. Die Verehrung von *Märtyrern* ist nicht nur bei den Ijo eine gängige Praxis, sondern auch im Umfeld anderer ethnischer Minderheiten. So erfährt ein gewisser Paul Birabi bei den Ogoni eine ähnliche Verehrung wie Isaac Boro bei den Ijo (vgl. Obi 2001: 72f).

Birabi gilt in der Geschichte der Ogoni als erster Universitätsabsolvent, der sich Zeit seines Lebens nicht nur für die Bildung seines Volkes engagierte, sondern auch eine steile politische Karriere im kolonialen Nigeria vorweisen konnte. Während der Kolonialzeit war Birabi Abgeordneter im Unterhaus der Ostregion, später erhielt er ein Mandat im nationalen Repräsentantenhauses in Lagos. Er war auch Teil der Delegation, die an der nigerianischen Verfassungskonferenz in London im Jahre 1953 teilnahm. Nach seiner Rückkehr nach Nigeria starb Birabi überraschend. Birabi, der von seinen Mitmenschen sehr hoch geschätzt wurde, gilt als einer der Gründerväter des modernen Ogoni-Nationalismus. Ken Saro-Wiwas Anerkennung von Birabis Lebenswerk offenbart sich in seinem Gefängnistagebuch⁵⁶: „Paul Birabi [bedeutete] für die Ogoni unendlich viel [...] Er wurde von den Ogoni innig geliebt, und sein früher Tod warf sie in ihrer gesellschaftlichen und politischen Entwicklung um Jahre zurück. Er hinterließ eine Lücke, die auf lange Zeit hinaus nicht geschlossen werden konnte.“ (Saro-Wiwa 1996: 43). Nach seinem Tod wurden Maßnahmen getroffen, um Birabis kulturelles und politisches Erbe zu würdigen und zu bewahren. Schulen und Straßen wurden

⁵⁶ Nach seinem Tod wurde Ken Saro-Wiwa ebenfalls zum Volkshelden der Ogoni und zu einem Märtyrer für den Widerstand im Niger-Delta, über die Grenzen der ethnischen Zugehörigkeit hinweg. In gewisser Weise schloss Ken Saro-Wiwa die Lücke, die Paul Birabi hinterlassen hatte.

nach ihm benannt und im Rahmen der großen Kundgebung des MOSOP am 4. Januar 1993 wurde in einem symbolischen Akt auch Birabis Grabstätte besucht. Für die Ogoni und das MOSOP nimmt die Erinnerung an Birabi eine wichtige Rolle für das kulturelle Leben und den gesellschaftlichen Zusammenhalt ein. Auch Obi (2001: 73) betont seine Bedeutung für die Ogoni: „His name and memory were often invoked in the cause of the Ogoni solidarity, and MOSOP construction of the Ogoni nation committed to the survival of the Ogoni as a distinct people.“

Für Anugwom (2011: 18) verdeutlicht das Beispiel Egbesu den Einfluss, den afrikanische Religionen auf die Identitätskonstruktionen der ethnischen Minderheiten des Niger-Deltas ausüben. Über Egbesus Rolle als Kriegsgott hinaus fungiert er als eine Art Sammelpunkt kultureller Solidarität und Projektionsfläche bzw. Repräsentant einer erstrebenswerten Gesellschaft ohne Umweltzerstörung, Ausbeutung und Ungleichheit. Egbesu wird somit zum spirituellen und symbolischen Inbegriff des Verlangens nach einer freien und selbstbestimmten Existenz aller Ijo. Die intensive Gewaltausübung im Kontext des Egbesu-Kultes ist für Anugwom Ausdruck der Sehnsucht nach mehr politischer Selbstkontrolle der Ijo, wie in der vorkolonialen Ära, in der Fragen der Verteilung von Ressourcen, die Besitzverhältnisse und die Nutzungsrechte von Land durch lokale Eigenheiten und Praktiken geregelt wurden, die Ausdruck der spezifischen Kultur der Ijo waren.

Neben den Aktionen der Milizen, die sich gegen den Staat und die Ölkonzerne richten, agieren sie innerhalb ihrer Gemeinden als eine Art Bürgerwehr, welche die BewohnerInnen vor Angriffen und kriminellen Übergriffen schützt. Die von Egbesu bestimmten Bewegungen und die zivile Bevölkerung formen auf diese Weise eine Art der Gemeinschaft, in der Zuständigkeiten und Verantwortungen verhandelt werden. In diesem Sinne argumentieren Gore und Pratten (2003: 234): „Egbesu constructs a moral community with the physical and spiritual security that this entails, and hence it determines when there is just cause to use force for Egbesu for ‘the good and protection of the community‘.“ Auf diese Weise erfolgt eine Verteilung der Zuständigkeiten (z.B. Schutz und Unterstützung) innerhalb der ethnischen Gruppe, auf die ich im folgenden Kapitel näher eingehen werde. Die Identifikationen mit Egbesu und die daraus resultierende Gruppenzugehörigkeit schafft auch so etwas wie *ethnische Grenzen*, in deren Inneren sich die Gesellschaften der Ijo durch den Bezug auf vorkoloniale afrikanische Gottheiten und die daraus resultierenden Weltbilder konstituieren.

Somit ergibt sich ein Selbstverständnis der Ijo, das eine starke Ablehnung gegenüber dem nigerianischen Staat und den Ölkonzernen beinhaltet (vgl. Anugwom 2011: 21; Ifeka 2006).

In diesem Kontext ist es wichtig zu erkennen, dass die Renaissance traditioneller afrikanischer Religionen und okkulten Praktiken nicht auf dem Gegensatz zwischen den Versprechen der *Moderne* und dem problematischen Status quo im Niger-Delta gründet. So schreibt Anugwom (2011: 22): „[T]he expansion of the occult is not a contradiction of modernity but in fact an outcome of it. In this sense, modernity has privileged the mutation of the occult and its subsequent deployment as a generalized tool of response for marginalized groups.“ Die Ijo, die in einer immer lebensfeindlicheren Umwelt zurecht kommen müssen, suchen und finden Schutz und Kraft in ihren traditionellen Glaubensformen, um somit ihrer schlechten Lebenssituation erfolgreich entgegen zu wirken (vgl. Anugwom 2011: 22). Der Bezug auf Egbesu und andere indigene Gottheiten stellt dabei einen wichtigen Bezugspunkt für die Gruppenzugehörigkeit der Widerstandsbewegungen dar.⁵⁷ Einerseits ist der religiöse Bezug eine Möglichkeit der Identifikation mit den Milizen und der Schaffung von Gemeinsamkeiten innerhalb der Gruppe, andererseits verschafft er ihnen auch die Anerkennung der zivilen Bevölkerung, denn auch hier findet eine starke Identifizierung mit Egbesu statt, verkörpert er doch die Vorstellungen von einer gerechteren Existenz und der Rückkehr zu einer selbstbestimmten Gesellschaft. Für Obi (2001: 72) stellt die Rückkehr und Betonung kulturellen Eigenschaften und auch die damit verbundenen ethnisierte Politik ein wirksames Mittel der Mobilisierung gegen die aktuelle Marginalisierung der ethnischen Minderheiten im Niger-Delta dar: „Elements of folklore, myth, drama, philosophy and history, are undergoing transformation and re-interpretation as modalities for galvanizing the people to shake off any lethargy, and stand up to fight for the survival of their ethnic ‚nation‘.“ Der Prozess der Identifikation mit den Widerstandsgruppen, basierend auf gemeinsamen kulturellen Praktiken und Glaubensvorstellungen, ist ein zentraler Aspekt der Entstehung und Mobilisierung der sozialen Bewegungen im Niger-Delta. Dieser Vorgang gibt auch Auskunft über die Relevanz der Ethnizität für den Konflikt. Gleiches gilt auch für die sich wandelnden Hierarchien im gesellschaftlichen Zusammenleben der ethnischen Gruppen, einem Prozess der im nächsten Kapitel thematisiert wird.

⁵⁷ Neben Egbesu wird zum Beispiel auch die Gottheit Ogele von den Menschen verehrt und zur Mobilisierung des Widerstandes eingesetzt: „Ogele [...] is the traditional celebration of life and solidarity in Ijaw tradition, using dance, procession and song [...] It has been deployed in mobilising the people at the grassroots in the delta, and holding mass peaceful demonstrations against the government: federal and state; and the oil companies.“ (Obi 2001: 72)

6.2.2. Wandel der Hierarchien im Niger-Delta: Zum wachsenden Einfluss der jungen Generation

Ein wesentlicher Konfliktfaktor, dem seit der Militarisierung des Niger-Deltas in den 1990er Jahren eine zunehmende Bedeutung zukommt, ist der wachsende politische Einfluss der jungen Generation, der durch die desaströsen Auswirkungen der SAP der 1980er Jahre und den Autoritarismus der Militärregierungen an Intensität gewonnen hatte. Organisiert in Bewegungen wie dem MEND stellen diese Akteure nicht nur die Politik des nigerianischen Staates, sondern auch die lokalen politischen Strukturen im Niger-Delta in Frage. Wie bereits thematisiert, ging mit der wachsenden Bedeutung dieser Gruppierungen auch eine steigende Gewaltintensität einher, die als Reaktion auf die massive Repression durch den Staat mehr und mehr militante Züge annimmt (vgl. Watts 2007: 640, 652f).

Dieses gesellschaftliche Phänomen lässt sich anhand der Entwicklung des MOSOP und des IYC in den 1990er Jahre nachzeichnen. Beide Beispiele geben darüber hinaus auch Auskunft über den Wandel und die Neuverhandlung der Ethnizität im Kontext des Konflikts. Im Zuge der sich verändernden Organisationsstruktur der sozialen Bewegungen, die vermehrt durch die *grassroots*-Ebene getragen wurden und somit eine Art der Revolution *von Unten* darstellen, nahm auch der Einfluss der jungen Generation auf den Protest und Widerstand im Niger-Delta zu. Wie sich anhand der Ogoni zeigt, entstanden die ideologischen Grundlagen des Widerstandes in Form des Ogoni-Nationalismus jedoch nicht an der Basis, sondern in den elitären Clubs und Vereinen in den 1950er und 60er Jahren.⁵⁸ Die *Ogoni Central Union* war in den 1980er Jahren maßgeblich an der Entstehung der OBR beteiligt und auch die Idee zur Gründung des MOSOP entstand durch Mitglieder der beiden Eliten-Vereinigungen *Ogoni Klub* und *Kagote Club*. Deren Mitglieder stellten auch die Vertreter des Lenkungsausschusses und des Führungskomitees des MOSOP, doch die entscheidende Arbeit an der Basis wurde vor allem von den Jugendlichen übernommen und erst durch ihr Zutun fand eine erfolgreiche Mobilisierung der Basis statt. Sie verankerten die OBR im Bewusstsein der Bevölkerung und stärkten somit den Glauben an die Möglichkeit von Autonomie und Ressourcen-Kontrolle (vgl. Obi 2001: 75).

Bei seiner Entstehung stellte das MOSOP jedoch keine homogene Interessengemeinschaft dar, sondern eher eine Art Dachverband unterschiedlichster Ogoni-Interessen, was sich auch

⁵⁸ Dabei handelte es sich zum Beispiel um die *Ogoni Central Union*, die *Ogoni State Representation Assembly* und die *Ogoni Divisional Union* (vgl. Obi 2001: 75).

in der Vielzahl der beteiligten Organisationen widerspiegelte.⁵⁹ Michael Watts (2004: 69) spricht sogar von einer inneren Spaltung der Ogoni zu Beginn der 1990er Jahre:

In spite of the remarkable history of MOSOP between 1990 and 1996, its ability to represent itself as a unified pan-Ogoni organization remained an open question. There is no pan-Ogoni myth of origin [...], and a number of the Ogoni subgroups (clans) engender stronger local loyalties than any affiliation to Ogoni 'nationalism' [...] The movement dramatically unravelled along class, gender, generational and clan lines.

Die tiefen Gräben, die sich durch das MOSOP zogen, konnten jedoch nichts an der breiten gesellschaftlichen Zustimmung ändern, welche die Ziele und Forderungen der OBR bei allen gesellschaftlichen Schichten der Ogoni hervorrief. Für die unter der Militärdiktatur weitgehend mundtot gemachte Bevölkerung stellte das MOSOP eine Möglichkeit dar, ihren existentiellen Problemen Ausdruck zu verleihen und eine Form der politischen Einflussnahme auszuüben. Die Elite der Ogoni sah in der Bewegung hingegen die Möglichkeit, ihre eigene Agenda auf einer wirkungsvolleren Plattform zu präsentieren und durchzusetzen. Die Popularisierung der politischen Ziele und Forderungen jenseits der besagten Organisationen erfolgte bei den Ogoni (*National Youth Council of Ogoni People* kurz NYCOP) und den Ijo (IYC) vor allem durch die Jugendorganisationen, die somit ihren gesellschaftlichen Einfluss stetig vergrößerten: „[Y]outh played very critical roles in defining the struggles in new national and social terms, organised and mobilised the people for action, thus effectively controlling the social agenda for change at the grassroots.“ (Obi 2001: 76). Durch die Organisation von Protestmärschen, Demonstrationen und Widerstandsaktionen (z.B. das Besetzen von Förderanlagen der Ölindustrie) stellten die Jugendorganisationen ihre Führungsfähigkeiten unter Beweis und boten sich der Bevölkerung als radikalere Führungsalternative an. Diese Entwicklung forderte die Stellung der machthabenden, konspirierenden Eliten und der traditionellen Autoritäten heraus, die durch zahlreiche Exzesse, ihren Opportunismus und ihre Gier bei der Bevölkerung ohnehin zunehmend in Verruf geriet (vgl. Obi 2001: 75f; Watts 2004: 70; Watts 2007: 640).

Im Falle des MOSOP zog diese Machtverlagerung eine kritische Entwicklung nach sich, welche letztendlich zur Hinrichtung der *Ogoni Nine* und den bereits thematisierten Folgen für den Konflikt im Niger-Delta geführt hatte. Im Zuge der Popularisierung des MOSOP durch das NYCOP verfestigte sich bei der jungen Generation ein tiefes Misstrauen gegenüber den

⁵⁹ Hierzu zählen unter anderem die *Federation of Women Associations*, das *National Youth Council of Ogoni People*, das *Council of Ogoni Churches*, das *Council of Ogoni Professionals*, das *Council of Ogoni Traditional Rulers*, die *National Union of Ogoni Students*, die *Ogoni Students Union*, die *Ogoni Teachers Union* und die *Ogoni Central Union* (vgl. Obi 2001: 76).

alteingesessenen politischen Eliten der Ogoni. Dieser Argwohn manifestierte sich letztendlich in der Absicht, die Führungsriege des MOSOP einer *Säuberung* zu unterziehen. Denn die Mitglieder der elitären Organisationen und auch Teile der traditionellen Machtkreise waren in den Augen der Jugendlichen zu moderat bzw. zu konservativ, was sich vor allem an ihren gemäßigten Positionen gegenüber dem Staat offenbarte. So verfolgten führende Persönlichkeiten des MOSOP, wie etwa Edward Kobani und Dr. Leton, vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Rückkehr zur Republik Ende der 1990er Jahre eher das Ziel einer politischen Karriere in einer der großen Parteien, als die Etablierung einer Ogoni-Nation. Auf der anderen Seite zeigten sich die Eliten ob des zunehmenden Erfolg der Jugendlichen besorgt, schienen doch ihre eigenen politischen Ziele in Gefahr zu geraten. Darüber hinaus kritisierten sie die scheinbare Personalisierung der MOSOP-Agenda durch Ken Saro-Wiwa und seiner Gefolgschaft des NYCOP, das als Privatarmee Ken Saro-Wiwas diskreditiert wurde, die auch nicht vor politischen Morden zurückschrecken (vgl. Orage 1998). Der wachsende Einfluss Ken Saro-Wiwas auf die politische Orientierung der Bewegung führte schließlich zum Rücktritt des Präsidenten Dr. Leton und seines Stellvertreters Chief Kobani, woraufhin Saro-Wiwa die entstandene Lücke füllte und Präsident des MOSOP wurde. Verärgert über ihren schwindenden Einfluss auf die politische Ausrichtung der Ogoni suchten die konservativen politischen Kräfte unter Führung des ehemaligen MOSOP-Präsidenten Hilfe beim Staat und den Ölkonzernen. Einerseits wollten sie dadurch die radikale Jugend wieder unter Kontrolle bringen und andererseits ihren größten politischen Kontrahenten Ken Saro-Wiwa aus dem Weg räumen, indem sie der Regierung verdeutlichten, dass er eine ernstzunehmende Bedrohung für ihre wirtschaftlichen Interessen darstelle. Die daraus resultierenden Machtkämpfe innerhalb der Ogoni beschreibt Obi (2001: 77) folgendermaßen: „This led to a strong response from Ken Saro-Wiwa, the radicals and the militants who exploited the fact that they controlled power at the grassroots to label the conservatives, ‘vultures’ - as the enemies of the Ogoni who collaborated with outsiders to exploit (prey upon) their own people“. Dieser interne Machtkampf um die Ressourcen-Kontrolle und die politische Vormachtstellung im MOSOP hatte schließlich die brutale Ermordung der vier konservativen Ogoni-Chiefs Edward Kobani, Albert Badey, Samuel Orage und Theophilus Orage durch militante Mitglieder des NYCOP zur Folge, was bekanntermaßen die Verhaftung und Exekution Ken-Saro-Wiwas und acht seiner Gefolgsleute zur Folge hatte (vgl. Obi 2001: 76f; Orage 1998: 41-45). Das

Resultat dieses Machtkampfes war nicht nur der weitgehende Zerfall des MOSOP, sondern auch die Intensivierung der Gewalt und des Militarismus im Niger-Delta.

Bei den Ijo fand ein ähnlicher Prozess statt, in dessen Rahmen ein zunehmender militanter Aktivismus bei der jungen Generation Fuß fasste, die nun gegen den Führungsstil der bestehenden Eliten aufbegehrte. Ebenso wie bei den anderen ethnischen Minderheiten des Niger-Deltas entstanden bei den Ijo vor allem aus ehemaligen Studentenorganisationen militante Bewegungen, wie das *Movement for the Survival of the Ijaw Ethnic Nationality*, das *Movement for Reparations to Ogbia* oder der bekannte IYC. Letzteres war in seiner Organisationsform als eine Art Dachverband aller Jugendbewegungen der Ijo im Niger-Delta konzipiert, dessen Aktionsformen und Forderungen (*Kaiama Declaration*) auf die Mobilisierung der *grassroots*-Ebene abzielten (vgl. Ukiwo 2007: 600). Dieser Generationenkonflikt der Ijo lässt sich anhand der folgenden Beispiele verdeutlichen.

Als das IYC die *Kaiama Declaration* veröffentlichte und den Ölkonzernen androhte, die Förderanlagen zu besetzen, falls diese nicht das Land der Ijo verlassen würden, zeigte sich das INC besorgt über die drohenden Konsequenzen einer solchen Protestaktion und forderte das IYC zu einer Abkehr von diesen Plänen auf. Das IYC ging bekanntermaßen nicht auf die Aufforderung ein, die so genannte *Operation Climate Change* aufzugeben, was nur ein Beispiel für die konträren Positionen beider Seiten darstellt. Während das INC eher moderate bis konservative Positionen vertritt, etwa in Fragen des Widerstands oder der politischen Ausrichtung bei der Autonomie-Frage, propagiert das IYC deutlich radikalere Positionen, wie das obige Beispiel deutlich macht (vgl. Obi 2001: 77). Doch neben diesen politischen Meinungsverschiedenheiten, die sich auf Fragen des Widerstandes und der politischen Eigenständigkeit der Ijo beziehen, führt der Generationenkonflikt zu tief reichenden gesellschaftlichen Veränderungen, die auch die traditionellen politischen Institutionen der Ijo verändern, was folgendes Beispiel zeigt (nachzulesen Watts 2004: 62-66).

Die Stadt Ogbolomabiri im Bundesstaat Bayelsa liegt im Zentrum der Ölproduktion und bildet mit 15 weiteren Städten das Königtum Nembe (vgl. Watts 2004: 78). Die vier Ölfelder Nembes werden von Shell, AGIP und der NNPC betrieben und fördern circa 150.000 Barrel Rohöl pro Tag. Nembe ist jedoch nicht nur ein wichtiger Wirtschaftsstandort, sondern auch Schauplatz zahlreicher Konflikte um die gesellschaftliche Verteilung von ökonomischem und politischem Kapital. Der Anstieg gewaltsamer Aktivitäten militanter Jugendbewegungen und

die zunehmend kompetitiv orientierte Politik der Eliten hatten weitreichende Veränderungen des politischen Herrschaftssystem zur Folge. Um diesen Prozess sichtbar zu machen, ist jedoch ein kurzer Blick auf die Funktionsweise des traditionellen Herrschaftssystem in Nembe notwendig, das durch die Kolonialzeit stark beeinflusst wurde. So schreibt etwa Michael Watts (2004: 62):

Indirect rule in the colonial period certainly left much of the Niger-Delta marginalized and isolated, but it also, in the name of tradition, built upon and frequently invented chiefly powers of local rule which in Nembe case were grafted onto a deep and complex structure of kingship and gerontocratic rule.

Im Kontext dieser Herrschaftsstrukturen, die auch nach der Unabhängigkeit Nigerias Bestand hatten, fielen Landfragen unter die Verfügungsgewalt der traditionellen Autoritäten. Ansprüche auf Landnutzung bzw. auf Ausgleichszahlungen für das Recht auf Ölförderung waren somit eine Angelegenheit des sogenannten *Amayanabo* (Herrscher) und dessen untergeordneter Institutionen, dem *Rat der Chiefs* und dem *Exekutiv-Rat*. Im Jahr 1991 kam es nun zu grundlegenden Veränderungen in diesem Machtgefüge. Da der amtierende Herrscher wenig Geschick im Umgang mit den Ölkonzernen zeigte, fand eine Dezentralisierung der Machtverhältnisse zu Gunsten des *Rates der Chiefs* statt, dem ein gewisser Chief Egi Adukpo Ikata vorstand. Der Rat hatte nun einen direkten Zugang zu den Ölkonzernen und den damit einhergehenden Geldflüssen, was dazu führte, dass immer mehr Personen um die Sitze im Rat konkurrierten. Innerhalb von neun Jahren stieg die Anzahl der Mitglieder des Rates von 26 auf 90 und der Niedergang des Einflusses des *Amayanabo* hatte nicht nur einen quantitativen und qualitativen Machtzuwachs des Rates zur Folge, sondern auch eine verstärkte Mobilisierung der jungen Generation durch die ökonomischen und politischen Interessen des Rates.

Bei dieser Mobilisierung der Jugendlichen spielte Nimi Barigha-Amage, ein ehemaliger Ingenieur des Elf-Ölkonzernes, eine Schlüsselrolle: „He deployed his knowledge of the oil industry to organize the youths of the Nembe community into a force capable of extracting concessions from the oil companies in essence by converting cultural organization into protection services.“ (Watts 2004: 63). Chief Ikata profitierte von dieser Situation indem er eine Partnerschaft mit Barigha-Amage einging. Der Ingenieur versorgte die Jugendlichen mit Informationen über die potentiellen Ansprüche, die sie gegenüber den Ölfirmen geltend machen konnten und der Chief gab Hilfestellungen bei militärischen und logistischen Fragen, wenn es zum Beispiel darum ging, eine Förderanlage zu besetzen oder zu sabotieren.

Aufgrund seines Insider-Wissens und grundlegender Kenntnisse über mögliche Kompensationszahlungen, die im Falle potentieller Umweltschäden von den Ölkonzernen entrichtet werden müssen, förderte Barigha-Amage die Gründung von Jugendgruppen die, teilweise von den Mitgliedern des *Rates der Chiefs* unterstützt, als Vermittler zwischen den Ölkonzernen bzw. deren Firmensprechern agierten. Durch die gezielte Manipulation des Kompensationsystems gelang es den Jugendgruppen, oftmals in Zusammenarbeit mit den Firmensprechern, Ausgleichszahlungen für die entstandenen Schäden von den Ölkonzernen zu erhalten.⁶⁰ Als der Erfolg dieser Methode in Nembe bekannt wurde, entstanden zahlreiche weitere Jugendgruppen in der Region, die sich entlang familiärer Gruppenzugehörigkeit organisierten.

In der Folge intensivierten sich die Konflikte innerhalb und zwischen den unterschiedlichen Jugendorganisationen, ging es doch um viel Geld und politische Kontrolle. Die ausufernde Militanz hatte immer öfter gewaltsame Auseinandersetzungen zur Folge, in die auch Polizeikräfte und lokale Autoritäten involviert waren. Ein Versuch der Landesregierung, die Jugendorganisationen zu verbieten und somit den Konflikt einzudämmen, schlug fehl. Den Machtkampf zwischen den Chiefs und ihren jeweiligen Jugendorganisationen konnte schließlich eine Jugendgruppe mit Namen *Isongoforo* für sich entscheiden, die daraufhin die Vormachtstellung in Nembe innehatte. In einem zunehmend unsicheren und gesetzlosen Umfeld agierte *Isongoforo* als Schutztruppe der Ölkonzerne, welche die Förderanlagen gegen andere Gruppierungen verteidigte. Auf diesem Weg erhielten sie nicht nur eine Art Schutzgeld von den Konzernen, sondern auch die begehrten Kompensationsgelder. Die Chiefs des Rates rekrutierten und unterstützten daraufhin zahlreiche Gruppierungen, die den Auftrag erhielten, die Förderanlagen zu besetzen, um somit die Vormachtstellung *Isongoforos* zu untergraben. Dies endete letztendlich in einem regelrechten Chaos und der Ablösung *Isongoforos* als dominante Gruppierung im Jahr 2000. Nur kurze Zeit später übernahm die von Barigha-Amages angeführte Gruppierung *Isanasawo/Tewe* die Vormachtstellung in der Region, die noch gewaltvollere Methoden einsetzte als ihre Vorgänger. Die lokale Regierung hatte dabei die Kontrolle über die Situation zu großen Teilen verloren. Die Kooption der Jugendgruppen durch die politischen Eliten im Zuge der Wahlen im Jahr 1999 verschaffte den Gruppierungen zusätzlich Geld und auch Waffen. So entstand de facto eine Herrschaft der Vigilanten-Jugendgruppen in der Region, welche Michael Watts (2004: 65) wie folgt charakterisiert:

⁶⁰ Gängige Praktiken der Manipulation sind z.B. die Beschädigung von Pipelines und die Deklaration verschmutzter Gebiete als bedeutsame kulturelle/rituelle Stätten.

In the creation of what in effect was a sort of vigilante rule, there were complex complicities between chiefs, youth groups, local security forces, and the companies [...] Nembe, a town with its own long and illustrious history and politics, had become a sort of company town in which authority had shifted from the king to warring factions of youths who were in varying ways in the pay of, and working in conjunction with, the companies.

Die Jugendgruppen übernahmen nicht nur eine dominante Machtposition in Nembe, die einst dem *Amayanabo* vorbehalten war, sondern sie zwangen auch ihre einstigen Förderer, die Chiefs, in eine gewisse Abhängigkeit, da sie auf die Kult-Gruppen angewiesen waren, wenn es um den Zugang zu den Zahlungen der Ölkonzerne und die Durchsetzung politischer Interessen ging (vgl. Watts 2004: 62-66).

Was bedeutet diese Entwicklung nun für den Konflikt im Niger-Delta und für die Rolle der Ethnizität? In einer Region wie dem Niger-Delta, in der ein respektvoller Umgang mit den älteren Mitgliedern der Gesellschaft und das Prinzip der Seniorität seit langer Zeit einen wesentlichen Aspekt der indigenen Traditionen und Kultur ausgemacht hatten, führt die sich abzeichnende Vormachtstellung der jungen Generation zu weitreichenden gesellschaftlichen Veränderungen. So werden die traditionellen Grundlagen von Macht, Autorität und Kontrolle kritisch hinterfragt, was wiederum die von der *grassroots*-Ebene kommenden revolutionären Kräfte verstärkt (vgl. Obi 2001: 77). Die Ursachen des Generationenkonfliktes und die daraus resultierende Machtzunahme der Jugendorganisationen sind das Ergebnis einer Neuverhandlung der moralischen Ethnizität, die einen „contested process of defining cultural identity, communal membership and leadership“ (Berman/Eyoh/Kymlicka 2004: 4) darstellt.

Die hohe Arbeitslosigkeit, die fehlenden Zukunftsperspektiven und der nach wie vor unzureichende Zustand der Infrastruktur steigt die Unzufriedenheit der jungen Generation. Trotz Ausbildung und Hochschulstudium eröffnen sich ihr kaum Möglichkeiten, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Schlecht ausgebildete Jugendliche können aufgrund der weitgehend verseuchten Umwelt keine landwirtschaftliche Subsistenzwirtschaft betreiben um ihre Existenz zu sichern. Die junge Generation hat also bei einer Aufrechterhaltung des Status quo am meisten zu verlieren, was den militanten Widerstand mitverursachte und die Kritik an der älteren Generation und deren Führungsstil verstärkte. Im Gegensatz zu den früheren Generationen, denen sich zur Zeit des Ölbooms zahlreiche Zukunftsperspektiven eröffneten, gestaltet sich die heutige Situation weitaus schwieriger, was das Misstrauen, das den herrschenden Eliten entgegen gebracht wird, zusätzlich nährt: „They have lost confidence in the traditional rulers, elders and colluding elite who have over time, conspired with the state

and oil multinationals to act as gatekeepers while their own people suffered.“ (Obi 2001: 78)

Diese Zweifel und die Frustration sorgen dafür, dass die moralische Autorität der traditionellen Herrscher und der politischen Eliten schwindet. Doch diese sind nicht dazu bereit, ihre Vormachtstellung und die damit einhergehenden Privilegien aufzugeben, welche sie durch ihre Tätigkeit als *Türöffner* für die ökonomischen Interessen der Zentralregierung und der Ölkonzerne inne haben, was die Spannungen zwischen den Generationen verschärft (vgl. Obi 2001: 78).

Die junge Generation will selbst Einfluss auf die Entwicklung des Niger-Deltas nehmen, da das Vertrauen in traditionelle und staatlichen Institutionen verloren gegangen ist. Dies zeigt sich etwa an dem wachsenden Einfluss, den die Jugendorganisationen auf die lokalen Entwicklungsausschüsse ausüben, um somit zum Beispiel die Verwendung von Geldern oder den inhaltlichen Fokus von Projekten mit zu bestimmen (vgl. Ukiwo 2007: 600ff). Charles Gores und David Prattens (2003) Analyse der Jugendorganisationen/ethnischen Milizen offenbart deren Einfluss auf die moralische Ethnizität der ethnischen Gruppen im Niger-Delta. In ihrer Funktion als Bürgerwehr bewirken sie eine Neuverhandlung der Zuständigkeiten und Aufgaben innerhalb der ethnischen Gruppen des Niger-Deltas. So sorgen die als *Area Boys* bezeichneten Jugendgruppierungen nicht nur für die Sicherheit in ihrer Gemeinde, sondern übernehmen mit der Strafverfolgung und Rechtsprechung auch Aufgaben, die einst von den staatlichen Institutionen und den traditionellen Autoritäten ausgeführt wurden. Mit dem Grad an Effektivität ihrer Funktion als Bürgerwehr fällt und steigt das Ansehen und die Legitimität der *Area Boys* innerhalb der Bevölkerung. Falls die Jugendlichen ihren Aufgaben nicht ausreichend nachkommen, kann dies den vollständigen Legitimitätsverlust zur Folge haben. Die Bürgerwehren sind dabei in das neopatrimoniale System integriert, was eine Art gegenseitiges Abhängigkeitsverhältnis zwischen den *Area Boys* und den lokalen politischen Eliten produziert. Die starke quantitative Zunahme der Bürgerwehren ist auch die Folge der zunehmenden Ethnisierung der Politik und des (in Kapitel 2.3.3.3) beschriebenen *primären Patriotismus*. So wird der Schutz vor externen Bedrohungen, wie kriminellen Banden oder zugezogenen ethnischen Gruppen, dafür eingesetzt, sich von anderen Gruppierungen abzugrenzen und seine eigenen Ansprüche und Forderungen zu forcieren. Gore und Pratten sehen diese Entwicklung wie folgt (2003: 230): „Contemporary vigilantism therefore represents the articulation of claims to set of rights based on the historical and spiritual

legitimacy of young powerful men, ‘sons of the soils’, defending the village under the protection of locally reputed charms, medicines and oaths.“

Die Jugendlichen übernehmen auf diese Weise eine Vorreiterrolle in der Popularisierung der ethnisierten Politik und des Widerstandes im Niger-Delta. Dabei nehmen charismatische Persönlichkeiten wie Ken Saro-Wiwa, Alex Preye (IYC), Isaac Osuaoka, Oronto Douglas, Felix Tuodolo, Tim Kaiser-Wilhelm Ogoriba oder Kingley Kuku eine Art Helden- und Vorbildfunktion für die Bewegungen der ethnischen Minderheiten des Niger-Deltas ein, die in die Fußstapfen einstiger *Ikonen* wie Isaac Boro oder Paul Birabi treten. In ihren Vorstellungen und Plänen eröffnen sich alternative Zukunftsperspektiven für die Menschen des Niger-Deltas, die auf Prinzipien der Wahrheit, Gerechtigkeit und Gleichheit aufbauen und eine Neuinterpretation der moralischen Ethnizität einfordern. Der Erfolg dieser einzelnen Individuen wurde jedoch erst im Kollektiv der zahlreichen sozialen Bewegungen möglich, was die Gruppenzugehörigkeit auf der *grassroots*-Ebene stärkte und Aktionen gegen die Ausbeutung und Marginalisierung ermöglichte. Die Generationenkonflikte innerhalb der ethnischen Gruppen und die daraus resultierende Veränderung traditioneller Normen der Macht und Autorität führten auch zu Spannungen innerhalb der sozialen Bewegungen. So definieren radikale jugendliche Akteure die ethnische Identität der Bewegungen neu und setzen auf diese Weise die politischen Eliten und traditionellen Herrscher unter Druck, die Allianzen mit den Ölkonzernen und dem Zentralstaat aufzukündigen. Dies hat nicht nur Auswirkungen auf die Führungsstrukturen der sozialen Bewegungen, sondern auch auf das gesellschaftliche Gefüge und den Zusammenhalt der ölproduzierenden Gemeinden im Niger-Delta (vgl. Obi 2001: 78-80, 96).

6.2.3. Ethno-politische Konflikte: Warri-Krise und die Entstehung des *Movement for the Emancipation of the Niger Delta* (MEND)

Auf den ersten Blick scheint der Konflikt im Niger-Delta ein Kampf gegen den Staat um Ressourcen-Kontrolle und lokale Autonomie, doch bei einer näheren Betrachtung tun sich auch große Brüche zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen auf. So kommt es immer wieder zu Konflikten und Kämpfen zwischen den unterschiedlichen ethnischen Gruppen, wie zum Beispiel zwischen den Ijo, Itsekiri, Urhobo, Isoko und Ogoni, deren Kern Fragen des politischen und ökonomischen Machtzuganges beinhaltet. Neben Fragen der Landrechte, vor allem aufgrund der damit verbundenen Kompensationszahlungen der Ölkonzerne, sind es vor

allem Streitigkeiten über politischen Einfluss und die Neustrukturierung der lokalen Regierungskreise, die für Konfliktpotential sorgen (vgl. Obi 2009c: 470). Die Ursprünge dieser Dispute reichen teilweise mehrere Jahrzehnte bis in die Kolonialzeit zurück und auch gegenwärtig setzen der nigerianische Staat und die Ölkonzerne eine Strategie des *divide et imperia* ein, um die ethnischen Gruppen gegeneinander auszuspielen. Für Michael Watts (2004: 71) stellt jedoch auch die Agenda der sozialen Bewegungen selbst einen nicht unwesentlichen Faktor dar: „The Ogoni Movement, and those that followed, made the politics of territory and property of central concern and it was inevitable that conflicts between different ethnic groups [...] would run afoul of the juridical and legal ambiguities surrounding the history of land and land rights.“

Anhand der so genannten Warri-Krise offenbaren sich nicht nur die oben beschriebenen Ursachen ethno-politischer Konflikte, sie gibt auch Einblick in die Entstehungsgeschichte des MEND, die eng mit dem Schicksal Warri, der Hauptstadt des Bundesstaates Delta verbunden ist. Die sogenannte Warri-Krise umfasst den Zeitraum 1997 bis 2003 und bezieht sich auf eine Reihe von gewaltsamen Konflikten zwischen den Ijo, Itsekiri und Urhobo.⁶¹ Aufgrund der hohen Gewaltintensität der Auseinandersetzungen, die Hunderten Menschen das Leben kostete und enorme Flüchtlingswellen auslöste, spricht Human Rights Watch von kriegsähnlichen Zuständen in der Region rund um die Stadt Warri (vgl. HRW 2003: 2). Der Beginn der Auseinandersetzung reicht viele Jahrzehnte zurück bis in die Kolonialzeit, was hinsichtlich der Ursachen des Konfliktes nicht außer Acht zu lassen ist.

Die gegenwärtigen politischen Machtverhältnisse in Warri haben ihren Ursprung in den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen des afrikanisch-europäischen Handels vor und während der Kolonialzeit. Dabei galt, dass die den Handel mit den Europäern bestimmende ethnische Gruppe auch eine politische Vorherrschaft gegenüber ihren Nachbarn innehatte. Im Falle des westlichen Niger-Deltas nahmen die Itsekiri diese Rolle ein.⁶² Die im Westen angesiedelten Ijo waren somit völlig von den Verdienstmöglichkeiten des Handels mit den Europäern abgeschnitten, was das Verhältnis zwischen den Ijo und ihren unmittelbaren Nachbarn, den Itsekiri, stark belastete: „[T]he animosity between Ijaw and Itsekiri depicted in

⁶¹ Bei den Itsekiri handelt es sich um eine kleine ethnische Gruppe mit wenigen hunderttausend Mitgliedern. Den Urhobo gehören dagegen einige Millionen Menschen an (vgl. HRW 2003: 3).

⁶² Im östlichen Niger-Delta dominierten die Efik aus Calabar und die Ijo aus Bonny, Kalabari, Nembe und Opobo den Handel mit den Europäern und beuteten die Gebiete der Ekoi, Ibibio und Igbo, die als Quelle für Sklaven und Palmöl fungierten, aus (vgl. Ukiwo 2007: 591)

European accounts stemmed from the fact that the Ijaw were frustrated by their geographical location and envious of Itsekiri 'commercial prosperity'. Since trade was the precursor to colony, the marginality of the Western Ijaw persisted in the colonial area.“ (Ukiwo 2007: 592) Bis in die 1920er Jahre hinein lebten die Ijo von den Engländern relativ unbeachtet. Es wurden keine Straßen zu ihren Siedlungen errichtet und die Ijo konsultierten auch nicht die einheimischen Gerichtsinstitutionen, da diese ohnehin unter der Kontrolle der Itsekiri standen. Erst im Rahmen der administrativen Umstrukturierung im Jahr 1932 wurde der Großteil der westlichen Ijo durch die Etablierung der Western Ijaw Division, einst Bestandteil der Warri Region, in den kolonialen Staatsapparat integriert. Der Reform vorausgegangen waren einige Aufstände gegen Ende der 1920er Jahre, die von den Engländern als Zeichen der Ressentiments der Ijo und Urhobo gegen die Vormachtstellung der Itsekiri in der einheimischen Verwaltung interpretiert worden waren. Dabei sorgte vor allem der Itsekiri Chief Dore Numa für Wut und Empörung, da er sich als höchste politische Instanz der Itsekiri, Ijo und Urhobo präsentierte und die Dominanz der Itsekiri institutionalisierte. Die Kolonialmächte hofften, dass sich das Problem nach dem Tod Numas von selbst lösen würde, doch seine Nachfolger besaßen ein ebenso ausgeprägtes Selbstverständnis wie ihr Vorgänger (vgl. Ukiwo 2007: 591-593).

Die in der Warri-Division verbleibenden Ijo setzten sich in der Folge für eine Trennung von der Warri-Division ein. Die Kolonialverwaltung lehnte die Forderungen der Ijo jedoch ab, aber einige Beamte bemerkten sehr wohl die weit reichende Benachteiligung, welche die Ijo in der Warri Division erdulden mussten, in der sie wie „second-class natives.“ (Ukiwo 2007: 594) behandelt wurden. Die soziale und politische Marginalisierung offenbarte sich besonders bei den regionalen Wahlen in den Jahren 1951 und 1956, zu denen lediglich Vertreter der Itsekiri zugelassen waren und auch im städtischen Rat Warris stellten die Ijo nur eine kleine Minderheit der Delegierten. Vor der sich abzeichnenden Unabhängigkeit Nigerias plädierten die Ijo nochmals für die administrative Trennung von den Itsekiri in Form einer eigenen Division. Die Willink-Kommission lehnte jedoch alle Anfragen ab und die Ijo Warris verblieben in der Division. Im unabhängigen Nigeria gelang es den Itsekiri, ihre politische Vormachtstellung weiter auszubauen, was soweit reichte, dass Warri offiziell zu ihrem Heimatgebiet erklärt wurde und politische Repräsentanten Warris daher den Itsekiri angehören (vgl. Ukiwo 2007: 593-595).

Doch im Konflikt zwischen Ijo und Itsekiri geht es auch um Fragen des Landbesitzes bzw. der Nutzung, denen im Kontext der Ölförderung zusätzliche Brisanz zukommt.⁶³ Bereits in den 1970er Jahren kam es zu ersten gewaltsamen Streitigkeiten über die Eigentumsrechte eines ölreichen Gebietes zwischen den Ijo und Itsekiri, wobei die Ijo den Ölkonzernen und der Regierung vorwarfen, lediglich den Interessen der Itsekiri entgegen zu kommen. Eine wesentliche Ursache der Auseinandersetzung entwuuchs den Besitzansprüchen der Itsekiri, die das gesamte Gebiet Warris als ihre genuine Heimat verstanden. Siedlungsgebiete anderer ethnischer Gruppen stellten in ihren Augen lediglich Enklaven dar, deren BewohnerInnen nicht als gleichberechtigte BürgerInnen galten. Die Vorwürfe der Ijo an die postkolonialen Regime, welche die Vorherrschaft der Itsekiri aufrechterhielten, offenbarten sich etwa an der Vergabe politischer Ämter, aber auch in kulturellen Bereichen, wie etwa dem exklusiven Unterricht der Itsekiri-Sprache an allen Schulen der Stadt Warri. In den folgenden Jahren nutzten die Ijo jede Gelegenheit, ihre Forderungen nach einer eigenen lokalen Regierungs-Division durchzusetzen, sie konnten jedoch keine Erfolge erzielen. Als im Jahr 1991 neue lokale Regierungsbezirke geschaffen wurden, engagierten sich die Ijo für die Gründung des Bezirkes Nein-Ibe, doch General Babangida verkündete die Etablierung des Bezirkes Warri-Nord mit Amtssitz in Koko, einer Stadt der Itsekiri. Bei der Verfassungskonferenz im Jahr 1995 setzten sich die Ijo erneut für eine Gründung einer eigenen Division ein, was scheinbar von Erfolg gekrönt werden sollte. Im Oktober 1996 verkündete die Militärregierung, dass die neue lokale Regierungsdivision Warri-Süd ihren Verwaltungssitz in der Ijo-Stadt Ogbe-Ijoh haben würde. Als die Regierung im Jahr darauf ihre Entscheidung revidierte und bekannt gab, dass die neue Division nicht Warri-Süd, sondern Warri-Südost mit Amtssitz in der Itsekiri-Stadt Ogidigben werden würde, waren Enttäuschung und Wut auf Seiten der Ijo groß. So werfen sie den Itsekiri vor, dass sie ihre guten politischen Beziehungen dafür eingesetzt hätten, die Verlegung des Amtssitzes der lokalen Regierung zu ihren Gunsten beeinflusst zu haben, was den seit Jahrzehnten existierende Streit um die Besitzansprüche der Stadt Warris verstärkte. Human Rights Watch (2003: 4) fasst die Forderungen und die Vorwürfe der Ijo und der Urhobo wie folgt zusammen:

They complain that this dominance means that the Itsekiri and their traditional leader, the Olu of Warri (itself a contested title, having been changed in 1952 from the Olu of Itsekiri), benefited disproportionately from government resources [...]. Control of government structures also brings other benefits, notably a greater amount of contract with the oil companies, which may lead to the award of valuable contracts. Among the demands of the Ijaw and the Urhobo are the

⁶³ Die Stadt Warri fungiert neben Port Harcourt in Rivers als ein weiteres Zentrum der Ölindustrie im Bundesstaat Delta, auf den circa 40 Prozent der landesweiten Ölförderung entfallen (vgl. HRW 1999: 2).

creation of new wards and local government areas which they believe would ensure that their ethnic groups are more effectively represented.

Vor diesem Hintergrund eskalierten die Auseinandersetzungen, die alleine im Zeitraum 1997 bis 2003 mehrere tausend Menschenleben forderte (HRW 2003: 3f; Ukiwo 2007: 595-599).⁶⁴

Nach der Verkündung der Verlegung des Regierungssitzes nach Ogidighen kam es zwischen März und Mai 1996 in der gesamten Region zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, die auf beiden Seiten hunderte Opfer forderte. In den folgenden Jahren kam es immer wieder zu ähnlichen Zusammenstößen in Warri und den umliegenden Gemeinden. Im Kontext des Überganges zur Vierten Republik erhöhte sich die Intensität des Konfliktes, so wurde nicht nur eine monatelange Ausgangsperre verhängt, sondern auch das Militärkontingent in Warri erhöht. Im September 1999 reagierte die Regierung Deltas, indem sie den Regierungssitz Warri-Südwest nach Ogbeloh verlegte, was Ruhe in die angespannte Situation brachte, den Konflikt aber keinesfalls auflöste. Nach wie vor kam es in den folgenden Jahren vereinzelt zu Auseinandersetzungen, dutzende Menschen starben und die Ölproduktion wurde in der Folge der Kämpfe zwischen den unterschiedlichen Milizen stark beeinträchtigt. Während der Landes- und Nationalwahlen im Jahr 2003, denen im Bundesstaat Delta jegliches Maß an Legitimität fehlte,⁶⁵ nahm die Gewaltintensität in Warri und den angrenzenden Gebieten enorme Ausmaße an. In den Kämpfen zwischen den Milizen starben zahlreiche Zivilisten und Kämpfer, tausende Menschen flohen vor der Gewalt. Versuche des Militärs, durch ein Eingreifen die Kontrolle über die Situation zu erlangen, scheiterten. Die politisch Verantwortlichen konnten weder der Zivilbevölkerung die dringend notwendige Hilfestellung bieten, noch eine politische Lösung für das Problem präsentieren. Die Itsekiri litten wohl am stärksten unter den Kämpfen, waren sie doch am häufigsten die Zielscheibe der Gewalt. Doch auch Milizen der Itsekiri verübten Angriffe auf Siedlungen und Einrichtungen der Ijo und waren in manchen Fällen auch der Ausgangspunkt der Auseinandersetzungen (vgl. HRW 2003: 4-14).

⁶⁴ Die hohe Anzahl von Opfern ist auch auf Warri Funktion als Waffenumschlagplatz zurückzuführen. So dient die Stadt als einer der größten Märkte des illegalen Waffenhandels in Nigeria, dessen Ware auf dem Seeweg ins Land kommt. Aufgrund der zahlreichen Bürgerkriege, die Westafrika in den letzten Jahrzehnten erlebte (z.B. Sierra Leone oder Liberia), existieren in der Region große Bestände an Handfeuerwaffen und anderem militärischen Gerät (vgl. Duquet 2011: 147).

⁶⁵ Die Wahlbeobachter-Mission der EU kritisierte die Wahlen, da sie im großen Stil von Wahlbetrug und Gewalt gekennzeichnet gewesen seien (vg. HRW 2003: 16).

Die Ursachen für die intensive Gewalt im Kontext der Wahlen 2003 waren, wie in den Jahren zuvor, die politischen Kräfteverhältnisse in Warri. Die Ijo fochten die Ergebnisse der Wahlen in den lokalen Regierungsdivisionen Warri-Nord, Süd und Süd-Ost an und wiesen auf die Notwendigkeit einer Konfliktlösung hin, um die Gewalt in der Region zu beenden. So schreibt Adebayo in einem Statement in der nigerianischen Zeitung Vanguard vom 4. April 2003:

The Ijaws of Warri too will like and want to participate fully in these elections. This is the more contentious aspect of the Warri crisis. A situation where the minority Itsekiri will be chairmen, vice chairmen and councillors as well as House of Assembly members in all the three Warri LGAs will not be accepted and allowed by the majority Ijaws of Warri anymore, enough is enough.

Ausdruck dieser politischen Marginalisierung der Ijo ist ein seit Ende der 1980er Jahre immer stärker werdender Nationalismus. Dieser manifestierte sich zum Beispiel in der Gründung des INC, dessen größter Erfolg wohl die Gründung des Bundesstaat Bayelsa ist, der zu großen Teilen von Ijo bewohnt wird. Andere ethnische Minderheiten des Niger-Deltas kritisieren dieses Vorgehen, da es sich in ihren Augen um eine expansive Strategie der Machterweiterung handelte. Gestärkt durch die Erfolge in den 1990er Jahren, zeigten sich die Eliten der Ijo optimistisch, ihre politische Agenda zu realisieren, was auch die Unterstützung ihrer Gefolgsleute in der strategisch wichtigen Region Warris mit einschloss. Darin liegt wohl auch die Erklärung für die weitreichende Beteiligung der Jugendlichen an den Milizen-Gruppen Warris, die, auch von anderen Teilen des Niger-Deltas kommend, den Kampf der Ijo in Warri unterstützen (vgl. Obi 2001: 95; Ukiwo 2007: 599f, 602).

Die bereits thematisierte Profilierung der jungen Generation, die sich in einer Vielzahl militant orientierter Bewegungen äußerte, fand vor dem Hintergrund der *Kaiama Declaration* und deren weitreichender Folgen für die Bevölkerung des Niger-Deltas auch in Warri statt. So ist die Entstehung der militanten Widerstandsgruppen nicht nur auf die Opposition zur politischen Vormachtstellung der Itsekiri zurückzuführen, sondern auch auf die zunehmende Militarisierung des Niger-Deltas und der damit verbundenen Repression der Bewegungen des Niger-Deltas. Dabei sind vor allem die Gruppierungen der EBA und die *Federated Niger Delta Ijaw Communities* (FNDIC) von besonderer Bedeutung für die Warri-Krise, aber auch für den gesamten Konflikt im Niger-Delta. Unter dem Motto *Wasser für Feuer* setzte die FNDIC auch auf Gewalt als legitimes Mittel, mit der Begründung, dass andere Formen des Protestes keinerlei Wirkung gezeigt hätten. Die Angriffe der Ijo auf die Siedlungen der Itsekiri im Jahre 1997 wurden von der FNDIC initiiert und durchgeführt und die Organisation

bekannte sich auch zu den Angriffen auf die Itsekiri. Der Präsident der FNDIC Bello Oboko begründete die Angriffe mit der Präsenz von Militärs der Regierung, welche die Siedlungen der Itsekiri als Stützpunkte genutzt hätten (vgl. HRW 1999: 8; Ukiwo 2007: 602f).

Neben dem militärischen Vorgehen in Warri und den benachbarten Regionen setzt das FNDIC, ähnlich wie das MOSOP, auf eine umfangreiche Kommunikation und Informationsverbreitung auf analogem und digitalen Weg, um die nigerianische und internationale Öffentlichkeit auf die politischen, sozialen und ökologischen Missstände aufmerksam zu machen. Ein weit verbreiteter Vorwurf der Milizen kritisiert die *divide et imperia*-Strategien, welche die Regierung und die Ölkonzerne anwenden, um die ethnischen Gruppen der Region gegeneinander aus zu spielen (vgl. Ukiwo 2011: 603). Wie Obi (2001: 96) festhält, spielt das Militär für die Eskalation der Gewalt zwischen den ethnischen Gruppen eine nicht unwesentliche Rolle:

[T]here are strong allegations of Nigerian military covert involvement in the outbreak of communal violence in the delta. This takes various forms: through the infiltration of certain communities by soldiers on a mission to destabilise another one that has been causing “trouble” for government [...]. It could involve the training and arming of communal youth armies by retired military personnel and other local notables intent on righting certain historical wrongs visited on their people, or through military “physical force” proponents who are keen on demonstrating the practical advantages of the coercive pacification of the delta. The problem with this approach is that increasingly the options for trust, constructive dialogue and political give-and-take are being narrowed, while that of settling conflict through force and violence seems to be gaining ground.

Doch nicht nur das Militär favorisierte das Prinzip des *divide et imperia*, sondern auch die Regierung und die Ölkonzerne bedienten sich dieser Methode.⁶⁶

In seinen Darstellungen betonte das FNDIC die existentiell bedrohliche Lage der Ijo und die prinzipielle Bevorzugung der Itsekiri, was auch implizierte, dass die Militärs der Regierung auf Seite der Itsekiri stehen. Diese scheinbare Partnerschaft diene dem FNDIC als Legitimationsgrundlage für seine gewaltsamen Aktionen. Neben der Informationsverbreitung nach außen appellierten die Anführer der Organisation auch an die Empfindungen der Ijo, indem sie während der Kämpfe gegen die Itsekiri keine Gelegenheit ausließen, die

⁶⁶ So diene die in den 1990er Jahren etablierte *Oil Mineral Producing Areas Development Commission* nicht der Entwicklung des Niger-Deltas sondern vielmehr der materiellen Bereicherung der lokalen und föderalen Eliten. Darüber hinaus stiftete die Kommission durch ihre ungleiche Verteilungspolitik nicht nur Konflikte innerhalb und zwischen den ethnischen Gruppen, sondern korrumpierte auch traditionelle und politische Machthaber, um ihre Interessen in der Region zu stärken (vgl. Obi 2001: 57f.). Auch die Ölkonzerne agieren auf ähnliche Weise, indem sie einerseits als Wohltäter, andererseits als Unruhestifter und Ausbeuter auftreten. Dabei sind die Konzerne seit der Exekution der *Ogoni-Nine* darauf bedacht, ihr schlechtes Image durch Entwicklungsprojekte wieder zu verbessern. Doch auch neu konzipierte Projekte, wie etwa das von Shell in der Region des Soku-Gasfeldes, intensivierten die Spannungen zwischen den unterschiedlichen ethnischen Gruppen in der Region (vgl. Obi 2001: 88; Zalik 2011: 192-196).

Vormachtstellung ihrer Kontrahenten hervorzuheben. All dies verschaffte dem FNDIC (vor allem der Führungsspitze) zunehmende Anerkennung nicht nur unter den Ijo, sondern auch bei der Regierung und den Ölkonzernen. So verhandelte der Gouverneur von Delta mit Bello Oboko über die friedliche Beilegung des Konflikts, und Ölkonzerne wie auch Obasanjos Regierungspartei integrierten wichtige Persönlichkeiten des FNDIC in ihr Patronage-System. Diese materiellen Entlohnungen sorgten bei den übrigen Anhängern für Unmut. Als Bello Oboko sich der Aufforderung widersetzte, eine vom Präsidenten initiierte Entwicklungskonferenz bezüglich des Niger-Deltas zu boykottieren, verkündete ein Teil des FNDIC den Rücktritt ihres Präsidenten. Oboko konnte die Absetzung jedoch verhindern und agierte in Folge als offizielles Sprachrohr der Ijo und der FNDIC, die nun eine anerkannte Repräsentation der Ijo darstellte. So vertrat die FNDIC die Ijo Warris bei Friedensverhandlungen mit Shell und der *Nigerian Gas Company* (Teil der NNPC), die den Konzernen eine Wiederaufnahme ihrer Förderungen ermöglichte. Vor dem Hintergrund der Kooption einflussreicher Bewegungen wie dem FNDIC durch die Regierung und die Ölkonzerne, kam es schließlich zur Gründung des MEND, das in seinen Handlungsstrategien auch auf die *Patronage-Versuchungen* reagierte. Dies zeigt sich zum Beispiel daran, dass die Führungspersönlichkeiten der Bewegung nicht in der Öffentlichkeit bekannt sind und nur als fiktive Charaktere in Erscheinung treten, was ihre Kooption durch die politischen Eliten verhindern soll (vgl. Ukiwo 2007: 603ff).

Mit der Entstehung des MEND im Dezember 2005 fand auch eine Verlagerung des Konfliktes im Niger-Delta in die Richtung der sogenannten *Warri-Achse* statt. Die Entstehung der Bewegung ist dabei das Produkt des Antagonismus zwischen den Ijo und der nigerianischen Regierung, sie wurzelt aber auch im komplexen Machtgefüge Warris. Eine Besonderheit des MEND ist sicherlich die Vielfalt der partizipierenden Widerstandsbewegungen, die nicht nur aus Warri stammen, sondern vor allem auch aus Bayelsa und Rivers, was auch den Aktionsradius in weiten Teilen des Niger-Deltas erklärt. Watts (2007: 654ff) spricht gar von einer pan-ethnischen Ausrichtung des MEND, welches die Widerstandsbewegungen der unterschiedlichen ethnischen Gruppen unter einem Banner handeln lässt. So handle es sich bei MEND weniger um eine eindeutig bestimmbare Organisation als vielmehr um eine Idee einer Neuordnung der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse.

Wie sich anhand der Warri-Krise zeigt, sind ethno-politische Konflikte bei einer genaueren Betrachtung das Ergebnis vieler Einflussfaktoren. Einerseits ist die Situation in Warri ein „classic example of a resource war“ (HRW 1999: 26) oder, anders ausgedrückt; ein konfrontativer Wettbewerb um den Zugang zu materiellen Ressourcen und politischem Kapital im Kontext eines *politischen Tribalismus*. Die Betrachtung des historischen Kontextes der Warri-Krise offenbart jedoch auch, dass die Streitigkeiten zwischen den Ijo und Itsekiri bereits Jahrzehnte zurück reichen. Die Warri-Krise ist daher vor allem als eine politische Auseinandersetzung zu interpretieren. Es soll keinesfalls bestritten werden, dass ökonomische Interessen in dieser Krise eine Rolle spielen, meines Erachtens ist es jedoch nötig, die zahlreichen Einflussfaktoren, etwa die Rolle des Militärs sowie die ungleiche Behandlung und die Bevorzugung bestimmter ethnischer Gruppen durch die Regierung und die Ölkonzerne zu berücksichtigen. Die Ijo verwiesen in diesem Kontext darauf, dass vor der kolonialen Herrschaft und dem Beginn der Ölförderung eine weitgehend friedliche Koexistenz zwischen ihnen und ihren Nachbarn existierte (vgl. Obi 2001: 95). Wie Ukiwo (2007: 591) richtig festhält, sind die gewaltsamen Übergriffe der Ijo, bzw. des FNDIC, das Resultat ihrer über Jahrzehnte hinweg entstandenen politischen, ökonomischen und sozio-kulturellen Marginalisierung. Eine Analyse der ethno-politischen Konflikte im Niger-Delta sollte diesen Faktoren immer Beachtung schenken, um die Auseinandersetzungen nicht auf *das Ethnische* zu reduzieren.

7. Conclusio

Der US-amerikanische Ethnologe Clifford Geertz (1996) stellte sich vor dem Hintergrund des Falls des Eisernen Vorhangs und dem Niedergang der ideologischen Machtblöcke einmal die Frage, was ein Land eigentlich sei, wenn es keine Nation ist? Auch Nigeria scheint in gewisser Weise von diesem Phänomen betroffen zu sein und die Beantwortung obiger Frage erscheint alles andere als einfach, ist das Land doch aufgrund seiner kolonialen Vergangenheit zu heterogen, um eine *imaginierte Gemeinschaft* im Sinne Benedict Andersons (2006) entstehen zu lassen. Auf der einen Seite scheint die kulturelle Vielfalt der zahlreichen ethnischen Gruppen Nigerias - mit all ihren unterschiedlichen Wertvorstellungen und Forderungen an den Staat - dem für eine Nation notwendigen Maß an Homogenisierung im Wege zu stehen. Eine Beantwortung der obigen Frage erscheint auf der Ebene der Bürgerinnen und Bürger somit überaus komplex. Eine Antwort aus entgegengesetzter Perspektive, nämlich aus Sicht der nationalen und regionalen Politik und ihren Institutionen ist im Falle Nigerias jedoch möglich. Wenn man sich die Praktiken der politischen Eliten vor Augen führt, die zusammen mit den Ölkonzernen die rücksichtslose Ausbeutung des Niger-Deltas und der dort lebenden Menschen vorantreiben, erscheint Nigeria nicht mehr als eine politisch legitime Bundesrepublik, sondern vielmehr als ein „kriminalisierter und verbrecherischer Staat“ (vgl. Bayart/Ellis/Hibou 1999).⁶⁷

Diese Kriminalisierung der nationalen und regionalen Regierungsinstitutionen und die daraus resultierende soziale, politische, ökologische und ökonomische Marginalisierung der Menschen im Niger-Delta ist eng mit dem Protest und Widerstand der zahlreichen sozialen Bewegungen verbunden, deren Entstehung unter Berücksichtigung der theoretischen Grundlagen erläutert wird. Der Versuch, die theoretischen Überlegungen der strukturellen und der sozial-konstruktivistischen Theorien auf das Niger-Delta anzuwenden, offenbart die bereits angesprochenen Schwachpunkte der auf Europa und Amerika fokussierten Ansätze. Es lassen sich jedoch durchaus einige Erkenntnisse auf das Fallbeispiel des Niger-Deltas anwenden. So liegt es auf der Hand, dass eine soziale Bewegung bestimmte Ressourcen benötigt und aufgrund des institutionellen Umfeldes und der politischen Möglichkeiten

⁶⁷ Die AutorInnen charakterisieren diese Kriminalisierung wie folgt: „The criminalization of politics and of the state may be regarded as the routinization, at the very heart of political and governmental institutions and circuits, of practices whose criminal nature is patent, whether as defined by the law of the country in question, or as defined by the norms of international law and international organizations or as so viewed by the international community.“ (Bayart/Ellis/Hibou 1999: 16)

entsteht bzw. zu Grunde geht. Es erscheint auch plausibel, dass der negative Einfluss der Moderne, im Falle des Niger-Deltas verkörpert durch die Ölindustrie und den postkolonialen Nationalstaat, marginalisierte und um ihre Rechte gebrachte Bevölkerungsgruppen hervorbringt, die sich aufgrund geteilten Leids zusammenschließen und für eine Verbesserung ihrer Lage kollektiv handeln. Doch gerade die Annahme im Kontext der *neuen sozialen Bewegungen*, die materiellen Aspekten ihre Bedeutung abspricht, bewahrheitet sich im Falle des Niger-Deltas nicht. Ein wesentlicher Aspekt der Forderungen der ethnischen Gruppen bezieht sich auf materielle Anliegen: Reparationszahlungen, Ressourcenkontrolle, Arbeitsperspektiven und der Ausbau der Infrastruktur sprechen eine deutliche Sprache. Wie anhand des MOSOP deutlich wurde, überschreiten soziale Bewegungen im Niger-Delta auch soziale Grenzen, wie Alter, Geschlecht und Klasse und sind somit Spiegelbild einer gesellschaftsumfassenden Ablehnung der gegenwärtigen Zustände. Wie Osaghae (vgl. 2008: 207ff) festhält, spielen die Menschenrechte eine zentrale Rolle für die sozialen Bewegungen und stecken den Rahmen ihrer Inhalte ab, der eine Mobilisierung der Bevölkerung ermöglicht. Zusammen mit der Kritik an der rechtlichen Situation und der Umweltverschmutzung greifen die Bewegungen auch Fragen der kulturellen und politischen Selbstbestimmung auf. Durch die Integration einer internationalen Öffentlichkeit wuchs der Druck auf die Regierung und die Ölkonzerne, die für die Menschenrechtsverletzungen im Niger-Delta verantwortlich gemacht wurden. Das MOSOP ging als erste Bewegung diesen Schritt, doch andere Organisationen folgten und auch das MEND zeigt sich geschickt im Umgang mit modernen Kommunikationsmöglichkeiten, um trotz der Anonymität der Führungskräfte eine weltweite Öffentlichkeit zu erreichen. Obi (2009c: 475ff) spricht hierbei auch von einer „Globalisierung des lokalen Widerstandes“ im Niger-Delta. Organisationen wie das MOSOP oder das IYC können somit durchaus als neue soziale Bewegungen bezeichnet werden, dabei entziehen sie sich jedoch der theoretischen Reduzierung bestehender Theorien auf materielle oder identitäre Motive, indem sie beide Aspekte zu einer Agenda verbinden.

Brandes und Engels (2011) betonen die Notwendigkeit eines breiten Begriffsverständnisses sozialer Bewegungen, um ihre emanzipatorischen und machtkritischen Positionen offenzulegen. Daher erscheint es mir notwendig, auch eine militante Organisationen wie das MEND als eine soziale Bewegung - und nicht als eine Gruppierung opportunistischer Krimineller - wahrzunehmen. Da das MEND mit seinen Handlungen klare politische Ziele verfolgt und die Anwendung von Gewalt als politisches Instrument einsetzt, um seinen

Forderungen Nachdruck zu verleihen (vgl. Ukiwo 2011: 607f), erscheint mir diese Sichtweise angebracht, um sich den theoretischen Zwängen der Bewegungsforschung zu entziehen.⁶⁸ Wenn wir uns nochmals die Typologie afrikanischer sozialer Bewegungen (vgl. Habib/Opoku-Mensah 2009, in Kapitel 2.1.4.) vor Augen führen, zeigt sich die große Bandbreite der Inhalte, welche durch Organisationen wie das MOSOP oder das INC problematisiert werden: De facto treffen auf sie alle aufgezählten Merkmale zu, was die überaus kritische Situation im Niger-Delta unterstreicht. In der gewaltsamen Repression der von den Bewegungen formulierten Gesellschaftskritik durch den Staat, liegt auch eine Ursache für die steigende Gewalt in der Region. Die Details dieses Prozesses waren Gegenstand der ersten Forschungsfrage: Wodurch es seit den 1990er Jahren im Niger-Delta zur Transformation von eher gewaltlosen Protestformen von Gruppierungen wie dem MOSOP hin zum militärischen Widerstand von Bewegungen wie dem MEND gekommen sei?

Wie das fünfte Kapitel der Arbeit zeigt, liegen die Anfänge der Gewaltintensivierung im Niger-Delta in der Internationalisierung der Protestformen des MOSOP und der daraus resultierenden Diskreditierung der nigerianischen Regierung und der transnationalen Ölkonzerne. Die Ogoni gefährdeten durch ihre Forderungen nicht nur die materielle Grundlage der Regierung, sondern stellten auch das Projekt eines nigerianischen Nationalstaates als solches in Frage. Die Exekution der *Ogoni Nine*, für die Shell eine zentrale Rolle spielte, und die damit verbundene Unterdrückung der Ogoni, markierte den Ausgangspunkt einer Militarisierung der Region durch Truppen der Regierung. In der Folge erlitt das IYC ein ähnliches Schicksal wie die Ogoni, als Soldaten der Regierung ihre Proteste auf brutalste Weise unterdrückten. Der darauf folgende Anstieg militanter Protestformen und gewalttätiger Unterdrückung seitens des Militärs ist einerseits auf die staatliche Repression zurückzuführen. Andererseits hängt er eng mit der Demokratisierung des politischen Systems ab dem Jahr 1999 und den daraus resultierenden Auswirkungen auf die politischen Verhältnisse auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene zusammen.

Auf nationaler Ebene wurde die neue Verfassung selbst zum Gegenstand heftiger Kritik und zur Zielscheibe der Proteste der Bewegungen des Niger-Deltas. Der neue Gesetzestext sah zwar eine Erhöhung der Einkommensanteile auf 13 Prozent vor, die beiden umstrittenen Gesetzte des PA und LUA blieben jedoch nach wie vor intakt. Somit bleibt die Kernforderung

⁶⁸ An dieser Stelle sei ausdrücklich auf Kapitel 5.2.1. hingewiesen.

der Ressourcen-Kontrolle nach wie vor bestehen. Doch nicht nur die neuen Gesetze, sondern auch der Regierungsstil von Präsident Obasanjo wies vor allem hinsichtlich seines Vorgehen gegen kritische Stimmen einige Verfehlungen auf. Hinzu kommt, dass die Exekutive in erster Linie den Interessen der politischen Eliten und weniger dem Wohle der BürgerInnen dient, was die *Versicherheitlichung* des Niger-Deltas und die verstärkte Kriminalisierung der Protestbewegungen bewirkte und der Militarisierung zusätzlichen Auftrieb verlieh. Hierbei wird deutlich, welch große Bedeutung das Erdöl für die politischen Eliten des Landes besitzt, da der unbegrenzte Zugang zu den Ölvorkommen scheinbar um jeden Preis verteidigt wird. Der Staat, der eigentlich eine vermittelnde Rolle innerhalb des Konflikts einnehmen sollte, wird selbst zum zentralen Konfliktfaktor im Niger-Delta. Dies zeigt sich auch am misslungen Amnestie-Programm des im Jahr 2007 gewählten Präsidenten Yar‘Adua. Die Intention hinter dem (schlecht konzipierten) Programm, das die Vorschläge des Technischen Komitees ignoriert hatte, lag lediglich in einer raschen Befriedung der Widerstandsbewegungen. Das Ziel, den stetig voranschreitenden Sturzflug der Einnahmen aus dem Ölgeschäft zu stoppen und wieder an das frühere Niveau heranzuführen, war den Verantwortlichen wichtiger, als eine nachhaltige Lösung des Konflikts.

Auf regionaler Ebene bewirkte das Beziehungsgefüge zwischen den lokalen politischen Eliten und den militanten Widerstandsbewegungen einen starken Anstieg der Gewalt, wie das Beispiel des Wahlkampfs in Port Harcourt in den Jahren 2003 und 2007 deutlich macht. Durch die Kooption von Bewegungen wie dem IYC und Milizen wie dem NDPVF und NDV entbrannte ein erbitterter Konkurrenzkampf zwischen den unterschiedlichen Gruppen, der durch die *divide et imperia*- Strategien der politischen Eliten eine Eigendynamik entwickelte, die sich bald jeglicher Kontrolle durch die politischen Eliten entzog. Darüber hinaus trugen die regionalen Regierungen durch den Import von Waffen und ihren Verbindungen zu *Kulten* wie den *Icelanders* zur Gewaltintensivierung bei. Das Ergebnis dieser Entwicklung waren die von intensiver Gewalt begleiteten Wahlen 2003 und 2007, die jegliches Maß an Legitimität vermissen ließen (vgl. HRW 2003; Mustapha 2009: 87ff). Mancherorts stoßen die Versuche der Kooption auch auf Ablehnung, so ist etwa die Entstehung des MEND als Gegenreaktion auf die Integration des Widerstandes in das patrimoniale System zu verstehen. In ihren Protestformen trug die Bewegung jedoch im erheblichen Maße zur Eskalation des Konfliktes bei.

Die internationale Dimension der Militarisierung des Konfliktes steht nicht zwingend mit der Demokratisierung in Verbindung, sondern reicht zurück bis in die Zeit der Militärregierungen. Prinzipiell sind die gewissenlosen Förderpraktiken der Konzerne und die daraus resultierende Umweltverschmutzung ein Hauptgrund für die Konflikte im Niger-Delta. Darüber hinaus tragen die Konzerne jedoch eine erhebliche Mitverantwortung an der Militarisierung, was sich in den 1990er Jahren an ihrer Beteiligung der Unterdrückung des MOSOP zeigt. Da sie jegliche Mitschuld an der gegenwärtigen Situation bestreiten und Gruppierungen wie das MEND für die Probleme in der Region verantwortlich machen, tragen sie maßgeblich zur Kriminalisierung der sozialen Bewegungen bei. Durch die von den Konzernen vorangetriebene Privatisierung der Sicherheit im Niger-Delta sind sie jedoch wesentlich an der Intensivierung des Gewalt beteiligt. Die starke Zunahme von Entwicklungsprojekten im Niger-Delta seit den 1990er Jahren, die das ramponierte Image von Shell und Co. aufpolieren soll, dient vor allem als Kontrollinstrument der Gemeinden des Niger-Deltas, das die sozialen Bewegungen durch die Integration in den NGO-Sektor schwächen soll. Denn wie Engels (2007) hervorhebt, werden „[d]urch die neoliberalen Diskurse und Vergabepolitiken der Geber [...] viele soziale Bewegungen im Delta entpolitisiert und von der lokalen NGO-Agentur-Szene absorbiert.“

Die zunehmende Gewalt und Militarisierung der Proteste gründet also auf den politischen Verhältnissen auf nationaler und regionaler Ebene und dem Einfluss der internationalen Ölkonzerne. Die Analyse der Militarisierung verdeutlichte auch die Verfehlungen des Erklärungsmodells des „Ressourcen-Konfliktes“. Wie sich zeigte, reichen die Ursprünge des Konfliktes im Niger-Delta zurück bis in die Zeit der ersten Kontakte mit den europäischen Kolonialmächten (vgl. Ifedi/Anyu 2011). Ökonomische Motive mögen die kriminellen Akteure in der Region antreiben, die sozialen Bewegungen sprechen mit ihrem Protest jedoch strukturelle Probleme an, welche die Marginalisierung der Menschen im Niger-Delta bewirkten und deren Ursprünge auf die politische Entwicklung Nigerias und die Ausbeutungsmethoden der Ölkonzerne zurückzuführen sind. Dabei stellt die verpasste Chance, die Verfassung im Kontext der Demokratisierung im Jahre 1999 entsprechend zu überarbeiten, ein wichtiges Puzzleteil in den Konfliktursachen dar. Obwohl sich die Möglichkeit bot, wurde die Verfassung nicht grundlegend verändert und die stark kritisierten Gesetze des LUA und des PA sind nach wie vor gültig. Auch die Erhöhung der Einnahmenverteilung konnte keine nennenswerten Erfolge erzielen, verschwanden die zusätzlichen

Geldmittel doch vor allem im patrimonialen System der politischen Eliten. Die bisherige Ablehnung der Regierung, eine SNC zu organisieren, in deren Rahmen eine Neustrukturierung des politischen Systems stattfinden könnte, zeigt einmal mehr den starken Einfluss der politischen und wirtschaftlichen Eliten des Landes, welche nicht bereit sind, ihre Privilegien aufzugeben. Die Etablierung eines „echten Föderalismus“ bleibt somit nach wie vor die wichtigste Herausforderung für die Zukunft Nigerias, dessen Schicksal eng mit einer Lösung der Krise im Niger-Delta zusammenhängt.

Die zweite Forschungsfrage der Diplomarbeit fragte nach der sich verändernden Bedeutung der Ethnizität für den Konflikt im Niger-Delta und nach einer sich möglicherweise wandelnden Teilhabe ethnischer Gruppen an verschiedenen Widerstandsformen. Die Betrachtung der Entstehungsgeschichte Nigerias in Kapitel 3. machte bereits deutlich, dass Ethnizität bzw. der *politische Tribalismus* (vgl. Kapitel 2.2.1.) die Beziehungen zwischen den ethnischen Gruppen Nigerias bestimmte und zu einer weitreichenden Ethnisierung der politischen Verhältnisse führte. Dabei litten die ethnischen Minderheiten des Niger-Deltas unter der Vormachtstellung der politischen Eliten der drei großen ethnischen Gruppen des Landes (Hausa-Fulani, Yoruba und Igbo), welche sich an den Ölreichtümern bedienten, ohne sich großartig um die Lage der Menschen im Niger-Delta, aber auch der Bevölkerung in ihren eigenen Regionen, zu kümmern. Als Nigeria sich Ende der 1990er Jahre wieder auf dem Weg zur Demokratie befand, erlebte auch die ethnisierte Politik eine Wiederkehr und die BewohnerInnen des Niger-Deltas erfuhren somit keine nennenswerte Verbesserung ihrer politischen Situation. Vor dem Hintergrund der SAP und dem wirtschaftlichen Abwärtstrend hatte die Politik die Bedeutung der Ethnizität hervorgehoben, was vielerorts Gewalt- und Konfliktpotential schürte. Auf dem Gebiet des *politischen Tribalismus* lässt sich eine gewisse Kontinuität beobachten, die den Ausgangspunkt des Konflikts im Niger-Delta darstellt und die bis heute aufrechterhalten wird.

In Kapitel 6.1. verdeutlichte sich der heterogene Charakter der ethnischen Gruppen Nigerias, die keine homogenen Interessensgruppen darstellen, sondern überaus vielfältige Einstellungen und Meinungen umfassen. Diese Erkenntnis ist im Kontext der Forschungsfrage von besonderem Interesse. So beeinflusste die Dynamik der *moralischen Ethnizität*, mit anderen Worten das Beziehungsgefüge innerhalb der ethnischen Gruppen, den Verlauf des Konflikts im Niger-Delta auf verschiedene Weise. Es fand eine Neuverhandlung gesellschaftlicher

Verantwortung und Zuständigkeiten statt, was die sozialen und politischen Hierarchien im Niger-Delta zu Gunsten der jungen Generationen von Grund auf veränderte. Durch ihr unentwegtes Engagement an der Basis trugen Jugendorganisationen wie das IYC oder das NYCOP maßgeblich zur Popularisierung der sozialen Bewegungen bei, gewannen somit mehr gesellschaftlichen Einfluss und kritisierten die konservativen und moderaten Sichtweisen der machthabenden Eliten. Deren Nähe zur Regierung und zu den Ölkonzernen und die daraus resultierenden Privilegien zogen den Unmut der jungen Generationen auf sich, die den Führungsanspruch der traditionellen Autoritäten nicht länger akzeptierten. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre übernahmen die Jugendorganisationen schrittweise die Kontrolle über die sozialen Bewegungen und den Widerstand im Niger-Delta, was, wie etwa im Falle des MOSOP gezeigt, überaus radikale Züge annahm. Parallel zum wachsenden Einfluss der jungen Generation ist auch ein Anstieg der Gewalt zu verzeichnen. Neben der zunehmenden Militarisierung des Niger-Deltas durch den Staat und die Ölkonzerne spielt dabei auch der Widerstand der ihrer Macht entledigten traditionellen Autoritäten eine wichtige Rolle, die sich gegen den Verlust ihrer Privilegien wehrten.

Der Wandel der moralischen Ethnizität offenbart sich auch an der starken Zunahme der Bürgerwehren im Niger-Delta, die sich in der Regel aus Jugendlichen rekrutieren. Auf diese Weise übernehmen die so genannten *Area Boys* nicht nur Aufgaben, die eigentlich den staatlichen Institutionen vorbehalten sind, sondern tragen auch zur Intensivierung des *primären Patriotismus* bei. Dies führt nicht nur zu einem verstärkten Wettbewerb um die politische Führung innerhalb der ethnischen Gruppen, sondern auch zu einer immer enger und schärfer verlaufenden Abgrenzung gegenüber außenstehenden und zugezogenen Gruppen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich nun die Frage, ob die veränderten Protestformen eine sich wandelnde Teilhabe der ethnischen Gruppen und somit die Entstehung eines pan-ethnischen Widerstandes hervorgebracht haben. Wenn man das *Framing* und die Mobilisierung der sozialen Bewegungen näher betrachtet, zeigt sich die große Bedeutung spezifischer kultureller Praktiken und Symbole der jeweiligen ethnischen Gruppe für die Mobilisierung und Legitimierung der sozialen Bewegungen. Bei den Ijo spielt zum Beispiel die Gottheit Egbesu eine zentrale Rolle für die Mobilisierung und Legitimierung der sozialen Bewegungen. Bei den Ogoni fand ein ähnlicher Prozess statt, der den Protest des MOSOP durch die Bewahrung des kulturellen Erbes der Ogoni und ihrer Lebenswelt begründete. Diese spezifischen

kulturellen Charakteristika stellen einen Bezugspunkt für die jeweilige ethnische Gruppe dar, doch nach Außen hin wirken sie eher ausgrenzend. So meint auch Osaghae (2008: 204): „[A]lthough references are usually made to Niger Delta movements in a manner that suggests that a community of interest does exist, the core movements have been built around ethnic identities and have pursued mostly parochial interests.“ Die verschiedenen sozialen Bewegungen des Niger-Deltas dienen somit eher als Basis einer gemeinsamen Gruppenzugehörigkeit, die, wie im Falle des MOSOP, die innere Heterogenität der jeweiligen ethnischen Gruppe überwindet. Dabei spielen Persönlichkeiten wie Ken Saro-Wiwa eine zentrale Rolle, welche die inneren Spaltungen ihrer ethnischen Gruppen überwinden und somit gemeinsame Aktionsgrundlagen schaffen (vgl. Watts 2004: 69f). Eine pan-ethnische Zusammenarbeit ist im Falle der sozialen Bewegungen des Niger-Deltas aber nicht zu beobachten. Wie das Beispiel der Warri-Krise zeigt, kommt es vielerorts zu Auseinandersetzungen zwischen den unterschiedlichen Bewegungen, die ihren Ausgangspunkt bereits vor und während der Kolonialzeit haben: „The results of the ethnicization of the rights struggle and the violent strategies adopted by some of the movements [...] is that deep cleavages and conflicts, so called ‘communal clashes’, exist among the various movements and the groups they represent.“ (Osaghae 2008: 204). Die Ölkonzerne und die nigerianische Regierung sind durch den Einsatz von *divide et imperia*- Strategien in diese Auseinandersetzungen involviert und unterbinden somit auch die Entstehung einer pan-ethnischen Protestbewegung im Niger-Delta. Neben diesen ethno-politischen Konflikten liegt die Hauptursache für die Ethnisierung des Widerstandes auch in der Tatsache begründet, dass Protest und Widerstand nicht auf Ebene der Bundesstaaten oder der lokalen Regierungsbezirke, sondern auf Basis der ethnischen Gruppen und deren Organisationen entsteht, die den staatlichen Institutionen aufgrund ihrer Nähe zu den Ölkonzernen kritisch gegenüber stehen.

Fallbeispiele wie die Warri-Krise, die Mobilisierung der Bewegungen der Ijo oder der Ogoni oder der Wandel der gesellschaftlichen Hierarchien der ethnischen Gruppen des Niger-Deltas offenbaren den konstruktiven Charakter der Ethnizität, welcher im Laufe des Niger-Delta-Konfliktes einem stetigen Wandel unterliegt. Dabei zeigen sich Veränderungen des *politischen Tribalismus*, doch ist es vor allem die *moralische Ethnizität*, die seit dem Beginn der 1990er Jahre eine grundlegende Veränderung erfuhr, an der nicht nur unterschiedliche gesellschaftliche Teile der ethnischen Minderheiten des Niger-Deltas beteiligt waren, sondern auch die nigerianische Regierung und die Ölkonzerne: erstere durch ihre Politik der Militarisierung

und Patronage und letztere durch die Aufrechterhaltung der Ausbeutung der Ressourcen des Niger-Deltas und die Kooption von Jugendorganisationen und traditionellen Autoritäten und Institutionen. Die Entstehung der Widerstandsbewegungen und der daraus resultierende Konflikt im Niger-Delta ist das Resultat einer dynamischen Ethnizität, die im Kontext der sozialen Bewegungen unterschiedliche gesellschaftliche Schichten der ethnischen Gruppen näher zusammenbringt und sich gegen ihre weitreichende Marginalisierung zur Wehr setzt, die durch das „störende Eindringen der kapitalistischen Moderne und des bürokratischen Staates“ (Berman 2004: 19) an Intensität gewann.

Die Komplexität des Konfliktes im Niger-Delta, der aufgrund seines zentralen Konfliktgegenstandes Erdöl eine globale politische Dimension besitzt und somit nicht nur einen Verteilungskampf der ethnischen Minderheiten auf regionaler Ebene darstellt (vgl. Obi 2009a: 123), macht eine baldige Lösung der Krise überaus schwierig. Die soziale Frage im Niger-Delta ist auch für das restliche Nigeria von zentraler Bedeutung. In den letzten Jahren lassen sich erste zaghafte Erfolge der Konfliktlösung verbuchen. Die Wahlen im Jahr 2011 verliefen auch aufgrund von Reformen des Wahlsystems im Gegensatz zu früheren Urnengängen weitgehend friedlich. Internationale Beobachtermissionen bezeichneten die Wahlen als legitim und fair, wenngleich die Ethnisierung der politischen Verhältnisse nach wie vor weit verbreitet ist (vgl. Akhaine 2011). Mit der Wahl des Präsidenten Goodluck Ebele Jonathan, dem einstigen Vertreter des verstorbenen Präsidenten Yar'Adua, wuchsen die Hoffnungen, dass ein Angehöriger der Ijo die Anliegen der Bewegungen des Niger-Deltas versteht und umsetzt.

Auch auf internationaler Ebene wurden kleine Erfolge erzielt. So verurteilte der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag *Royal Dutch Shell* für die Umweltverschmutzungen in der Region und zur Zahlung einer Entschädigung an den Kläger, einen Landwirt aus der Region, der von einer Umweltschutzorganisationen unterstützt wurde. Andere Klagen wurden jedoch abgelehnt, da ein Großteil der Pipeline-Leckagen auf Sabotage und somit nicht auf Verfehlungen seitens Shell zurückzuführen ist. Nichts desto trotz ist die Verurteilung ein Präzedenzfall, der zukünftigen Klagen als Vorbild dienen könnte (vgl. Nwachukwu/Umoru/Erunko 2013). Der auch im Jahr 2013 weit verbreitete Vandalismus an den Pipelines ist in diesem Kontext nicht nur ein Problem für die Wirtschaft Nigerias, sondern auch für das Vorgehen gegen die Umweltverschmutzung der Ölkonzerne. Darüber hinaus kam es im Jahr

2012 in diesem Zusammenhang zu gewaltvollen Auseinandersetzungen, die Todesopfer forderten (vgl. Alohan 2013). Die Intensität der Gewalt hat in den vergangenen Jahren auch aufgrund des Amnestieprogramms abgenommen, jedoch kam es immer wieder zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Konfliktparteien und zu gewaltsamen Protestaktionen des MEND. Einem Bericht der *International Crisis Group* (2012) zufolge, läuft die maritime Region des Golf von Guinea Gefahr, neuer Schwerpunkt einer internationalen Piraterie zu werden, welche ihren Ausgangspunkt im Niger-Delta hat, aber mittlerweile so gut wie alle Küstenregionen der Anrainerstaaten betrifft.

Eine Lösung der Krise im Niger-Delta kann jedoch nicht nur durch militärisches Vorgehen erreicht werden, sondern lediglich durch die politische Inklusion der sozialen Bewegungen der Region, welche aufgrund ihrer jahrzehntelangen Marginalisierung entstanden sind. Ihre legitimen Protestformen sind dabei Ausdruck ihres Verlangens nach einer neuen Politik im Sinne eines *echten Föderalismus*, der den Bedürfnissen aller BürgerInnen Nigerias gerecht wird, ohne bestimmte Gruppen vor existentielle Probleme zu stellen. Dabei ist auch die internationale Gemeinschaft gefordert, deren ungebremster *Erdöl-Bedarf* nicht durch die Schädigung der Menschen und Umwelt im Niger-Delta gedeckt werden sollte. Die internationale Staatengemeinschaft sollte daher eine verstärkte Regulierung der Ölkonzerne und ihrer Förderpraktiken durchsetzen, die auf doppelte Standards verzichtet (vgl. Obi/Rustad 2011b: 208f). Wie Bettina Engels (2007) festhält, sollten sich auch internationale Solidaritätsbewegungen und *westliche* NGOs aufgrund der Gewaltbereitschaft und Spaltung der sozialen Bewegungen des Niger-Deltas nicht zurück ziehen. Durch eine differenzierte Betrachtung aller Konfliktparteien sollten sich diese vielmehr an einem Dialog der neuen Politik im Sinne eines *echten Föderalismus* beteiligen, was nicht nur den Menschen im Niger-Delta, sondern allen sozialen Bewegungen von Nutzen wäre, die mit ähnlichen Problemen konfrontiert sind wie die Bewegungen des Niger-Deltas. Wie sich diese neue Politik gestaltet, ist noch ungewiss, ob es zur Gründung neuer Bundesstaaten, wie etwa den von den Ogoni geforderten Staat Bori, oder zur Neuformulierung der umstrittenen Verfassung kommt, lässt sich an dieser Stelle schwer einschätzen. Erst sobald die Regierung und die Ölkonzerne die sozialen Bewegungen nicht als Ursache der Krise im Niger-Delta, sondern als einen fundamentalen Teil der Problembewältigung betrachten, wird eine baldige Lösung des Konfliktes in naher Zukunft vorstellbar.

8. Quellenverzeichnis

- Adesoji, Abimbola (2010): The Boko Haram uprising and islamic revivalism in Nigeria. In: *Africa Spectrum*, 45:2, 95-108.
- Adigwe, Hypolite A./Grau, Ingeborg (2007): When god says yes - Who can say no? Religion as a factor in political discourse in Nigeria since the 1960s. In: *Stichproben. Wiener Zeitschrift für kritische Afrikastudien*, 7:13, 79-110.
- Agbu, Osita (2004): *Ethnic militias and the threat to democracy in post-transition Nigeria*. Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet.
- Ahonsi, Babatunde A. (2011): Capacity and governance deficits in the response to the Niger Delta crisis. In: *Obi, Cyril I./Rustad, Siri A. (Hg.): Oil and insurgency in the Niger Delta: Managing the complex politics of petro-violence*. London/New York: Zed Books, 28-41.
- Akhaine, Sylvester Odion (2011): Nigeria's 2001 elections: the 'Crippled Giant' learns to walk? In: *African Affairs*, 110:441, 649-655.
- Akwei, Adotei (1998): And justice for all? The two faces of Nigeria. In: *Na'Allah, Abdul-Rasheed (Hg.): Ogoni's agonies: Ken Saro-Wiwa and the crisis in Nigeria*. Trenton/New Jersey: Africa World Press, 33-40.
- Amnesty International (2009): *Nigeria: petroleum, pollution and poverty in the Niger-Delta*. London: Amnesty International Publications.
- Anderson, Benedict (2006 [1983]): *Imagined communities: reflections on the origin and spread of nationalism*. London/New York: Verso.
- Anugwom, Edlyne (2011): Something mightier: marginalization, occult imaginations and the youth conflict in the oil-rich Niger Delta. In: *Africa Spectrum*, 46:3, 3-26.
- Auty, Richard M. (1995): *Patterns of development : resources, policy and economic growth*. London/New York: Edward Arnold.
- Barth, Fredrik (Hg. 1998a): *Ethnic groups and boundaries: the social organization of cultural difference*. Long Grove: Waveland.
- (1998b): Introduction. In: *Barth, Fredrik (Hg.): Ethnic groups and boundaries: the social organization of cultural difference*. Long Grove: Waveland, 9-38.
- Bates, Robert H. (2000): Ethnicity and development in Africa: a reappraisal. In: *The American Economic Review*, 90:2, 131-134.
- Bayart, Jean-François/Ellis, Stephen/Hibou, Béatrice (1999): From kleptocracy to the felonious state? In: *Bayart, Jean-François/Ellis, Stephen/Hibou, Béatrice (Hg.): The criminalization of the State in Africa*. Oxford/Bloomington: International Africa Institut/James Currey/Indiana University Press, 1-31.
- Berdal, Mats R./Malone, David M. (Hg. 2000): *Greed and grievances: economic agendas in civil wars*. Boulder/London: Lynsee Rienner.
- Berman, Bruce J. (1998): Ethnicity, patronage and the African state: the politics of uncivil nationalism. In: *African Affairs*: 97, 305-341.
- (2004): "A Palimpsest of Contradictions": Ethnicity, class and politics in Africa. In: *International Journal of African Historical Studies*, 37:1, 13-31.
- Berman, Bruce J./Eyoh, Dickson/Kymlicka, Will (2004): Ethnicity & the politics of democratic nation-building in Africa. In: *Berman, Bruce J./Eyoh, Dickson/Kymlicka, Will (Hg.): Ethnicity and democracy in Africa*. Oxford/ Athens: James Currey/Ohio University Press, 1-21.

- Bøås, Morten (2007): Marginalized youth. In: *Bøås, Morten/Dunn, Kevin C. (Hg.): African guerrillas: raging against the machine*. Boulder/London: Lynne Rienner, 39-53.
- (2011): 'Mend Me': the Movement for the Emancipation of the Niger Delta and the empowerment of violence. In: *Obi, Cyril I./Rustad, Siri A. (Hg.): Oil and insurgency in the Niger Delta: Managing the complex politics of petro-violence*. London/New York: Zed Books, 115-124.
- Bøås, Morten/Dunn, Kevin C. (2007): African guerrilla politics: Raging against the machine? In: *Bøås, Morten/Dunn, Kevin C. (Hg.): African guerrillas: raging against the machine*. Boulder/London: Lynne Rienner, 9-37.
- Brandes, Nikolai/Engels, Bettina (2011): Social movements in Africa. In: *Stichproben. Wiener Zeitschrift für kritische Afrikastudien*, 11:20, 1-15.
- Brubaker, Rogers (2002): Ethnicity without groups. In: *European Journal of Sociology*, 43:2, 163-189.
- Collier, Paul/Hoeffler, Anke (2004): Greed and grievances in civil war. In: *Oxford Economic Papers*, 56, 563-595.
- Cooper, Frederick (2005): *Colonialism in question: theory, knowledge, history*. Berkeley/Los Angeles/London: University of California Press.
- Duquet, Nils (2011): Swamped with weapons: the proliferation of illicit small arms and light weapons in the Niger Delta. In: *Obi, Cyril I./Rustad, Siri A. (Hg.): Oil and insurgency in the Niger Delta: Managing the complex politics of petro-violence*. London/New York: Zed Books, 136-149.
- Eberlein, Ruben (2006): On the road to state's perdition? Authority and sovereignty in the Niger Delta, Nigeria. In: *Journal of Modern African Studies*, 44:4, 573-596.
- Ebiede, Tarila Marclint (2011): Conflict drivers: environmental degradation and corruption in the Niger Delta region. In: *African Conflict & Peacebuilding Review*, 1:1, 139-151.
- Eckert, Andreas (2011): Nation, Staat und Ethnizität in Afrika im 20. Jahrhundert. In: *Sonderegger, Arno/Grau, Ingeborg/Englert, Birgit (Hg.): Afrika im 20. Jahrhundert: Geschichte und Gesellschaft*. Wien: Promedia, 40-59.
- Ellis, Stephen/van Kessel, Ineke (2009a): Introduction: African social movements or social movements in Africa? In: *Ellis, Stephen/ van Kessel, Ineke (Hg.): Movers and shakers: social movements in Africa*. Leiden/Boston: Brill, 1-16.
- (Hg. 2009b): *Movers and shakers: social movements in Africa*. Leiden: Brill.
- Emeseh, Engobo (2011): The Niger Delta crisis and the question of access to justice. In: *Obi, Cyril I./Rustad, Siri A. (Hg.): Oil and insurgency in the Niger Delta: Managing the complex politics of petro-violence*. London/New York: Zed Books, 55-70.
- Engels, Bettina (2007): 50 Jahre Ölförderung, 17 Jahre Protest. In: *Sul Serio*, Unter: <http://www.reflect-online.org/publikation/sulserio/50-jahre-oelfoerderung-17-jahre-protest> [17.05.2013].
- Engels, Bettina/Brandes, Nikolai (Hg. 2011): Social movements in Africa. In: *Stichproben. Wiener Zeitschrift für kritische Afrikastudien*, 20:11.
- Englert, Birgit (2011): Die junge Generation als politischer Akteur im Afrika des 20. Jahrhunderts. In: *Sonderegger, Arno/Grau, Ingeborg/Englert, Birgit (Hg.): Afrika im 20. Jahrhundert: Geschichte und Gesellschaft*. Wien: Promedia, 174-193.
- Essomba, Philippe (2004): Berliner Afrika-Konferenz. In: *Mabe, Jacob E. (Hg.): Das Afrikalexikon. Ein Kontinent in 1000 Stichworten*. Stuttgart: Peter Hammer/J.B. Metzler, 83.

- Falola, Toyin (2004): Ethnicity & Nigerian politics: the past in the Yoruba present. *In: Berman, Bruce/Eyoh, Dickson/Kymlicka, Will (Hg.): Ethnicity and democracy in Africa.* Oxford/Athens: Ohio University Press, 148-165.
- Falola, Toyin/Heaton, Matthew M. (2008): A history of Nigeria. Cambridge u.a.: Cambridge Univ. Press.
- Förster, Till (2004): Ritus, Ritual. *In: Mabe, Jacob E. (Hg.): Das Afrikalexikon. Ein Kontinent in 1000 Stichworten.* Stuttgart: Peter Hammer/J.B. Metzler, 524-525.
- Geertz, Clifford (1996): Welt in Stücken. Kultur und Politik am Ende des 20. Jahrhunderts. Wien: Passagen Verlag.
- Geschiere, Peter/Gugler, Peter (1998): Introduction: the urban-rural connection: changing issues of belonging and identification. *In: African Affairs*, 68:3, 309-319.
- Gingrich, Andre (2001): Ethnizität für die Praxis. *In: Wernhart, Karl R./Zips, Werner (Hg.): Ethnohistorie: Rekonstruktion und Kulturkritik; eine Einführung.* Wien: Promedia, 99-111.
- Goodwin, Jeff/Jasper, James M. (2003): The social movements reader: cases and concepts Malden, u.a.: Blackwell
- Gore, Charles/Pratten, David (2003): The politics of plunder: the rhetorics of order and disorder in southern Nigeria. *In: African Affairs*:102, 211-240.
- Grau, Ingeborg (2011): Religion und Politik in Nigeria. Christentum und Islam im langen 20. Jahrhundert. *In: Sonderegger, Arno/Grau, Ingeborg/Englert, Birgit (Hg.): Afrika im 20. Jahrhundert: Geschichte und Gesellschaft.* Wien: Promedia, 154-173.
- Habib, Adam/Opoku-Mensah, Paul (2009): Speaking to global debates through a national and continental lens: South African and African social movements in comparative perspective. *In: Ellis, Stephen/van Kessel, Ineke (Hg.): Movers and Shakers: social movements in Africa.* Leiden/Boston: Brill, 44-62.
- Hobsbawm, Eric (1983): Introducing: inventing traditions. *In: Hobsbawm, Eric/Ranger, Terence (Hg.): The invention of tradition.* Cambridge: Cambridge University Press, 1-14.
- Hobsbawm, Eric/Ranger, Terence (Hg, 1983): The Ivention of Tradition. Cambridge: Cambridge University Press.
- HRW (1999): The price of oil: corporate responsibility and human rights violations in Nigeria's oil producing communities. New York: Human Rights Watch.
- (2003): The Warri Crisis: fuelling violence. New York: Human Rights Watch.
- (2012): Spiraling violence. Boko Haram attacks and security force abuses in Nigeria. New York: Human Rights Watch.
- Hutchinson, John/Smith, Anthony D. (Hg. 1996): Ethnicity. Oxford/New York: Oxford University Press.
- Ibaba, Ibaba Samuel (2011): The Ijaw National Congress and conflict resolution in the Niger Delta. *In: Obi, Cyril I./Rustad, Siri A. (Hg.): Oil and insurgency in the Niger Delta: Managing the complex politics of petro-violence.* London/New York: Zed Books, 71-82.
- Idemudia, Uwafiokun (2011): Corporate social responsibility and the Niger Delta conflict: issues and prospects. *In: Obi, Cyril I./Rustad, Siri A. (Hg.): Oil and insurgency in the Niger Delta. Managing the complex politics of petro-violence.* London/New York Zed Books, 167-183.
- Ifedi, J.P. Afam/Anyu, J. Ndumbe (2011): "Blood Oil," ethnicity, and conflict in the Niger Delta region of Nigeria. *In: Mediterranean Quarterly*, 22:1, 74-92.

- Ifeka, Caroline (2006): Youth cultures & the fetishization of violence in Nigeria. In: *Review of African Political Economy*, 33:110, 721-736.
- Ikelegbe, Augustine (2011): Popular and criminal violence as instruments of struggle in the Niger Delta region. In: *Obi, Cyril I./Rustad, Siri A. (Hg.): Oil and insurgency in the Niger Delta: Managing the complex politics of petro-violence*. London/New York: Zed Books, 125-135.
- Iliffe, John (1979): *A modern history of Tanganyika*. Cambridge: Cambridge University Press.
- International Crisis Groups (2012): *The Gulf of Guinea: the new danger zone*: International Crisis Group.
- Kisser, Karin (2013): (Erd)Öl Macht Reichtum? Wirtschaftliche "Entwicklung" und soziale Konflikte im Nigerdelta. Universität Wien: Diplomarbeit.
- Klandermans, Bert/Roggeband, Conny (2007): Introduction In: *Klandermans, Bert/Roggeband, Conny (Hg.): Handbook of social movements across disciplines*. New York: Springer, 1-12.
- Lock, Charles (2000): Ken Saro-Wiwa, or "the pacification of the primitive tribes of the lower Niger". In: *McLuckie, Craig W./McPhail, Aubrey (Hg.): Ken Saro-Wiwa: writer and political activist*. London: Lynne Rienner, 3-16.
- Macamo, Elísio (2011): Social Criticism and Contestation: Reflections on the Politics of Anger and Outrage. In: *Stichproben. Wiener Zeitschrift für kritische Afrikastudien*, 11:20, 45-68.
- Mamdani, Mahmood (1995a): A critique of the state and civil society paradigm in africanist studies. In: *Mamdani, Mahmood/Wamba-dia-Wamba, Ernest (Hg.): African studies in social movements and democracy*. Dakar: CODESRIA, 602-616.
- (1995b): Introduction. In: *Mamdani, Mahmood/Wamba-dia-Wamba, Ernest (Hg.): African studies in social movements and democracy*. Dakar: CODESRIA, 1-34.
- Mamdani, Mahmood/Wamba-dia-Wamba, Ernest (Hg. 1995): *African studies in social movements and democracy*. Dakar: CODESRIA.
- McAdam, Doug/McCarthy, John D./Zald, Mayer N. (1996): Introduction. In: *McAdam, Doug/McCarthy, John D./Zald, Mayer N. (Hg.): Comparative perspectives on social movements. Political opportunities, mobilizing structures, and cultural framings*. Cambridge/New York/Melbourne: Cambridge University Press, 1-22.
- McCarthy, John D. (1996): Constraints and opportunities in adopting, adapting, and inventing. In: *McAdam, Doug/McCarthy, John D./Zald, Mayer N. (Hg.): Comparative perspectives on social movements. Political opportunities, mobilizing structures, and cultural framings*. Cambridge/New York/Melbourne: Cambridge University Press, 141-151.
- McCarthy, John D./Zald, Mayer N. (1977): Resource mobilization and social movements: A partial theory. In: *American Journal of Sociology*, 82:6, 1212-1241.
- (2003): Social Movement Organizations. In: *Goodwin, Jeff/Jasper, James M. (Hg.): The social movement reader: cases and concepts*. Malden, u.a.: Blackwell, 169-186.
- McLaren, Joseph (2000): A political assessment: genocide in Nigeria: the Ogoni tragedy. In: *McLuckie, Craig W./McPhail, Aubrey (Hg.): Ken Saro-Wiwa: writer and political activist*. Boulder: Lynne Rienner, 17-26.
- Melber, Henning (2011): Koloniale Grenzziehungen und afrikanischer (National-)Staat. In: *Sonderegger, Arno/Grau, Ingeborg/Englert, Birgit (Hg.): Afrika im 20. Jahrhundert: Geschichte und Gesellschaft*. Wien: Promedia, 27-39.

- Mildner, Stormy-Annika/Richter, Solveig/Lauster, Gitta (2011): Einleitung: Konkurrenz +Knappheit = Konflikt. In: *Mildner, Stormy-Annika (Hg.): Konfliktisiko Rohstoffe? Herausforderungen und Chancen im Umgang mit knappen Ressourcen*. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, 9-17.
- MOSOP (1990): The Ogoni Bill of Rights. Port Harcourt: MOSOP.
- Mustapha, Abdul Raufu (2004): Ethnicity & the politics of democratization in Nigeria. In: *Berman, Bruce J./Eyoh, Dickson/Kymlicka, Will (Hg.): Ethnicity and democracy in Africa*. Oxford/Athens: James Currey/Ohio University Press, 257-275.
- (2009): Nigeria since 1999. A revolving door syndrome or the consolidation of democracy? In: *Mustapha, Abdul Raufu/Whitfield, Lindsay (Hg.): Turning points in African democracy*. Woodbridge, Suffolk: James Currey, 71-93.
- Naroll, Raoul, et al. (1964): On Ethnic Unit Classification. In: *Current Anthropology*, 5:4, 283-312.
- Nohlen, Dieter (2002): Dutch Disease. In: *Nohlen, Dieter (Hg.): Lexikon Dritte Welt. Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 202.
- Obi, Cyril I. (2001): The changing forms of identity politics in Nigeria under economic adjustment: the case of the oil minorities movement of the Niger Delta. Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet.
- (2009a): Nigeria's Niger Delta: understanding the complex drivers of violent oil-related conflict. In: *Africa Development*, 24:2, 103-128.
- (2009b): Scrambling for Oil in West Africa? In: *Southall, Roger (Hg.): A new scramble for Africa? Imperialism, Investment and Development*. Scottsville University of KwaZulu-Natal Press, 190-212.
- (2009c): Structuring transnational spaces of indigeneity, rights and power in the Niger Delta of Nigeria. In: *Globalizations*, 6:4, 467-481.
- Obi, Cyril I./Rustad, Siri A. (2011a): Introduction: Petro-violence in the Niger Delta - the complex politics of an insurgency. In: *Obi, Cyril I./Rustad, Siri A. (Hg.): Oil and insurgency in the Niger Delta: Managing the complex politics of petro-violence*. London/New York: Zed Books, 1-14.
- (2011b): Conclusion: amnesty and post-amnesty peace, is the window of opportunity closing for the Niger Delta. In: *Obi, Cyril I./Rustad, Siri A. (Hg.): Oil and insurgency in the Niger Delta: Managing the complex politics of petro-violence*. London/New York: Zed Books, 200-210.
- (Hg. 2011c): Oil and insurgency in the Niger Delta. Managing the complex politics of petro-violence. London/New York: Zed Books.
- Oluduro, Olubayo/Oluduro, Olubisi F. (2012): Nigeria: In search of sustainable peace in the Niger Delta through the amnesty programme. In: *Journal of Sustainable Development*, 5:7, 48-61.
- Olayode, Kehinde Olusola (2011): Ethno-nationalist movements and political mobilisation in Africa: the Nigeria experience (1990-2003). In: *Stichproben. Wiener Zeitschrift für kritische Afrikastudien*, 11:20, 69-93.
- Oluwaniyi, Oluwatoyin (2011): Women's protests in the Niger Delta region. In: *Obi, Cyril I./Rustad, Siri A. (Hg.): Oil and insurgency in the Niger Delta: Managing the complex politics of petro-violence*. London/New York: Zed Books, 150-163.
- Omadjohwoefe, Samuel (2011): Amnesty initiative and the dilemma of sustainable development in the Niger Delta region of Nigeria. In: *Journal of Sustainable Development*, 4:4, 249-258.

- Omeje, Kenneth (2006): Petrobusiness and security threats in the Niger Delta, Nigeria. In: *Current Sociology*, 54:477, 477-499.
- Orage, Desmond Lera (1998): The Ogoni Question and the role of the international community in Nigeria. In: *Na'Allah, Abdul-Rasheed (Hg.): Ogoni's agonies: Ken Saro-Wiwa and the crisis in Nigeria*. Trenton, New Jersey: Africa World Press, 41-48.
- Osaghae, Eghosa (2008): Social movements and right claims: the case of action groups in the Niger Delta of Nigeria. In: *Voluntas*, 19, 189-210.
- Osaghae, Eghosa, et al. (2007): Youth militias, self determination and resource control struggles in the Niger-Delta Region of Nigeria. Dakar: CODESRIA.
- Osswald, Klaus-Dieter (2004): Minderheiten. In: *Mabe, Jacob E. (Hg.): Das Afrikalexikon. Ein Kontinent in 1000 Stichworten* Stuttgart: Peter Hammer/J.B. Metzler, 401-402.
- Osterhammel, Jürgen (1995): Kolonialismus. Geschichte - Formen - Folgen. München: C.H. Beck.
- Ranger, Terence (1983): The invention of tradition in colonial Africa. In: *Hobsbawm, Eric/Ranger, Terence (Hg.): The invention of tradition*. Cambridge: Cambridge Univeristy Press, 211-262.
- (1994): The invention of tradition revisited: the case of colonial Africa. In: *Kaarsholm, Preben/Hultin, Jan (Hg.): Inventions and boundaries: historical and anthropological approaches to the study of ethnicity and nationalism*. Roskilde: Roskilde University, 5-50.
- Reyna, Stephen P./Behrends, Andrea (2011): The Crazy Curse and Crude Domination: Towards an Anthropology of Oil. In: *Behrends, Andrea/Reyna, Stephen P./Schlee, Günther (Hg.): Crude Domination. An Anthropology of Oil*. New York/Oxford: Berghahn Books, 3-29.
- Salman, Ton/Assies, Willem (2007): Anthropology and the study of social movements. In: *Klandermans, Bert/Roggeband, Conny (Hg.): Handbook of social movements across disciplins*. New York: Springer, 205-265.
- Saro-Wiwa, Ken (1989): On a darkling plain: an account of the nigerian civil war. London/Lagos/Port Harcourt: Saros International.
- (1992): Genocide in Nigeria : the Ogoni tragedy. London: Saros International Publishers.
- (1996): Flammen der Hölle. Nigeria und Shell: Der schmutzige Krieg gegen die Ogoni. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- (1998a [1993]): They are killing my people [Interview mit Ken Saro Wiwa]. In: *Na'Allah, Abdul-Rasheed (Hg.): Ogoni's agonies: Ken Saro-Wiwa and the crisis in Nigeria*. Trenton/New Jersey: African World Press, 329-342.
- (1998b [1993]): We will defend our will with our blood [Interview mit Ken Saro Wiwa]. In: *Na'Allah, Abdul-Rasheed (Hg.): Ogoni's agonies: Ken Saro-Wiwa and the crisis in Nigeria*. Trenton/New Jersey: Africa World Press, 343-359.
- Schicho, Walter (2001): Handbuch Afrika: Band 2. Westafrika und die Inseln im Atlantik. Frankfurt a.M./Wien: Brandes & Apsel/Südwind.
- Smith, Jackie/Fetner, Tina (2007): Structural Approaches in the Sociology of Social Movements. In: *Klandermans, Bert/Roggeband, Conny (Hg.): Handbook of Social Movements across Disciplines*. New York: Springer, 13-57.
- Snow, A David/Soule, Sarah A/Kriesi, Hanspeter (2007): Mapping the terrain. In: *Snow, A. David (Hg.): The Blackwell companion to social movements*. Malden: Blackwell, 3-16.

- Sokolovskii, Sergey/Tishkov, Valery (2004): Ethnicity. In: *Barnard, Alan/Spencer, Jonathan (Hg.): Encyclopedia of Social and Cultural Anthropology*. London, u.a.: Routledge, 190-193.
- Sonderegger, Arno (2011): Nachbetrachtung zur Kolonialgeschichte und Historiographie Afrikas: Periodisierung der Geschichte Afrikas im 20. Jahrhundert. In: *Sonderegger, Arno/Grau, Ingeborg/Englert, Birgit (Hg.): Afrika im 20. Jahrhundert. Geschichte und Gesellschaft*. Wien: Promedia, 228-254.
- Sonderegger, Arno/Grau, Ingeborg/Englert, Birgit (2011): Einleitung. Afrika im 20. Jahrhundert. In: *Sonderegger, Arno/Grau, Ingeborg/Englert, Birgit (Hg.): Afrika im 20. Jahrhundert. Geschichte und Gesellschaft*. Wien: Promedia, 9-26.
- Soremekun, Kayode (2011): Nigeria's oil diplomacy and the management of the Niger Delta crisis. In: *Obi, Cyril I./Rustad, Siri A. (Hg.): Oil and insurgency in the Niger Delta: Managing the complex politics of petro-violence*. London/New York: Zed Books, 99-111.
- Southall, Roger (2009): Scrambling for Africa? Continuities and Discontinuities with Formal Imperialism. In: *Southall, Roger (Hg.): A new scramble for Africa? Imperialism, Investment and Development*. Scottsville: University of KwaZulu-Natal Press, 1-34.
- Taibl, Agnes (2009): "Kikuyu problem" und "Luo agenda". Zur Politisierung von Ethnizität in Kenia 2007. In: *Stichproben. Wiener Zeitschrift für kritische Afrikastudien*, 9:16, 143-163.
- Tetzlaff, Rainer (2004): Ethnische Konflikte. In: *Mabe, Jacob E. (Hg.): Das Afrikalexikon: Ein Kontinent in 1000 Stichworten*. Stuttgart: Peter Hammer/J.B. Metzler, 159-161.
- Thomson, Alex (2000): An introduction to African politics. London/New York: Routledge.
- Ukeje, Charles (2011): Changing the paradigm of pacification: oil and militarization in Nigeria's Delta Region. In: *Obi, Cyril I./Rustad, Siri A. (Hg.): Oil and insurgency in the Niger Delta: Managing the complex politics of petro-violence*. London/New York: Zed Books, 83-98.
- Ukiwo, Ukoha (2007): From "pirates" to "militants": a historical perspective on anti-state and anti-oil company mobilization among the Ijaw of Warri, western Niger Delta. In: *African Affairs*, 106:425, 587-610.
- (2011): The Nigerian State, oil and the Niger Delta crisis. In: *Obi, Cyril I./Rustad, Siri A. (Hg.): Oil and insurgency in the Niger Delta: Managing the complex politics of petro-violence*. London/New York: Zed Books, 17-27.
- UNDP (2006): Niger Delta Human Development Report. Abuja: United Nations Development Programme.
- (2009): Human Development Report Nigeria 2008-2009. Abuja: United Nations Development Programme.
- UNEP (2011): Environmental Assessment of Ogoniland. Nairobi: United Nations Environment Programme.
- van Stekelenburg, Jacquélien/Klandermans, Bert (2007): Individuals in movements. In: *Klandermans, Bert/Roggeband, Conny (Hg.): Handbook of social Movements across disciplines*. New York: Springer, 157-204.
- (2009): Social movement theory: Past, presence & prospects In: *Ellis, Stephen/ van Kessel, Ineke (Hg.): Movers and Shakers: social movements in Africa*. Leiden/Boston: Brill, 17-43.
- Watts, Michael (2004): Resource curse? Governmentality, oil and power in the Niger Delta, Nigeria. In: *Geopolitics*, 9:1, 50-80.

- (2007): Petro-insurgency or criminal syndicate? Conflict & violence in the Niger Delta. In: *Review of African Political Economy*, 34:114, 637-660.
- (2010): Sweet and Sour. In: *Watts, Michael (Hg.): Curse of the Black Gold. 50 years of oil in the Niger Delta*. New York: Powerhouse Books, 36-47.
- (2011): Blood Oil: The Anatomy of a petro-insurgency in the Niger Delta, Nigeria. In: *Behrends, Andrea/Reyna, Stephen P./Schlee, Günther (Hg.): Crude domination: an anthropology of oil*. New York/Oxford: Berghahn, 49-80.
- Zalik, Anna (2004): The Niger Delta: 'Petro Violence' and 'Partnership Development'. In: *Review of African Political Economy*, 44:4, 401-424.
- (2011): Labeling oil, contesting governance: Legaloil.com, the GMoU and profiteering in the Niger Delta. In: *Obi, Cyril I./Rustad, Siri A. (Hg.): Oil and insurgency in the Niger Delta: Managing the complex politics of petro-violence*. London/New York: Zed Books, 184-199.

Zeitungsartikel

- Adebayo, Sola (2003): Nigeria: Ijaw want assembly, LG polls suspended in Warri LGs. In: *Vanguard*, 29.04.2003.
- Alohan, Juliet (2013): Nigeria: Pipeline vandalism still thriving despite pious pronouncement to stop trend. In: *Leadership Nigeria*, 21.01.2013.
- Fischer, Sebastian (2011): Rüstungsdeal in Afrika: Merkel versorgt Angola mit Patrouillenschiffen. Spiegel Online: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/ruestungsdeal-in-afrika-merkel-versorgt-angola-mit-patrouillenschiffen-a-774288.html> [07.02.2011].
- Leadership (2011): Nigeria: Shell paid soldiers to suppress protestors in Ogoniland. In: *Leadership Nigeria*, 04.10.2011.
- Nwachukwu, Clara/Umoru, Henry/Erunke, Joseph (2013): Nigeria: Dutch court finds Shell guilty of oil pollution in Nigeria. In: *The Vanguard*, 31.01.2013.
- This Day (2010): Nigeria: New evidence reveals how Ken Saro-Wiwa was allegedly framed. In: *This Day*, 06.12.2010.

9. Appendix

9.1. Abbildungen

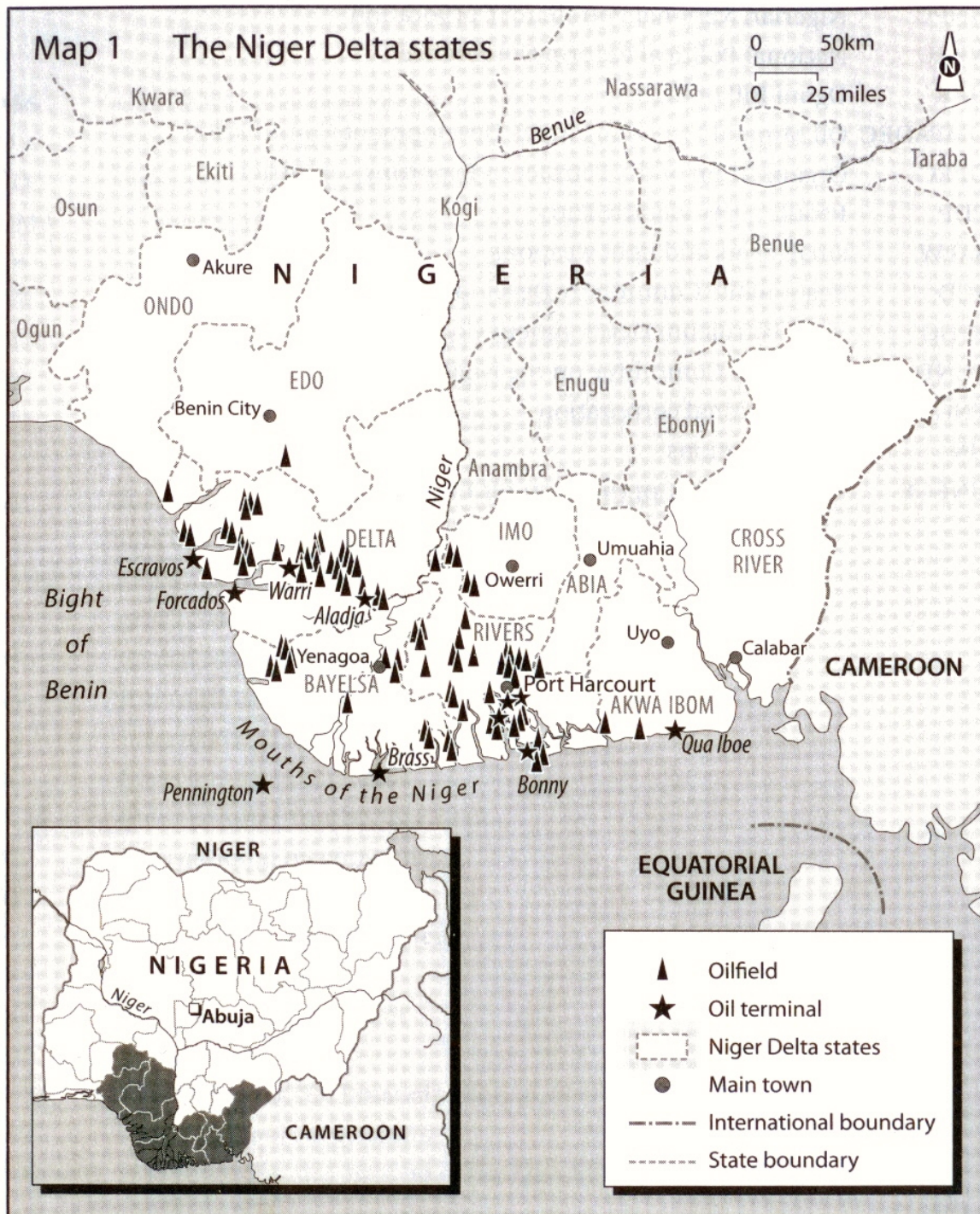


Abbildung 1: Karte des Niger-Deltas, mit Infrastruktur der Ölindustrie
Quelle: (Obi/Rustad Hg. 2011)

PEOPLES AND CULTURES OF THE NIGER DELTA REGION

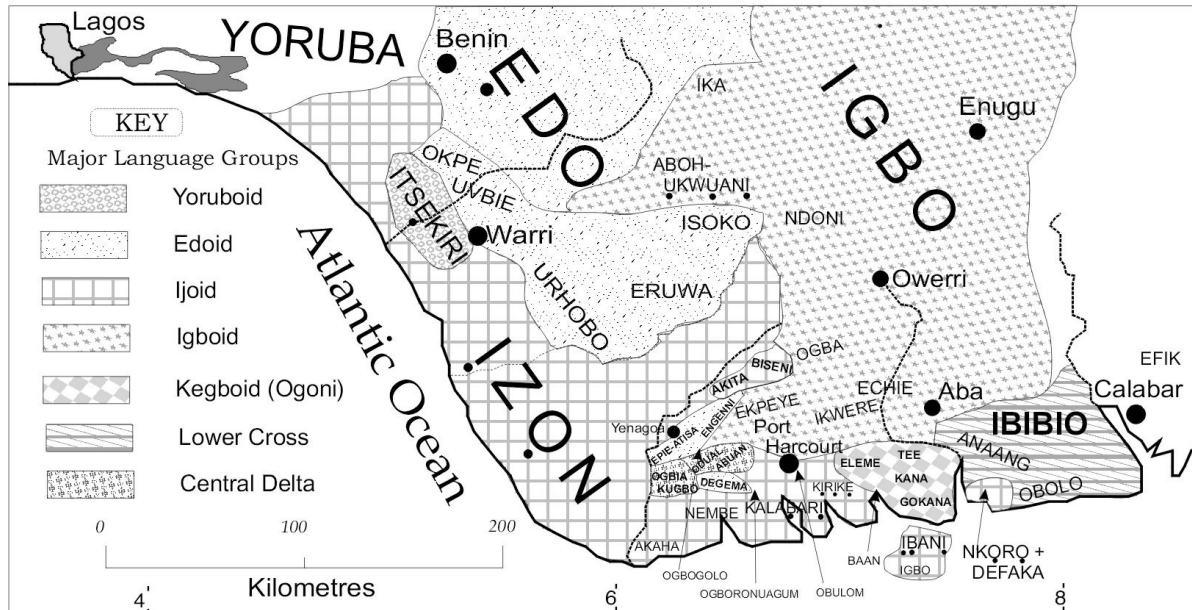


Abbildung 2: Ethnische Gruppen und Sprachfamilien im Niger-Delta

Quelle: <http://coral.lili.uni-bielefeld.de/LangDoc/EGA/Proposals/Ega-proposal2/index.html>

[letzter Zugriff: 19.09.2012]



Abbildung 3: Nationalflagge der Ogoni

Quelle: http://mosopusa.blogspot.de/2008_12_01_archive.html

[letzter Zugriff: 16.03.2012]

9.2. Abstract (Deutsch)

Als der Ölkonzern Shell im Jahr 1956 die ersten *Erdölfelder* im *Niger-Delta* entdeckte und erschloss, erschienen die wirtschaftlichen Zukunftsperspektiven *Nigerias* überaus vielversprechend. Über 50 Jahre später ist der Optimismus längst verflogen: *Nigerias* Staatshaushalt stützt sich fast ausschließlich auf die Einkünfte aus der Ölindustrie, das empfindliche und komplexe Ökosystem des *Niger-Deltas* ist bereits kollabiert und die in der Region lebenden *ethnischen Minderheiten* leiden seit Jahrzehnten unter einer andauernden politischen und sozialen Marginalisierung. Die Benachteiligung und Repression der BewohnerInnen des *Niger-Deltas* führte in den 1990er Jahren zur Entstehung zahlreicher *sozialer Bewegungen*, die auch auf internationaler Ebene auf die katastrophalen Zustände in ihrer Heimat aufmerksam machten, und auch gewaltsam für eine Verbesserung ihrer Situation kämpften. Dieser Konflikt, zwischen den *sozialen Bewegungen* auf der einen und der Allianz von Regierung und *transnationalen Ölkonzernen* auf der anderen Seite, steht im Zentrum dieser Diplomarbeit.

Vor dem Hintergrund einer historischen Analyse der politischen Entwicklung *Nigerias*, untersucht die Diplomarbeit die Ursachen der zunehmenden *Militarisierung* des Konfliktes und die Gründe für die hohe Gewaltintensität. Dabei geht der Text über bestehende Erklärungsansätze, wie die des „*Ressourcen-Konfliktes*“ hinaus und unterstreicht die Mehrdimensionalität des Konfliktes, dessen Ursachen und Ausprägungen das Ergebnis eines komplexen Beziehungsgefüges sind. So sind nicht nur regionale und lokale Gruppierungen/Institutionen und die nigerianische Regierung von Bedeutung, sondern auch die internationalen Akteure, wie etwa die *transnationalen Ölkonzerne* und die Regierungen der Industriestaaten, die mit ihrem Handeln maßgeblich zur Eskalation der Situation beitragen.

Die kritische Auseinandersetzung mit der politischen Entwicklung im Kontext des Überganges zur Vierten Republik im Jahr 1999 zeigt, dass die neue Verfassung einen zentralen Konfliktgegenstand darstellt und dass die Zentralregierung durch ihren Umgang mit den Protestbewegungen des *Niger-Deltas* zur Militarisierung des Konfliktes beitrug. Auf regionaler Ebene zeigen sich die politischen Eliten maßgeblich mitverantwortlich für die hohe Gewaltintensität. Durch die Etablierung eines komplexen Systems der Patronage instrumentalisieren sie zahlreiche *soziale Bewegungen* für ihre eigenen Interessen. Vor allem im Kontext der Wahlen 2003 und 2007 führte die Kooption der Widerstandsbewegungen zu

gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den unterschiedlichen Gruppierungen, was die Legitimität der Wahlen stark schädigte. Internationale Akteure, wie die *Ölkonzerne*, spielten nicht nur in den 1990er Jahren eine wichtige Rolle in der Eskalation des Konfliktes, sondern tragen gegenwärtig z.B. durch die Privatisierung der Sicherheit zur Militarisierung des Niger-Deltas bei.

Der zweite Schwerpunkt der Diplomarbeit thematisiert die Bedeutung von *Ethnizität* für die Entstehung der *sozialen Bewegungen* und den Verlauf des Konfliktes. Die weitreichende Marginalisierung der ethnischen Minderheiten des Niger-Deltas resultiert aus einem politischen Tribalismus, welcher die Beziehungen zwischen den zahlreichen ethnischen Gruppen *Nigerias* maßgeblich beeinflusst. Neben den inter-ethnischen Beziehungen untersucht die Diplomarbeit die Bedeutung der *Ethnizität* für die Entstehung und Mobilisierung der *sozialen Bewegungen*. Dabei steht die Frage im Mittelpunkt, ob es zur Entstehung eines pan-ethnischen Widerstandes kam, welcher die unterschiedlichen Bewegungen in ihrem Kampf gegen ihre Marginalisierung näher zusammenbringen würde. Anhand des Beispiels des Generationenkonfliktes, der die Machtbeziehungen innerhalb der ethnischen Gruppen des Niger-Deltas neu gestaltet, zeigt sich deren innere Heterogenität. Die Analyse der Mobilisierungs- und Handlungsstrategien der sozialen Bewegungen macht deutlich, dass es bereits eine bemerkenswerte Leistung darstellt, die unterschiedlichen Interessensgruppen innerhalb der eigenen Gruppe in einer *Bewegungen* zu vereinen. Der Widerstand gegen die *Ölkonzerne* und die Regierung wird daher vor allem innerhalb der jeweiligen ethnischen Gruppe organisiert und praktiziert.

Schlüsselbegriffe:

Nigeria, Niger-Delta, Erdöl, transnationale Ölkonzerne, ethnische Minderheiten, soziale Bewegungen, Militarisierung, „Ressourcen-Konflikt“, Ethnizität

9.3. Abstract (Englisch)

When the oil company Shell discovered and exploited the first *oil* fields of the *Niger Delta* in 1956, the economic prospects of *Nigeria* appeared very promising. Over 50 years later, the optimism has long gone: Nigeria's state budget almost exclusively relies on the income of the oil industry, the fragile and complex ecosystem of the *Niger Delta* has already collapsed and the *ethnic minorities* living in this region have been suffering for decades under an ongoing political and social marginalization. The discrimination and repression of the people of the *Niger Delta* in the 1990s led to the development of numerous *social movements* that drew global attention to the disastrous conditions in their homeland and who also fought violently for an improvement of their standards of living. This conflict between the *social movements* on the one hand and the alliance of government and *transnational oil companies*, on the other hand, is at the center of this thesis.

Against the backdrop of a historical analysis of the political development of *Nigeria*, the thesis examines the causes of the increasing *militarization* of the conflict and the reasons for the high intensity of violence. The text goes beyond existing explanations, like the “*resource-war-thesis*“ and emphasizes the multidimensionality of the conflict, whose causes and manifestations are the result of a complex pattern of relationships. Not only regional and local groups/institutions and the Nigerian government are of significance, but also the international actors, such as *transnational oil companies* and the governments of the industrialized countries. Their actions also play a significant role in the escalation of the situation.

A critical analysis of the political development in the context of the transition to the Fourth Republic in 1999 shows that the new constitution is a central controversial argument of the conflict. Besides the central government contributed to the *militarization* of the conflict by their handling of the protest movements of the *Niger Delta*. At the regional level, the political elites are substantially responsible for the high intensity of violence. Through the establishment of a complex system of patronage they exploited numerous *social movements* for their own interests. Especially in the context of the elections of 2003 and 2007, the co-option of the resistance *movements* led to violent clashes between the different groups, which severely damaged the legitimacy of the elections. International actors such as the *oil companies*, not only played an important role in the escalation of the conflict in the 1990s.

Their privatization of security in the *Niger Delta* constitutes an essential part of the militarization of the region.

The second focus of the thesis is about the importance of *ethnicity* for the evolution process of the *social movements* and the course of the conflict. The widespread marginalization of the ethnic minorities of the *Niger Delta* is rooted in a political tribalism, which affects the relations between the various ethnic groups in *Nigeria*. Besides the inter-ethnic relations, the thesis investigates the relevance of *ethnicity* for the emergence and mobilization of the *social movements*. The central question is if it came to the creation of a pan-ethnic resistance, which would unify the different movements in their struggle against their marginalization. The example of the generational conflict that reshaped the power relations within the ethnic groups of the *Niger Delta*, reveals the inner heterogeneity. The analysis of the mobilization and action strategies of the *social movements* makes clear, that it is already a remarkable achievement that the numerous heterogeneous interest groups within the various ethnic groups came to a common line of action within a single *movement*. The resistance against the oil companies and the government is therefore still organized and mainly practiced within each ethnic group.

keywords:

Nigeria, Niger Delta, oil, transnational oil companies, ethnic minorities, social movements, militarization, "*resource-war-thesis*", ethnicity

9.2. Curriculum Vitae

Paul Beitzer

Geburtstag: 16.10.1984
Geburtsort: Ellwangen (Jagst)
Nationalität: Deutsch

Ausbildung

03/2008- 2013	Diplomstudium der Internationalen Entwicklung
06/2011	Abschluss des Studiums der Kultur- und Sozialanthropologie (Magister der Philosophie [Mag.phil])
10/2005 - 06/2011	Studium der Kultur- und Sozialanthropologie sowie der Afrikawissenschaften an der Universität Wien, Österreich
10/2004-06/2005	Studium der Tontechnik an der SAE in München
07/2004	Abitur am Peutingen Gymnasium in Ellwangen (Jagst)

Auslandsaufenthalte und Praktika

09/2010	Praktikum bei der Gemeinnützigen NGO <i>Watoto Wetu Tanzania</i> in Dar es Salaam, Tanzania
08-09/2009	Durch KWA-Stipendium der Universität Wien geförderter Aufenthalt in Grenada, zwecks Feldforschung für die Diplomarbeit
08-09/2008	Auslandsexkursion im Rahmen des Studiums in Trinidad and Tobago sowie Grenada

Sprachen

Englisch	fließend
Französisch	gute Grundkenntnisse

Sonstige Qualifikationen

Sehr gute IT Kenntnisse in Office Software (Word, Excel, PowerPoint), Betriebssystemen und Recherchesoftware wie z.B. Endnote.